

Deutscher Bundestag

Enquete-Kommission
Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität
Kommissionsdrucksache

17(26)100

18. März 2013

1

2

Berichtsentwurf

3

Projektgruppe 5

4

Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile

5

6

Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“

7

8

9

10

11 Inhaltsverzeichnis

12	1	Einführung: Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile	5
13	1.1	Zentrale Argumentationslinien	6
14	1.2	Dimensionen des Zusammenhangs von Arbeit, Konsum und Lebensstilen	8
15	2	Lebensstile und Nachhaltigkeit	12
16	2.1	Begriffsklärung	13
17	2.1.1	Grundlagen des Lebensstilbegriff	13
18	2.1.2	Lebensstile, Lebensweise, Lebenswelt	13
19	2.1.3	Mögliche Anhaltspunkte für einen nachhaltigen Lebensstil	23
20	2.1.3.1	Kategorien für einen nachhaltigen Lebensstil: Effizienz, Konsistenz, Suffizienz	25
21	2.1.3.2	Nachhaltiger Lebensstil	30
22	2.2	Gesellschaftliche Sphären bzw. Akteure mit Einfluss zur Förderung nachhaltiger 23 Lebensstile	34
24	2.2.1	Zivilgesellschaft	34
25	2.2.2	Unternehmen	35
26	2.2.3	Medien und Gesellschaft	38
27	2.3	Die Rolle der Politik zur Förderung nachhaltiger Lebensstile	39
28	2.4	Politische Instrumente zur Ermöglichung nachhaltiger Lebensstile	42
29	3	Arbeit und Nachhaltigkeit	47
30	3.1	Wesen, Sinn und Formen von Arbeit und ihr Bezug zu Nachhaltigkeit	47
31	3.2	Trends	53
32	3.2.1	Wandel der Arbeitswelt: Organisatorische Revolution und Entgrenzung	55
33	3.2.2	Beschäftigungsformen im Wandel	60
34	3.3	„Zukunftsfähige“ Arbeit	67
35	3.3.1	Ausdehnung der Erwerbsarbeit	68
36	3.3.2	Ausbau der Erwerbsarbeit auf Basis guter Arbeit und punktueller 37 Arbeitszeitverkürzung	70
38	3.3.3	„Das Ganze der Arbeit zukunftsfähig gestalten“	74
39	3.4	Diskussion zur Ausgestaltung zukünftiger Arbeitsleben	76
40	3.4.1	Bildung und Ausbildung	76
41	3.4.2	Mögliche Typisierungen künftiger Arbeitsleben	80
42	3.4.3	Gestaltungsmöglichkeiten auf der Makroebene	83
43	3.4.3.1	Berufsvorbereitende Ausbildung	83
44	3.4.3.2	Chancengleichheit am Arbeitsmarkt	85
45	3.4.3.3	Frauenerwerbstätigkeit ausbauen	87
46	3.4.3.4	Geschlechtergerechte und familienfreundliche Arbeitswelt	88
47	3.4.3.5	Gesetzlicher Mindestlohn bzw. Lohnuntergrenze	89
48	3.4.3.6	Tarifpolitik	90

49	3.4.3.7	Aufwertung von Teilzeitarbeit	90
50	3.4.3.8	Kurze Vollzeit	91
51	3.4.3.9	Bürgergeld	91
52	3.4.3.10	Grundeinkommen	92
53	3.4.4	Gestaltungsmöglichkeiten auf der Mikroebene.....	94
54	3.4.4.1	Erwerbsarbeit und Familien- bzw. Pflegearbeit	94
55	3.4.4.2	Nachhaltiges Führungsverhalten und betriebliche Kultur.....	95
56	3.4.4.3	Gesundheitsschutz	95
57	3.4.4.4	Mitarbeiterbeteiligungen	98
58	3.4.4.5	Konsolidierung der Mitbestimmung.....	99
59	3.4.4.6	Mitarbeiterkapitalbeteiligungen	99
60	3.4.4.7	Betriebliche Personalpolitik	101
61	3.4.4.8	Qualifikation älterer Beschäftigter	101
62	3.4.4.9	Erhöhung der Qualität der Erwerbsarbeit.....	101
63	3.4.4.10	Weitere Themen	102
64	3.5	Fazit	102
65	4	Die Wechselwirkungen von Konsum und Nachhaltigkeit	103
66	4.1	Begriffsbestimmungen und Perspektiven.....	103
67	4.1.1	Einführung – Konsumentinnen, Konsumenten und Konsum.....	103
68	4.1.2	Nachhaltiger Konsum.....	105
69	4.1.3	Kritischer Konsum, moralischer Konsum, politischer Konsum.....	107
70	4.1.4	Perspektiven	108
71	4.2	Verantwortung der Konsumentinnen und Konsumenten für die einzelne	
72		Konsumhandlungen.....	109
73	4.2.1	Konsumentenverantwortung als zivilgesellschaftliche Kategorie.....	110
74	4.2.2	Unbewusste Konsumententscheidungen	112
75	4.2.3	Arbeitsbedingungen und Lebensstile	114
76	4.2.4	Soziale Schwellen für nachhaltigen Konsum	114
77	4.2.5	Gender und nachhaltiger Konsum	115
78	4.3	Konsumentenverantwortung in der Marktwirtschaft	117
79	4.3.1	Die Konsumentin / der Konsument – Blinder Fleck der	
80		wirtschaftswissenschaftlichen Forschung	117
81	4.3.2	Das Konzept der Konsumentensouveränität	119
82	4.3.3	Wissen und Bewusstsein	120
83	4.4	Gesellschaftspolitische Konsequenzen: Rahmen setzen, Entscheidungsfindung	
84		unterstützen	121
85	4.4.1	Chancen und Grenzen des nachhaltigen Konsumierens.....	121
86	4.4.2	Gesellschaftliche Bedingungen von Konsumententscheidungen.....	126

87	4.4.3	Mehr Bildung für mehr Nachhaltigkeit? Effekte von Bildung auf die Einstellung zum Konsum.....	129
88			
89	4.4.4	Produkt- und Prozessinformation als Basis nachhaltiger Konsumententscheidungen	130
90			
91	4.4.5	Die Rolle der Industrie	134
92	4.4.6	Staat als Akteur	136
93	4.5	Fazit	140
94	5	Forschungsfragen und zukünftiger Beratungsbedarf.....	142
95	5.1	Nachhaltige Lebensstile	142
96	5.2	Soziale Schwellen.....	142
97	5.3	Konsum	143
98	5.4	Arbeitswelt	143
99	5.5	Arbeitsorganisation und Lebensqualität	144
100	5.6	Vielfältige Erwerbsbiographien	144
101		Abbildungsverzeichnis:	146
102		Quellenverzeichnis:	147
103			
104			

105 **1 Einführung: Arbeitswelt, Konsumverhalten und** 106 **Lebensstile**

107 Die Projektgruppe 5 der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ legt
108 hiermit ihren Bericht zu den Themen „Arbeit, Konsum, Lebensstile“ vor. Laut
109 Einsetzungsbeschluss sollte sie

- 110 1) untersuchen, ob nachhaltiges Wirtschaften grundlegende gesellschaftliche
111 Veränderungen und Änderungen im Lebensstil der Einzelnen erfordert;
- 112 2) und wie die soziale Schwelle für nachhaltige Lebensstile gesenkt werden kann und
113 entsprechende Verhaltensänderungen durch politische und rechtliche
114 Rahmenbedingungen begünstigt werden können.
- 115 3) Sie sollte darüber hinaus demokratie- und marktkompatible Wege zu nachhaltiger
116 Konsumentennachfrage aufzeigen;
- 117 4) die Auswirkungen nachhaltigen Wirtschaftens auf die Arbeitswelt analysieren und
118 gegebenenfalls einen Beitrag für einen zukunftsfähigen Arbeitsbegriff leisten;
- 119 5) untersuchen, wie die Arbeitsumfelder und die Arbeitsorganisation zu gestalten sind,
120 um Lebensqualität zu verbessern;
- 121 6) und wie dabei vielfältiger gewordene Erwerbsbiographien besser berücksichtigt
122 werden können.

123 Die Projektgruppe 5 sah sich mit dem Zeitpunkt ihrer Arbeitsaufnahme mit zwei
124 grundlegenden Problemen konfrontiert: Erstens mit einem extrem knappen Zeitrahmen, der
125 mit der späten Einsetzung der Projektgruppe noch weiter eingeschränkt wurde. Zweitens mit
126 einem laut dargestellten Einsetzungsbeschluss sehr weit gefächertem Themenspektrum.

127 Es wurde mit Beginn der Arbeiten relativ schnell deutlich, dass dieses breite Bündel an
128 Fragen in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht in seinem gesamten Umfang und auch nicht
129 in der eigentlich notwendigen Tiefe ausgelotet werden konnte. Die Arbeiten der
130 Projektgruppe konzentrierten sich daher bewusst auf die Kernbegriffe, die im
131 Einsetzungsbeschluss benannt wurden: die Themen Zukunft der Arbeit, nachhaltige
132 Lebensstile und nachhaltiger Konsum.

133 Dabei wurde immer wieder auf das Leitmotiv der Nachhaltigkeit zurückgegriffen, wobei das
134 Verständnis von Nachhaltigkeit stark von den Vorarbeiten der Projektgruppe 3, dem Drei-
135 Säulenkonzept der Nachhaltigkeit der Brundtland-Kommission und der Diskussion um
136 schwache und starke Nachhaltigkeit geprägt wurde. Aufgrund des engen Zeitrahmens wurden
137 globale Perspektiven nur gestreift. Aktuelle Debatten zur gesellschaftlichen Transformation
138 oder zu sozialen Innovationen, wie sie z. B. im Gutachten der WBGU angeregt werden,
139 wurden andiskutiert, aber nicht systematisch behandelt.

140 In der Konzentration auf die drei großen Themenfelder Konsum, Arbeit und Lebensstile
141 musste weiterhin die Entwicklung einer durchgängigen und inhaltlich konsistenten
142 Vorstellung von nachhaltigem Wirtschaften zurückgestellt werden. Die breit angelegte Frage,
143 wie ein System nachhaltigen Wirtschaftens zu gestalten sei, welche Rahmenbedingungen
144 erfüllt, welche Fördermaßnahmen ergriffen werden müssten und welche regulatorischen

145 Eingriffe hierfür eventuell nötig sein würden, konnte von der Projektgruppe 5 nicht in ihrer
146 Gänze bearbeitet werden.

147 Die Ergebnisse der Arbeit der Projektgruppe 5 geben jedoch sehr wohl Hinweise, die sich auf
148 die zentralen Fragen Arbeiten, Konsum und nachhaltige Lebensstile beziehen. Von Beginn an
149 hat sich das von allen Beteiligten akzeptierte Prinzip „we agree that we disagree“ als sehr
150 produktiv erwiesen. Die Stärke der Arbeit in der Projektgruppe sowie dieses Berichts liegt
151 neben der Darstellung der aktuellen Diskussionen und sich daran anschließende
152 Handlungsoptionen darin, unterschiedliche Perspektiven darzustellen. Diese werden ich ihrem
153 teilweise komplementären, teilweise nicht-kompatiblen Charakter verdeutlicht und damit der
154 gesellschaftspolitischen Diskussion zugänglich gemacht.

155 Im Folgenden werden einige zentrale Ergebnisse unserer Arbeit dargestellt und in einem
156 zweiten Schritt einige uns wichtige und weiterführende Zusammenhänge zwischen den drei,
157 in sich bereits sehr komplexen Themen, hergestellt.

158 Betont sei aber: Die weitere Ausarbeitung eines Gesamtentwurfs, was nachhaltiges
159 Wirtschaften für Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität in Deutschland und im globalen
160 Kontext bedeuten würde, sollte dringend der Gegenstand weiterer Untersuchungen und
161 Beratungen sein (vgl. auch die abschließende Bemerkung dieses Berichts der
162 Projektgruppe 5).

163 **1.1 Zentrale Argumentationslinien**

164 Der Zusammenhang zwischen nachhaltigem Wirtschaften und nachhaltigen Lebensstilen wird
165 auf der analytischen und begrifflichen Ebene des Lebensstilbegriffs einer gründlichen und
166 kritischen Untersuchung unterzogen. Unter Rückgriff auf das Milieu-Modell des Sinus-
167 Instituts werden Fragen von Lebensstilen und von nachhaltiger Einstellung und nachhaltiger
168 Lebenspraxis analysiert. Dabei werden Ökobilanzen der Milieus ebenso in den Blick
169 genommen wie die Ressourcenausstattung der Menschen und ihre daraus resultierende
170 Lebenspraxis. Ein Befund beschreibt die Lücke zwischen nachhaltiger Einstellung und der
171 realen Lebenspraxis, ein weiterer die Existenz einer unfreiwillig nachhaltigen Lebenspraxis
172 z. B. von Menschen mit geringer Ressourcenausstattung. Weiterhin werden die Frage nach
173 den Folgen des demografischen Wandels und die damit verbundenen Verschiebungen der
174 Milieuantteile und der Wertepräferenzen in der Gesellschaft kurz angerissen. Darüber hinaus
175 werden die Themenfelder Bildung, Zivilgesellschaft, Medien und Unternehmen behandelt. In
176 Auseinandersetzung mit der komplexen Materie der Lebensstile, der Sozialstruktur und
177 Nachhaltigkeit wird deutlich, dass der nachhaltige Lebensstil schlechthin in einer
178 pluralistischen Gesellschaft nicht identifiziert werden kann und soll. Lebensstile enthalten
179 immer das Element der Wahl und Freiwilligkeit, ihre Vielfalt ist somit auch ein Indikator für
180 die Freiheitsgrade innerhalb einer Gesellschaft. Im Kontext von nachhaltigem Wirtschaften
181 und Lebensstilen bleibt daher festzuhalten: Der nachhaltige Lebensstil existiert nicht,
182 gleichzeitig hat jedoch der jeweils praktizierte Lebensstil sehr wohl Einfluss auf die
183 Entwicklung der Nachhaltigkeit (z. B. bei der Ressourcenbilanz) in einer Gesellschaft.

184 Die Analyse nachhaltiger Lebensstile kommt zu einem ambivalenten Ergebnis: Verkürzt
185 gesagt haben die Angehörigen der Milieus mit größerer Ressourcenausstattung zwar größere
186 Präferenzen für nachhaltige Einstellungen, aber eine schlechtere Umweltbilanz, während
187 Milieus wie das traditionelle Milieu mit wenig ökonomischem und kulturellem Kapital zwar
188 wenig nachhaltig eingestellt sind, aber tendenziell eine gute Umweltbilanz haben. Die Idee
189 nachhaltige Lebenspraxis durch geringere Ressourcenausstattung zu befördern, kann jedoch,

190 auch vor dem Hintergrund der sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit, keine sinnvolle
191 Zielvorgabe für politisches Handeln sein.

192 Der im Einsetzungsbeschluss verwendete Begriff der „sozialen Schwelle“ und seine
193 Bedeutung für nachhaltige Lebensstile werden immer wieder angesprochen, aber bei der
194 systematischen Bearbeitung des Themenspektrums der Projektgruppe 5 ausgeklammert.
195 Größere Bedeutung könnte diese Begrifflichkeit eventuell bei der näheren Untersuchung von
196 sozialer Nachhaltigkeit erlangen. In der Beschäftigung mit Lebensstilen wird allerdings
197 bereits deutlich, welche Komplexität sich hinter solchen Terminologien verbergen kann.

198 In einem weiteren Themenkomplex befasste sich die Projektgruppe 5 intensiv mit der
199 Wechselwirkung von Konsum und Nachhaltigkeit. Nach einer ausführlichen Klärung des
200 Konsumbegriffs und der Rolle der Konsumentinnen und Konsumenten im Feld des
201 nachhaltigen Konsums wird in diesem Bericht der Frage nachgegangen, an welcher Stelle
202 Veränderungspotentiale gesehen werden könnten: Auf Seite der nachfragenden
203 Konsumentinnen und Konsumenten, des Handels, der Industrie, der Zivilgesellschaft, der
204 Kreislaufwirtschaft und des Staates. Nach dieser Bestandsaufnahme wird Konsum im Kontext
205 der soziologischen und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Theoriebildung
206 untersucht. Im Rahmen der Analyse der gesellschaftspolitischen Konsequenzen, die zur
207 Förderung nachhaltigen Konsums gezogen werden sollten, werden insbesondere die Effekte
208 von Bildung und die Frage nach verbesserten Produktinformationen diskutiert. Zum Thema
209 Kundeninformation und Kommunikation wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben. Zudem
210 wurden in der Projektgruppe die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen
211 und die Rolle von Unternehmen diskutiert. Weiterhin wurde über die Position des Staates
212 bzw. der öffentlichen Hand als Konsument, insbesondere über diesbezügliche Aktivitäten im
213 Beschaffungswesen, debattiert. Die Ergebnisse der Diskussionen finden sich in Kapitel 3.

214 Die Projektgruppe 5 näherte sich dem umfangreichen Thema „Auswirkungen nachhaltigen
215 Wirtschaftens auf die Arbeitswelt, Entwicklung zukunftsfähiger Begriffe von Arbeit vor dem
216 Hintergrund sozialer und ökonomische Nachhaltigkeit“ mit der Bestimmung des Wesens und
217 der Form von Arbeit in einem sozialhistorischen sowie einem sozial- und
218 wirtschaftstheoretischen Abriss. Nach dieser Grundlagenarbeit beschäftigte sie sich mit
219 Trends, die für die aktuelle Arbeitswelt bestimmende und für die Zukunft eventuell
220 richtungweisende Bedeutung haben. Als erster Trend wurden die „Organisatorische
221 Revolution“ und die mit ihr verbundenen Phänomene der Entgrenzung und Subjektivierung
222 identifiziert. Zu diesem Thema wurden zwei Gutachten in Auftrag gegeben, die unter
223 anderem folgende Ergebnisse brachten:

224 Durch Umstellung der innerbetrieblichen Organisationsformen und den technologischen
225 Wandel gerade auf dem Sektor der Informationstechnologie vollzieht sich im Verhältnis von
226 Betrieb und Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen ein Wandlungsprozess, der mit Formen
227 der Subjektivierung von Arbeit und der Entgrenzung von Arbeit und Privatleben, aber auch
228 der Entgrenzung von Arbeitnehmer- und Unternehmerfunktion verbunden ist. Dieser Wandel
229 erzeugt einerseits Freiräume für mehr Produktivität und Gestaltungsmöglichkeiten, beinhaltet
230 aber auch Gefahren durch Überforderung und Überlastung (Stichwort „Burn-Out“). Unter
231 dem Aspekt der sozialen Nachhaltigkeit sieht die Projektgruppe für die zukünftige Gestaltung
232 der Arbeitswelt wichtige Entwicklungslinien und hält eine gesteigerte Sensibilität im Umgang
233 mit diesen Phänomenen für geboten.

234 Weiterhin befasste sich die Projektgruppe mit dem Wandel der Beschäftigungsformen. Auch
235 hierzu wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben. In der Debatte der Projektgruppe 5 kamen
236 Sonderformen der Arbeit bzw. atypische Beschäftigungsverhältnisse ebenso zur Sprache wie

237 der demografische Wandel oder Fragen der Geschlechtergerechtigkeit. Letztere wurde entlang
238 der Themen der Erwerbsbeteiligung von Frauen, der Gender-Pay-Gap, der Care Economy
239 und der gesellschaftlichen Organisation der Care-Arbeit diskutiert.

240 Die positiven Beschäftigungseffekte von Flexibilisierungsmaßnahmen werden an diesem
241 Punkt in der folgenden Darstellung ebenso betont, wie auf problematische Entwicklungen im
242 Zusammenhang mit der Zukunft des Normalarbeitsverhältnisses hingewiesen wird. In der
243 Debatte um die Ausgestaltung zukünftiger Arbeitsformen werden schließlich drei Leitbilder
244 oder Idealtypen für die Gestaltung zukunftsfähiger Arbeit aufgezeigt, die ihre Schwerpunkte
245 und ihre Schlussfolgerungen an höchst unterschiedlichen Punkten setzen.

246 Abschließend wird die Bedeutung von Bildung für die zukünftige Gestaltung von Arbeit
247 dargestellt. Während im Hinblick auf ökologische Nachhaltigkeit und Arbeit einzelne
248 Schlaglichter gesetzt werden, wird die Frage der ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit
249 auf nationaler Ebene intensiver angesprochen. Die Einordnung der Befunde in einen
250 internationalen und globalen Kontext wäre ebenso eine Aufgabe für weitere Beratungen zur
251 sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit, wie die Diskussion des Zusammenhangs
252 zwischen zukunftsfähiger Arbeit, Ökologie und Wachstum.

253 Zum Punkt „Gestaltung von Arbeitsumfeldern und Arbeitsorganisation zur Verbesserung der
254 Lebensqualität“ des Einsetzungsbeschlusses leistete die Projektgruppe 5 in ihren Beiträgen
255 zur zukunftsfähigen Arbeit einen wichtigen Beitrag: Die beiden Gutachten zum Thema der
256 organisatorischen Revolution geben entscheidende Fingerzeige zur Verbesserung des
257 innerbetrieblichen Managements der beobachteten Entgrenzungsprozesse. Eine erhöhte
258 Sensibilität der Arbeitgeber, aber auch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Umgang
259 mit Entgrenzungsprozessen, der Ausdehnung von Arbeit und der „interessierten
260 Selbstgefährdung“ geben wichtige Hinweis für die zukünftige Gestaltung des
261 innerbetrieblichen Umgangs mit dieser Thematik. Diese Befunde können auch für die
262 Arbeitspolitik und für die Tarifparteien von Interesse sein. Bezüge zur Lebensqualität lassen
263 sich nur in mittelbarer Weise z. B. in Bezugnahme auf Entgrenzung, Zeitbudgets und die
264 Diskussion um „Gute Arbeit“ herstellen. Auch an diesem Punkt ist weiterer Beratungs- und
265 Forschungsbedarf geboten.

266 **1.2 Dimensionen des Zusammenhangs von Arbeit, Konsum und** 267 **Lebensstilen**

268 Kommen wir zu einigen zentralen Verbindungslinien zwischen den drei Einzelthemen, die
269 uns im Laufe der gemeinsamen Arbeit in der Projektgruppe deutlich wurden.

270 Der im Einsetzungsbeschluss genannte und von den Mitgliedern der Projektgruppe
271 unterstrichene Horizont gesellschaftlicher Entwicklung ist ein „nachhaltiges Wirtschaften“.
272 Das besteht darin, dass tendenziell allen Menschen qualitativ gute Arbeit – dazu gehören
273 Erwerbsarbeit und Nicht-Erwerbsarbeit –, die Möglichkeit nachhaltigen Konsums und eines
274 attraktiven Lebensstils gewährleistet wird, ohne die Lebenschancen der Mitmenschen und
275 zukünftiger Generationen negativ zu beeinflussen.

276 Wir gehen zudem davon aus, dass nachhaltig wirtschaftende Gesellschaften bewusster mit
277 ihren Möglichkeiten und Ressourcen umgehen und deswegen resilienter gegen ungewollte
278 wirtschaftliche und soziale Veränderungen sowie die sich abzeichnenden Klima- und
279 Umweltveränderungen sein können. So werden etwa eine Gesellschaft und ihre Wirtschaft,
280 die unabhängiger von fossilen Energieträgern sind, besser mit deren Knappheit und
281 steigenden Preisen umgehen können.

282 In den einzelnen Kapiteln werden aktuelle positive Entwicklungen und Ansatzpunkte, aber
283 auch problematische Entwicklungen in den drei Bereichen benannt, um ein nachhaltiges
284 Wirtschaften im Sinne einer sozial- und umweltverträglichen Produktions- und Lebensweise
285 zu fördern.

286 In einer globalisierten Welt handelt es sich bei den Themen Arbeit, Konsum und Lebensstile
287 um höchst internationale Themen. Produktion und Austausch von Ressourcen, industriell
288 (vor-)gefertigte Produkte und Dienstleistungen sowie die Bedingungen der politischen und
289 wirtschaftlichen Konkurrenz und Kooperation sind wichtig für nachhaltiges bzw. heute sehr
290 stark nicht-nachhaltiges Wirtschaften. Arbeitsverhältnisse, Konsumnormen und Lebensstile
291 werden dadurch konstituiert. Damit sind unterschiedliche Weltregionen und Länder
292 hochgradig verbunden, die Arbeitsmärkte werden internationalisiert, Lebensstile orientieren
293 sich teilweise an globalen Trends.

294 Folgende Zusammenhänge müssen analytisch und politisch hergestellt werden, um über
295 zukunftsfähige und –weisende Politik eine nachhaltige Wirtschaftsweise zu realisieren:

296 1) Die unterschiedlichen wirtschaftlichen Dimensionen von Arbeit, Konsum und
297 Lebensstilen haben jeweils mit gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion, mit
298 Distribution und Konsum zu tun. Es wäre verkürzt, Arbeit auf einen Produktionsfaktor
299 zu reduzieren, ohne zu berücksichtigen, dass neben Entlohnung und sozialer
300 Sicherung die Qualität der Arbeit ganz entscheidend für die Lebensqualität von
301 Menschen ist. Menschen lernen Nachhaltigkeit in ihrem konkreten Alltag und dazu
302 gehört auch Arbeit. Zudem besteht ein Antrieb zur Arbeit darin, neben der
303 unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung darüber hinausgehende Konsumwünsche zu
304 befriedigen und bestimmte Lebensstile zu realisieren. Die vielfältigen Formen des
305 Konsums wiederum sind mehr als die Summe des Verbrauchs durch Individuen,
306 sondern hängen mit Konsummöglichkeiten zusammen, die nicht zuletzt durch
307 nachhaltige oder nicht-nachhaltige Produktionsnormen gesetzt werden. Lebensstile
308 sind eng verbunden mit der Ausdifferenzierung von Sozialstrukturen entlang von
309 Einkommen, Bildung und Werthaltungen, die sich ebenfalls nicht eindeutig zur
310 Produktion oder Konsum zuordnen lassen.

311 2) Im Sinne eines in der Enquete-Kommission immer wieder eingeforderten erweiterten
312 Wohlstandbegriffs bedarf es einer Perspektive, die unter gesellschaftlicher Produktion
313 immer auch Reproduktion einschließt. Die unmittelbare materielle und immaterielle
314 Reproduktion der Menschen, ihrer Lebensbedingungen und der Gesellschaft als
315 Ganzes erfolgt zum einen über die marktvermittelte Produktion von Gütern und
316 Dienstleistungen. Diese können unterschiedlich (nachhaltig) produziert und
317 konsumiert werden. Die Qualität hängt von Voraussetzungen wie etwa Infrastrukturen
318 oder Zuliefersystemen ab. Hierauf liegt ein Schwerpunkt in den folgenden Kapiteln.
319 Es geht aber immer auch um die vielfältigen Dimensionen der nicht-marktförmigen
320 Reproduktion von Menschen, Gesellschaft und Natur. Freiwilligen- und Sorgearbeit
321 ist genauso wichtig wie jene „Dienstleistungen“ der Natur, die keinen Preis haben.
322 Entsprechend sind Tendenzen und politische Vorschläge verkürzt, die per se darauf
323 setzen, dass gesellschaftliche Probleme dadurch gelöst werden, dass sie dem Markt

324 unterworfen werden (etwa durch die Auspreisierung der Natur oder die Ausweitung von
325 Arbeits-, Produkt- und Dienstleistungsmärkten).

326 3) Ansatzpunkte und Gestaltungsmöglichkeiten eines nachhaltigen Wirtschaftens in
327 diesem breiten Sinne sind immer auf der individuellen, kollektiven und
328 gesellschaftspolitischen Ebene zu suchen. Es mag im Einzelfall unterschiedlich – und
329 politisch umstritten – sein, wie die konkreten Orientierungen und Entscheidungen von
330 Menschen (bzw. Gruppen oder Milieus) durch Wertewandel aus sich heraus zu
331 Veränderungen führen, ob und wie öffentliche Diskurse zum Wandel beitragen,
332 inwieweit Innovationen im Bereich der Produktion und bei Produkten von
333 Unternehmen entscheidend sind oder politische Rahmenbedingungen. In der
334 Projektgruppe zeigten sich politisch unterschiedliche Einschätzungen der aktuellen
335 Entwicklungen. Entsprechend verschieden wird der Stellenwert des
336 Subsidiaritätsprinzips eingeschätzt, oder ob sich Politik zuvorderst daran ausrichten
337 sollte, inwiefern sie die Individuen auf die sich dynamisch verändernden Bedingungen
338 einstellt oder eher die Individuen entlastet, indem Handlungsbedingungen verändert
339 werden.

340 4) Allgemeiner Konsens ist dabei: Es geht nicht darum, individuelle Selbstverantwortung
341 und einen demokratisch gestalteten Regulierungsrahmen gegeneinander auszuspielen,
342 sondern sie im Lichte der Bewertung von Erfahrungen und politischer Entscheidungen
343 im Spannungsfeld von Freiheit und Verantwortung umsichtig zu kombinieren. Denn
344 die Erfahrung lehrt: Die Entwicklung nachhaltigen Wirtschaftens wird sich über
345 technische und soziale Innovationen und ihre Diffusion, über Experimente und in
346 Nischen vollziehen. Die vielfältigen Experimente im Hinblick auf technologische
347 Innovationen sind jeweils eingebettet in ihren sozialen Kontext zu sehen. Darüber
348 hinaus geht es darum, soziale Innovationen jenseits technologischer Veränderungen zu
349 fördern, wobei neue soziale Praktiken ausgebildet werden. Soziale Innovationen
350 umfassen dabei unter anderem neue Konsummuster, neue Muster von Arbeits- und
351 Unternehmensorganisation, neue Produkt- und Dienstleistungssysteme oder neue
352 Governance-Formen. Unternehmerische, politische und gesellschaftliche Pionierinnen
353 und Pioniere und Vorreiterinnen und Vorreiter, politische Verbände,
354 Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen spielen somit eine wichtige
355 Rolle, um bestehende nicht-nachhaltige wirtschaftliche, politische und kulturelle
356 Systeme und Praxen in Bereichen wie Landwirtschaft und Ernährung, Mobilität und
357 Kommunikation, Wohnen und Kleidung zu verändern. Lernprozesse und Wertewandel
358 in Richtung Nachhaltigkeit in kleineren und eventuell zunehmenden
359 Bevölkerungsgruppen sind ein zentraler Bestandteil. Nachhaltiges Wirtschaften kann
360 nicht mittels „Sozialtechnologien“ umgesetzt werden; es vollzieht sich nicht nur
361 rational, sondern auch im Lichte normativer Horizonte und nicht-bewusster
362 (habituellem) Praxen; insbesondere beim Konsum ist das der Fall. Politische Gestaltung
363 muss angesichts der komplexen Probleme und der nicht-intendierten Folgen von
364 Politik fehlerfreundlich und zukunfts offen agieren, um nicht-nachhaltige Pfade zu
365 verlassen hin zu einem nachhaltigen Wirtschaften. Und die Politik muss sich stärker

366 mit ihren eigenen Grundlagen auseinandersetzen, inwiefern und in welchen Bereichen
367 nämlich wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Wandel gestaltbar ist.

368 5) Kreativität, Risiko und mögliches Scheitern sind Grundbedingung wirtschaftlicher und
369 gesellschaftlicher Dynamik. Wir gehen dennoch davon aus, dass sich - im Dreieck
370 wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit – ein nachhaltiges
371 Wirtschaften in den Bereichen Arbeit, Konsum und Lebensstilen eher dann verändern
372 lässt, wenn Menschen angstfrei sind und über ein Mindestmaß an sozialer und
373 emotionaler Sicherheit verfügen. Das ist in demokratischen Gesellschaften eher der
374 Fall als in nicht demokratischen, und allein schon deshalb sind Demokratie und
375 Teilhabe auch eine Grundvoraussetzung für nachhaltiges Wirtschaften. Wir gehen
376 davon aus, dass demokratische Gesellschaften auch deutlich besser dazu in der Lage
377 sind als nicht demokratische, den Wandel gesellschaftlicher Präferenzordnungen in
378 politische Entscheidungen zu vermitteln. Gesellschaftliche Krisen, zunehmende
379 soziale Polarisierung oder die Furcht vor sozialem Abstieg mehr oder weniger großer
380 Bevölkerungsteile sind hingegen keine guten Bedingungen für die Förderung
381 nachhaltigen Wirtschaftens. Wenn etwa unternehmerische Pionierinnen und Pioniere
382 mit ihren Ideen und Ansätzen scheitern, sollen sie dennoch eine soziale
383 Mindestabsicherung haben. Damit sollen die vielen konkreten Zielkonflikte nicht
384 überdeckt werden.
385

386 2 Lebensstile und Nachhaltigkeit

387 In der Forschung und bei Diskussionen über Nachhaltigkeit fallen immer wieder die Begriffe
388 „Lebensstile“ und „gesellschaftliche Entwicklung“, die für den Ressourcenverbrauch und
389 ganz allgemein für das Verhältnis von Mensch und Umwelt von Bedeutung seien. Der
390 Lebensstilbegriff wird im alltäglichen Sprachgebrauch gerne mit individuellen und selbst
391 gewählten Konsummustern, Freizeitgestaltung, kurzum der persönlichen Gestaltung des
392 eigenen Lebens in Verbindung gebracht. Lebensstil steht außerdem in sprachlicher Nähe zu
393 „Lifestyle“, Mode, Konsum und dem Ausdruck der eigenen Individualität. Der in den
394 Verhaltenswissenschaften verwendete Lebensstilbegriff ist dagegen an einige komplexe
395 theoretische Modelle und gesellschaftliche Voraussetzungen gebunden. Seinen Ursprung hat
396 er in Überlegungen zum Leben in modernen Gesellschaften, die sich bis zu den Klassikern
397 Georg Simmel und Max Weber zurückverfolgen lassen. Seine eigentliche Heimat bekam er
398 jedoch in den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts in den Forschungen im Bereich
399 der Sozialstrukturanalyse. Er ist ein – theoretisch wie empirisch – anspruchs- und
400 voraussetzungsvolles Modell zur Beschreibung von Gesellschaft und Sozialstruktur.
401 Lebensstilbegriffe setzen in der Regel an zwei Punkten an: Erstens an der Verfügung über
402 gesellschaftlich vermittelte Ressourcen (Bildung, Einkommen), hier zeigt sich ihre
403 Verbindung zu älteren Konzepten zur Beschreibung von Sozialstrukturen, wie Klassen oder
404 Schichten. Sie kombinieren diese aber zusätzlich z.B. mit Werthaltungen oder ästhetischen
405 Präferenzen und eröffnen so eine weitere Analysedimension. Damit ist der Beschreibung
406 sozialer Ungleichheit bzw. des sozialen Raums einer modernen Gesellschaft eine weitere
407 Perspektive zugänglich (zur Konzeption und theoretischen wie empirischen Fundierung siehe
408 Kapitel 3.2.). Diese ermöglicht die gleichzeitige Beschreibung gesellschaftlicher Strukturen,
409 Praktiken und Einstellungsmuster, woraus sich für die Fragestellung „Lebensstile und
410 nachhaltiges Wirtschaften“ zwei Ebenen der Analyse ableiten lassen: Erstens die Ebene der
411 Ressourcenaneignung und Verteilung (z.B. über Erwerbs- und Transfereinkommen)
412 gekoppelt mit der Verwendung dieser Ressourcen und Mittel in der alltäglichen Praxis (z.B.
413 Konsum und dessen ökologische Folgen). Zugleich eröffnet die Analyse mit Hilfe des
414 Lebensstilkonzepts jedoch zweitens den Blick auf die Einstellungen und Werte der Individuen
415 (z.B. zum Thema Nachhaltigkeit). Die Verknüpfung der Ebenen Ressourcenausstattung und
416 Praxis der Ressourcenverwendung auf der einen Seite und der Einstellungen und Werte auf
417 der anderen Seite ermöglicht so z.B. Einblicke in den aktuellen gesellschaftlichen Umgang
418 mit dem Thema des nachhaltigen Wirtschaftens auf der Ebene der Haushalte und Individuen.
419 Dabei ergeben sich Befunde, die teilweise landläufigen Meinungen zum Thema
420 Nachhaltigkeit und Konsum ebenso zuwiderlaufen, wie Fragen danach, ob eine positive
421 Einstellung zu Nachhaltigkeit zwingend zu einer positiven Nachhaltigkeitsbilanz führen muss
422 und soziale Schwellen zu einem nachhaltigerem Lebensstil sich nur an den Trennungslinien
423 Einkommen und Bildung festmachen lassen.

424 In den folgenden Kapiteln soll zuerst unter 2.2.1. der Begriff des Lebensstils vorgestellt,
425 theoretische Grundannahmen und einige der bekannten Ansätze kurz beschrieben werden.
426 Zusätzlich soll mit den Begriffen der Lebenswelt, bzw. der Lebensweise der Analyserahmen
427 erweitert werden, um eine breitere und ganzheitlichere theoretische Perspektive einnehmen zu
428 können und ökonomische und sozialpolitische Einflussfaktoren zu berücksichtigen.

429 Anschließend werden diese Ansätze unter Punkt 2.2.3. mit dem Nachhaltigkeitskonzept in
430 Verbindung gebracht, und u. a. der Frage nachgegangen, was nachhaltige Lebensstile
431 kennzeichnen könnte und welche Befunde hierzu vorliegen. Dabei sollen die drei Felder der
432 Nachhaltigkeit, ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit Berücksichtigung
433 finden. Ein deutlicher Schwerpunkt wird hierbei im empirischen Bereich auf der ökologischen
434 Nachhaltigkeit liegen, da die Mehrzahl der Studien sich primär auf dieses Feld konzentrieren.

435 Daher gilt es zusätzlich den Forschungsbedarf auf den Sektoren der ökonomischen und
436 sozialen Nachhaltigkeit deutlich zu machen.

437 Im Punkt 2.4 wird schließlich die Frage aufgeworfen, welchen Einfluss Politik auf die
438 Gestaltung von Lebensstilen nimmt.

439 **2.1 Begriffsklärung**

440 **2.1.1 Grundlagen des Lebensstilbegriff**

441 Für den weiteren Fortgang der Diskussion ist es erforderlich, den Terminus des Lebensstils
442 mit einer Definition zu versehen, die den Begriff umfassend genug beschreibt, aber
443 gleichzeitig die Debatte nicht zu sehr auf ein bestimmtes theoretisches Feld einschränkt.
444 Während in Pierre Bourdieus grundlegender Arbeit „Die feinen Unterschiede“ der Begriff des
445 Lebensstils in ein komplexes theoretisches Modell von Klassenstrukturen, Kapitalformen und
446 Habitus eingeflochten ist, zielt z.B. Gerhard Schulze in „Die Erlebnisgesellschaft“ auf die
447 Erlebnisorientierung und das innerphysische Erleben der Individuen. Je nach
448 Ausgangsdefinition ergeben sich dann theoriebedingte Weiterungen bzw. Einschränkungen
449 der Analyse. Daher scheint es geboten, auf eine Begrifflichkeit zurückzugreifen, die genügend
450 Spielraum für die empirische Beschreibung und politische Handlungsempfehlungen lässt.
451 Eine hinreichend präzise Definition dessen, was man unter einem Lebensstil verstehen kann,
452 gibt Stefan Hradil:

453 „Unter „Lebensstil“ versteht man eine bestimmte Organisationsstruktur des individuellen
454 Alltagslebens. Ein Lebensstil ist demnach ein regelmäßig wiederkehrender
455 Gesamtzusammenhang von Verhaltensweisen, Interaktionen, Meinungen, Wissensbeständen
456 und bewertenden Einstellungen eines Menschen.“¹

457 Von Bedeutung ist in diesem Kontext der Aspekt der temporalen Stabilität. Lebensstile
458 verändern sich nicht in kurzen Zeitabständen, wie Moden, sondern weisen eine gewisse
459 Kontinuität auf. Sie sind dadurch in der alltäglichen Praxis dauerhaft handlungsleitend. Sie
460 bestimmen damit große Teile des Lebens oder sogar die gesamte Lebensgestaltung, Hradil
461 spricht in diesem Kontext von holistischer Geltung.²

462 Wie bereits erwähnt wurde, stammen viele der grundlegenden Arbeiten der Lebensstildebatte
463 aus dem Bereich der Forschung zum Thema soziale Ungleichheit. Der Sozialstrukturanalyse
464 ist jedoch nicht daran gelegen, die Einstellung oder Lebensverhältnisse einzelner Individuen
465 zu untersuchen, ihr Augenmerk gilt den größeren Strukturen, dem Makrobereich der
466 Gesellschaft. Die Lebensstile der Einzelnen werden daher zu größeren Aggregaten
467 zusammengefasst:

468 „Nicht jeder Mensch hat einen anderen Lebensstil. Ähnlichkeiten, Gemeinsamkeiten und
469 damit Lebensstilgruppierungen ergeben sich u.a. deshalb, weil sich Menschen bei der
470 Gestaltung ihres Lebens an Muster, Vorbilder und Mitmenschen anlehnen.“³

471 **2.1.2 Lebensstile, Lebensweise, Lebenswelt**

¹ Hradil, Stefan (2001). Soziale Ungleichheit in Deutschland.:437

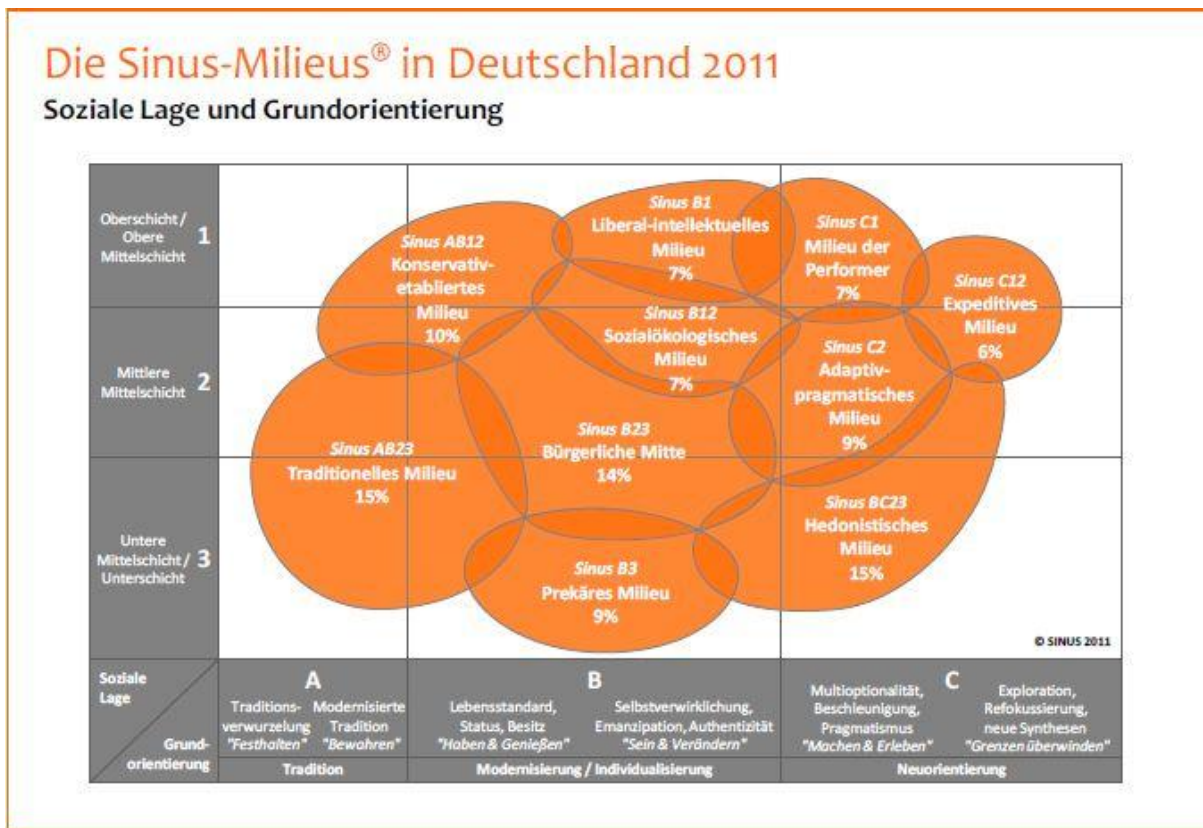
² siehe hierzu auch kritisch Hartmann, Peter H. (2011). Methodische und methodologische Probleme der Lebensstilforschung: 64ff

³ ebd.: 437

472 Die Sozialstruktur wird also nicht völlig in der Vielfalt individueller Werte, Vorlieben und
 473 Praktiken aufgelöst, sondern entlang sogenannter sozialer Milieus beschrieben:

474 „Ein soziales Milieu ist damit faktisch ein Aggregat von Personen ähnlicher
 475 Wertorientierungen und/oder Verhaltensweisen. Es handelt sich um Wert-/oder
 476 Lebensstiltypen. Definitiv wird sozialen Milieus aber neben geteilten Wertorientierungen
 477 und Verhaltensweisen häufig ein weiteres Merkmal zugewiesen, nämlich die „erhöhte
 478 Binnenkommunikation“ (Schulze 2005: 174) oder „soziale Kohäsion“ (Vester et al. 2001:
 479 24f.).“⁴

480 Diese Milieus lassen sich, wie bereits in der Einleitung angedeutet wurde, nach bestimmten
 481 Kriterien bilden und im sozialen Raum verorten. Eine Ebene der Analyse bezieht sich auf
 482 klassische Bestimmungsgrundlagen sozialer Ungleichheit, wie Bildungsabschlüsse, Höhe des
 483 Einkommens oder ausgeübter Beruf. Die zweite Analyseebene kann man u. A. über
 484 Einstellungen und Werthaltungen oder über ästhetische Präferenzen herstellen. Das derzeit
 485 wohl bekannteste Milieumodell wird vom Sinus-Institut herausgegeben und hat sich seit
 486 seiner ersten Publikation immer wieder dem gesellschaftlichen Wandel angepasst – neue
 487 Milieus kamen hinzu, ältere Milieus wurden im Laufe der Zeit kleiner oder spalteten sich auf.
 488 Denn Milieus sind, bei aller temporalen Stabilität der zugrundeliegenden Lebensstile, keine
 489 statischen Strukturen, sondern unterliegen Wandlungs- und Veränderungsprozessen.
 490 Abbildung 1 zeigt das aktuelle Milieumodell von Sinus.



491
 492

Abbildung 1: Die Sinus-Milieus® in Deutschland 2011⁵

⁴ Otte, Gunnar; Rössel, Jörg (2011). Lebensstile in der Soziologie: 15.

⁵ Quelle Sinus-Institut 2012

493 Diese Form der Milieudarstellung wird seit vielen Jahren erfolgreich in der Marktforschung
494 und in der Unternehmens- und Politikberatung eingesetzt. Der sogenannten
495 „Kartoffelgraphik“ von Sinus ist, auch für den sozialstrukturell bewanderten Leser oder
496 Leserin, eine auf den ersten Blick erkennbare Evidenz nicht abzusprechen. Bei näherer
497 Betrachtung der Achsen in der Milieu-Systematik zeichnen sich auf der horizontalen Ebene,
498 der „Grundorientierung“, Werthaltungen ab, die auch aus der Werteforschung bekannt sind.
499 Auf der vertikalen Achse sind es Schichtmodelle, die sich z.B. durch eine Rangfolge von
500 Berufen bilden lassen, und durch Befragungen zum Prestige einzelner Berufe in der
501 Gesellschaft herstellen lassen. Meist wird in Schichtmodellen mit einer Kombination, z.B.
502 zwischen Bildung, Beruf und Einkommen gearbeitet, dies ist auch bei Sinus der Fall. Auf
503 beiden Achsen sind also der quantitativen Erhebung zugängliche Merkmale abgetragen.

504 Der Anspruch der Sinus-Milieus ist es jedoch, diese Eigenschaften mit den realen
505 Lebenswelten (zum Begriff der Lebenswelt siehe unten) der Menschen zu verbinden, und so –
506 laut Sinus – ihre Alltagswelt, ihre unterschiedlichen Lebensauffassungen zu beschreiben. Dies
507 erfolgt über eine ethnographische Analyseperspektive, die von Sinus als
508 „Lebensweltforschung“ beschreiben wird. Dieser qualitative Ansatz ist der ursprüngliche
509 Kern der Sinus-Milieus, der in den 80er Jahren zusätzlich in ein quantitatives Instrument
510 überführt wurde.

511 In Kombination entstehen dann die in der Kartoffelgrafik abgebildeten
512 Milieukonfigurationen, oder „Gruppen Gleichgesinnter“, wie sie von Sinus auch genannt
513 werden. Diese Milieus sind nicht als komplett trennscharf zu verstehen, sondern können sich
514 überlappen. Zudem sind sie nicht statisch angelegt, sondern verändern sich mit der Zeit und
515 dem gesellschaftlichen (Werte-)Wandel. Aktuelle gesellschaftliche Tendenzen und
516 Entwicklungen werden bei dieser Analyse berücksichtigt. So flossen in die Erstellung der
517 aktuellen Milieu-Systematik folgende gesellschaftliche Trends mit ein: Modernisierung und
518 Individualisierung, Überforderung und Regression, Entgrenzung und Segregation.⁶

519 Die von Sinus verwendete Datenbasis wird zunehmend auch internationalisiert: Für den
520 Ländervergleich liegen inzwischen Befunde aus 18 Nationen vor.⁷

521 Die Milieus werden, neben der Verwendung in der Marktforschung und dem Marketing,
522 gerne für wissenschaftliche Studien herangezogen, so verwenden Vester et al.⁸ für ihre
523 Arbeiten ebenso die Sinus-Milieus, wie diese bei Studien für das BMU und UBA zum Thema
524 Umweltbewusstsein zum Einsatz kam. Die Projektgruppe 5 der Enquete-Kommission ließ
525 sich das Modell im Rahmen ihrer ersten Klausurtagung vorstellen.

526 Eine gewisse Vorsicht beim Umgang und der Interpretation auf Basis der Sinus-Milieus ist
527 angebracht. Aus Sicht der Enquete-Kommission sind drei Aspekte problematisch: Erstens die
528 Tatsache, dass die eigentliche Herstellung der Milieusystematik und die Bemessung der
529 Größe und Lage der einzelnen Milieus das Betriebsgeheimnis des Sinus-Instituts bleiben.
530 Zudem bleibt die Frage, wie sich gesellschaftlicher Wandel herstellt und wie er dann
531 wiederum in gewandelte Milieustrukturen überträgt, tendenziell offen. Die benannten
532 „Trends“ geben hier zwar Hinweise, dennoch bleibt der Eindruck einer „Henne-Ei-
533 Problematik“ bei der Analyse von Wandlungstendenzen und der Entstehung neuer
534 Werthaltungen. Drittens stellt sich die Frage nach der zeitlichen Stabilität: Zwar ist es

⁶ Materialie PG 5/4: 17 Sinus-Institut (2012)

⁷ <http://www.sinus-institut.de/loesungen/sinus-milieus.html>; [Stand 21.11.12], siehe auch Materialie PG5/3, Materialie PG5/4

⁸ Vester, Michael; v. Oertzen, Peter et al. (2001). Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel.

535 unbestreitbar von Vorteil Wandlungstendenzen abbilden zu können, eine große Volatilität ist
536 für politische Prozesse jedoch dann nicht unproblematisch, wenn man langfristige
537 Entscheidungen treffen soll. Trotz der angesprochenen Problematik ist die Eignung der
538 Milieusystematik jedoch als heuristisches Werkzeug gegeben, zudem sind einige der
539 empirischen Befunde zu den Themen „Nachhaltige Lebensstile“ eng mit dem Modell
540 verbunden (siehe 2.2.3).

541 Nachdem die Begriffe „Lebensstil“ und „Milieu“ nun näher definiert und mit Beispielen
542 versehen worden sind, stellt sich die Frage, warum altbewährte Begrifflichkeiten wie „Klasse“
543 oder „Schicht“ die über lange Zeiträume hinweg die Debatte über soziale Ungleichheit
544 geprägt hatten, nun Milieus und Lebensstile an die Seite gestellt bekamen.

545 Bis in die 80er Jahre des letzten Jahrhunderts hinein waren die Diskussionen um Klasse und
546 Schicht das bestimmende Merkmal der deutschen Sozialstrukturanalyse. Beginnend bei
547 Klassikern wie Karl Marx, Max Weber und Theodor Geiger, lässt sich eine Linie zu den
548 bedeutenden Arbeiten von Karl-Martin Bolte und Ralf Dahrendorf spannen. Zwar bestehen
549 erheblich theoretische – und auch politische – Unterschiede zwischen den Konzepten
550 „Klasse“ und „Schicht“, deren Darstellung den Rahmen dieses Berichts deutlich sprengen
551 würde. Bei allen Unterschieden gehen jedoch, verkürzt formuliert, beide große Schulen von
552 bestimmten Lebensbedingungen und Mentalitäten aus, die den Individuen qua Klassenlage
553 oder Schichtzugehörigkeit zufallen. Die Einstellungen und Lebensweisen der Menschen
554 wurden sozusagen von ihrer Schicht- oder Klassenzugehörigkeit ebenso geprägt, wie teilweise
555 ihre Lebenschancen. Die Befunde der Wertewandelsforschung und Hinweise auf eine
556 abnehmende Bindekraft der Mentalitäten und eine zunehmende sozialstrukturelle
557 Durchlässigkeit ließen jedoch erste Diskussionen und Zweifel an diesen Modellen
558 aufkommen. Neben Beschreibungsmodellen wie Klasse und Schicht wurden Begriffe wie
559 Milieu aber auch Individualisierung intensiv diskutiert.⁹ Dabei wurden durchaus nicht alle
560 Anknüpfungspunkte aufgegeben: Den Bezug zum Schichtkonzept, den z.B. die Sinus-Milieus
561 aufweisen, kann man z.B. an der vertikalen Achse ablesen, in der sich die Position der
562 einzelnen Milieus nach der Schichtzugehörigkeit ihrer Mitglieder bestimmen lässt.

563 Wie bereits erwähnt wurde, ist der Begriff der Lebensstile und die damit verbundene
564 Beschreibung der Sozialstruktur durch Milieusystematiken an einige Voraussetzungen
565 gebunden. So sind die Bedingungen für das Wirksamwerden von Lebensstilen als Kategorie
566 nur bei fortgeschrittenen modernen Gesellschaften gegeben, denn nur diese verfügen in der
567 Regel über ein ausreichend hohes Maß an Wohlstand, Sicherheit, Wahlmöglichkeiten und
568 Freiheitsrechten. Denn nur in einem gesellschaftlichen Umfeld, das entsprechende
569 Wahlmöglichkeiten zur Verfügung stellt, kann der Übergang von einem strukturell und
570 materiell vorgeformten Leben hin zu einer selbst und freiwillig gewählten Art der
571 Lebensgestaltung gelingen. Hradil schreibt hierzu:

572 „Wer von Lebensstilen spricht, setzt voraus, dass Menschen eine gewisse Freiheit in der
573 Gestaltung des Alltags besitzen. Je weiter Wohlstand, Bildung und Liberalität gediehen sind,
574 desto leichter ist der relativ eigenständige Zuschnitt von Lebensstilen.“¹⁰

575 Damit beschränkt sich der Analyserahmen weitgehend auf die frühen industrialisierten und
576 demokratischen Gesellschaften. Denn erst die gesamtgesellschaftliche Verfügung über
577 ausreichenden materiellen Wohlstand und entsprechende Systeme der sozialen Sicherung

⁹ Siehe auch Berger, Peter A.; Hradil, Stefan (Hrsg.) (1990). Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile, Soziale Welt; Kreckel, Reinhard (Hg.). Soziale Ungleichheit, Soziale Welt; Beck, Ulrich (1986). Risikogesellschaft.

¹⁰ Hradil, Stefan (2001). Soziale Ungleichheit in Deutschland: 437

578 ermöglicht den Individuen ein Element der Wahl: Den Übergang vom
579 „Notwendigkeitskonsum“ zum „Wahl- und Wunschkonsum“.¹¹ Nur wenn große Gruppen der
580 Gesellschaft über freie Mittel jenseits des reinen Existenzminimums verfügen und diese Mittel
581 frei zur Gestaltung ihres Alltags einsetzen können, kann so etwas wie ein flächendeckender
582 selbst gewählter Lebensstil entstehen. Wer jeden Tag um seine Existenz und
583 Nahrungsgrundlage kämpfen muss, hat weder Zeit noch Gelegenheit, sich um seinen
584 persönlichen Lebensstil zu sorgen oder gar frei zwischen Alternativen der Lebensgestaltung
585 zu wählen. Die Systeme der sozialen Sicherung schaffen zudem in vielen der frühen
586 industrialisierten Gesellschaften ein Element der basalen Absicherung von Lebensrisiken, wie
587 Krankheit oder Arbeitslosigkeit.

588 Diesen gesellschaftlichen Gegebenheiten auf der Ebene von Politik, Wirtschaftsweise,
589 materieller Ausstattung und deren Produktion versucht man sich mit dem Begriff der
590 „Lebensweise“ zu nähern.

591 „Lebensweise“ umfasst ökonomische Rahmenstrukturen ebenso wie politische (hier vor allem
592 sozialpolitische) und kulturelle. Mit dem Begriff der Lebensweise lässt sich die
593 (durchschnittliche) Lebenshaltung von Klassen und Schichten analysieren und der Wandel
594 materieller Standards beschreiben. Im Kern geht es um die Verallgemeinerung und
595 massenhafte Durchsetzung von Gütern, insbesondere langlebigen, aufwendigen, technischen
596 Gütern und es wird nachvollzogen, wie aus Luxus soziale Standards werden.¹²

597 Dabei werden Aspekte des Wertewandels, der Individualisierung und Pluralisierung
598 tendenziell eher ausgeblendet, differenzierte Profile für einzelne Bevölkerungsgruppen oder
599 Schichten werden über das Konzept der sozialen Lage beschrieben.¹³ Im Begriff der
600 Lebensweise wird somit die materielle Komponente stark in den Analyserahmen einbezogen.
601 Mit der Veränderung der materiellen Versorgung über die Zeit, aber auch durch
602 Veränderungen in den Produktionsweisen, wie z.B. Fordismus oder Post-Fordismus, können
603 historisch und international unterschiedliche Ausprägungen der Lebensweise beschrieben
604 werden.

605 Während der Begriff der Lebensweise stark auf die strukturelle Komponente abhebt,
606 Lebensstile partiell am Individuum, seinen Werten und Praktiken orientiert sind, bezieht sich
607 der Begriff der „Lebenswelt“ auf einen weitreichenderen Erkenntnisgegenstand: Auf die
608 alltägliche und unhinterfragte vorwissenschaftliche Basis unseres alltäglichen Denkens und
609 Handelns. Die Lebenswelt stellt die (unhinterfragte) Basis unserer Erfahrungen und unseres
610 alltäglichen Denkens und Handelns dar.¹⁴

611 „Unter alltäglicher Lebenswelt soll jener Wirklichkeitsbereich verstanden werden, den der
612 wache und normale Erwachsene in der Einstellung des gesunden Menschenverstandes als

¹¹ Schulze, Gerhard (1992). Die Erlebnisgesellschaft.

¹² Rink, Dieter (2002). Lebensweise, Lebensstile und Lebensführung: 42.

¹³ Ausführlich hierzu: Rink, Dieter (2002). Lebensweise, Lebensstile und Lebensführung: 44, 40ff.

¹⁴ Der ursprünglich auf den Philosophen Edmund Husserl zurückgehende Begriff wurde später von Alfred Schütz für die soziologische Theorie aufgegriffen und nutzbar gemacht. Siehe hierzu: Schütz, Alfred; Luckmann, Thomas (1979). Strukturen der Lebenswelt. Überlegungen zur Lebenswelt finden sich auch in den Arbeiten von Jürgen Habermas. Siehe hierzu: Habermas, Jürgen (1988). Theorie des kommunikativen Handelns.

613 schlicht gegeben vorfindet. Mit schlicht gegeben bezeichnen wir alles was wir als fraglos
614 erleben, jeden Sachverhalt, der uns bis auf weiteres unproblematisch ist.“¹⁵

615 Wir werden als Menschen in diese jeweilige Lebenswelt hineingeboren und verinnerlichen –
616 verkürzt gesprochen - im Prozess der Sozialisation ihre Inhalte und ihre Struktur. Damit ist
617 der Prozess der Sozialisation einerseits biographisch (ich mache die Erfahrung) und
618 gesellschaftlich (Lebenswelt als Rahmen der Erfahrungshorizonte) geprägt. In der
619 vorwissenschaftlichen „natürlichen Einstellung“ stellen wir die Lebenswelt nicht in Frage,
620 sondern agieren ganz selbstverständlich in ihren Grenzen. Die Lebenswelt stellt für uns
621 sozusagen den Handlungsraum zur Verfügung und begrenzt ihn zugleich. Eine Darstellung
622 des kompletten Theoriemodells würde den Rahmen dieses Berichts sprengen, einige
623 Anmerkungen zur Relevanz des Begriffs der „Lebenswelt“ in Kontext von Lebensstilen
624 müssen an dieser Stelle genügen:

625 Für die Analyse gesellschaftlicher Zusammenhänge kann man die „Lebenswelt“ auf große
626 Einheiten beziehen (z.B. die Bundesrepublik Deutschland der 90er Jahre, oder in Zeiten der
627 Globalisierung eventuell nur von einer Lebenswelt auf dem Planeten ausgehen), wie man aber
628 an den Sinus-Milieus und deren Bezug zur „Lebenswelt“ ablesen kann, sind Analysen auch
629 in kleinerem Rahmen üblich. Gerade bei Forschungsprojekten mit qualitativer Methodik wird
630 der Lebensweltbegriff gerne verwendet, um den Geltungsbereich der Studien z.B. auf
631 bestimmte Gruppen oder soziale Settings einzuschränken. Dies macht es z.B. möglich in der
632 Lebenswelt verankerte milieuspezifische Lebensstile zu untersuchen.

633 Die Entstehung von Lebensstilen bzw. Milieusystematiken in Gesellschaften ist, wie bereits
634 erwähnt wurde, von einigen Voraussetzungen abhängig. Neben der materiellen Komponente
635 sind zudem bürgerliche Rechte und Freiheit die Grundlage für die Herausbildung von
636 Lebensstilen. So können z.B. in einer von Ständen oder Kasten geprägten Lebenswelt trotz
637 teilweise erheblichen Unterschieden in Bildung oder Einkommen keine Lebensstile und
638 Milieustrukturen entstehen, da die Ordnung und Sozialstruktur solcher Gesellschaften von
639 vornherein feststeht. Hier entfällt das Element der Wahl nicht auf die materielle, sondern auf
640 die normative Ebene. Ähnliches gilt für Gesellschaften, deren Ordnung streng nach religiösen
641 Werten determiniert ist: Diese können zwar ökonomisch und auf der Ebene der Bildung
642 hochgradig stratifiziert sein, die Gestaltung des Lebens bleibt jedoch durch das Primat der
643 Religion bestimmt. Die Existenz von Lebensstilen ist somit immer auch ein Indikator für die
644 Pluralität und Freiheitlichkeit einer Gesellschaft.

645 Bürgerliche Rechte, Demokratie, Freiheit, Wohlstand und Wettbewerb für alle Bürgerinnen
646 und Bürger und daraus resultierend ein breites Angebot an Konsummöglichkeiten sind somit
647 prägende Elemente einer Gesellschaft, in der sich Lebensstilmuster herausbilden. Ein weiterer
648 wesentlicher Einfluss wird mit dem sogenannten „Wertewandel“ verbunden. Die eng mit dem
649 Namen Inglehart verknüpfte Debatte um den Wertewandel attestiert den fortgeschrittenen
650 Gesellschaften der Nachkriegszeit eine Entwicklung weg von materialistischen Werten, hin
651 zum sogenannten „Postmaterialismus“ also weg von der primären Wertschätzung materieller
652 Güter und Versorgung hin zu eher immateriellen Werten wie Selbstverwirklichung.¹⁶ Der

¹⁵ Schütz spricht in diesem Kontext von der sogenannten „natürlichen Einstellung“: „...in der natürlichen Einstellung finde ich mich immer in einer Welt, die für mich fraglos und selbstverständlich „wirklich“ ist. Ich wurde in sie hineingeboren und nehme es als gegeben an, dass sie vor mir bestand. Sie ist der unbefragte Boden aller Gegebenheiten sowie der fraglose Rahmen, in dem sich mir die Probleme stellen, die ich bewältigen muss.“ Schütz, Alfred; Luckmann, Thomas (1979). Strukturen der Lebenswelt: 25. Schütz spricht unter anderem von der Aufschichtung der Lebenswelt in räumlicher, zeitlicher und sozialer Hinsicht, wichtig sind zudem Zeichen und Symbolsysteme. (Vgl. Schütz, Alfred; Luckmann, Thomas (1979). 16.

¹⁶ Inglehart (1977). The Silent Revolution.

653 Einfluss der Wertsphäre auf die Bildung der Sinus-Milieus erschließt sich aus der Betrachtung
654 der horizontalen Achse, auf der sich ein Spektrum von Tradition bis hin zu Neuorientierung
655 aufzeigen lässt.

656 Das hier dargestellte Spannungsfeld kann in seiner Entstehung in der Nachkriegszeit als
657 Entwicklungsprozess im Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft beschrieben
658 werden, als Moment der Herauslösung, als Akt der Emanzipation des Einzelnen oder der
659 Einzelnen aus gesellschaftlichen Begrenzungen und Zwängen. Es kommt zu einer
660 Entkoppelung von den Mentalitäten der sozialer Herkunft und den Werten und Einstellungen
661 des Einzelnen oder der Einzelnen. Auf der Gegenseite kann man den Verlust
662 gesellschaftlicher Bindungskräfte und Traditionen beklagen, der auf Dauer Probleme für das
663 Gemeinwohl bedeuten könnte. Was ursprünglich als Auseinandersetzung zwischen
664 Individuum und Gesellschaft, zwischen den Extrempolen eines überbordenden
665 Individualismus und Egoismus auf der einen, und totalem gesellschaftlichem Zwang auf der
666 anderen Seite gesehen werden konnte, wird inzwischen von einer neuen Frage überlagert, die
667 sich im Kontext der Debatte um den Kommunitarismus aber auch der Nachhaltigkeit stellt:
668 Wie können Bezüge zum ökologischen, sozialen und ökonomischen Gemeinwohl (wieder-)
669 hergestellt werden? Diese Entscheidungen auf den Ebenen der Freiheit und Verantwortung
670 spiegeln sich in den Fragestellungen der Glücksforschung und in den Diskussionen um
671 Allmenden und Commons und letztendlich auch im Einsetzungsbeschluss der Enquete-
672 Kommission.

673 Die in den Milieumodellen aufscheinenden Wertpräferenzen und die daraus entstehenden
674 pluralistischen Lebensstile zeigen jedoch nur die empirische Verteilung verschiedener
675 Haltungen im sozialen Raum. Sie können damit als Heuristik und Werkzeug für politische
676 Entscheidungen dienen, sie können und wollen aber die eigentliche normative Frage „Wie
677 wollen wir Leben?“ nicht beantworten. Es verbleibt jedoch die Möglichkeit, die identifizierten
678 Einstellungsmuster auf ihre Verträglichkeit mit bestimmten Zielen zu prüfen: So dürfte das
679 sozial-ökologische Milieu tendenziell größeres Interesse an einem nachhaltigen Lebensstil
680 haben, als dies beim prekären Milieu zu erwarten ist. Wenn politische Lösungen jedoch auf
681 einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang abzielen sollen und müssen, gibt die
682 Segmentierung der Gesellschaft in Milieuzusammenhänge Probleme auf. Gibt es Ziele (z.B.
683 im Bereich der Nachhaltigkeit), die für alle Milieus ähnlich hohe Relevanz haben? Was
684 unternimmt man, wenn hier große Divergenzen bestehen? Politische Maßnahmen, die für das
685 eine Milieu erstrebenswert sein könnten, wären eventuell für ein anderes eine unerträgliche
686 Einschränkung ihrer individuellen Freiheitsgrade. Zwar ist politisches Handeln immer in
687 diesem Prozess des Abwägens eingebunden, eine Auflösung des gesellschaftlichen
688 Gesamtzusammenhangs in ein komplexes Muster von Milieusegmenten macht dies nicht
689 einfacher (näheres unter 3.4).

690 Wie aus den bisherigen Ausführungen zu entnehmen war, entscheiden in modernen
691 Gesellschaften die Individuen im Rahmen der gegebenen gesellschaftlichen Strukturen
692 weitestgehend selbst darüber, welchen Lebensstil sie wählen möchten, welchen Werten sie
693 sich verpflichtet fühlen und welche Form der alltäglichen Praxis der Lebensgestaltung daraus
694 resultiert. Dies heißt jedoch nicht, dass es keine prägenden Vorbilder, Instanzen und
695 Institutionen gibt, die auf diesen Auswahlprozess Einfluss hätten. Wichtige Impulse werden
696 zum Beginn der Biographie des Individuums gesetzt: Im Verlauf der Sozialisation, der
697 Übernahme und des Erlernens von gesellschaftlichen Werten, von Wissen, Fertigkeiten und
698 Techniken, erfährt das Individuum seine spezifische Prägung und erwirbt Kenntnisse und
699 Fähigkeit. Aus lebensweltlicher Perspektive erlernen und erleben Menschen in dieser Phase
700 die Strukturen ihrer Lebenswelt. Gleichzeitig werden sie aber auch von ihrem spezifischen

701 sozialen Umfeld, der sozialstrukturellen Positionen und Milieus, in denen sie sich während
702 des Aufwachsens befinden, geprägt und beeinflusst.

703 „Von besonderer Bedeutung ist die Sozialisation in der Kindheit. Ohne Sozialisation in dieser
704 frühen Lebensphase würden wir keine sozialen Wesen werden“.¹⁷ Wichtigste Akteure in
705 diesem Feld sind Elternhaus, Schule und evtl. religiöse Autoritäten, aber auch Gleichaltrige,
706 sogenannte Peers, und Medien beeinflussen die Sozialisation.¹⁸ Neben diesen frühen
707 Erfahrungen lernen die Individuen über den gesamten Verlauf ihrer Biographie hinzu.
708 Instanzen wie Universität, Ausbildungsbetrieb und der spätere Arbeitsplatz können hier
709 ebenso wichtige Impulsgeber sein, wie Partner oder Partnerin und der engere Freundeskreis,
710 aber auch Medien, Werbung, religiöse Gemeinschaften oder zivilgesellschaftliches
711 Engagement.

712 So wurde im Rahmen eines Forschungsprojektes des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB
713 Berlin) „Ethnische Heterogenität, soziales Vertrauen und Zivilengagement“ z.B. die
714 Bedeutung der wachsenden kulturellen, religiösen und ethnischen Vielfalt für die
715 Entwicklung der Zivilgesellschaft untersucht.¹⁹ Die Studie verfolgte die Frage, wie in
716 modernen Gesellschaften soziale Integration und Kohäsion durch politische Steuerung
717 herbeigeführt werden können. Dabei zeigte sich, dass religiöse Personen mit und ohne
718 Migrationshintergrund grundsätzlich häufiger Mitglieder in Vereinen sind, da ein erheblicher
719 Teil der zivilgesellschaftlichen Vereine direkt mit der Religionsausübung zusammenhängt
720 oder religiöse Wurzeln hat. Zudem spielt auch die Sprachkompetenz eine bedeutende Rolle
721 für die Entwicklung von Sozialkapital: Personen mit Migrationshintergrund mit guten
722 Deutschkenntnissen engagieren sich häufiger im Rahmen gemeinsamer Aktionen, sind
723 häufiger Mitglieder in Vereinen und schätzen die gemeinsame Handlungsfähigkeit ihrer
724 Nachbarschaft optimistischer ein als Personen mit schlechteren Deutschkenntnissen. Dies
725 zeigt auch, welchen Stellenwert Sprachkenntnisse für die soziale Integration haben.

726 Obwohl der Prozess der Primärsozialisation mit der Kindheit abgeschlossen ist, bleiben
727 Menschen über ihre gesamte Biographie anpassungs- und lernfähig. Gewisse Strukturen
728 verfestigen sich jedoch, und sind nicht mehr beliebig wandelbar: So scheint sich das Gefühl
729 der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Milieusegment, mit seinen spezifischen Werten und
730 Vorstellungen mit Anfang Zwanzig zu verfestigen, um dann weitgehend stabil zu bleiben.²⁰

731 Neben diesen stark prägenden Erfahrung sind die Individuen in ihrem Lebenslauf außerdem
732 natürlich mit der Vielzahl von Neuerungen, Moden, Werbung und technischen
733 Veränderungen konfrontiert, die das Leben in modernen Wissens- und Konsumgesellschaften
734 auszeichnen. Während in der Phase der Sozialisation quasi die Leitplanken zur Orientierung
735 gelegt werden, sind Einstellungen und Praxisformen immer wieder Wandlungs- und
736 Anpassungsprozessen unterworfen. Megatrends, wie die zunehmende Digitalisierung nicht
737 nur der Kommunikation oder der tiefgreifende Wandel der Arbeitswelt sind hier wichtige
738 Stichworte. Gerade die Berufswelt hat Einfluss auf den Lebensstil des Einzelnen und der
739 Einzelnen. So dient die moderne Arbeitswelt nicht nur als zeitlicher Taktgeber (Verweis auf
740 das Kapitel Arbeit), häufig verschwimmen inzwischen die Grenzen zwischen Arbeit und

¹⁷ Geulen, Dieter (2001). Sozialisation.

¹⁸ siehe auch im Überblick: Geulen, Dieter (2001). 125 – 140.

¹⁹ Die Studie basiert auf umfangreichen, empirischen Daten von 7.505 telefonisch Befragten in 55 Regionen Deutschlands sowie auf zwei postalischen Befragungen von 910 Eltern von Viertklässlern aus 40 Schulen und unter 30 Schulleitungen im ehemaligen Westberlin. Vgl. Koopmans, Ruud; et al. (2011). Ethnische Diversität, soziales Vertrauen und Zivilengagement.

²⁰ Siehe die Ausführungen von Dr. Silke Borgstedt, Sinus-Institut, Protokoll der Klausur der PG5 vom 12.05.2012

741 Freizeit mit entsprechenden Konsequenzen für den Lebens- und Konsumstil des Einzelnen
 742 und der Einzelnen. Prinzipiell ist der Mensch über seine gesamte Biographie hinweg
 743 lernfähig, daher gibt es Möglichkeiten zur Förderung nachhaltiger Lebensstile über das
 744 gesamte Leben hinweg.

745 Dies gewinnt zusätzlich an Bedeutung, wenn man die zu erwartende Altersentwicklung unter
 746 den Bedingungen des demografischen Wandels mit einbezieht: Welche Auswirkungen hätte
 747 ein genereller Alterungsschub der Gesellschaft auf Milieu- und Lebensstilstrukturen - und was
 748 würde dieser für nachhaltige Lebensstile bedeuten? Für diese Überlegungen sollen erneut die
 749 Sinus-Milieus als heuristischer Hintergrund verwendet werden.

750 Auf Basis der Milieustrukturen des Jahres 2012 ergibt sich für die Gegenwart folgendes
 751 Alterstableau:

	Anteil an der Milieustruktur	Durchschnittsalter	Altersschwerpunkt
Konservativ-etabliertes Milieu	10%	48	40-60
Liberal-intellektuelles Milieu	7%	46	40-50
Milieu der Performer	7%	42	30-50
Expeditives Milieu	6%	28	60% unter 30
Bürgerliche Mitte	14%	53	überwiegend ab 40
Adaptiv-pragmatisches Milieu	9%	36	meist unter 40
Sozialökologisches Milieu	7%	49	30-60
Traditionelles Milieu	15%	66	über 60
Prekäres Milieu	9%	51	meist über 50
Hedonistisches Milieu	15%	39	bis 40

752

753

Abbildung 2: Altersstruktur der Sinus-Milieus in Deutschlands²¹

754 Wie bereits erwähnt wurde, geht das Sinus-Institut davon aus, dass mit Anfang 20 die
 755 Verortung der Befragten in eines der Milieus abgeschlossen ist. Die Milieutypologie scheint
 756 sich, wie man an der Altersverteilung ablesen kann, eher auf Erwachsene zu beziehen, was in
 757 Anbetracht der Thematik auch nicht verwundert: Kinder leben vielleicht in prekären,
 758 konservativen oder sozialökologischen Haushalten, sind aber in den seltensten Fällen selbst
 759 „prekär“ oder „konservativ“. Aber wie verhält es sich am anderen Ende des Altersspektrums?
 760 Das Sinus-Institut geht davon aus, dass die Milieuzugehörigkeit über die Lebensspanne
 761 hinweg bis in Alter beibehalten wird. Es erfolgt also kein Abwandern in ein „traditionelleres-
 762 älteres“ Milieu. Unter der Prämisse des Alterungsprozesses innerhalb der Gesellschaft kann
 763 hieraus folgender Schluss gezogen werden:

764 „Während der Anteil der traditionellen Milieus in unserer Gesellschaft lebensalterbedingt
 765 schrumpft (demographischer Wandel), beobachten wir ein kontinuierliches Wachstum im
 766 modernen Segment“.²²

767 Dies würde, bleibt man in der Logik des Modells, langfristig eine Verschiebung der
 768 Mehrheiten hin zu postmateriellen Werten und Modernisierung bedeuten: Einstellungen pro
 769 Nachhaltigkeit würden also tendenziell zunehmen. Diese Annahme ist jedoch in zweierlei
 770 Hinsicht problematisch. Erstens ist unklar, welchem Wertekanon und welcher Lebenspraxis
 771 sich die nachkommenden Generationen und Mitglieder der zukünftigen neuen und wiederum
 772 jüngeren Milieus verpflichtet fühlen werden. Postmaterialismus und Modernisierung können

²¹ Verbrauchs- und Medienanalyse VuMa 2012 (2012). XXX ff.

²² Verbrauchs- und Medienanalyse VuMa 2012 (2012). XXVII

773 als Einstellungsmuster für die Zukunft also nicht zwangsläufig die Hegemonie für sich
774 beanspruchen, die zukünftige gesellschaftliche Dynamik lässt sich – wie das Abschmelzen der
775 traditionellen Milieus zeigt – nicht festschreiben oder prognostizieren. Zweitens legen
776 Befunde aus der Wahlforschung nahe, dass Einstellungsmuster und politische Präferenzen,
777 Überzeugungen und das Wahlverhalten über den Prozess des individuellen Älterwerdens
778 nicht zwingend stabil bleiben müssen.²³

779 Zieht man weiterhin die Befunde in Rechnung, dass das traditionelle wie das prekäre Milieu –
780 sei es nun als „unfreiwillige Klimaschützer“ oder als Ausfluss ihrer traditionellen
781 Lebensweise – durchaus eine gute ökologische Praxisbilanz gegenüber den moderneren
782 Milieus aufzuweisen haben, ergibt sich zudem ein paradoxer Befund: obwohl durch den
783 demographischen Wandel in den Milieusegmenten eventuell die nachhaltigen Überzeugungen
784 zunehmen würden, könnte die praktische Bilanz für nachhaltige Lebensstile, z.B. in den
785 Bereichen CO2 Ausstoß oder Ressourcenverbrauch negativ ausfallen (ganz überspitzt
786 formuliert ein demographisch bedingter Lebensstil-Rebound z.B. aufgrund von vielen
787 Flugreisen im Alter entstehen).

788 Daraus lassen sich erste Forschungsfragen ableiten:

- 789 • Verändert sich die Praxis und damit der Ressourcenverbrauch in den Milieus mit deren
790 „Alterung“?
- 791 • Stimmt die These, dass über den Lebensverlauf hinweg einmal eingenommene
792 Wertpräferenzen und Milieuzugehörigkeiten erhalten bleiben?

793 Neben dem Aspekt der ökologischen Nachhaltigkeit ließen sich – wenn man von den
794 Grundprämissen und Voraussetzungen der Lebensstilthematik (ausreichender
795 gesellschaftlicher Wohlstand, Freiheitsrechte, Wahlmöglichkeiten für die Lebensgestaltung)
796 ausgeht – noch einige Fragen zum Thema soziale Nachhaltigkeit im Kontext des
797 demographischen Wandels stellen:

- 798 • Lebensstile als prägende Elemente der gesellschaftlichen Morphologie enthalten
799 immer das Moment der freien Wahl. Aber wie gestaltet sich diese unter den Prämissen
800 einer alternden Gesellschaft?

801 Der Aspekt der Wohlstandssicherung unter diesen Voraussetzungen wurde in den Debatten
802 im Plenum der Enquete bereits angesprochen und bleibt eine der größten Herausforderung,
803 wenn man Phänomene der Altersarmut oder der übergroßen Belastung der dann
804 erwerbstätigen Bevölkerung vermeiden will.

- 805 • Jenseits dieser zentralen Fragen müsste man auch Ideen dazu entwickeln, wie die freie
806 Wahl des persönlichen Lebensstils im Alter zu gewährleisten sei?

807 Die Lebensumstände großer Teile der derzeitige Rentnergeneration, dürften dieses Element
808 der Wahl und der freien Entscheidung noch aufweisen. Doch selbst für diese Generation
809 enden die Momente der Selbstbestimmtheit mit dem Übergang ins System der Pflege. Trotz
810 eines breiten Angebots an verschiedensten Pflegevarianten und Unterbringungsmöglichkeiten
811 werden die Wahlmöglichkeiten zum Ende des Lebens wieder stark eingeschränkt. Die
812 Bewohner und Bewohnerinnen von Pflegeeinrichtungen bestimmen dann nur noch begrenzt
813 darüber, ob diese ihren gewohnten Lebensstil berücksichtigen, die Großküche mit Bio-

²³ exemplarisch hierzu: Pokorny, Sabine (2012). Junge Wähler: Hoffnungslos verloren? Das Wahlverhalten der Generationen.

814 Produkten arbeitet oder die Heimleitung sich nachhaltigen Prinzipien z.B. bei der Behandlung
815 ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen verpflichtet fühlt. Das den gesamten Lebenslauf
816 prägende Element der Wahl geht an dieser Stelle verloren.

817 Wer über entsprechende Mittel verfügt besitzt in diesem Kontext sicherlich noch eine gewisse
818 Auswahl - die selbstverständliche Praxis des eigenen Lebensstils, die einem als aktives
819 Mitgliedern der Gesellschaft zur Verfügung stand, wird jedoch erheblich eingeschränkt. Dies
820 mag in vielen Fällen mit medizinischer Begründung geschehen, teilweise aber nur den
821 systemimmanenten Anforderung des Pflegebetriebs geschuldete sein, die sich aber- bei
822 entsprechendem Willen – auch anders gestalten ließen.

823 Es soll die Frage aufgeworfen werden, welches Maß an Selbstbestimmung des eigenen
824 Lebensstils im Alter gewährleistet werden kann. Vor dem Hintergrund des demographischen
825 Wandels dürften Überlegungen hierzu zunehmende Bedeutung gewinnen.

826 Zudem wäre bei der Erörterung dieser Fragen auch an den Personenkreis zu denken, der
827 Pflegeleistungen unentgeltlich und jenseits des organisierten Pflegebetriebes erbringt. Durch
828 ihre Entscheidung sich um einen Angehörigen, eine Angehörige oder eine andere
829 pflegebedürftige Person zu kümmern, ermöglichen sie diesen eventuell die Erhaltung von
830 Freiheitsgraden und Spielräumen, erfahren selbst jedoch eine massive Einschränkung ihrer
831 Wahlfreiheiten, da sie z. B. erhebliche Einbußen auf dem Bereich der Zeitautonomie erleiden.
832 – Hier ergeben sich Bezüge zum Thema Arbeit und hier besonders zu Gebiet der Care-
833 Economy.

834 **2.1.3 Mögliche Anhaltspunkte für einen nachhaltigen Lebensstil**

835 Zunächst stellt sich die Frage was unter Nachhaltigkeit im Allgemeinen verstanden wird,
836 bevor dieses Konzept dann im Zusammenhang mit Lebensstilen bzw. Lebensweisen in
837 Verbindung gebracht werden kann. Die Projektgruppe 3 der Enquete-Kommission verweist in
838 ihrem Bericht auf ein Verständnis von „Nachhaltiger Entwicklung“, dessen historische
839 Wurzeln im Brundtland-Report von 1987 verortet werden.²⁴ Stichwortgebend ist hier der
840 Begriff der Generationengerechtigkeit.²⁵ Unter der Vorstellung von inter- und
841 intragenerationeller Gerechtigkeit wurde dieser in anschließenden Diskussionen
842 weiterentwickelt. Dabei wird unter Ersterem die Gewährleistung der Grundbedürfnisse
843 zukünftiger Generationen verstanden, die nicht durch die Lebensweise gegenwärtiger
844 Generationen beeinträchtigt werden dürfen. Die intragenerationelle Gerechtigkeit widmet sich
845 demgegenüber sowohl dem Ausgleich innerhalb einer Generation, als auch dem Ausgleich
846 zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden.²⁶ Insbesondere im Kontext der
847 intragenerationellen Gerechtigkeit werden im politischen Feld Zielkonflikte ausgemacht: So
848 sehen zum Beispiel die Länder des globalen Südens ihre wirtschaftliche Entwicklung durch
849 die Forderung der Treibhausgasreduktion gefährdet.²⁷

²⁴ World Commission on Environment and Development (1987). Our Common Future.

²⁵ vgl. PG 3: 11,12

²⁶ Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2012). Vom „Blauen Himmel“ zur Blue Economy: 27; v. Hauff, Michael; Kleine, Alexandro (2009). Nachhaltige Entwicklung – Grundlagen und Umsetzung: 7

²⁷ So betont z.B. die Präsidentin der ugandischen Gruppe für Menschenrechte und wirtschaftliche Entwicklung CORE in einem Essay die Wichtigkeit von Wachstum für die Entwicklung Afrikas, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Herausbildung moderner Gesellschaften. Die Unterstützung beim Klimawandel durch die Industrieländer lehnt sie als Bevormundung und entwicklungshinderlich ab. Wachstum sei für die Umsetzung sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit essentiell: „Wir brauchen den Handel, Produktion, Strom und Treibstoffe, um moderne Industriegesellschaften aufzubauen. Wir müssen tun, was China und Indien

850 Jenseits der Generationenverantwortung wird in der Projektgruppe 3 der Erhalt der
851 Naturfunktion und eine gerechte Verteilung der Chancen für möglichst alle Menschen
852 betont.²⁸ Trotz dieses umfassenden Anliegens, richtet sich der Hauptaugenmerk der
853 Projektgruppe 3 auf die ökologische Dimension der Nachhaltigkeit. Die Projektgruppe 5 ist in
854 ihren Beratungen demgegenüber zu dem Schluss gekommen, dass sie den Themenfeldern der
855 Lebensstile, Arbeit und des Konsums ein erweitertes Nachhaltigkeitsverständnis zugrunde
856 legen möchte. Somit spielen neben der ökologischen auch die soziale und ökonomische
857 Dimension eine Rolle. International wird in diesem Zusammenhang zumeist auf das „Triple
858 Bottom Line“-Modell von John Elkington verwiesen,²⁹ während man sich im
859 deutschsprachigen Raum überwiegend auf die drei Säulen der Nachhaltigkeit bezieht.³⁰ Aus
860 der Perspektive einer starken Nachhaltigkeit, die eine Vorrangstellung der ökologischen
861 gegenüber den anderen Dimensionen verlangt, wird am Drei-Säulen-Modell die
862 Gleichrangigkeit und Substituierbarkeit der verschiedenen Säulen kritisiert. In diesem Sinne
863 ist das Drei-Säulen-Modell einem schwachen Nachhaltigkeitsverständnis zuzuordnen.³¹ In
864 jüngster Zeit findet zudem ein Modell Erwähnung, das ebenfalls auf die sozialen und
865 ökonomischen Aspekte der Nachhaltigkeit Rücksicht nimmt, diese aber innerhalb der
866 natürlichen Tragfähigkeitsgrenzen der Erde einbettet: „Eine nachhaltige Entwicklung strebt
867 für alle heute lebenden Menschen und künftigen Generationen ausreichend hohe ökologische,
868 ökonomische und sozial-kulturelle Standards im Rahmen der natürlichen Tragfähigkeit an.
869 Sie will somit das inter- und intragenerative Gerechtigkeitsprinzip durchsetzen.“³²

870 **Der Nachhaltigkeitsbegriff in politischen Prozessen:**

871 Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die politische Karriere des Begriffs „Nachhaltigkeit“
872 dabei wohl auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung 1992 in
873 Rio de Janeiro, dem sogenannten Erdgipfel. Dort hat sich die internationale
874 Staatengemeinschaft zu dieser Zielsetzung bekannt und sich mit der „Agenda 21“, einem
875 globalen Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert, einen Maßnahmenkatalog gegeben, wie
876 nachhaltige Entwicklung konkret umgesetzt werden soll. Auch die Europäische Union hat den
877 Nachhaltigkeitsgrundsatz mittlerweile zu einem Leitmotiv erhoben. Mit dem Amsterdamer
878 Vertrag von 1999 wurde eine „nachhaltige Entwicklung“ auf EU-Ebene explizit als
879 politisches Ziel formuliert. 2001 hat der Europäische Rat in Göteborg eine EU-
880 Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen, die den Rahmen für die ökologische, ökonomische und
881 soziale Entwicklung der Union bilden soll. In Deutschland mündete dies in die
882 „Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung“, die alle vier Jahre durch einen
883 Fortschrittsbericht überprüft wird und die durch den Parlamentarischen Beirat für Nachhaltige
884 Entwicklung im Bundestag begleitet wird. Die Themenschwerpunkte orientieren sich dabei an
885 den Begriffen Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und
886 internationale Verantwortung.

tun: uns entwickeln und mehr Handel mit ihnen treiben. Nur so erreichen wir Arbeitsplätze, Wohlstand, Gesundheit und auch Umweltqualität, die wir verdient haben.“ Fiona Kobusingye: Eure Sorgen sind nicht unsere Sorgen, in: „Die Welt“, 27.11.2009. Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2012), Vom „Blauen Himmel“ zur Blue Economy: 27

²⁸ vgl. PG 3: 12

²⁹ Elkington, John (1997). Cannibals with forks: The triple bottom line of 21st century business.

³⁰ vgl. Deutscher Bundestag (1998). Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt - Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“. Abschlussbericht BT-Drs. 13/11200 vom 26.6.1998.

³¹ vgl. laut PG 4 Bericht: Vgl. Ott, Konrad; Döring; Ralf (2008). Theorie und Praxis der Nachhaltigkeit. / starke und schwache Nachhaltigkeit erklären?

³² Rogall, Holger (2000). Bausteine einer zukunftsfähigen Umwelt- und Wirtschaftspolitik:100

887 Weitere Konkretisierung erfährt der Begriff der Nachhaltigkeit im deutschsprachigen Raum
888 durch die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Diese Strategie beinhaltet
889 einen Indikatorenbericht, dem 38 Einzelindikatoren zugrunde liegen. Als Orientierung ließen
890 sich hieraus auch mögliche Anhaltspunkte für nachhaltige Lebensstile identifizieren. Darüber
891 hinaus hat die Enquete Kommission zur Messung von Wohlstand und Lebensqualität einen
892 Indikatorensatz entwickelt. Dieser setzt sich aus drei Dimensionen zusammen, die thematisch
893 die verschiedenen Facetten von Wohlstand und Lebensqualität abdecken. Hierzu gehören: der
894 materielle Wohlstand, Soziales/Teilhabe und Ökologie. Jede Dimension bildet einen Ist-
895 Zustand und die Nachhaltigkeit als Zukunftsdimension ab.³³

896 In diesem Kapitel werden wir bei den Aspekten, die auf eine nachhaltige Lebensweise
897 hinweisen, sowohl die ökologischen als auch die soziale und ökonomische Dimension der
898 Nachhaltigkeit einbeziehen und behandeln.

899 Entscheidend für den Ausprägungsgrad eines nachhaltigen Lebensstils sind die Präferenzen
900 der privaten Haushalte. Die Wirksamkeit eines nachhaltigen Lebensstils kann systematisch in
901 drei Kategorien untersucht werden, die im Folgenden erörtert werden.

902 **2.1.3.1 Kategorien für einen nachhaltigen Lebensstil: Effizienz, Konsistenz,** 903 **Suffizienz**

904 Das hohe Interesse an nachhaltigen Lebensstilen wird in der Umweltdebatte zumeist damit
905 begründet, dass 30- 40 % aller ökologischen Probleme direkt oder indirekt auf Konsummuster
906 und nicht nachhaltiges Verhalten zurückzuführen seien.³⁴ Damit geraten Lebensstile in ihrer
907 Strukturierungsfunktion für den Alltag und als Organisatoren des Verhaltens ins Blickfeld.
908 Angeschaut wird sich, „wer“, „wann“ und „wie“ nachhaltig handelt. Die Frage der
909 Verantwortung der Konsumentinnen und Konsumenten wird dabei zugleich mit der Frage der
910 zur Verfügung stehenden Handlungsspielräume gestellt. Dabei geht es konkret um den
911 Einfluss von Kaufentscheidungen auf nachhaltige Produktion. Doch nicht nur der Impact des
912 nachhaltigen Konsums wird beleuchtet, sondern auch das Verhältnis von Bewusstsein und
913 Handeln steht unter Beobachtung: In jüngster Zeit mehren sich Studien, nach denen ein hohes
914 Umweltbewusstsein oft nicht mit einem naturverträglichen Verhalten einhergeht.³⁵

915 Nachhaltigkeit bzw. nachhaltiges Handeln ist kein Zustand, kein punktuell Ziel, welches auf
916 einem fest vorgegebenem Pfad erreicht werden kann. Vielmehr ist es prozesshaft zu
917 verstehen, als eine Art Haltung auf die man sich hin ausrichtet. Insofern sind dem Prozess
918 Nachhaltigkeit handlungsanleitende Strategien zur Seite zu stellen, die eine Orientierung auch
919 für die individuelle Lebensführung geben können.

920 Die Studie des Wuppertal Instituts „Ein Zukunftsfähiges Deutschland II“ führt in diesem
921 Sinne die Faustformel eines „Besser“, „Anders“ und „Weniger“ ein, die vereinfacht in den

³³ vgl. Bericht der Projektgruppe 2 „Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstands- bzw. Fortschrittsindikator“

³⁴ vgl. Umweltbundesamt (UBA) (1997). Nachhaltiges Deutschland: 227; Hagemann, Helmut; et al. (2004):
Instrumente und Strategien zur Förderung des nachhaltigen Konsums:10; vgl. Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU); UBA 2012. Umweltbewusstsein in Deutschland 2012.
Lebensstile werden zumeist im Zusammenhang der ökologischen Dimension der Nachhaltigkeit thematisiert. So
heißt es bei Rink, dass umweltsoziologische Konzeptualisierungen von Lebensstilen bislang stark auf die ökolo-
gische Dimension nachhaltiger Entwicklung ausgerichtet seien. Sie seien daher kaum anschlussfähig an andere
Fragestellungen wie z.B. der sozialen Unterschiede. vgl. Rink, Dieter (2002). Lebensweise, Lebensstile, Lebens-
führung: 39

³⁵ vgl. BMU; UBA (Hrsg.) (2010). Umweltbewusstsein in Deutschland: 74ff; Reusswig, Fritz; Lass, Wiebke
(2012). Nachhaltige Lebensstile: 18; Grunwald, Armin (2012). Ende einer Illusion: 48ff.

922 ressourcenschonenden Dreiklang von Effizienz, Konsistenz und Suffizienz übersetzt werden
923 kann.³⁶ Dabei geht es um die Unterstützung von Maßnahmen, die Bürgerinnen und Bürger
924 sowie Unternehmen dazu bewegen, dem Rebound- und Allmendeproblem entgegen zu
925 wirken.³⁷ Auch wenn zur Vereinfachung Effizienz- und Konsistenzstrategien primär technisch
926 orientierten Lösungsansätzen und Produktionskonzepten zugeordnet und Suffizienzstrategien
927 hauptsächlich als freiwillige oder staatlich regulierte Verhaltensanpassungen verstanden
928 werden,³⁸ können die drei Dimensionen nicht vollständig voneinander getrennt werden und
929 weisen erhebliche Überschneidungen auf. Ob die Vorstellungen von Nachhaltigkeit, die im
930 Rahmen der oben genannten Studie erörtert werden, gesellschaftlich konsensfähig sind, bleibt
931 abzuwarten.

932 Die Projektgruppe 3 der Enquete-Kommission stellt den drei Kategorien Effizienz,
933 Konsistenz und Suffizienz die Regulierung als vierte Kategorie zur Seite – wobei unter
934 Regulierung hier sowohl staatliche Rahmenbedingungen als auch private Selbstverpflichtung
935 gefasst werden.

936 **Effizienz (Dematerialisierung, Quantität)**

937 Maßnahmen der Effizienz setzen vorwiegend auf technischen Fortschritt und
938 Wirkungssteigerungen der Ressourcenverwendung. Hierbei spricht das Wuppertal Institut in
939 der Studie auch von Dematerialisierung.³⁹ Effizienzstrategien sind deshalb so interessant, da
940 häufig ökonomische und ökologische Interessen zusammenfallen: Beiden ist das Streben nach
941 gesteigerter Ressourceneffizienz gemein.⁴⁰ Somit geht der Ressourcenabbau mit der
942 ökonomischen Logik der Kostenreduktion konform, wobei Effizienzstrategien bereits heute
943 große Errungenschaften bei der Reduktion des Ressourceneinsatzes pro produzierter Einheit
944 zugesprochen werden.⁴¹ Wichtig bei der Begutachtung der Erfolge ist es dabei, den
945 kompletten Produktionsprozess von der Wiege bis zur Bahre in den Blick zu nehmen: Denn
946 90 % aller Materialien und Energien, die zur Herstellung von Gebrauchsgütern nötig sind,
947 werden noch vor dem Endprodukt verbraucht.⁴² Doch selbst bei der Betrachtung des gesamten
948 Lebenszyklus muss bedacht werden, dass die Ressourcenreduktionen im Einzelfall nicht
949 notwendigerweise zu einer Ressourcenreduktion im Gesamten führt. Rebound- oder
950 sogenannte Backfire-Effekte können gewonnene Ressourceneffekte zunichtemachen oder
951 sogar ihr Gegenteil bewirken. Unter Rücksichtnahme auf ein für die Enquete-Kommission
952 erstelltes Gutachten heißt es im Berichtsteil der Projektgruppe 3: „Die Ergebnisse des
953 Berichts zeigen, dass – je nach der spezifischen Situation – die ökologischen
954 Entlastungseffekte technologischen Fortschritts durch den Rebound-Effekt teilweise oder
955 ganz aufgezehrt werden können, sogar bis hin zu einer Überkompensation (Backfire).“⁴³
956 „Strategien der Effizienz werden somit als notwendig, nicht aber als hinreichend erachtet.“⁴⁴

³⁶ vgl. BUND, Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt: 216.

³⁷ vgl. PG 3, Kapitel 7, S. 8.

³⁸ vgl. PG 3

³⁹ vgl. BUND, Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt.

⁴⁰ vgl. Sachs, 2002, 51? oder ff.

⁴¹ vgl. PG 3 Kapitel 4.2

⁴² vgl. BUND, Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrsg.) (2008). Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt: 220

⁴³ vgl. PG 3, Kapitel 5.4.1.

⁴⁴ vgl. PG 3, Kapitel 7, S. 8

957 Im Zusammenhang mit der Entkopplungsfrage muss auch eine Lesart des Ansatzes des
958 „Green New Deals“ Erwähnung finden. Hier wird davon ausgegangen, dass eine relative
959 Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch möglich ist - eine Effizienzrevolution
960 in der Produktivität und die Ersetzung endlicher durch regenerativer Ressourcen
961 vorausgesetzt. Wirtschaftswachstum stellt danach eine Notwendigkeit für das friedliche
962 Zusammenleben dar und darf daher nicht eingedämmt werden.⁴⁵

963 Geht man allerdings von der Notwendigkeit eines ökologisch nachhaltigen Wirtschaftens aus,
964 bedarf es laut der Studie des Wuppertal Instituts eines generellen Blickwechsel des
965 Wirtschaftens weg von der Angebotsorientierung, hin zu einem reflektierten
966 Nachfragemanagement: „Es werden Produktions- und Dienstleistungssysteme unerlässlich,
967 die darauf abheben, systematisch die Nachfrage nach Ressourcen zurückzubauen, anstatt nur
968 auf Angebotsexpansion zu setzen.“⁴⁶ Zudem wäre es angebracht gemeinsam mit der
969 Beachtung des kompletten Lebenszyklus eines Produktes auch der Lebensdauer höhere
970 Aufmerksamkeit zu schenken.⁴⁷ Die benannte Studie verweist beispielsweise auf
971 Geschäftsmodelle, die Nutzung nicht über Eigentum, sondern über Zugang anbieten und
972 somit einen rationelleren Umgang mit Ressourcen versprechen. Bleibt das Produkt Eigentum
973 des Produzenten, wie dies bspw. bei Kopierern oft der Fall ist, hat dies auch Auswirkungen
974 auf das Unternehmensinteresse: Dieses profitiere nun von effizienter Einsatzplanung und
975 verlässlicher Wartung sowie vom Reengineering der Geräte und der Wiederverwertung nach
976 Verschleiß.

977 **Sondervotum der Fraktion FDP:**

978 Freilich nicht weiter ausgeführt wird dabei, welchen konkreten Personen die Kompetenz zum
979 Beurteilen der Rationalität des Ressourcenumgangs für wie lange und unter welchen
980 Bedingungen zugesprochen und eine ggf. intervenierende Machtposition im Rahmen welcher
981 Verfahren eingeräumt wird.

982 Hier sind Unternehmen durch ihre hohe Innovationsleistung gefragt, neue und bessere Wege
983 eines effizienten Wirtschaftens zu finden. Aufgrund der sich ändernden Marktbedingungen
984 und des gestiegenen ökologischen Bewusstseins bei den Endkunden geschieht dies in
985 zunehmendem Maße. Wenn Unternehmen sich des gesamten Lebenszyklus ihrer Produkte
986 annehmen, wird die i.d.R. kurzfristige, alleinige Orientierung an einem möglichst hohen
987 Produktabsatz durch die Logik des optimalen Managements von Vermögenswerten ersetzt,
988 heißt es.⁴⁸ An dieser Stelle des Nutzens und Besitzens offenbaren sich die zwei Seiten der
989 Medaille von Produktangebot und Konsummöglichkeit: Die wechselseitige Bedingtheit von
990 Effizienz- und Suffizienzstrategien verflechtet sich hier in Prinzipien des „Besitzens und

⁴⁵ vgl. Vgl. beispielsweise Fücks, Ralf (2011). Vom Weg in die ökologische Moderne nach dem Vorbild der Natur; Fücks, Ralf (2012). Die ökologische Transformation des Kapitalismus; Jänicke, Martin (2010). Degrowth; ;für eine Effizienzrevolution plädiert insbesondere auch Ernst-Ulrich von Weizäcker (2010). Faktor 5. Für nachhaltiges Wachstum.

⁴⁶ vgl. BUND, Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt: 218ff

⁴⁷ vgl. BUND, Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt: 220

⁴⁸ vgl. BUND, Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt: 223

991 Nutzenverkaufs“ auf der Angebotsseite und des „Nutzens statt Besitzens“ auf der Seite der
992 Nachfrage.⁴⁹

993 **Konsistenz (Naturverträglichkeit, Qualität)**

994 Während sich Effizienzmaßnahmen dem Ziel der Ressourcenreduktion widmen, streben
995 Konsistenzstrategien die Harmonisierung von Natur- und Wirtschaftsprozessen an.⁵⁰
996 Reduktion steht bei Konsistenzmaßnahmen nicht zwangsläufig im Vordergrund, vielmehr das
997 Paradigma der Naturverträglichkeit.⁵¹ Ist Ressourcenreduktion für die Naturverträglichkeit
998 erforderlich, fallen Konsistenz- und Effizienzbestrebungen zusammen. Dabei wird im
999 Zusammenhang von Umweltverträglichkeit bei der Konsistenz zumeist auf ein Wirtschaften
1000 in Kreisläufen verwiesen: Demnach ist das Ziel, dass die Abfälle des einen
1001 Produktionsprozesses dem Wirtschaftskreislauf erhalten bleiben und zum Rohstoff eines
1002 anderen Produktionsprozesses werden. Beispiele für Konsistenz sind Papierhandtücher, die
1003 ohne giftige Inhaltsstoffe vollständig kompostierbar sind und dem Naturkreislauf wieder
1004 zugeführt werden können oder die Produktion von Bodenbelägen wie Teppiche, die nach der
1005 Nutzung dem Hersteller zurückgegeben werden, da dieser aus den Abfällen vollständig neue
1006 Grundstoffe gewinnt, um ein anderen Bodenbelag zu produzieren. Die Betrachtung des
1007 Produktionsprozesses als Kreislauf richtet somit den Blick über den Lebenszyklus des einen
1008 Produktes hinaus in den Lebenszyklus eines neuen Produktes hinein oder zurück in den
1009 Naturkreislauf. Somit erfolgt die Begutachtung der Produktion nicht mehr nur von der Wiege
1010 bis zur Bahre, sondern wird komplett von der Wiege bis zur Wiege vollzogen.

1011 Diesem umfassenden Wirtschaften widmen sich auch die Konzepte des „Cradle-to-Cradle“
1012 (C2C) von Michael Braungart und William McDonough sowie das Konzept der Blue
1013 Economy, das auf Gunter Pauli zurückgeht.⁵² Beide Ansätze suchen danach, im Sinne der
1014 Kreislaufwirtschaft, die Abfälle der einen Produktion als Ressource einer anderen Produktion
1015 zu betrachten. Sie streben eine ganzheitliche Sichtweise auf die Wechselwirkungen von
1016 ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekten an. Sie gehen davon aus, dass ein
1017 erweiterter, systemischer Blick auf die Wertschöpfungskette mittels Technologie, Innovation
1018 und ganzheitlicher Lösungen ein nachhaltiges, verantwortliches und systemisch intelligentes
1019 Wachstum erzeugt, das in internationale Zusammenhänge eingebettet ist.⁵³ Blue Economy
1020 steht dabei für eine Innovations- und Strukturpolitik, die Wohlstand für Viele mit einem
1021 Minimum an Umweltbelastungen verbindet. Die Wirtschaft soll über neue
1022 Wertschöpfungsmodelle ein gesteigertes Eigeninteresse an einem nachhaltigen
1023 Produktsortiment haben. Somit wird Nachhaltigkeit zum Motor einer neuen Wirtschaftskultur.

⁴⁹ Unter dem Label „Nutzen statt Besitzen“ oder „Collaborative Consumption“ wird der gemeinschaftliche Konsum thematisiert, der in einer Studie im Auftrag der Heinrich Böll Stiftung in den Leitgedanken des „Tauschen“, „Teilen“, „Mietens“ und „Verschenkens“ zum Ausdruck kommt. Nicht zuletzt neue Technologien und soziale Netzwerke fördern neue Möglichkeiten einer gemeinsamen Nutzung und Bereitstellung von Gütern und Vermietensystemen – wie bspw. des Car-Sharings und der Autovermietung oder Weiter- und Wiederverwertungen im Sinne von Tausch- und Verschenkensystemen. Dieser Form des Konsums wird von der oben genannten Studie hohes Potential für eine ressourcenschonende Konsumkultur zugesprochen. Vgl. Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.) (2012). Nutzen statt Besitzen: 11,17,58

⁵⁰ vgl. BUND, Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrsg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt: 218

⁵¹ vgl. BUND, Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrsg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt: 218

⁵² vgl. Braungart, Michael; McDonough William (2009). Cradle to Cradle; Pauli, Gunter (2010). The Blue Economy.

⁵³ vgl. Friedrich Ebert Stiftung (2012). Vom „Blauen Himmel“ zur Blue Economy: 36

1024 Die Blue Economy setzt ein neues Leitmotiv, ohne dabei gleichzeitig regulatorisch die
1025 Freiräume zu beschneiden.⁵⁴

1026 Diskutiert wird bei den Ansätzen des Cradle-to-Cradle und der Blue Economy die Frage nach
1027 ihrer Wirkmächtigkeit und die Tragweite ihrer Realisierung. So setzen die Befürworterinnen
1028 und Befürworter dieses Konzepts stark auf eine umfassende Kreislaufwirtschaft durch
1029 freiwillige Selbstverpflichtungen der Unternehmen (vgl. Pauli). Kritikerinnen und Kritiker
1030 bezweifeln sowohl das Potential freiwilliger Selbstverpflichtungen, als auch das Potential
1031 einer gesamtwirtschaftlichen Ausdehnung dieser Art der Kreislaufwirtschaft.⁵⁵ Weiter besteht
1032 die Ansicht, dass Cradle-to-Cradle von Braungart und McDonough nur die Produktion und
1033 nicht die Nutzungsphase in die ökologische Begutachtung einbezieht und auf Grundlage
1034 eigener Analysen zertifiziert.⁵⁶ Des Weiteren wird angeführt, dass die Naturverträglichkeit
1035 selbst Grenzen unterliegt: Erneuerbare Energien, Materialien und Senken können ebenfalls
1036 nicht als grenzenlos verfügbar gelten.⁵⁷

1037 **Suffizienz (Selbstbegrenzung, Maß halten)**

1038 Suffizienz ergänzt die Maßnahmen der Effizienz und Konsistenz im Bereich einer ökologisch
1039 nachhaltigen Wirtschaft. Die Umstellung auf grüne Technologien und Produktionsweisen gilt
1040 als unverzichtbar. Der ökologische Modernisierungsprozess kann in vielen Branchen
1041 Wachstumsimpulse erzeugen, die allerdings mit zu erwartenden Rückgängen in ineffizienten
1042 oder CO₂-intensiven Prozessen und Technologien einhergehen dürften. Bestimmte Branchen
1043 müssten somit ihre Produktpaletten umbauen oder würden im Wettbewerb nicht mehr
1044 bestehen.

1045 Die Umweltbilanz dieses Umstrukturierungsprozesses ist nicht wirklich abschätzbar.⁵⁸ Die
1046 Projektgruppe 3 der Enquete Kommission stellt in ihrem Abschlussbericht eine notwendige
1047 absolute Reduktion des Ressourcenverbrauches in zentralen Bereichen (vor allem bei den
1048 fossilen Energieträgern) fest.⁵⁹ Dabei werden Effizienz- und Konsistenzstrategien nicht
1049 hinreichend sein, sofern sie nicht mit einer Veränderung der Lebensstile und Konsummuster
1050 einhergehen.⁶⁰ Reusswig und Lass weisen in diesem Kontext darauf hin, dass eine
1051 prosperierende grüne Ökonomie und ökologische Produktion auch grüne Kundinnen und
1052 Kunden benötige. Ferner dürften Einsparungen in einem Feld nicht anderweitig durch
1053 Rebound-Effekte zunichte gemacht werden – auch hierfür seien umweltsensible
1054 Konsumentinnen und Konsumenten erforderlich.⁶¹

1055 Demgegenüber äußern sich andere Positionen kritisch gegenüber dem Suffizienzgedanken: So
1056 meint Joseph Huber, dass der strategische Irrtum der Suffizienzvertreterinnen und –vertreter
1057 in der Überzeugung liege, man könne eine solche Lebenshaltung in der Breite der
1058 Bevölkerung verallgemeinern. Selbst in religiösen Zeitaltern wäre dies historisch noch nie
1059 vorgekommen und auch heute könne die Welt daran nicht genesen. Nicht zuletzt, da die

⁵⁴ vgl. Pauli, Gunter (2010): The Blue Economy.

⁵⁵ vgl. Vgl. TAZ (2009). Ökologisch-industrielle Revolution.

⁵⁶ vgl. Kritische Quellen „Blue Economy“ einfügen DIE GRÜNEN

⁵⁷ vgl. BUND, Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrsg.) (2008): Zukunftsfähiges
Deutschland in einer globalisierten Welt: 233

⁵⁸ vgl. Reusswig, Fritz; Lass, Wiebke (2012). Nachhaltige Lebensstile: 7

⁵⁹ vgl. PG 3, Kapitel 7, S. 4

⁶⁰ vgl. BUND, Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrg.) (2008): Zukunftsfähiges Deutschland
in einer globalisierten Welt: 232.

⁶¹ vgl. Reusswig, Fritz; Lass, Wiebke (2012). Nachhaltige Lebensstile: 8f.

1060 Suffizienzposition weder mehrheitlich anschlussfähig sei, noch in der ökologischen Sache in
1061 die richtige Richtung führe.⁶²

1062 **Fazit:**

1063 Effizienz und Konsistenz sollten durch Maßnahmen der Suffizienz flankiert werden.
1064 Suffizienz darf dabei allerdings nicht mit reiner Genügsamkeit und Verzicht verwechselt
1065 werden, denn statt Verzicht gehe es um das bewusste Reflektieren des guten Lebens: „Es ist
1066 nicht so sehr der „Materialismus“ der Konsumgesellschaft, der vom Suffizienzgedanken
1067 angegriffen wird, sondern die Tatsache, dass diese mit der Güterfülle zugleich massenhaft
1068 Mittelmäßiges und Schund produziert, dessen psychologisches Pendant die Kultur- und
1069 Achtlosigkeit des Durchschnittskonsumenten ist, der die Herkunft und Qualität der Dinge
1070 wertzuschätzen verlernt hat“.⁶³ Quantität soll dabei nach diesem Konzept durch mehr Qualität
1071 ersetzt werden. Suffizienzstrategien in diesem Verständnis meinen mehr Konsum im Sinne
1072 von bewussterem Konsum.⁶⁴

1073 Auch wenn sich der Suffizienzgedanke nicht darauf beschränken mag, werden
1074 Suffizienzstrategien oft im Zusammenhang des privaten Konsums thematisiert. So wird die
1075 Anforderung suffizienten Verhaltens nicht im Bereich des Öffentlichen, sondern überwiegend
1076 an private Verhaltensweisen gestellt.⁶⁵ Partizipative Formen von Produktentwicklungen
1077 werden kaum oder wenn, dann hauptsächlich indirekt durch Kaufentscheidungen thematisiert.
1078 Umweltsensible Konsumierende und ihre Lebensstile stehen im Fokus der Debatte.

1079 **2.1.3.2 Nachhaltiger Lebensstil**

1080 Eng verbunden mit Wohlstand und Lebensqualität ist der Begriff der Nachhaltigkeit. Die
1081 Nachhaltigkeit ist umfassend zu verstehen und beinhaltet neben den ökologischen Aspekten
1082 auch die soziale und ökonomische Nachhaltigkeit. Den Einen nachhaltigen Lebensstil gibt es
1083 nicht. Dies liegt schon allein an den drei konfligierenden Zielen der Nachhaltigkeit. Für einen
1084 privaten Haushalt ist es ökonomisch nachhaltig, die günstigste Fahrverbindung zwischen zwei
1085 Orten zu wählen. Dies muss aber nicht ökologisch nachhaltig sein. So verbraucht ein privater
1086 Haushalt mehr CO₂-Emissionen mit einer Flugreise als mit einer Bahnfahrt. Der Konsum, in
1087 diesem Beispiel die Wahl der Mobilität, ist ein wichtiger Faktor für einen nachhaltigen
1088 Lebensstil. Ein anderer wichtiger Faktor ist z. B. das Engagement von Bürgerinnen und
1089 Bürgern. Hierzu zählen u. a. die Mitgliedschaft in Vereinen, freiwilliges Engagement sowie
1090 andere Formen solidarischen Verhaltens. Durch ein vielfältiges Bürgerengagement entsteht
1091 eine lebendige Zivilgesellschaft, die wiederum für jeden einzelnen eine stabile Grundlage
1092 ermöglicht, nachhaltig zu leben.

1093 Nachhaltige Lebensstile sind eng mit dem Verbraucherverhalten und Konsum von privaten
1094 Haushalten verbunden. Dabei sind in dieser Diskussion insbesondere zwei Gesichtspunkte
1095 relevant: Auf der einen Seite richtet sich das Interesse auf das unterschiedlich ausgeprägte
1096 Umweltbewusstsein der verschiedenen Milieus – so wird das Umweltbewusstsein in
1097 Deutschland im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und
1098 Reaktorsicherheit und des Umweltbundesamtes seit Mitte der 1990er Jahre untersucht, wobei

⁶² vgl. Huber, Joseph (2011): Allgemeine Umweltsoziologie:162.

⁶³ Vgl. Reusswig, Fritz; Lass, Wiebke (2012). Nachhaltige Lebensstile: 10; Pötter, Bernhard (2006): König Kunde ruiniert sein Land.

⁶⁴ Vgl. Reusswig, Fritz; Lass, Wiebke (2012). Nachhaltige Lebensstile: 11

⁶⁵ Vortrag Gottschlich /Konferenz Gender und Nachhaltigkeit – Quelle?

1099 jüngst auch die Sinus-Milieus in die Untersuchung integriert werden.⁶⁶ Auf der anderen Seite
1100 gewinnt die Bewusstseins-Verhaltens-Lücke im Zusammenhang mit nachhaltigen
1101 Lebensstilen mehr und mehr an Aufmerksamkeit, wobei dies nicht zuletzt auf Studien
1102 zurückzuführen ist, nach denen hohes Umweltbewusstsein nicht immer mit umweltsensiblen
1103 Verhalten einhergeht.⁶⁷ Zusätzlich zur Bewusstseins-Verhaltens-Lücke⁶⁸ wird hierbei auch
1104 vom Phänomen der kognitiven Dissonanz gesprochen.⁶⁹

1105 Im Zusammenhang mit unterdurchschnittlich ausgeprägtem Umweltbewusstsein wird von
1106 einigen auch ein Wandel bestimmter Werte und verinnerlichter Denkweisen für notwendig
1107 erachtet: Während ökonomische Logiken einer Kultur des „immer mehr“ das Wort sprächen,
1108 sei eine Rückbesinnung auf eine Kultur des „guten Maßes“ und der Selbstbegrenzung
1109 erforderlich. Damit einher geht die Forderung einer Re-Orientierung an normativen
1110 Leitplanken. Martha Nussbaum formuliert im „Capability Approach“ eine normative
1111 aristotelische Vorstellung vom guten Leben aus.⁷⁰

1112 Fokussiert man allerdings das Auseinanderfallen von Umweltbewusstsein und
1113 umweltgerechtem Verhalten stellt sich die Frage, was Menschen überhaupt dazu bewegt, ihr
1114 Leben zu ändern. So heißt es, dass es oft gerade nicht Fragen der Nachhaltigkeit sind, die hier
1115 den Ausschlag geben. Biographische (Um-)Brüche, wie die Geburt eines Kindes, der Umzug
1116 in eine andere Stadt oder ähnliches seien viel stärkere Auslöser für mehr oder minder große
1117 Lebensstiländerungen. So achteten beispielsweise mehr Menschen auf gesunde Ernährung,
1118 wenn sie ihr erstes Kind bekämen.⁷¹ Eine weitere Überlegung betrifft die „sozialen
1119 Schwellen“: Nicht alle Menschen verfügen über ausreichendes Einkommen oder ausreichend
1120 zeitliche Ressourcen, um nachhaltig zu konsumieren.⁷²

⁶⁶ Vgl. BMU; UBA (Hrsg.)(2010). Umweltbewusstsein in Deutschland 2010: 12; Weiterentwickelt mit eigenem Milieu Cluster. Vgl. BMU; UBA (Hrsg.)(2012). Umweltbewusstsein in Deutschland 2012.

⁶⁷In der BMU/UBA Studie von 2010 heißt es hierzu, dass dem Sozialökologischen, dem Hedonistischen sowie dem Expeditiven Milieu die Umweltthematik besonders wichtig sei, während sich die Traditionellen durchschnittlich, die Prekären und karriereorientierten Performer unterdurchschnittlich für Umweltprobleme interessierten. Dabei zeigt sich, dass die Ökobilanz des Sozialökologischen Milieus negativ ausfällt – obwohl Umweltschutz für sie ein alltagsdurchdringendes Thema ist und sie als kritische Konsumentinnen gelten. Denn oftmals wohnten sie in energiebedürftigen Einfamilienhäusern und tätigten viele Fernreisen. Im Gegensatz dazu gelten die wenig umweltsensiblen Traditionellen und Prekären als „unfreiwillige Klimaschützer“. Die Orientierung an traditionellen Tugenden oder Einkommensrestriktionen führten hier zu einem besonders umweltfreundlichen Verhalten BMU; UBA (Hrsg.)(2010). Umweltbewusstsein in Deutschland 2010: 74ff; BMU; UBA (Hrsg.) (2011). Umweltbewusstsein in Deutschland. Vertiefungsbericht 1: 15ff. Auch im Zusammenhang der LOHAS („Lifestyle of Health and Sustainability“) ist die Bewusstseins-Verhaltens-Lücke Thema. Denn selbst wenn die LOHAS dem Glauben obliegen nachhaltiger zu konsumieren als andere, verdeutlichen Untersuchungen, dass – im Gegensatz zu Selbsteinschätzungen – ihr ökologischer Fußabdruck hoch ist. Vgl. Grunwald (2012): Ende einer Illusion: 79

⁶⁸ vgl. Reusswig, Fritz; Lass, Wiebke (2012). Nachhaltige Lebensstile: 15

⁶⁹ vgl. Grunwald, Armin (2012). Ende einer Illusion: 48; Leggewie, Claus; Welzer, Harald (2009). Das Ende der Welt wie wir sie kannten.

⁷⁰ In ihrem Buch „Nicht für den Profit“ plädiert Nussbaum dafür, nicht nur nach den Bedürfnissen der Wirtschaft auszubilden, sondern kritische und selbstständig denkende, empathiefähige Bürgerinnen und Bürger auszubilden. Hierbei verweist sie auch auf die Wichtigkeit der Geisteswissenschaften für die Herausbildung des kritischen Denkens und Reflektierens (vgl. Nussbaum, Martha (2012): Nicht für den Profit. Warum Demokratie Bildung braucht, Tibia Press, Überlingen, S. 24).

⁷¹ vgl. Reusswig, Fritz; Lass, Wiebke (2012). Nachhaltige Lebensstile: 25; vgl. Safran Foer, Jonathan (2012) Tiere essen!

⁷² vgl. Einsetzungsbeschluss: Soziale Schwelle / Vgl. Arbeitsunterlage PG 5-2 (2012). Informationspapier. Konsum: 5.

1121 Die Überlegungen zu den Auslösern für Lebensstiländerungen führen unweigerlich zum
1122 bereits erwähnten zweiten Aspekt der Debatte um nachhaltige Lebensstile: die Bewusstseins-
1123 Verhaltens-Lücke. Die ihr gebührte Aufmerksamkeit speist sich dabei aus Erkenntnissen,
1124 nach denen ein hohes Umweltbewusstsein nicht zwangsläufig mit einem umweltgerechten
1125 Verhalten einhergeht. Ausschlaggebend sind Ergebnisse von Untersuchungen, nach denen der
1126 ökologische Fußabdruck von ökosensiblen Leitmilieus im Durchschnitt schlechter ausfällt, als
1127 der ökologische Fußabdruck der unterdurchschnittlich ökosensiblen Milieus.⁷³ Die schlechte
1128 Bilanz der Leitmilieus wird hierbei auf den starken Konsum von Gütern mit einem sehr
1129 hohem ökologischen Fußabdruck, wie beispielsweise Fernreisen, zurückgeführt.⁷⁴ Im
1130 sogenannten prekären Milieu führten demgegenüber Einkommens- und bisweilen auch
1131 Bildungsrestriktionen dazu, dass der gewünschte materielle Konsum- und Lebensstil nicht
1132 realisiert werden kann. Der ökologische Fußabdruck dieses Milieus fällt folgerichtig niedrig
1133 aus.⁷⁵ Das beidseitige Auseinanderklaffen von Bewusstsein und Verhalten der Milieus wirft
1134 die Frage auf, welche Spielräume den Menschen bei ihrer Lebensgestaltung überhaupt zur
1135 Verfügung stehen.⁷⁶ In diesem Zusammenhang spielen auch die bereits erwähnten Rebound-
1136 Effekte eine gewichtige Rolle. Die Vermeidung solcher Rebounds erfordert aufgrund ihrer
1137 komplexen, systemischen Wirkzusammenhänge meist spezifisches Wissen und ein
1138 Verständnis über Systemstrukturen. Hier bestehen noch weitreichende Forschungsaufgaben
1139 auf dem Feld der sozialen Innovationsforschung.⁷⁷

1140 Bezüglich der zur Verfügung stehenden Spielräume für Verhaltensänderungen ist auch nach
1141 den unterschiedlichen Konsumfeldern wie Ernährung, Energie oder Mobilität zu
1142 unterschieden, da sich die Handlungsmöglichkeiten in den jeweiligen Bereichen
1143 unterschiedlich ausgestalten können – so ist die Spannbreite der Handlungsräume im Feld der
1144 Ernährung größer als im Feld der Energie.⁷⁸ Ferner wird auf bereits existierende Anreize zu
1145 einem nicht-ökologischen Verhalten seitens der Politik verwiesen: Erwähnt werden in diesem
1146 Kontext die Pendlerpauschale, das Bundesreisekostengesetz sowie bestimmte Teile des
1147 Steuer- und Subventionssystems etc.⁷⁹

1148 Ein weiterer sich anschließender Kritikpunkt richtet sich schließlich an die hohe
1149 Verantwortung, die den Konsumierenden zugesprochen wird.⁸⁰ Denn fraglich sei, ob der
1150 moralische Druck das richtige Mittel für einen nachhaltigen Konsum ist.⁸¹ Einerseits seien die
1151 Konsumentin und der Konsument damit überfordert, den Überblick über die tatsächliche
1152 Nachhaltigkeit von Produkten zu behalten, und könnten somit nicht vollends in die Pflicht
1153 genommen werden. Auch Gütesiegel würden keine letztgültige Abhilfe schaffen.⁸²
1154 Angemerkt sei an dieser Stelle, dass eine transparente Nachhaltigkeit, vermittelt
1155 beispielsweise durch Bio-Labels, insbesondere nur ökologische Ziele transportiere. Es wird

⁷³ vgl. Reusswig, Fritz; Lass, Wiebke (2012). Nachhaltige Lebensstile: 18.

⁷⁴ vgl. BMU; UBA (Hrsg.) (2010). Umweltbewusstsein in Deutschland 2010: 74.

⁷⁵ vgl. UBA (Hrsg.) (2011). Umweltbewusstsein in Deutschland. Vertiefungsbericht 1: 13-17.

⁷⁶ vgl. Reusswig, Fritz; Lass, Wiebke (2012). Nachhaltige Lebensstile: 4.

⁷⁷ vgl. PG 3, Kapitel ?, S. ?

⁷⁸ Quelle folgt

⁷⁹ vgl. Reusswig, Fritz; Lass, Wiebke (2012). Nachhaltige Lebensstile: 29; Grunwald, Armin (2012). Ende einer Illusion: 90ff.

⁸⁰ In der AU- PG 5-2 (2012). Inputpapier. Konsum: 3ff. wurde auf die Debatte über die Überfrachtung der Konsumentenrolle verwiesen: Vgl. Grunwald, Armin (2010). Wider die Privatisierung der Nachhaltigkeit; Siebenhühner, Bernd (2011). Kann die Politik es richten?; Bilharz, Michael; Fricke, Vera; Schrader, Ulf (2011). Wider die Bagatellisierung der Konsumentenverantwortung; Belz, Frank-Martin; Bilharz, Michael (2007) Nachhaltiger Konsum, geteilte Verantwortung und Verbraucherpolitik.

⁸¹ Vgl. Grunwald, Armin (2012). Ende einer Illusion: 61.

⁸² Vgl. Grunwald, Armin (2012). 68ff.

1156 darauf aufmerksam gemacht, dass soziale und ökonomische Aspekte der Nachhaltigkeit
1157 hierbei vergleichsweise unterentwickelt blieben⁸³, auch wenn in jüngster Vergangenheit die
1158 Skandalisierung von Produktionsverhältnissen und damit Gesichtspunkte der sozialen
1159 Nachhaltigkeit zunehmen. Andererseits komme es zu schlichtweg unüberschaubaren und
1160 undurchsichtigen Systemeffekten. Als bekanntes Beispiel führt Armin Grunwald
1161 ungewünschte Folgen beim Sparen von Wasser an: Denn Wassereinsparungen haben
1162 möglicherweise Probleme des Versorgungs- und Entsorgungssystems zur Folge. Da diese auf
1163 eine bestimmte Durchflussmenge ausgelegt sind, kann es bei Unterschreitungen zu
1164 Leitungssystemschäden kommen, die dem gewünschten Umweltentlastungseffekt zuwider
1165 laufen. Wassersparen kann also schädlich sein.⁸⁴ Ferner gibt es das Problem der
1166 Trittbrettfahreneffekte⁸⁵, welches an ein privates Allmende-Problem erinnert. Anstelle des
1167 Drucks auf den Konsumierenden betont Grunwald hier den Bedarf an allgemeinen,
1168 verbindlichen und legitimierten Rahmensetzungen durch die Politik.⁸⁶ Durchgesetzt werden
1169 müssten diese demokratisch und mithilfe verantwortungsvoller und engagierter Bürgerinnen
1170 und Bürger.⁸⁷

1171 Aus einer geschlechtersensiblen Perspektive bleibt zu bemerken, dass in den Milieu- und
1172 Lebensstilstudien das Geschlecht zwar datentechnisch erhoben wird, strukturelle Aspekte wie
1173 die Verteilung der Reproduktionsarbeit, die geschlechtsspezifische Teilung der Arbeit sowie
1174 der Umgang mit unbezahlter Care-Arbeit als kostengünstige und unendlich geltende
1175 Ressource aber außen vor gelassen würden. Dabei machen Debatten um nachhaltigen
1176 Konsum und Gender deutlich, wie die Organisation von Reproduktionsaufgaben zusammen
1177 mit der geschlechtsspezifischen Teilung der Arbeit und damit einhergehenden unterschiedlich
1178 überlasteten Zeitbudgets Einfluss auf Kaufentscheidungen haben kann. So betont auch Lucia
1179 Reisch in einem für die Enquete-Kommission gehaltenen Vortrag zu „Konsum“ die
1180 Bedeutung von Zeit für den Einkauf alltäglicher Güter. Denn vieles was mit nachhaltigem
1181 Konsum zu tun habe, sei aufwendig und zeitintensiv. Überraschend für viele sei hierbei der
1182 Fakt, dass es nicht die vielbeschäftigten Top-Manager seien, die am wenigsten Freizeit und
1183 Konsumzeit hätten – denn ihnen werden viele Versorgungszeiten überwiegend abgenommen.
1184 Vielmehr seien es die berufstätigen Mütter – allen voran die Alleinerziehenden – denen kaum
1185 Zeit bleibe.⁸⁸ Eine Überlastung oder Entlastung von Zeitbudgets und die
1186 geschlechtsspezifische Teilung der Arbeit in die Analyse der verschiedenen Konsumfelder
1187 einzubeziehen, scheint angebracht. Als Beispiel kann hier der Zusammenhang von
1188 Verknappung von Zeit und der Nachfrage nach Fertigprodukten genannt werden.⁸⁹ Irmgard

⁸³ Vgl. AU-PG 5-3 (2012): Informationspapier. Gender und Nachhaltiger Konsum: 3; vgl. Weller, Ines (2008): Konsum im Wandel Richtung Nachhaltigkeit?: 46.

⁸⁴ vgl. Grunwald, Armin (2012). 70ff.

⁸⁵ Vgl. Grunwald, Armin (2012). 73,76

⁸⁶ Vgl. Grunwald, Armin (2012). 90ff ; Grunwald, Armin (2010). Wider die Privatisierung der Nachhaltigkeit.

⁸⁷ Vgl. Grunwald, Armin (2012). 14, 92, 96ff. Auch Josef Huber schätzt den direkten Umweltwirkungsbeitrag der Konsumenten gering ein. So sind die Bedienung von Elektrogeräten und Automobilen und das Heizen von Häusern für die Konsumenten durch die technischen Gegebenheiten quasi vorgegeben. Eine umweltgerechte Bedienung erscheint hier kaum möglich. Mit der Kritik von Huber am Konzept einer Suffizienzstrategie wird zugleich deutlich, dass eine ökologische Verhaltensweise nicht hinreichend für einen nachhaltigen Lebensstil ist. Vielmehr müssen soziale und ökonomische Aspekte im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes mitgedacht werden. Vgl. Huber, Josef (2011): Allgemeine Umweltsoziologie: 313

⁸⁸ Vgl. Anhörung Lucia Reisch in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, 25. Sitzung, 10.12.2012, Protokoll 17/25

⁸⁹Mit der zunehmenden Berufstätigkeit von Frauen und der steigenden Zahl von Single-Haushalten erhöht sich laut Dagmar Vinz die Nachfrage nach Tiefkühl- oder Fertiggerichten. Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Ernährung ist es Vinz zufolge darum wichtig, die Verantwortung der Veränderung nicht allein den privaten Haus-

1189 Schultz und Immanuel Stieß stellen die These auf, dass eine Kürzung extensiver Arbeitszeiten
1190 und eine Entlastung überstrapazierter Zeitbudgets erst die Voraussetzungen für einen
1191 nachhaltigen Konsum schaffen würden: Zwar sind kurze Arbeitszeiten und entlastete
1192 Zeitbudgets keine Garantie für nachhaltiges Verhalten. Ihr extensiver und überstrapazierter
1193 Gegenpart der Überlastung sind ihrer Meinung nach aber zumindest als zentrale
1194 Hinderungsfaktoren zu bewerten.⁹⁰ Da vermeintlich genderneutrale Maßnahmen aufgrund der
1195 strukturellen gesellschaftlichen Unterschiede ungleich auf die Geschlechter wirken können,
1196 wird bei Maßnahmen und Veränderungen hin zu einem nachhaltigen Konsum empfohlen, die
1197 potentiell unterschiedlichen Folgen für die Geschlechterverhältnisse in die Begutachtung
1198 einzubeziehen.⁹¹

1199 **2.2 Gesellschaftliche Sphären bzw. Akteure mit Einfluss zur** 1200 **Förderung nachhaltiger Lebensstile**

1201 **2.2.1 Zivilgesellschaft**

1202 Wie in den Ausführungen zu 3.2. deutlich wurde, bedeutet die Herausbildung von
1203 Lebensstilen für Individuen auch eine partielle Herauslösung aus zuvor prägenden Mustern
1204 und Lebensumständen. Das Leben wird in dieser Lesart nicht mehr nach den Vorbildern der
1205 Arbeiterkultur der 1950er Jahre oder des typischen Mittelschichthaushalts der 1960er Jahre
1206 strukturiert und organisiert, sondern folgt vielfältigeren und komplexeren Mustern, die auch
1207 jenseits der Erfahrungen der familiären Herkunft liegen können.⁹² Damit kommt den
1208 Elementen der Zivilgesellschaft, also jenen Bereichen der Gesellschaft, die weder von Staat,
1209 Markt oder Familie bestimmt werden, in modernen Gesellschaften eine wichtige Bedeutung
1210 in der Vermittlung von Orientierung und Werten zu. Weiteren Stellenwert gewinnt die
1211 Zivilgesellschaft als selbst regulierter Raum bürgergesellschaftlichen Engagements, der auch
1212 für ein noch nicht vollständig eingelöstes „Zukunftsprojekt menschlichen Zusammenlebens in
1213 der Tradition der Aufklärung steht.“⁹³

1214 Bürger- und zivilgesellschaftliches Engagement ist gerade im politischen Bereich für diesen
1215 letzten Zusammenhang maßgeblich, der mit Begriffen wie „direkte Demokratie“ und

halten zu überlassen und die zunehmende Berufstätigkeit von Frauen und Entrhythmisierung alltäglicher Mahlzeiten zu berücksichtigen. Sie schlägt an dieser Stelle einen Wandel der Versorgungsorganisation vor, der einen Ausbau von Kantinen und Mensen auch für Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Betriebe im Blick behalten sollte. Vgl. Vinz, Dagmar (2005). Nachhaltiger Konsum und Ernährung: 19ff, 24, 28; Vinz, Dagmar (2012). Wer kocht?). Um der Krise der Vereinbarkeit von Versorgungsarbeit und Beruf sowie der Doppelbelastung von Frauen zu begegnen, wird sich oftmals für eine Neuverteilung und Neuorganisation dieser-Arbeiten ausgesprochen. Vgl. Gottschlich, Daniela (2012). Nachhaltiges Wirtschaften; Vinz, Dagmar (2009). Gender and Sustainable Consumption: 165. Insgesamt wird eine Veränderung privater Haushalte im Ernährungssystem befunden. So wird eine Verlagerung vom Haushalt zum Markt ausgemacht, die neben einer erhöhten Nachfrage nach vorgefertigten Nahrungsmitteln sich ebenfalls in einer Ausweitung des Dienstleistungsangebotes im Ernährungssektor widerspiegelt. Vgl. Vinz, Dagmar (2005). Nachhaltiger Konsum und Ernährung: 24. Sie bezieht sich hier insbesondere auf Goodman und Redclift (1991): Refashioning Nature.

⁹⁰ vgl. Schultz, Irmgard; Stieß, Immanuel (2009). EUPOPP Work Package 1.: 29.

⁹¹ Gender Impact Assessment gilt hierbei als Instrument einer Folgenschabschätzung im Rahmen der 1999 von der Europäischen Union beschlossenen politischen Strategie des Gender Mainstreamings. Arbeitsunterlage PG 5-3 (2012): Informationspapier. Gender und Nachhaltiger Konsum: 5; vgl. Schultz, Irmgard; Stieß, Immanuel (2009). EUPOPP Work Package 1: 47ff.; Hayn, Doris; Schultz, Irmgard (2002). Gender Impact Assessment im Bereich Strahlenschutz und Umwelt: 1ff.

⁹² Dies gilt für Lebensstilkonzepte die sich nicht auf das Theoriemodell von Bourdieu stützen. Bourdieu geht von einer zentralen Bedeutung der Herkunftsklasse aus.

⁹³ Kocka, Jürgen et al. (2001): Neues über Zivilgesellschaft aus dem historisch-sozialwissenschaftlichen Blickwinkel.

1216 „Bürgerbeteiligung“ in Verbindung steht und Partizipationsmöglichkeiten gewährleisten und
1217 vergrößern soll. Für die Herausbildung neuer Milieus waren einzelne dieser
1218 Bürgerbewegungen konstitutiv: Das offensichtlichste und evidenteste Beispiel hierfür ist
1219 sicherlich das sozial-ökologische Milieu, bei dem sich große Teile seines Lebensstils und
1220 seiner Alltagspraxen aus den Bereichen der Umweltbewegung heraus entwickelt hat.

1221 Wesentliche Akteure im Bereich der Zivilgesellschaft sind soziale Bewegungen,
1222 Nichtregierungsorganisationen, die Kirchen und Religionsgemeinschaften, aber auch Vereine
1223 und Vereinigungen. Letztendliche Träger all dieser Aktivitäten sind immer einzelne Bürger
1224 und Bürgerinnen, die sich für Belange einsetzen, die ihnen wichtig und notwendig erscheinen,
1225 die freiwillige Arbeit leisten und sich im besten Sinne in vielen Bereichen als „Citoyen“, also
1226 als Staatsbürger bzw. Staatsbürgerin, verstehen.

1227 Zivilgesellschaftliche Gruppen können, wie bereits erwähnt, einerseits gesellschafts- und
1228 umweltpolitische Ziele verfolgen, wie z.B. die Frauen-, Umwelt- oder Friedensbewegungen,
1229 sich für Bürgerrechte oder den Erhalt historischer Gebäude einsetzen. Sie können aber auch
1230 Leistungen zur Verfügung stellen, die vom Staat nicht erbracht werden können oder sollen.
1231 Hier wäre unter anderem an die große Zahl an ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger
1232 zu denken, die in Sportvereinen, bei Rettungsdiensten oder der Freiwilligen Feuerwehr
1233 unentgeltlichen Dienst tun und wichtige Funktionen für die Gemeinschaft leisten.

1234 Insgesamt betrachtet sind alle diese Gruppen und Vereinigungen von einiger Bedeutung für
1235 das demokratische Gemeinwesen: „Als Basis demokratischer Gesellschaften tragen die
1236 Aktivitäten in diesen Organisationen zur Interessenbündelung und –artikulation bei. Durch die
1237 Herausbildung von demokratischen Normen, sozialen Netzen und Vertrauensverhältnissen
1238 fördert es die Kooperation, hält Reibungsverluste gering und führt damit letztendlich dazu,
1239 dass die Gesellschaft insgesamt besser funktioniert.“⁹⁴ Die inhaltlichen Beiträge zur Erhöhung
1240 der Lebensqualität, zur Erhaltung der Natur, zum sozialen Zusammenhalt und damit zu einem
1241 menschlicheren Klima können gar nicht hoch genug geschätzt werden.

1242 Fast ein Fünftel der Bevölkerung ist in diesen Bereichen tätig. Laut Datenreport zeigen
1243 19 Prozent der Bundesbürger regelmäßige Beteiligung, sind also mindestens einmal im Monat
1244 zivilgesellschaftlich aktiv, fast 10 Prozent engagieren sich sogar wöchentlich.⁹⁵

1245 Die Zivilgesellschaft ist daher, sowohl von ihrer zahlenmäßigen als auch von ihrer
1246 gesamtgesellschaftlichen Bedeutung, eine zentrale Größe in der weiteren Entwicklung
1247 nachhaltiger Lebensstile und Lebensweisen und in der aktiven und demokratischen
1248 Gestaltung der bundesrepublikanischen Lebensrealität im Kontext von „Wachstum,
1249 Wohlstand und Lebensqualität“.

1250 **2.2.2 Unternehmen**

1251 Unternehmen, Unternehmerinnen und Unternehmer spielen in den verschiedenen Sektoren
1252 und Branchen erwerbswirtschaftlich, aber auch im Kontext einer nicht
1253 erwerbswirtschaftlichen Ausrichtung, eine wichtige Rolle in der Gestaltung von
1254 wirtschaftlichen Prozessen. Dies betrifft im Blick auf die Nachhaltigkeit sowohl ihre Rolle als
1255 Arbeitgeberin und Arbeitgeber – siehe Kapitel 4 „Arbeit und Nachhaltigkeit“ der PG 5 – als
1256 auch ihre Rolle als Anbieter von Leistungen in der Real- und Dienstleistungs-Wirtschaft.

⁹⁴ Statistisches Bundesamt (2011). Datenreport: 359.

⁹⁵ Statistisches Bundesamt (2011). Datenreport:360.

1257 Natürlich dürfen an Unternehmen keine unrealistischen Erwartungen gestellt werden – sie
1258 sind vor allem dem erwerbswirtschaftlichen Prinzip verpflichtet und ihren Eigentümern bzw.
1259 Aktionären gegenüber verantwortlich. Zunehmend leiten moderne Unternehmen jedoch ihre
1260 „licence to operate“ aus einer Verantwortung für die Allgemeinheit ab und integrieren sie in
1261 ihre unternehmensstrategischen Überlegungen.

1262 Im Hinblick auf die zu beobachtenden Veränderungen von Lebensstilen – auch in ihrer
1263 definitorischen Abgrenzung von Lebenswelten und Lebensbedingungen – kommt den
1264 Unternehmen eine bislang vielleicht zu wenig erforschte Bedeutung zu. Dies hat unter
1265 anderem die Organisation, welche die „Global Reporting Initiative“ als Namen und in
1266 Objektbereich ihrer Tätigkeit führt, erkannt und diverse Environment, Social, und
1267 Governance-Indices definiert, die solche Auswirkungen dokumentieren helfen. Hierbei
1268 kommt den Fragen der Kommunikation, der Transparenz und der Nachvollziehbarkeit eine
1269 wichtige Bedeutung zu, in der „Selbstanalyse“ der Tätigkeit von Unternehmen aller Art und
1270 in deren Verantwortung – mittelständisch, national, global, Unternehmen im Privateigentum
1271 oder im Bereich der öffentlichen Hand.

1272 Dabei haben sich die Unternehmen, Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich dem
1273 Grundgedanken der Nachhaltigkeit verpflichtet fühlen und z.B. eigene
1274 Nachhaltigkeitsberichte herausgeben oder in einem „One Report“ die klassischen
1275 Dimensionen der Berichterstattung (Bilanz, GuV, Prüfungsbericht, Lagebericht unter
1276 anderem) mit einem auf GRI Komponenten aufgebauten Nachhaltigkeitsbericht koordinieren,
1277 darauf verständigt, der Kommunikation und den Transparenzanforderungen zunehmend mehr
1278 Raum zu geben. Dies wird ergänzt durch die grundlegenden Aussagen des Nachhaltigkeits-
1279 Kodex, der aktuell innerhalb der Wirtschaft mit dem Rat für nachhaltige Entwicklung der
1280 Bundesregierung diskutiert wird. „Freiheit und Verantwortung“ prägt dabei das Verständnis
1281 der Rolle von Unternehmen, Unternehmerinnen und Unternehmern einerseits, aber auch
1282 andererseits von Arbeitnehmern und Konsumenten. Hierbei wird zunehmend auf die
1283 Notwendigkeit von regulatorischen Komponenten hingewiesen (siehe PG 1 und die dortige
1284 Aussage, dass „im demokratischen Konsens erzielten, idealerweise supranational
1285 abgestimmten, regulatorischen Komponenten im Sinne von Leitplanken zunehmend
1286 Bedeutung zukommt.“)

1287 Gerade Letzteres ist wichtig, um den Unternehmen im Bereich F&E, also für Innovationen,
1288 Planungssicherheit zu geben und ihnen so eine Verlässlichkeit von gesetzlichen oder
1289 verwaltungsrechtlichen Vorschriften zu geben – auch im Hinblick auf die Tatsache, dass
1290 entsprechende Vorschriften zunehmend mehr der europäischen Governance entsprechen und
1291 immer weniger den nationalen Regelwerken.

1292 Unternehmen greifen in diesem Kontext häufig auf die Beschreibung ihrer Wertesysteme
1293 zurück und geben, wie oben schon angedeutet, der Darstellung in ihrer „licence to operate“
1294 Raum für die Akquisition neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter genauso wie für die
1295 Beschäftigung von bereits angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dies gilt auch für
1296 die Erläuterung gegenüber Kunden und dem Eingehen auf Wertvorstellungen der Abnehmer.
1297 Im globalen Kontext kann hierbei auf die 10 Prinzipien des UN-Global Compact verwiesen
1298 werden, der in seinen Formulierungen solche (Selbst-)Verpflichtungen global definiert hat
1299 und inzwischen das weltweit größte Netzwerk von Gestaltungsrichtlinien dieser Art darstellt.
1300 Eine Überprüfung erfolgt wiederum über entsprechende Nachhaltigkeitsberichte – zum Teil
1301 schon extern geprüft - und den jährlich notwendigen Bericht an das UN Büro des Global
1302 Compact,“ Communication on Progress“. In diesem Zusammenhang ist die Verantwortung
1303 für das Management von Zulieferketten ebenfalls zu erwähnen, da im sogenannten „Supply-
1304 Chain- Management“ eine Kontrolle und Prüfungsnotwendigkeit definiert wird, um Kriterien

1305 der Nachhaltigkeit im Bereich aller beteiligten Unternehmen für die Themen Ökonomie,
1306 Ökologie und Soziales absichern zu helfen.

1307 Es besteht in der Frage und Dokumentation von Veränderungen und Einflussnahme von
1308 Unternehmen auf nachhaltigen Lebensstil sicherlich Forschungsbedarf, der die Auswirkungen
1309 von unterschiedlichen Systemen (Selbstverpflichtung vs. Gesetzesvorschriften) gegeneinander
1310 abwägt und der Politik Hinweise zur Gestaltung und Effektivität entsprechender Regelwerke
1311 erteilt. Die „Good Practices“ der Wirtschaft können dabei einen guten und oft auch
1312 anerkannten Weg aufzeigen helfen, da viele dieser Normen und / oder Indikatoren – wie z.B.
1313 GRI- Indikatoren – in einem ausführlichen und weltweiten Stakeholder-
1314 Kommunikationsprozess vereinbart wurden.

1315 In Ergänzung zum globalen Kontext beschreibt das EFQM-Modell auf Europäischer Ebene
1316 ein Konzept nachhaltiger Exzellenz, nämlich ökonomische, soziale und ökologische Aspekte in
1317 ihren Handlungs- und Entscheidungsrahmen mit einbeziehen, als Leitbild in den
1318 Unternehmen zu verankern und umzusetzen.⁹⁶ Die European Foundation for Quality
1319 Management entwickelt Modelle zur Umsetzung eines umfassenden Qualitätsmanagement
1320 (Total Quality Management, TQM) und orientiert sich dabei an neun Leitkriterien: Führung,
1321 Politik und Strategie, Mitarbeiterorientierung, Partnerschaft und Ressourcen, Prozesse,
1322 Kundenzufriedenheit, Mitarbeiterzufriedenheit, Auswirkungen auf die Gesellschaft und
1323 Geschäftsergebnisse. Dabei kommt der Ermittlung der Mitarbeiterwünsche und
1324 Mitarbeiterzufriedenheit eine besondere Bedeutung innerhalb des EFQM-Modells zu. Die
1325 allgemeine und spezielle Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz, dem Gehalt und dem
1326 Vorgesetzten bestimmt wesentlich die Motivation der Mitarbeiter - und damit die Qualität der
1327 Arbeitsergebnisse. Das EFQM-Modell zielt auf Selbstverantwortung der Bewertung,
1328 ermöglicht aber ebenso wie das Modell der EN ISO 9001 die Zertifizierung mit externen
1329 Auditoren.

1330 Darüber hinaus wird auf das Thema Bildung verwiesen, dem sich Unternehmen stetig
1331 wachsend verpflichtet fühlen. Damit die Unternehmen ihrer sozialen Verantwortung in vollem
1332 Umfang gerecht werden hat die Europäische Kommission eine CSR-Strategie veröffentlicht⁹⁷.
1333 So definiert die Kommission CSR als „die Verantwortung von Unternehmen für ihre
1334 Auswirkungen auf die Gesellschaft“.⁹⁸ Als Reaktion auf die CSR-Strategie beschäftigt sich
1335 fortlaufend auch das Europäische Parlament mit dem Thema und versucht auch hier das
1336 Verständnis der sozialen Verantwortung der Unternehmen weiterzuentwickeln. Nur ein mit
1337 entsprechenden Bildungsinhalten ausgestatteter Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter und/oder
1338 Kundinnen oder Kunden kann das Werte- und Angebots-System in der Wirtschaft verstehen,
1339 für sich abschätzen, seine eigene Entscheidung treffen und sich gegebenenfalls für
1340 Veränderungen einsetzen. Bildung ist im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit und der
1341 Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft ein Standortfaktor in und für Deutschland,
1342 dem sich alle Beteiligten im privaten und öffentlichen Raum auch im Hinblick auf die
1343 Verantwortung für nachfolgende Generationen verpflichtet fühlen müssen.

1344 Zusätzliche Chancen liegen in einer aktiven Unterstützung von Genossenschaften, die in ihrer
1345 partizipativen Ausgestaltung und nicht primär erwerbswirtschaftlichen Ausrichtung helfen
1346 können, nachhaltige Lebensstile zu fördern. Das natürlich im Bewusstsein, dass es sich
1347 hierbei um ein kleineres Segment der unterschiedlichsten Ausprägungen von

⁹⁶ EFQM Brussels (2003). „Das EFQM-Modell für Excellence: 4

⁹⁷ Europäische Kommission (2011). Mitteilung der Kommission, Eine neue EU-Strategie (2011-2014) für die soziale Verantwortung der Unternehmen (CSR), KOM(2011)681 endg.

⁹⁸ Europäische Kommission (2011). 7.

1348 Unternehmensformen handelt, auf die das Wirtschaftssystem angewiesen ist. In
1349 verschiedensten gesellschaftlichen Kontexten steigt aktuell die Anzahl von Wohnungs-,
1350 Verbraucher-Erzeuger-, Energie- oder Kreditgenossenschaften.

1351 **2.2.3 Medien und Gesellschaft**

1352 Medien und deren Verwendung sind selbstverständlicher und allgegenwärtiger Bestandteil
1353 des Lebens in modernen Gesellschaften. Sie dienen ebenso der Unterhaltung wie der
1354 Information und finden sich im privaten Haushalt genauso wie im öffentlichen Raum. Zur
1355 alltäglichen Praxis der Angehörigen aller Lebensstilgruppen gehören laut Autoren wie
1356 Schulze die Nutzung verschiedenster kultureller Angebote, seien es bestimmte Formen von
1357 Musik, Theater, aber auch die Verwendung von Medien wie Zeitungen, Zeitschriften, Radio
1358 und Fernsehen. In der heutigen Zeit muss diese Liste selbstverständlich noch um das Internet
1359 in allen seinen Verflechtungen und Spielarten ergänzt werden.

1360 Die Nutzung einzelner Medien erfolgt jeweils milieuspezifisch, das Lesen der „Zeit“ ist zum
1361 Beispiel eher in den gehobenen Milieusegmenten verortet. Die Nutzung dieser Medien dient,
1362 neben Information und Unterhaltung, auch der Repräsentation und der milieuspezifischen
1363 Distinktion, also dem Nachweis der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Milieu. Für die
1364 Sinus-Milieus gibt eine Studie einen breiten und detaillierten Überblick über die
1365 Fernsehnutzung und die Programmpräferenzen der Milieuangehörigen des Jahres 2006. Dabei
1366 wird deutlich, dass die Milieus sich auch in ihren Vorlieben für bestimmte Sender, Formate,
1367 Serien oder Informationssendungen unterscheiden.⁹⁹

1368 Die Messung von Einschaltquoten, die Erhebung von Nutzerprofilen und die
1369 zielgruppengenaue Erstellung von Angeboten und Inhalten ist ebenso gängige Praxis, wie die
1370 Einbeziehung derartiger Informationen in das Marketing von Firmen und die
1371 Kommunikationsstrategien der Politik. Damit bietet sich über die Nutzung von Medien eine
1372 Fülle von Informationen und ein überaus differenziertes Bild, mit wechselnden Präferenzen
1373 und Nutzungshäufigkeiten durch die Konsumentinnen und die Konsumenten. Durch die
1374 allgemeine Verbreitung des Internets, der „Social Media“ und diverser anderer Formen der
1375 Information und Kommunikation dürfte sich das Tableau heute noch deutlich vielfältiger
1376 darstellen. Gleichzeitig liegen immer mehr Daten vor, die eine nutzerspezifische Ansprache
1377 einzelner Zielgruppen oder Milieus möglich machen. Die Chance kommunikative Inhalte über
1378 Medien zielgruppengenaue zu transportieren dürfte also einerseits noch nie so groß gewesen
1379 sein wie im Jahr 2013, während gleichzeitig die Möglichkeit mit einer Nachricht oder einem
1380 Anliegen milieübergreifende, gesamtgesellschaftliche Resonanz zu erlangen abgenommen
1381 haben dürfte. Dieser milieuspezifische Zugriff auf bestimmte Formate und Inhalte hat im
1382 Umkehrschluss auch Auswirkungen auf die Anbieterseite, die versucht ihre Nutzer und
1383 Kunden entweder möglichst passgenau oder auf einer möglichst breiten allgemeinen Ebene
1384 anzusprechen.

1385 Für den Bereich „Medien“ und „nachhaltige Lebensstile“ bleibt an dieser Stelle festzuhalten:
1386 Der Zugriff auf bestimmte Medien und mediale Inhalte ist von der Zugehörigkeit zu
1387 bestimmten Milieusegmenten beeinflusst. Dabei dient die Nutzung auch der Distinktion und
1388 als Ausdruck der Zugehörigkeit. Geht man von der Segmentierung der Sozialstruktur in
1389 bestimmte Milieutypologien aus, muss man dieser Zergliederung bei entsprechenden

⁹⁹Sinus Institut (2013). Sinus Milieus: Lebensstil, Fernsehnutzung und Umgang mit neuer Kommunikations-
technologie: http://www.sinus-institut.de/uploads/tx_mpdownloadcenter/SOM_Milieu_Broschuere_2007.pdf
[17.01.2013]

1390 Kommunikations- und Informationsangeboten, z.B. zum Thema Nachhaltigkeit, Rechnung
1391 tragen. Während es relativ einfach sein dürfte, das sozialökologische Milieu mit Themen aus
1392 dem Nachhaltigkeitspektrum zu erreichen, erfordert dies beim prekären oder hedonistischem
1393 Milieu andere Kommunikationskanäle, Inhalte und Formate.

1394 Unter dem Aspekt der Zivilgesellschaft kommt den Medien eine große Bedeutung in ihrer
1395 Funktion als Kontroll-, Informations- und Kommunikationsorgan zu. Soziale Bewegungen
1396 nutzen die Medien zur Verbreitung ihrer Anliegen und Ziele, mediale Diskurse können
1397 Themen befördern, oder diesen eine bestimmte Tendenz und Richtung geben. Einen nicht
1398 unerheblichen Teil ihres Einflusses können bürgergesellschaftliche Bewegungen gerade über
1399 den Weg der Öffentlichkeit entfalten.

1400 Gleichzeitig können die Medien gerade auf diesem Sektor eine wichtige Kontrollfunktion
1401 erfüllen. Der im Zusammenhang mit NGOs und anderen Bewegungen immer wieder genannte
1402 Vorwurf der mangelnden demokratischen Legitimation und Überprüfung wird an diesem
1403 Punkt zumindest teilweise von einer kritischen Öffentlichkeit wahrgenommen. Die modernen,
1404 durch das Internet zur Verfügung gestellten, Informations- und Kommunikationswege
1405 erweitern die Möglichkeiten der Veröffentlichung wie auch der Kontrolle und Kritik in einem
1406 bisher nicht bekannten Ausmaß.

1407 **2.3 Die Rolle der Politik zur Förderung nachhaltiger Lebensstile**

1408 Politik erhebt den Anspruch, die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger zu vertreten – also
1409 die Gemeinwohlinteressen. Deshalb ist die Rolle der Politik mit Blick auf nachhaltige
1410 Lebensstile eine etwas andere als die zuvor genannten gesellschaftlichen (Teil-) Bereiche. Im
1411 Übrigen kann das politische System mit seinen staatlichen Institutionen nicht nur Angebote
1412 eines nachhaltigen Lebensstils formulieren, sondern durch verschiedene Instrumente und
1413 Eingriffsebenen Rahmenbedingungen durchsetzen, um die Herausbildung von Lebensstilen
1414 legislatorisch und exekutiv zu beeinflussen – positiv oder negativ. Zwangsläufig nimmt ein
1415 Staat durch die Setzung von Rahmenbedingungen und dadurch zum Ausdruck kommende
1416 Wertepreferenzen deshalb Einfluss auf die Lebensstile seiner Bürgerinnen und Bürger.

1417 Die Machtfülle der politischen Sphäre innerhalb unserer (westlichen) Gesellschaften hat ihre
1418 Ursprünge in den Vertragstheorien (z.B. John Locke, Jean-Jaques Rousseau und Thomas
1419 Hobbes). Thomas Hobbes beschrieb in seinem Hauptwerk „Leviathan“¹⁰⁰ den Naturzustand
1420 „aller gegen alle“, der innerhalb von Gesellschaften nur überwunden werden könne, indem
1421 das Selbstverteidigungsrecht jedes Einzelnen an eine höhere Instanz, den „Leviathan“,
1422 übertragen wird. Radikale individuelle Freiheit, also eine Art Krieg aller gegen alle, sollte
1423 abgelöst werden, indem jedes Individuum in einer Art Vertrag sein Recht auf die
1424 Durchsetzung seiner übrigen Rechte an den Staat abtritt. Der Abtretung dieses Rechtes sollte
1425 als Gegenleistung der Schutz voreinander durch den Souverän gegenüberstehen. Noch heute
1426 besitzt der Souverän dieses Gewaltmonopol: Art. 20 GG normiert, dass alle staatliche Gewalt
1427 vom Volke ausgeht und durch die drei Teilgewalten Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und
1428 Rechtsprechung ausgeübt wird.

1429 Im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts wurde durch Erweiterung dieses Vertrages¹⁰¹ in den
1430 westlichen Gesellschaften der Sozialstaat errungen, der den Schutz der Individuen gegen
1431 Armut und Not zum Inhalt hatte und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger untereinander

¹⁰⁰ Thomas Hobbes (1651): *Leviathan*

¹⁰¹vgl. BUND, Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrsg.) (2008): *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt*: 606ff.

1432 regelte. Der Grundsatz, dass die Freiheit des Einzelnen an der Grenze zu der Freiheit eines
1433 Anderen endet ist ebenso in den Verfassungsnormen verwirklicht.¹⁰² So muss die
1434 Gesetzgebung bei Normsetzungsprozessen das Gemeinwohl im Auge behalten und
1435 verschiedenste Individualrechte gegeneinander ausbalancieren und dabei immer die
1436 Staatsstrukturprinzipien des Art. 20, 20a GG beachten.

1437 Seit dem Ende des 20. Jahrhunderts umfasst das Gemeinwohl den Begriff der
1438 „Nachhaltigkeit“ (vgl. Kapitel 2.2.3). Grundlegende Bedeutung hat unter anderem die
1439 Generationengerechtigkeit, d.h. es soll ein Ausgleich zwischen den jetzt lebenden
1440 Generationen weltweit gefunden werden und darüber hinaus auch den zukünftig lebenden
1441 Generationen eine lebenswerte Welt hinterlassen werden. Diese Zusammenhänge
1442 verkomplizieren die Aufgabe der Politik, Interessenausgleiche zu organisieren. In einer global
1443 vernetzten Welt findet nationale Politik immer im Lichte globaler Zusammenhänge statt.
1444 Aufgrund fehlender staatlicher Strukturen mit Durchsetzungsmacht in der Weltgesellschaft,
1445 obliegt es den Nationalstaaten bei der Verfolgung nationaler Interessen im Sinne eines
1446 nachhaltigen Entwicklungsprozesses auch für eine gerechte Verteilung von Chancen global zu
1447 sorgen. Dies bedeutet eine neue Verantwortungsethik, der sich die Enquete Kommission
1448 verpflichtet fühlt.¹⁰³

1449 Im Zusammenhang mit dem Thema nachhaltiger Lebensstile lautet die Aufgabenbeschreibung
1450 ihres Einsetzungsauftrags:

1451 „Dazu soll sie

- 1452 • untersuchen, ob nachhaltiges Wirtschaften grundlegende gesellschaftliche
1453 Veränderungen und Änderungen im Lebensstil der Einzelnen erfordert;
- 1454 • untersuchen, wie die soziale Schwelle für nachhaltige Lebensstile gesenkt werden
1455 kann und entsprechende Verhaltensänderungen durch politische und rechtliche Rah-
1456 menbedingungen begünstigt werden können“¹⁰⁴

1457 Für die Beantwortung dieser Fragen soll auf die Ergebnisse der Arbeit anderer Projektgruppen
1458 in der Enquete Kommission zurückgegriffen werden. So haben sich in Bezug auf die
1459 ökologischen Aspekte der Nachhaltigkeit die Projektgruppen 2 und 3 auf Rockström et al
1460 (2009) als Grundlage bezogen.¹⁰⁵ Die Kommission hat als Schlussfolgerungen für die
1461 Überschreitung ökologischer Grenzen unserer Erde mit Blick auf diese ökologischen und
1462 zivilisatorischen Gefahren zusammengefasst:

1463 „In der Konsequenz geht es daher bei zentralen Positionen auch um absolute Reduktion des
1464 Ressourcenverbrauchs (vor allem bei den fossilen Energieträgern). Als Eckpunkte für die
1465 Bewältigung der Herausforderungen sieht die Kommission (1) die Integration der
1466 ökologischen Aufgaben nicht nur in lokale und nationale, sondern vor allem in europäische
1467 und globale Zusammenhänge, (2) eine wirtschaftliche und technologische Gestaltung der
1468 Entkopplung und (3) die Verbindung mit einem sozialen und kulturellen Entwicklungsprozess

¹⁰² Beispielhaft sei hier der Art. 2 Abs.1 GG genannt.

¹⁰³ vgl. dazu Jonas, Hans (1979). Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation.. Aus der Arbeit der Enquete: Müller, Michael, Zimmer, Matthias (2013): Ideengeschichte des Fortschritts, Kommissionsdrucksache 17 (26) 50 vom 7.09.201. Aufnahme Enquete-Bericht Kapitel XX.

¹⁰⁴ Einsetzungsbeschluss des Bundestages (Drucksache 17/3853).

¹⁰⁵ Abschlussbericht Projektgruppe 2, Seiten 65ff. und Abschlussbericht Projektgruppe 3, Seiten 22f.

1469 sowie der Veränderung von Lebensstilen und Konsummustern als wichtige Dimensionen der
1470 Aufgabe.¹⁰⁶

1471 Die Projektgruppe 5 geht deshalb davon aus, dass neben einem „sozialen und kulturellen
1472 Entwicklungsprozess“ auch die Veränderung von Lebensstilen und Konsummustern eine
1473 wichtige Voraussetzung für eine Politik der Nachhaltigkeit ist.

1474 Laut dem zweiten Teil des Einsetzungsauftrags soll untersucht werden, wie die soziale
1475 Schwelle für nachhaltige Lebensstile gesenkt werden kann und entsprechende
1476 Verhaltensänderungen durch politische und rechtliche Rahmenbedingungen begünstigt
1477 werden können. Es geht also um die Gestaltung von Rahmenbedingungen, darum wie es
1478 manchmal genannt wird, die „ökologische und die ökonomische Rationalität in Einklang zu
1479 bringen“.¹⁰⁷ Dabei werden asymmetrische soziale Verhältnisse zu berücksichtigen sein, die
1480 Hindernisse für den notwendigen kulturellen Wandel darstellen können. So ist für viele der
1481 Konsum nachhaltiger Produkte zu teuer, weil die Preise dieser Produkte „die ökologische und
1482 soziale Wahrheit“ sprechen. Zweitens könnte genau aus der Furcht vor teureren
1483 Lebenshaltungskosten heraus eine Bereitschaft zum kulturellen Wandel nicht mehrheitsfähig
1484 sein.

1485 Der Einsetzungsbeschluss adressiert also die Politik in ihrer Rolle als Rahmengerberin und
1486 Normsetzungsinanz im Hinblick auf die Gestaltung von Lebensstilen. Dies kann sicherlich
1487 nicht in der Weise gemeint sein, dass der Staat bestimmt was ein nachhaltiger Lebensstil ist
1488 und dann konkrete Ausführungsbestimmungen für die vollziehende Gewalt erlässt, die dann
1489 zur Durchsetzung diesen Lebensstils instruiert wird. Politik und Staat sind in Deutschland
1490 aufgefordert, in der Abwägung zwischen den Werten Freiheit und Verantwortung
1491 zukunftsgerichtete Politik zu formulieren. Allerdings wird es nicht ohne Wertungen gehen,
1492 welche Aspekte des Wirtschaftens und Lebens tendenziell mehr oder weniger nachhaltig sind
1493 und deshalb begünstigt oder erschwert werden.

1494 Dies lenkt den Blick darauf, dass politische Entscheidungen tagtäglich nicht nur unseren
1495 Lebensstil beeinflussen, sondern auch unsere Lebensweise bestimmen und auf lange Sicht,
1496 über Generationen hinweg, Einfluss nehmen auf unsere unhinterfragte Lebenswelt.¹⁰⁸ Diese
1497 Entwicklungen sind natürlich keine Einbahnstraßen, denn die Politik ist nicht nur in der Rolle
1498 der Gestalterin, sondern wird selbst auch gestaltet.

1499 Doch bleibt festzuhalten, dass die Politik Einfluss auf die Lebensstile der Bürgerinnen und
1500 Bürger nimmt – dass der Einsetzungsauftrag also nicht etwas grundsätzlich Neues fordert.
1501 Denn der Staat kann sich nicht aus den individuellen Freiheitsentscheidungen über
1502 Lebensstile heraus halten. Alle Entscheidungen über Infrastrukturmaßnahmen wie z.B.
1503 Straßenbau oder die Anschaffung von Fahrzeugen des öffentlichen Nahverkehrs nehmen
1504 Einfluss darauf, auf welche Art und Weise die Bürgerinnen und Bürger ihre Mobilität
1505 gestalten (können). Regelungen über Hygiene- und Haltungsverfahren für die
1506 Fleischproduktion entscheiden darüber, wie unsere Nahrung beschaffen ist und zu welchem
1507 Preis sie zu haben ist.

¹⁰⁶ Berichtsteil Projektgruppe 3, Kapitel 7, Seite 4.

¹⁰⁷ ##Check Zitat##

¹⁰⁸ Ein Beispiel: Die Welt wird heutzutage im Wesentlichen unhinterfragt als Welt der Nationalstaaten wahrgenommen. Das System der Nationalstaaten hat sich aber erst seit ca. 250 Jahren entwickelt und wurde mit Abschluss der zweiten Dekolonialisierungsphase im Laufe der 60ziger Jahre des letzten Jahrhunderts vollendet. Wir tragen diese methodologische Brille trotzdem mit einer Selbstverständlichkeit, die es kaum vorstellbar macht, dass gesellschaftliche und (geo-) politische Prozesse uns evtl. innerhalb weniger Jahrzehnte eine ganz neue Sicht abverlangen (vgl. aus der Literatur z.B. Frank Schätzing's „Limit“ (2009), wo nur private Unternehmen den Verkehr zum Mond stemmen können).

1508 Darüber hinaus gibt es den Schulzwang, Lehrinhalte werden über Staatsministerien in
1509 Konferenzen festgelegt und der Besitz von Waffen ist streng reguliert. Am letzten Beispiel
1510 lassen sich auch die kulturellen Pfadabhängigkeiten und der Einfluss gesellschaftlicher
1511 Wertentscheidungen darstellen. So ist in Deutschland der Waffenbesitz hoch reguliert,
1512 während in den USA der Besitz von Waffen als Ausdruck individueller Freiheit verstanden
1513 wird. Die Rechtslage ist also Ausdruck gesellschaftlicher sozialer und kultureller Werte – und
1514 diese werden wiederum durch Normen und Regulierung geformt.

1515 Jede Gesellschaft regelt also die Beziehung zwischen Freiheit und Verantwortung jeweils für
1516 sich – und im Zeitverlauf immer wieder neu. Über politische Mehrheiten werden in
1517 parlamentarischen Systemen Regierungen gebildet, die Ausdruck gewisser Wertpräferenzen
1518 sind und diesen wiederum Ausdruck und Gestalt verleihen. Allerdings gibt es auch
1519 gesellschaftliche Entwicklungen die Parteien und Lager übergreifend sind. So hat sich in den
1520 letzten Jahrzehnten quer zu allen Parteien die (ökologische) Nachhaltigkeit als ein
1521 überragender Wert entwickelt.

1522 Wie es der Einsetzungsauftrag definiert, soll es demnach im folgenden darum gehen, die
1523 Entscheidung für nachhaltige Lebensstile zu vereinfachen, also durch Politik alternative
1524 Lebensstilentscheidungen zu ermöglichen. Im Anschluss an die Darstellung der möglichen
1525 Instrumentarien, können dann in Kapitel 2.5 darauf aufbauend konkrete Vorschläge zu
1526 politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen formuliert werden, die geeignet sind
1527 nachhaltige Lebensstile zu begünstigen und soziale Schwellen zu senken.

1528 Politik bedient sich in der Regel folgender Instrumentarien:¹⁰⁹

- 1529 1) Bildungs-, Informations- und Aufklärungspolitik;
- 1530 2) Steuerrecht und Subventionstatbeständen;
- 1531 3) Investitionstätigkeit in (materielle) Infrastrukturmaßnahmen;
- 1532 4) Normsetzungsprozesse, d.h. Regulierungen.

1533 Die Punkte 1-4 unterscheiden sich graduell in der Eingriffstiefe gegenüber den „Betroffenen“
1534 bzw. „Begünstigten“. Abwägungsprozesse und politische Wertentscheidungen bestimmen die
1535 Wahl des Instrumentes.

1536 **2.4 Politische Instrumente zur Ermöglichung nachhaltiger** 1537 **Lebensstile**

1538 Nachdem zuvor die Notwendigkeiten und die Herausforderungen langfristig stabiler,
1539 zukunftsfähiger Lebensstile im Sinne einer nachhaltigen Lebens- und Konsumweise
1540 beschrieben wurden, sollen im folgenden Themenbereiche und Handlungsoptionen
1541 beschrieben werden, auf die zukünftige parlamentarische Mehrheiten und durch sie gestützte
1542 Regierungen im Sinne einer Politik der Ermöglichung Einfluss nehmen können. Dabei wird
1543 die Auswahl der Instrumente und Optionen im Sinne des zuvor beschriebenen Abwägens
1544 zwischen Freiheit und Verantwortung getroffen werden müssen. Es sind Bereiche dargestellt,
1545 in denen der Staat subsidiär handeln sollte, damit Rahmenbedingungen geschaffen werden,
1546 die dem Individuum und sozialen Gruppen nachhaltige Lebensstile ermöglichen.

¹⁰⁹ siehe hierzu beispielhaft WBGU (2011); SRU (2012); Umweltbundesamt (2012b).

1547 Zunächst wird entlang von sechs Themenbereichen eine Grundthese formuliert, die dann mit
1548 präzisen Handlungsmaßnahmen konkretisiert wird.

1549 **Bildung**

1550 Eine nachhaltige Lebens- und Konsumweise bedarf der Befähigung zu selbstreflexivem
1551 Denken und eines systemischen Verständnisses von komplexen Zusammenhängen zwischen
1552 heutigen Produktionsweisen, sozialen Standards und damit einhergehenden
1553 Umweltverbräuchen. Gleichzeitig braucht es eine tragfähige Aufklärung zum
1554 Spannungsverhältnis zwischen individueller Freiheit und gesellschaftlichem Engagement
1555 bzw. der Verantwortung in der Rolle als Bürgerin und Bürger.

1556 Für den Bereich Bildung im umfassenden Sinne sind in den Unterkapiteln 4.4.3 und 4.4.4
1557 konkrete Handlungsoptionen beschrieben und gelistet. Auf diese Ausführungen soll an dieser
1558 Stelle verwiesen werden.

1559 **Ernährung**

1560 Im Bereich Ernährung gibt es eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten mit Blick auf
1561 nachhaltige Lebensstile. Der Wandel vollzieht sich bereits, das Interesse der Konsumentinnen
1562 und Konsumenten ist groß, aber gleichzeitig werden auch strukturelle Hindernisse in diesem
1563 Bereich erkennbar. Politik sollte diesen dynamischen Prozess begleiten, strukturelle
1564 Hindernisse abbauen, sich für weitere Aufklärungs- und Verbraucherpolitik einsetzen und im
1565 Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher die Qualität und einwandfreie
1566 Herstellungsverfahren sicherstellen. Dabei wird auch eine Debatte über eine
1567 Ernährungswende sowie den Wert von gesunden Nahrungsmitteln und ihre Bezahlbarkeit zu
1568 führen sein.

1569 • Einrichtung eines Runden Tisches mit dem Ziel alle relevanten Akteure im Wege einer
1570 Selbstverpflichtung zu einer Halbierung der Lebensmittelverluste bis 2025 zu
1571 bringen.¹¹⁰

1572 • Veränderte Ernährungsgewohnheiten in industrialisierten Ländern können effektiv
1573 sein, vor allem durch geringere Anteile tierischer Produkte in der Ernährung
1574 (geringerer Fleischkonsum), sodass nicht nur ein Klimaschutz-, sondern auch ein
1575 Gesundheitseffekt eintritt. Handlungsoptionen bestehen z.B. durch verbesserte
1576 Aufklärung, staatliche Rahmensetzung¹¹¹ und die Internalisierung gesundheitlicher
1577 und ökologischer Folgeschäden durch entsprechende Preisgestaltung.¹¹²

1578 • Stärkung von Ernährungsweisen, die auf saisonale Produkte und fair gehandelte
1579 Produkte zurückgreifen durch intensiviertere Aufklärungsarbeit des Bundesministeriums
1580 für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), so vor allem in
1581 Schulen.

¹¹⁰ vgl. SRU (2012): S.126.

¹¹¹ z.B. durch Verkaufsbeschränkung, Sicherstellung effektiver Kontrollen oder zum Beispiel die Aufhebung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf Fleischprodukte. vgl. WBGU (2011). 154f; SRU (2012). 126.

¹¹² vgl. WBGU (2011). 154f; SRU (2012). 126.

- 1582 • Umsetzung des Ziels aus dem nationalen Aktionsplan für gesunde Ernährung „In
1583 Form 2008“ des BMELV in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, auf Werbung, die
1584 sich an Kinder unter zwölf Jahren richtet, zu verzichten.¹¹³

1585 **Wohnen**

1586 Nachhaltiges Wohnen kann mehr sein, als nur hohe Effizienzstandards zu verwirklichen.
1587 Gerade im Bereich der Nachhaltigkeit kann es bei richtiger Ausgestaltung Synergien mit
1588 sozialen, ökonomischen und ökologischen Entlastungseffekten geben. Politik kann hier neue
1589 Wohnformen unterstützen und damit neue Angebote ermöglichen, die als Alternative zur
1590 Wahl stehen.

- 1591 • Transformation der Raumnutzung durch die Raumordnung, beispielsweise durch
1592 Schaffung von gemischten Wohn- und Arbeitsvierteln, Radwegesystemen, autofreie
1593 Zonen und Shared Spaces.¹¹⁴

- 1594 • Gemeinschaftliche Wohnformen unterstützen. Dort wo Wohnen im sozialen Verbund
1595 erwünscht ist, sollte die Immobilien- und Wohnungspolitik der Städte eine förderliche
1596 Rolle spielen. Neben neuen Netzwerken zwischen den Generationen kann so auch dem
1597 Trend nach mehr Einzelwohnraum und immer größeren Wohneinheiten
1598 entgegengewirkt werden.¹¹⁵

1599 **Mobilität**

1600 Infrastrukturpolitik im Bereich Mobilität determiniert das Mobilitätsverhalten der
1601 Bevölkerung. Im Sinne der Nachhaltigkeit sollte die Politik die Rahmenbedingungen für
1602 einen modifizierten Modal Split verändern. Neben den materiellen Verkehrsstrukturen können
1603 weitere Anreize für das eine oder andere Verkehrsmittel durch die Politik gesetzt werden.

- 1604 • Wechsel auf effizientere Fortbewegungsmittel: Bei Kurzstrecken sollten
1605 nichtmotorisierte Fortbewegungsmittel gefördert werden (Fußweg, Fahrrad). So
1606 können innerstädtische Verkehrswege für Fahrradnutzung attraktiver gestaltet werden
1607 (siehe Beispiel Kopenhagen).¹¹⁶

- 1608 • Das Instrument der Geschwindigkeitsbeschränkungen kann zu mehr Koexistenz auf
1609 begrenzt verfügbarer öffentlicher Verkehrsfläche führen. Langsamere motorisierter
1610 Individualverkehr braucht weniger Platz, der zugunsten des Fahrradverkehrs genutzt
1611 werden könnte. Gleichzeitig erhöht sich die Verkehrssicherheit und verringert sich die
1612 Umweltbelastung.¹¹⁷

- 1613 • Neue Geschäftsmodelle und Infrastrukturen fördern: Attraktivität neuer Angebote für
1614 den Alltagsgebrauch wie Carsharing sollten durch entsprechende Rahmenbedingungen
1615 gesteigert werden, beispielsweise durch Kommunikationstechnologien im Bereich der
1616 Routenplanung, die die optimale Nutzung vorhandener Verkehrsmittel vorschlägt.

¹¹³ vgl. SRU (2012). 121.

¹¹⁴ vgl. WBGU (2011). 150.

¹¹⁵ vgl. Loske (2010). Abschied vom Wachstumszwang: 43.

¹¹⁶ vgl. UBA (2012b): 151; Hofmeister, Sandra (2011): Radeln auf dem Super-Highway: 66.

¹¹⁷ vgl. SRU (2012). 189.

1617 Automobilhersteller sollten sich zunehmend als Mobilitätsdienstleister im
1618 umfassenden Sinne verstehen.¹¹⁸

1619 • Einrichtung von Sonderfahrspuren: Sonderfahrspuren könnten für Fahrzeuge mit
1620 ökologischem Antriebssystem freigegeben werden, sodass insbesondere zu
1621 Verkehrsstoßzeiten die Attraktivität des Produktes erhöht würde. Die StVO würde
1622 entsprechend ein Zusatzzeichen benötigen.¹¹⁹

1623 • Parkplatzprivilegierung: Eine Erweiterung von § 12 StVO könnte die
1624 Parkplatzsituation von Carsharing- Fahrzeugen verbessern, indem besondere
1625 Stellplätze für Carsharing-Fahrzeuge ausgewiesen werden könnten.¹²⁰

1626 • Gleichstellung mit öffentlichem Nahverkehr: Es könnten verkehrsberuhigte Zonen
1627 eingerichtet werden, die nur durch den öffentlichen Personennahverkehr und
1628 Carsharing-Fahrzeuge genutzt werden dürften.¹²¹

1629 • Die Entfernungspauschale und die niedrige pauschale Besteuerung privat genutzter
1630 Dienstwagen sollte unter Berücksichtigung der Lebensverhältnisse im ländlichen
1631 Raum neu geregelt werden.¹²²

1632 **Förderung zivilgesellschaftlicher Innovationen**

1633 Gegenwärtig gibt es eine Vielzahl von Innovatorinnen und Innovatoren, sozialen Gruppen
1634 und Praktikerinnen und Praktikern, die sich bereits auf dem Weg des kulturellen Wandels hin
1635 zu nachhaltigen Lebensstilen gemacht haben. Diesen Pionierinnen und Pionieren und ihren
1636 Ideen muss Politik die Hand reichen und -wenn von ihnen gewollt- Hindernisse aus dem Weg
1637 räumen und staatliche Unterstützung zukommen lassen.

1638 • Genossenschaften im Bereich Energieversorgung, Erzeuger-Verbraucher-
1639 Vereinigungen, Wohnungs- oder Kreditgenossenschaften zeichnen sich durch ein
1640 hohes Maß an Gemeinsinn aus und durch Mitwirkungs- und Mitgestaltungsrechten
1641 ihrer Mitglieder. Bürokratische Hürden im Steuerrecht und
1642 Wirtschaftsprüfungsverpflichtungen sollten abgebaut werden, damit diese Form des
1643 Unternehmertums unterstützt wird. Zukünftig sollte ihnen der gleichberechtigte
1644 Zugang zu Wirtschaftsförderungsmaßnahmen und Existenzgründungsprogrammen
1645 gewährt werden.

1646 • Die Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen kann für die Umwelt aber auch für
1647 die Menschen und ihren sozialen Beziehungen vorteilhaft sein. Produkte mit weiten
1648 Transportwegen sind allein aufgrund der zusätzlichen Verkehrsbelastungen mit einem
1649 unweigerlich erhöhten ökologischen Fußabdruck hergestellt. In der Sozialdimension
1650 beruhen regionale Wertschöpfungsketten auf anderen Vertrauensverhältnissen Gerade
1651 im Bereich der Nahrungsmittelversorgung scheint der regionale vertrauliche Umgang
1652 zwischen Erzeuger und Verbraucher wieder an Wert zu gewinnen. Gesunde Ernährung
1653 sollte nicht am Portemonnaie scheitern, deshalb braucht es neben verbesserter
1654 Aufklärung über gesunde Ernährungsweisen auch weitere flankierende Maßnahmen.

¹¹⁸ vgl. WBGU (2011). 151f.

¹¹⁹ vgl. UBA (2012b). 70.

¹²⁰ vgl. UBA (2012b). 70.

¹²¹ vgl. UBA (2012b) 71.

¹²² vgl. SRU (2012). 187.

1655 So sollte die Versorgung mit Lebensmitteln in öffentlichen Einrichtungen wie z.B.
1656 Kindergärten und Schulen auch auf Regionalprodukte umsteigen.¹²³

1657 • Hinter dem Begriff “Solidarische Ökonomie” verbergen sich eine Vielzahl sozialer
1658 Interaktionen wie Reparaturbörsen, Tauschringe, Urban Gardening, gemeinsame
1659 Nutzungsgemeinschaften im Sinne von „Nutzen statt Besitzen“ aber auch
1660 Nachbarschaftshilfe im klassischen Sinne. Sie sind von ihrer Natur her auf lokale
1661 Beziehungen angelegt und stützen deshalb regionale Wirtschaftskreisläufe. Diese
1662 Formen wirtschaftlicher Beziehungen sollten politische Unterstützung finden, weil sie
1663 nachhaltige Lebensstile befördern.

1664 **Nachhaltiges Marketing**

1665 Das Marketing von Unternehmen ist mehr als nur Werbung, im besten Fall begleitet das
1666 Marketing den kompletten Lebenszyklus eines Produktes, von der Idee zur Entstehung, über
1667 das Produktdesign, die Fertigung, den Vertrieb, die Nutzungsphase und im nachhaltigsten
1668 Sinne die Wiederverwertung des genutzten Produktes. Dabei werden Unternehmen, die
1669 nachfrageorientiert operieren, d.h. in engem Austausch zu Kundinnen und Kunden stehen,
1670 eher erfolgreiche nachhaltige Produktpaletten generieren können.

1671 • Die Idee des Prosumers kommt der nachfrageorientierten Produktion sehr nahe. Der
1672 Konsument als Produzent bedeutet, dass Unternehmen kundenspezifische Wünsche
1673 zum Beispiel nach Reparatur- und/oder Akkuaustauschmöglichkeiten im Vorfeld mehr
1674 Aufmerksamkeit schenken. Dadurch können auch neue, langfristige Kundenbindungen
1675 realisiert werden. In diesem Zusammenhang stellen sich Fragen nach der
1676 Durchsetzungsfähigkeit von bestimmten technischen Standards zum Beispiel über
1677 Top-Runner-Programme.

1678 Nachhaltiges Marketing widmet sich schon beim Produktdesign den Fragen nach
1679 Ressourceneffizienz, oder –einsparung bzw. den Fragen nach Reduce, Repair und Re-
1680 Use.

1681

¹²³ vgl. Loske (2010).48ff.

1682 **3 Arbeit und Nachhaltigkeit**

1683 **3.1 Wesen, Sinn und Formen von Arbeit und ihr Bezug zu** 1684 **Nachhaltigkeit**

1685 Arbeit ist eine menschliche Tätigkeit mit vielen Dimensionen. Sie ist zum ersten eine
1686 natürliche Notwendigkeit. Ohne Arbeit könnte der Mensch nicht leben und überleben. Er ist
1687 auf die Gestaltung und Umgestaltung seiner natürlichen Umwelt angewiesen. In einer zweiten
1688 Dimension ist Arbeit gesellschaftlich und sozial bestimmt, Arbeit gewährt Teilhabe und
1689 Integration. Der Mensch arbeitet nicht für sich alleine, sondern die Bedingungen und
1690 Kontexte der Arbeit sind immer auch gesellschaftlich verhandelt. In dieser gesellschaftlichen
1691 Bestimmung der Arbeit spiegeln sich die politisch umstrittenen und gestaltbaren Konzepte der
1692 Arbeit. Drittens hat Arbeit eine personale Dimension. Sie ist dort, wo sie auf dem Markt
1693 angeboten wird, nicht Ware wie eine andere auf dem Markt gehandelte Ware, sondern an die
1694 Person gebunden. Auf der ethischen Ebene hat Arbeit eine eigene Würde, weil der Mensch,
1695 der sie verrichtet, Würde hat; deswegen kann die Arbeit nicht vom Menschen abgekoppelt
1696 werden. In der Arbeit vollzieht sich die Freiheit des Menschen, durch die Arbeit formt sich
1697 seine Identität, sie ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe; ohne Arbeit erfährt der Mensch auch
1698 eine deutliche Einschränkung der Anerkennung seiner Person. Schließlich und letztlich hat
1699 Arbeit für einige auch eine spirituelle Dimension. In der Arbeit wird der Mensch zum
1700 Mitgestalter der Schöpfung; Arbeit beruht auf einem göttlichen Auftrag, der den Menschen in
1701 die Mitverantwortung für die Schöpfung nimmt. Und schließlich ist Arbeit zentral für die
1702 Stellung der Menschen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, dadurch werden Hierarchien
1703 und Lebenschancen konstituiert. Alle fünf Dimensionen sind in der politischen Debatte mit
1704 unterschiedlichen Schwerpunkten präsent. Die unterschiedlichen Dimensionen können
1705 deswegen auch für die Fragestellung von Arbeit und Nachhaltigkeit zu unterschiedlichen
1706 Perspektiven führen.¹²⁴

1707 In der Antike und im Mittelalter war der Begriff Arbeit noch negativ konnotiert: Arbeit galt
1708 als Mühsal und Joch. Arbeiten war eine unwürdige Tätigkeit, eine Angelegenheit der unteren
1709 sozialen Schichten. Durch die christliche Religion wurde der ursprünglich negativ besetzte
1710 Arbeitsbegriff aufgewertet und bekam eine positive Bestimmung. In der protestantischen
1711 Ethik ist Arbeit identisch mit Pflichterfüllung und gottgefälligem Tun. In einer durch Arbeit
1712 geprägten Lebensweise wird bereits im Diesseits die Vorbestimmtheit für die ewige Seligkeit
1713 sichtbar. Die positive Besetzung des Begriffs hat sich in den früh industrialisierenden
1714 westlichen Gesellschaften durchgesetzt. Max Weber sah in der protestantischen Ethik die
1715 Voraussetzungen für den kapitalistischen Industrialisierungsprozess.¹²⁵ In der Neuzeit gilt
1716 Arbeit als Schlüssel zu Wohlstand: Jedem ist durch Arbeit und Fleiß prinzipiell die Chance
1717 gegeben, zu gesellschaftlichem Aufstieg zu gelangen. Arbeit wird insgesamt umgewertet:
1718 „Das bürgerliche Selbstbewusstsein macht sie zur Zierde, zum Inbegriff einer neuen
1719 Bürgertugend, welche die Ideale des der Arbeit überhobenen Polis-Bürgers bzw. Aristokraten
1720 ablöst: ‚Arbeit adelt‘.“¹²⁶ Auch gegenwärtig wird Arbeit und der sich darin dokumentierte
1721 Erfolg positiv konnotiert.

1722 Arbeit vollzieht sich in unterschiedlichen Formen: Als abhängige Lohnarbeit, als selbständige
1723 Arbeit, als caritative Arbeit, als Güterproduktion, im Ehrenamt, in der Erziehung, in der

¹²⁴ Hiß, Stefanie (2012). Arbeit und Nachhaltigkeit

¹²⁵ Voigt, Kai-Ing; Wohltmann, Hans-Werner (2012). Arbeit

¹²⁶ Arndt, Andreas (2001)., Zum philosophischen Arbeitsbegriff. Hegel, Marx&Ci, in Klaus.Michael Kodalle (Hrsg.), Arbeit und Lebenssinn, 2001, S.99-108.

1724 Familie, als Arbeit in sozialen Beziehungen.¹²⁷ Auch die Enquete-Kommission „Zukunft des
1725 bürgerschaftlichen Engagements“ bezeichnet Erwerbsarbeit, Tätigkeiten in der Familie,
1726 Eigenarbeit und das bürgerschaftliche Engagement als Einheit zur Gestaltung einer
1727 lebendigen Wirtschafts- und Bürgergesellschaft.¹²⁸ In einem Verständnis von Nachhaltigkeit,
1728 das sowohl auf die ökologische sowie auch auf die ökonomische und soziale Dimension
1729 Rücksicht nimmt, empfiehlt es sich auch an dieser Stelle Tätigkeiten jenseits von
1730 Erwerbsarbeit zu berücksichtigen. Im Zusammenhang von Arbeit und Nachhaltigkeit wird an
1731 manchen Stellen zusätzlich zur Erwerbsarbeit auch Bezug auf Formen von unbezahlter
1732 Arbeit, Care Tätigkeiten und bürgerschaftlichem Engagement hergestellt. Im Folgenden wird
1733 jedoch im Zusammenhang von Arbeit und Nachhaltigkeit primär der Bereich der abhängigen
1734 Arbeit und der Berufsarbeit thematisiert.

1735 Arbeit ist eng mit Wirtschaft verwoben und diese ist in hohem Maß von kulturellen
1736 Prägungen und Weltbildern abhängig. Dies wird deutlich wenn die moderne, auf
1737 Marktaustausch von Waren und Kapital basierende Wirtschaft mit historisch vorgängigen
1738 oder kulturell anders gelagerten Wirtschaftsformen und Gesellschaften verglichen wird, die in
1739 ihren nicht-marktförmigen Ausprägungen vermutlich auch in unserer historischen
1740 Entwicklung eine Rolle gespielt haben.¹²⁹ Auch die Feudalgesellschaft als unmittelbarer
1741 Vorläufer unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsform ist, obwohl sie durchaus rudimentäre
1742 Formen der Arbeitsteilung kannte, keine Wirtschaftsordnung gewesen, die durch eine hohe
1743 Dynamik gekennzeichnet war. Sie war auf den Bedarf ausgerichtet, weniger auf Wachstum;
1744 sie stand unter dem Zeichen der Notwendigkeit, während der moderne Arbeitsbegriff als
1745 eine Kulturleistung der planmäßigen Umgestaltung der Lebenswelt interpretiert werden
1746 kann.¹³⁰

1747 Im Gegensatz zur feudalen Gesellschaft, die jedem Menschen einen Platz zuwies, ist die
1748 moderne Arbeitsgesellschaft hoch mobil und flexibel. Sie ist darüber hinaus in der Regel nicht
1749 mehr ganzheitlich, sondern arbeitsteilig organisiert. So hätten sich über einen langen Zeitraum
1750 der Industrialisierungsgeschichte durch eine immer kleinteiligere Zerlegung des
1751 Arbeitsprozesses in klar umrissene Einheiten Produktivitätsgewinne erzielen lassen. Die
1752 damit verbundenen streng hierarchisierten Unternehmensstrukturen und klaren
1753 Arbeitsaufgaben, die auch als Taylorismus beschrieben wurden, seien für eine Welt der
1754 standardisierten Massenproduktion, des Fordismus des 20. Jahrhunderts kennzeichnend
1755 gewesen.¹³¹

1756 Mit dem berühmten Beispiel von Adam Smith können durch eine Aufteilung einzelner
1757 Produktionsschritte etwa Nadeln in erheblich höherer Menge pro Zeiteinheit hergestellt
1758 werden als dies eine gleiche Menge an Arbeitskräften möglich ist, die diese Nadeln unter
1759 Integration aller Arbeitsschritte herstellen. Hier wird schon ein erster Zusammenhang
1760 zwischen Arbeit und ökologischer Nachhaltigkeit deutlich.

¹²⁷ Vgl. Angelika Krebs, Arbeit und Liebe. Die philosophischen Grundlagen sozialer Gerechtigkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2002, S. 24-38 mit insgesamt acht unterschiedlichen Bedeutungsfeldern.

¹²⁸ vgl. Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft.“ Drucksache 14/8900 vom 03.06.2002, S.193

¹²⁹ Klassisch: Marshall Sahlins, Stone Age Economics. Chicago 1972.

¹³⁰ Vgl. ausführlich Michael Aßländer, Von der vita activa zur industriellen Wertschöpfung. Eine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte menschlicher Arbeit. Marburg: Metropolis Verlag 2005. Aßländer unterscheidet den bürgerlichen (also modernen) Arbeitsbegriff von dem „aristokratischen“, der für ihn sowohl das Altertum als auch das Mittelalter charakterisiert.

¹³¹ Hilmar Schneider Kurzepertise für die Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität Projektgruppe 5 - Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile, 7. Januar 2013, Materiale PG 5/14, Seite3

1761 Die Arbeitsteilung ermöglicht eine höhere Produktivität und damit auch Wachstum. Sie ist
1762 aber auch für einen höheren Ressourcenverbrauch ursächlich. Mit anderen Worten: In nicht
1763 arbeitsteilig organisierten Gesellschaften ist der Ressourcenverbrauch in der Regel durch die
1764 Organisation der Arbeit niedriger als in hoch arbeitsteilig organisierten Gesellschaften.
1765 Deshalb scheint aus Sicht vieler Wachstumskritiker die Forderung naheliegend, die
1766 ökologische Nachhaltigkeit durch eine Verkürzung der Wertschöpfungsketten, also eine
1767 Reduzierung der Arbeitsteiligkeit der Produktion, zu verbessern.¹³² Unterstützung finden
1768 solche Ideen auch aus der Sicht derjenigen, die durch die arbeitsteilige Produktion eine
1769 Entfremdung des Menschen, ja seine Verdinglichung im Produktionsprozess beklagen und/
1770 oder sich von einer Verlangsamung der Arbeitsabläufe die Rückgewinnung von
1771 Zeitautonomie versprechen.¹³³ Da Arbeit immer in einem gesellschaftlichen und einem
1772 politischen Kontext eingebettet ist, erscheint eine politische Steuerung hin zu mehr
1773 Zeitautonomie und einer Reduzierung der Arbeitsteilung zwar grundsätzlich möglich, jedoch
1774 sind die Folgen für den individuellen Wohlstand, die Bedarfsbefriedigung oder auch die
1775 Sozialsysteme schwer kalkulierbar und unsicher. Damit sind diese Überlegungen mit einem
1776 hohen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Unsicherheitspotential verbunden.

1777 Der Kausalschluss Arbeitsteilung bedeutet mehr Ressourcenverbrauch ist allerdings zu
1778 vereinfacht, da Ressourcen- und Umweltverbrauch von der Ausgestaltung der
1779 gesamtgesellschaftlichen Organisation abhängig ist. Mehr Arbeitsteilung bedeutet auch mehr
1780 Wachstum, aber nicht zwingend mehr Ressourcenverbrauch. Wachstum entsteht z.B. auch
1781 durch Innovation und Produktivitätssteigerung, d.h. beispielsweise gleicher Output bei
1782 geringerem oder gleich bleibendem Ressourcenverbrauch. Ein weitgehender Verzicht auf
1783 Arbeitsteilung wäre zudem nur mit einem erheblichen Verzicht an materiellen Wohlstand zu
1784 erreichen.¹³⁴ Zudem scheint es fraglich, ob mit dem Verzicht auf Wachstum, auf Produktivität
1785 der Ressourcenverbrauch tatsächlich geringer ausfallen würde und nicht vielleicht sogar eher
1786 größer werden würde. Die gleiche Zahl Arbeiter, die sich die Arbeitsschritte bei der
1787 Produktion eines Gutes untereinander aufgeteilt hat und damit in kürzerer Zeit mehr
1788 produzieren konnte, würde ohne Arbeitsteilung mehr Zeit und jeder für sich ein größeres
1789 Ausgangsset an Ressourcen brauchen. Würde man die Zahl der Arbeiter reduzieren, würde
1790 man letztlich nur den Ressourcenverbrauch aus einem Produktionsprozess auslagern und
1791 wieder mehr nebeneinander stattfindende Produktionsprozesse schaffen.

1792 Arbeitskraft wird auf einem Markt angeboten und nachgefragt. Dabei wird als Gegenleistung
1793 Geld, also Kapital geboten. Im Zusammenspiel von Arbeit und Kapital vollzieht sich der
1794 Produktionsprozess. Kapital kann dabei allgemein verstanden werden als der Bestand der
1795 Produktionsausrüstung, der zur Güter- und Dienstleistungserbringung eingesetzt wird. Kapital
1796 ist einerseits geronnene Arbeit, andererseits Voraussetzung zur Entlohnung von Arbeit. Als
1797 Investition ist Kapital eine Wette auf die Zukunft mit der Erwartung, über den
1798 Produktionsprozess das eingesetzte Kapital mit einer Rendite wieder zu erwirtschaften.
1799 Kapital weist der Arbeitskraft im Produktionsprozess einen Ort zu, Arbeit vermehrt das
1800 eingesetzte Kapital. Diese zentrale Bedeutung des Kapitals hat auch einen Bezug zur
1801 Nachhaltigkeit. So ist argumentiert worden, dass eine Begrenzung des Kredits dämpfende

¹³² z.B. Paech, Nico (2012). Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München
.: 56ff.

¹³³ Für eine frühe Kritik an der Arbeitsteilung und der entfremdenden Wirkungen vgl. Adam Ferguson, Versuch
über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft (1767). Herausgegeben und eingeleitet von Zwi Batscha und
Hans Medick. Frankfurt am Main 1988.

¹³⁴ Peter Bofinger: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre – eine Einführung in die Wissenschaft von Märkten.
Pearson Studium 2011

1802 Wirkung auf Wachstum haben könne, damit also gewissermaßen eine monetäre Steuerung des
1803 Wachstums möglich sei.¹³⁵

1804 Die Ware „Arbeitskraft“ ist freilich keine Ware wie Sachgegenstände, die auf einem Markt
1805 angeboten und verkauft werden. Adam Smith etwa nahm die Arbeit insofern aus dem
1806 Marktmechanismus heraus als er von einem „gerechten Lohn“ sprach, der es einem Arbeiter
1807 ermöglichen müsse, sich selbst und seine Familie zu ernähren.¹³⁶ Der Preis der Arbeit (der
1808 Lohn) ist also aus Sicht Smiths nicht so flexibel, dass er unter die Subsistenzlinie fallen darf.
1809 Dieser durchaus moralphilosophischen Überlegung entspricht ein neuzeitliches Verständnis
1810 von Arbeit, das dieses sowohl mit sozialer Mobilität verknüpft als auch die Möglichkeit,
1811 Wohlstand zu schaffen, an die Arbeit knüpft. Die Eigentumslehre von John Locke hatte hierzu
1812 die entscheidenden Hinweise gegeben: Eigentum entsteht durch die Vermischung der Dinge
1813 mit Arbeit. Deswegen eröffnet der neuzeitliche Arbeitsbegriff auch die Möglichkeit, nicht nur
1814 zur Subsistenzerhaltung zu arbeiten, sondern seine soziale Position und seinen Wohlstand
1815 durch zusätzliche Arbeit deutlich zu beeinflussen. Von John Locke stammt in diesem
1816 Zusammenhang ein zweiter, wichtiger Hinweis: Dass nämlich auch die Arbeit, die ein anderer
1817 für mich verrichtet, in mein Eigentum übergehen kann. Somit ist Arbeit nicht mehr ein auf die
1818 unmittelbare Lebenserhaltung abzielende, begrenzte Tätigkeit, sondern sie wird entgrenzt und
1819 dynamisch, sie wird zum Wachstumstreiber, weil in ihr die Möglichkeit enthalten ist,
1820 Eigentum anzuhäufen und einen Mehrwert auf dem Markt zu erzielen.¹³⁷

1821 Hinter dieser dynamischen Seite der Arbeit steckt ein Bild des Menschen, das ihn getrieben
1822 sieht von Eigennutz, der, umgedeutet als Interesse, eine legitime Form erhält.¹³⁸ Habsucht,
1823 der amor scleratus habendi, noch im christlichen Tugendkanon als Todsünde gebrandmarkt,
1824 wird nach John Locke zu einer zentralen Triebfeder der Wirtschaftsentwicklung. Auf dieser
1825 Annahme beruhte auch die von Adam Smith vollzogene Auflösung des Konflikts zwischen
1826 individuellen Interessen und dem Gemeinwohl mittels der Fiktion der unsichtbaren Hand;
1827 wenn jeder nur seinen Interessen (und damit auch seinen Gewinninteressen) nachgehe, Sorge
1828 die unsichtbare Hand dafür, dass dies sich auch vorteilhaft für das Gemeinwohl auswirke. Die
1829 zynischen Anmerkungen von Bernard Mandeville, der in seiner Bienenfabel in Frage gestellt
1830 hat, ob private Laster sich so umstandslos in öffentliche Vorteile verwandeln könnten¹³⁹, ist
1831 hingegen noch einer älteren Moralvorstellung verhaftet. Eigennutz als Motor des
1832 gesellschaftlichen und sozialen Wandels findet zunehmend Anerkennung. Im Gefolge dieser
1833 Anerkennung von Interessen und Eigennutz als Grundantrieb des Wirtschaftens schält sich
1834 der homo oeconomicus als neue Leitfigur ökonomischen Denkens heraus. Der Utilitarismus
1835 fasst diesen Zusammenhang von individueller Freiheit und Gemeinwohl folgendermaßen
1836 zusammen: Das größtmögliche Glück einer größtmöglichen Zahl von Menschen stellt den
1837 besten Beitrag zum Gemeinwohl dar.¹⁴⁰

1838 Neuzeitlich sind auch zwei damit verbundene Vorstellungen: Die Pflicht zur Arbeit und das
1839 Recht auf Arbeit. Der mittelalterlichen Welt war eine Arbeitspflicht fremd; die Arbeit war

¹³⁵ Binswanger; Arbeitsgruppe nachhaltiges Geld

¹³⁶ Smith, Wohlstand der Nationen (Seite??)

¹³⁷ John Locke, Zwei Abhandlungen über die Regierung; grundlegend Manfred Brocker, Arbeit und Eigentum. Der Paradigmenwechsel in der neuzeitlichen Eigentumstheorie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1992.

¹³⁸ Hierzu Albert O. Hirschmann, Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1980

¹³⁹ Bernard Mandeville, Die Bienenfabel oder Private Laster, öffentliche Vorteile. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1980 (ursprünglich London 1714).

¹⁴⁰ Vergl. auch: Bentham, Jeremy (1977): A Fragment on Government, 392. In: Burns, J.H.; Hart (Hg.) (1977): The Collected Works of Jeremy Bentham, London, 391-551

1840 unter die Notwendigkeit der Selbsterhaltung gestellt, konnte diese aber anders garantiert
1841 werden, entfiel auch die Notwendigkeit zur Arbeit.¹⁴¹ Ein wenig von dieser traditionellen
1842 Einstellung zur Arbeit wird noch in den Untersuchungen Max Webers über Wanderarbeiter
1843 deutlich, die häufig die Wenigerarbeit dem Mehrverdienst vorzogen.¹⁴² Dies änderte sich im
1844 Zuge der Herausprägung einer sich als Leistungsgemeinschaft verstehenden Gesellschaft. In
1845 den Verfassungsdebatten der Französischen Revolution sollte jedem Menschen, der nicht
1846 arbeiten konnte Fürsorge gewährt werden – aber die Arbeitsfähigkeit und die Pflicht,
1847 vorrangig für das eigene Auskommen zu sorgen, waren deutlich angelegt.¹⁴³

1848 Das Recht auf Arbeit, wie es im ersten Verfassungsentwurf nach der französischen
1849 Revolution gefordert wurde, korrespondierte mit der Aufwertung der Arbeit, ja mit der
1850 zentralen Stellung der Arbeit für die soziale Stellung und die soziale Zugehörigkeit; die
1851 Gesellschaft wird zur Arbeitsgesellschaft.¹⁴⁴ Für den Staat rückt damit zunehmend auch die
1852 Verpflichtung in den Vordergrund, die Bedingungen für eine ausreichende
1853 Beschäftigungsquote sicher zu stellen; die Vollbeschäftigung als Idealbild wird zum
1854 politischen Programm, das der Staat durch eine breite Palette an Maßnahmen abstützt, von
1855 Konjunkturlösungen bis hin zur Subventionierung bestimmter Wirtschaftszweige. Damit endet
1856 aber nicht die Verpflichtung des Staates; in vielen entwickelten Volkswirtschaften trägt der
1857 Staat auch Verantwortung für eine möglichst weitgehende Absicherung einer lebenslangen
1858 Berufsarbeit durch den Erlass von Schutzvorschriften für das Arbeitsverhältnis oder
1859 Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung und Vermittlung.

1860 Der zentrale Stellenwert der Arbeit für unsere individuelle und soziale Identität ist also tief in
1861 einer kulturellen und gesellschaftlichen Praxis eingeschrieben. Gegenüber diesem dominanten
1862 Verständnis haben sich bislang andere Arbeitsformen nicht durchsetzen können. Die zentralen
1863 Bestandteile des neuzeitlichen Arbeitsbegriffs: Die Arbeitsteilung und damit einhergehende
1864 Spezialisierung, die enge Verbindung von Arbeit, Leistung und sozialer Stellung, sowie der
1865 Warencharakter der Arbeit sind auch konstitutiv für den Zusammenhang von Arbeit,
1866 Wachstum und Nachhaltigkeit.

1867 Der Zusammenhang von Arbeit und Nachhaltigkeit ist im Hinblick auf die soziale Dimension
1868 der Nachhaltigkeit offensichtlich, da es um „zukunftsfähige“ Arbeit geht. Hinsichtlich der
1869 ökologischen Dimension kommen die konkreten Arbeitsbedingungen, Beschaffungsprozesse,
1870 Produktionsprozesse sowie Produkte in den Blick.¹⁴⁵

1871 Arbeit als Erwerbsarbeit oder in Form anderer Arbeit ist derart zentral für die Menschen, dass
1872 insbesondere hier Lern- und Erfahrungsprozesse möglich sind, sich im Alltag entscheidet, was
1873 Menschen über (Nicht-)Nachhaltigkeit denken, fühlen und sie ganz praktisch machen.
1874 Gegenwärtig wird die Entwicklung von „green jobs“ intensiv diskutiert.¹⁴⁶

¹⁴¹ Hannah Arendt, Vita activa oder vom tätigen Leben. München: Piper 1981, S. 309.

¹⁴² Max Weber, Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: Ders.: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Band 1, Tübingen: Mohr 1988, S. 43ff.

¹⁴³ Marcel Gauchet, Die Erklärung der Menschenrechte. Die Debatte um die bürgerlichen Freiheiten 1789. Reinbek: Rowohlt 1991, S. 109-116.

¹⁴⁴ Krebs, Arbeit und Liebe, S. 18

¹⁴⁵ Spangenberg, J. H.: Die Grenzen der Natur setzen neue Signale. Arbeitsgesellschaft im Wandel. In: Oekom (Hg.): Anders arbeiten, München 2011, 15-24; Littig, B.: Von Rio 1992 zu „Rio+20“. Arbeit im Kontext der aktuellen Nachhaltigkeitsdiskussion. In: WSI-Mitteilungen 8/2012.

¹⁴⁶ Vgl. etwa Umweltbundesamt 2012: Beschäftigung im Umweltschutz, www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/4307.pdf (Zugriff: Februar 2013); Leitner, A./Wroblewski, A./Littig, B.: Green Jobs. Diskussion von Arbeitsbedingungen und Beschäftigungspotentialen, Wien 2012;

1875 **Befähigung zur Arbeit und kulturelle Widersprüche im Wirtschaftssystem: Die Ansätze**
1876 **von Nussbaum und Bell**

1877 In den Diskussionen der Enquete kamen im Zusammenhang mit Arbeit auch zwei Ansätze zur
1878 Sprache, die zwar in keinem unmittelbarem Verhältnis zueinander stehen, beide thematisieren
1879 aber wichtige Entwicklung auf dem Gebiet der Arbeit. Beim ersten Ansatz handelt es sich um
1880 den Capability Approach von Martha Nussbaum, der dem Theoriefeld der sozialen
1881 Gerechtigkeit zuzuordnen ist.

1882 Der von Daniel Bell formulierte Ansatz stellt demgegenüber, die im Zusammenhang mit
1883 Wirtschaftsdynamiken hervortretenden Widersprüche in den Fokus. Diese führten zu
1884 unterschiedlichen Eigengesetzlichkeiten von Arbeit und Freizeit auf Ebene des Individuums.
1885 Beide Ansätze stehen außerhalb der konkreten Argumentationslinien des Arbeitskapitels, sind
1886 aber als interessante und noch zu diskutierende Aspekte des Themas Arbeit zu verstehen.

1887 **Martha Nussbaum**

1888 Im Zusammenhang mit dem Recht auf Arbeit, sei an dieser Stelle auf einen Ansatz verwiesen,
1889 der in den Diskussionen der Enquete-Kommission immer wieder Erwähnung findet: Es
1890 handelt sich um den sogenannten „Capability Approach“, den Fähigkeiten- oder auch
1891 Befähigungs-Ansatz, der von Amartya Sen und Martha Nussbaum für die Weltbank
1892 entwickelt wurde, hier aber in der Weiterführung von Martha Nussbaum Beachtung finden
1893 soll. Lebensqualität wird hier in Form von Capabilities, Befähigungen, gemessen, die jedem
1894 zur Verfügung stehen und erst die Voraussetzungen für ein erfülltes Leben liefern. Dabei
1895 können sich die Ressourcen, die jeder Einzelne und jede Einzelne zur Ermöglichung der
1896 Capabilities benötigt, von Person zu Person unterscheiden. Nussbaum entwickelt aus einer
1897 Vorstellung der Menschenwürde und menschlicher Grundbedürfnisse heraus eine Liste der
1898 Capabilities, die ähnlich der Menschenrechte zwar universell gültig seien, allerdings auch der
1899 normativen politischen Aushandlungen bedürften.¹⁴⁷ Es handelt sich somit um eine offene
1900 Liste, deren konkrete Ausformulierung schließlich in den entsprechenden kulturellen
1901 Kontexten erfolgt. Vorläufig umfasst ihre Liste 10 wesentlich notwendige Befähigungen,
1902 Capabilities, die an dieser Stelle im Einzelnen nicht alle aufgeführt werden,¹⁴⁸ die letzte ihrer
1903 Befähigungen allerdings Beachtung finden soll: Im Englischen betitelt Nussbaum diese mit
1904 „Control over one’s Environment“. Darunter kann auch das Recht auf Arbeit gefasst werden:
1905 *“having the right to seek employment on an equal basis with others; having the freedom from*
1906 *unwarranted search and seizure. In work, being able to work as a human being, exercising*
1907 *practical reason and entering into meaningful relationships of mutual recognition with other*
1908 *workers”*.¹⁴⁹ Verstanden wird dies hier sowohl als ein Recht auf eine gleichberechtigte – also
1909 barriere- und diskriminierungsfreie – Arbeitssuche, als auch auf eine gleichberechtigte
1910 Befähigung potentieller Verwirklichung der Ausübung von Arbeit. Dabei sei beispielhaft
1911 sowohl an die besondere Bedürftigkeit eines Rollstuhlfahrers oder einer Rollstuhlfahrerin
1912 nach entsprechender Barrierefreiheit, als auch an eine gute gesellschaftliche Lösung für den
1913 Umgang mit Care-Tätigkeiten gedacht. Denn laut Nussbaum ist die Zeit, die für Care-
1914 Tätigkeiten aufgebracht wird, insbesondere für viele Frauen zentraler Hinderungsgrund an
1915 vielen Bereichen des Lebens teilzunehmen.¹⁵⁰ Insgesamt kann der Capability Approach für
1916 alle Menschen Gültigkeit beanspruchen, die aus unterschiedlichen Gründen an ihren
1917 grundlegenden Verwirklichungschancen für ein erfülltes Leben behindert sind.

¹⁴⁷ Nussbaum, 2003

¹⁴⁸ Nennen in Fußnote / Verweis allgemein: Nussbaum, 2003, 47

¹⁴⁹ Quelle

¹⁵⁰ Nussbaum, 2003, 50ff.

1918 **Daniel Bell**

1919 Seit der Studie von Daniel Bell über kulturelle Widersprüche unseres Wirtschaftssystems¹⁵¹
1920 ist es ein Allgemeinplatz, dass wir Bewohner zweier Welten sind: Auf der einen Seite sind
1921 wir als Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen einer rigiden Disziplinierung von Zeit
1922 unterworfen sowie einer in engmaschige Vorschriften gegossene Ethik der Arbeit, die einen
1923 beinahe puritanischen Grundzug trägt. Die Arbeitswelt ist hoch reguliert, effektiv, effizient;
1924 sie steht Verschwendung und Müßiggang ablehnend gegenüber. Ein solches Verhalten ist aus
1925 der Sicht der Wirtschaft gleichwohl in unserer Freizeit kontraproduktiv. Hier werden wir zu
1926 einem fröhlichen Hedonismus ermutigt, der im Überfluss, in der Verschwendung, im Genuss
1927 und in der Sorglosigkeit seine kulturellen Leitbilder findet. Dies ist die Voraussetzung dafür,
1928 dass die Güter, die produziert werden, auch eine Nachfrage finden. Mit anderen Worten: Das
1929 marktwirtschaftliche System erzeugt eine vollständige und komplette Trennung von Arbeits-
1930 und Freizeitverhalten. Beide Sphären habe unterschiedliche Eigengesetzlichkeiten, die im
1931 Einzelnen jeweils aufeinander abgestimmt werden müssen. Die spannende Frage: Wie können
1932 diese beiden Sphären unter dem Blickwinkel der Entkopplung zusammengeführt werden?

1933 **3.2 Trends**

1934 Bevor verschiedene Modelle zukunftsfähiger Arbeit und ihre Ausgestaltungen diskutiert
1935 werden, sollen an dieser Stelle zunächst gegenwärtige Entwicklungen der Arbeit zur Sprache
1936 kommen. In den Anhörungen und den von der Kommission beauftragten Gutachten zeichnen
1937 sich klare Trends für die Zukunft der Arbeit heraus. Hierbei speisen sich einige eher aus
1938 globalen, andere eher aus nationalen Strömungen. Sie haben ihre Ursachen ebenso in
1939 gesellschaftlichen Entwicklungen, wie im technischen Fortschritt, der Umstellung der
1940 Arbeitsorganisation, Veränderungen bei den Arbeitsformen oder in Überlegungen zu einem
1941 gewandelten gesellschaftlichen Verständnis von Arbeit. Im folgenden Text werden die für
1942 Arbeit wesentlichen übergeordneten Tendenzen nur kurz angerissen, während auf die
1943 konkreten Entwicklungen im Feld der Arbeit ausführlicher eingegangen wird. Behandelt
1944 werden diese aktuell in der wissenschaftlichen und politischen Debatte unter den Stichworten
1945 der „Organisatorische Revolution“, der „Entgrenzung“ und dem „Wandel der
1946 Beschäftigungsformen“. Die jeweiligen Schlussfolgerungen und die daraus resultierenden
1947 Handlungsoptionen, sollen anschließend in den Kapiteln 3.3. und 3.4. vorgestellt und im
1948 Hinblick auf ihre politischen Implikationen kritisch diskutiert werden.

1949 Im Zusammenhang mit Arbeit spielen der demographische Wandel, die Globalisierung sowie
1950 der technische Fortschritt bzw. die Digitalisierung eine erhebliche Rolle. Der demographische
1951 Wandel in Deutschland resultiert daraus, dass seit Jahrzehnten die Geburtenraten in
1952 Deutschland deutlich unter jenem Niveau liegen, bei dem die Altersstruktur der Bevölkerung
1953 ungefähr konstant bleiben würde. Überdurchschnittlich oft kinderlos bleiben dabei
1954 insbesondere Akademikerinnen und Akademiker, die meist erst relativ spät eine unbefristete
1955 Anstellung und Absicherung in ihrem erlernten Beruf erreichen. Regelmäßig liegt dabei die in
1956 Umfragen ermittelte erwünschte Kinderzahl unter der schließlich realisierten. Die fehlende
1957 Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit insbesondere für diese Bevölkerungsgruppe
1958 hat ganz unterschiedliche Gründe, die sowohl in den institutionellen Rahmenbedingungen
1959 (z.B. Vereinbarkeit von Familie und Beruf) als auch in langen Ausbildungszeiten sowie der
1960 beruflichen Praxis in Unternehmen, im Bildungs- und Gesundheitswesen etc. liegen. Sie wird
1961 - wie in anderen industrialisierten Nationen auch - in den kommenden Jahren und Jahrzehnten
1962 gravierende Auswirkungen auf die Formen, die Organisation, Dauer, Umfang und Intensität

¹⁵¹ Daniel Bell, *The Cultural Contradictions of Capitalism*. New York: Basic Books 1976.

1963 von Arbeit haben. So wird es in den nächsten Jahren einerseits zu einer Erhöhung des
1964 Durchschnittsalters der Belegschaft sowie zu einer Überzahl aus dem Arbeitsleben
1965 ausscheidender Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Vergleich zur Anzahl der
1966 nachrückenden Jahrgänge kommen.¹⁵² Schon heute zeigt sich ein immer gravierenderer
1967 Mangel gerade an qualifizierten Nachwuchskräften etwa im Bereich der Naturwissenschaft
1968 und Technik.

1969 Arbeitslosigkeit im Bereich relativ niedrig qualifizierter Personen ergibt sich als Folge dieses
1970 zunehmenden Mangels an Ingenieuren und Ingenieurinnen, Chemikern und Chemikerinnen,
1971 Physikern und Physikerinnen etc., der insbesondere für den deutschen Mittelstand zu einem
1972 gravierenden Problem wird. Die Fachkräftebasis der deutschen Wirtschaft schwindet
1973 zunehmend.¹⁵³ Dabei werden im Zusammenhang mit dem aufgrund unzureichender
1974 Ausbildung und Qualifikation verbundenen Mangel an qualifizierten Fachkräften auch die
1975 Erwerbspotentiale von Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Migrationshintergrund
1976 thematisiert. Ein weiterer zentraler Punkt ist hierbei zudem die steigende und hohe
1977 Erwerbsorientierung von Frauen.¹⁵⁴ Diese gehören an den Schulen und Hochschulen häufig
1978 zu den besten und leistungsfähigsten Absolventinnen und Absolventen, suchen aber zu großen
1979 Teilen nach Arbeitsbedingungen, die ihnen die Vereinbarkeit mit Familien- oder Pflegearbeit
1980 (bezüglich häuslich betreuter älterer Menschen) ermöglichen. Auf der anderen Seite kommt
1981 ein Bericht des DIW auch zu der Einschätzung, dass für einen derzeitigen Fachkräftemangel
1982 in Deutschland kaum Anzeichen zu erkennen sind. Das gilt sowohl mit Blick auf den
1983 Arbeitsmarkt, als auch hinsichtlich der Ausbildungssituation. Die Abnahme der Zahl der
1984 Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter wird durch eine Zunahme der
1985 Erwerbspersonen ausgeglichen. Zu dieser Entwicklung ist es insbesondere durch ein
1986 verändertes Erwerbsverhalten von Frauen und einem längeren Verbleib der Älteren im
1987 Erwerbsleben gekommen.¹⁵⁵

1988 Als weiterer Megatrend, der bereits große Veränderungen im Bereich der Arbeit ausgelöst
1989 hat, ist die Globalisierung zu nennen. Diese macht sich in erster Linie in globaler
1990 Standortkonkurrenz bemerkbar.

1991 Konsequenzen hat die Globalisierung für die qualifikatorische Struktur des deutschen
1992 Arbeitsmarktes insofern, da sich als Folge einfache Arbeit in andere Länder verlagert und die

¹⁵² In den nächsten Jahren und Jahrzehnten werden die Angehörigen der geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre zum Segment der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt: Daraus ergibt sich zwangsläufig ein Zuwachs des Durchschnittsalters der Belegschaften, so Michael Hüther vom IW in der Anhörung der Enquete am 15.10.2012. Schon in den Jahren 1994 bis 2010 sei das Durchschnittsalter der Beschäftigten von 39,1 auf 41,9 Jahre angestiegen (SOEP 2012). Eine zweite Konsequenz der Alterung der geburtenstarken Jahrgänge trete ein, wenn diese das Rentenalter erreichen: „Die Jahrgangsstärken der aus dem Arbeitsmarkt ausscheidenden Arbeitnehmer übertreffen mit bis zu 1,4 Millionen (Jahrgang 1964) bei weitem die Stärke der nachrückenden Jahrgänge, die nur noch (600.000 bis 700.000 Personen umfassen (Jahrgänge 2005 und jünger; Destatis 2012). Vgl. Hüther, Michael (2012). Zukunft der Arbeit. Anhörung der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, Kommissionsmaterialie M/25: 3

¹⁵³ Vgl. Hüther, Michael (2012). Zukunft der Arbeit. Anhörung der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, Kommissionsmaterialie M/25: 3

¹⁵⁴ Auch wenn sich das Gesamtarbeitsvolumen von Frauen bisher nicht geändert hat, ist dies nicht auf einen fehlenden Wunsch von Frauen nach Erwerbstätigkeit zurückzuführen. Vgl. Arbeitsunterlage PG5/4: Input Vortrag Prof. Jutta Allmendinger. Auch Althammer verweist auf eine Studie des IAB, nach der die praktizierten innerfamilialen Zeitarrangements nicht den Erwerbswünschen der Mütter entsprechen würden. Siehe: Althammer, Jörg (2012). Umsetzung neuer Arbeitszeitmodelle vor dem Hintergrund ihrer Finanzierbarkeit. Materialie PG5/8: 16

¹⁵⁵ Vgl. Brenke, Karl (2010). Fachkräftemangel kurzfristig noch nicht in Sicht. Wochenbericht des DIW Berlin Nr.46/2010, S.13

1993 qualifikatorischen Anforderungen an die Erwerbstätigen in Deutschland steigen. So nahm
1994 bspw. der Anteil der Erwerbstätigen mit akademischem Abschluss von 13,9 Prozent im Jahr
1995 2000 auf 18,2 Prozent im Jahr 2010 zu. Zudem wird ein beschleunigter Strukturwandel
1996 konstatiert, in dessen Verlauf bestehende Qualifikationen entwertet und neue Qualifikationen
1997 nachgefragt würden.¹⁵⁶ Einige Autorinnen und Autoren ziehen zudem den Schluss, dass es in
1998 Folge der Globalisierung – in Verbindung mit arbeitsmarktpolitischen Reformen wie den
1999 Hartz-Gesetzen oder eines fehlenden Mindestlohns- zu einer Verknappung von
2000 existenzsichernder Erwerbsarbeit im produzierenden Sektor, also einer Form von „Jobless
2001 Growth“, kommen könne. Diese Entwicklung werde auch durch einen expandierenden
2002 Dienstleistungssektor nicht automatisch ausgeglichen.¹⁵⁷ Andere Positionen vertreten einen
2003 gegenteiligen Standpunkt und sehen in der Globalisierung einen Motor für Innovation und
2004 erhöhte Produktivität.¹⁵⁸ So hält zum Beispiel der Wissenschaftliche Beirat des BMWi in
2005 einer Stellungnahme fest:

2006 „Ganz im Gegenteil war der internationale Wettbewerbsdruck seit den Gründerjahren der
2007 Bundesrepublik ein Motor für Innovationen und erhöhte Produktivität, die wiederum die
2008 Unternehmensgewinne und das allgemeine Lohnniveau erhöht und den jetzigen Wohlstand
2009 begründet haben. Es ist der Normalfall der wirtschaftlichen Entwicklung, dass neue Produkte
2010 und neue Fertigungsmethoden, die oft in Folge von Wettbewerbsdruck entwickelt werden,
2011 höheren Wohlstand schaffen. Diese Erfahrung ist in der derzeitigen Globalisierungsdiskussion
2012 in Vergessenheit geraten.“¹⁵⁹

2013 Als letzter Megatrend soll hier auf den technischen Fortschritt und die Digitalisierung
2014 verwiesen werden: Viele Veränderungen von Arbeitsprozessen und -strukturen stehen im
2015 Zusammenhang zu technologischen Entwicklungen. Diese ermöglichen anders, flexibler und
2016 kosteneffizienter zu produzieren. Auch wird dem Internet bspw. im Hinblick auf höhere
2017 Markttransparenz Bedeutung beigemessen.¹⁶⁰ Dabei sind tiefgreifende Veränderungen der
2018 Arbeit und der Arbeitsorganisation wesentlich durch diese Entwicklungen und die
2019 Digitalisierung der Produktionstechniken geprägt.¹⁶¹

2020 **3.2.1 Wandel der Arbeitswelt: Organisatorische Revolution und Entgrenzung**

2021 Neben den Folgen der Digitalisierung, des demographischen Wandels und der Globalisierung
2022 stellt der Übergang von einer „fordistischen“ hin zu einer „postfordistischen“¹⁶²

¹⁵⁶ Hüther, Michael (2012). Zukunft der Arbeit. Anhörung der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, Kommissionsmaterialie M/25: 3

¹⁵⁷ Dies sei festzuhalten, da einerseits viele der im Dienstleistungssektor entstehenden Arbeitsverhältnisse nicht existenzsichernd seien und andererseits durch Rationalisierungswellen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder freigesetzt würden. Als negative Folge der Globalisierungsprozesse gelten Prekarisierung, Entgrenzung, Totalisierung von Arbeit und eine Erosion des Normalarbeitsverhältnisses (siehe auch 4.2.2.). vgl. Biesescker, Adelheid (2012). Wie wird aus der „Zukunft der Arbeit“ zukunftsfähiges Arbeiten. Anhörung der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, Kommissionsmaterialie M/24: 1

¹⁵⁸ Wolf, Martin (2004). Why Globalization works. Yale University Press

¹⁵⁹ Der deutsche Arbeitsmarkt in Zeiten globalisierter Märkte, Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie 2006

¹⁶⁰ ebd.:5,6

¹⁶¹ vgl. Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft.“ Drucksache 14/8900 vom 03.06.2002, S.191

¹⁶² Laut Schimank wird mit „Fordismus“ das in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts entwickelte und lange bestimmende Modell der standardisierten Massenproduktion und die damit verbundene Steigerung der Massenkaufrkraft verstanden. Der „Postfordismus“ zeichnet sich durch permanenten Innovation und flexible Spezialisierung in den Industrienationen und die Verlagerung der Massenproduktion in Schwellenländer im

2023 Arbeitsgesellschaft eine weitere Herausforderung für die Gestaltung von Erwerbsarbeit in
2024 Deutschland dar. Aus dieser Entwicklung und den veränderten Produktionsweisen erwachsen
2025 einerseits Chancen zu mehr Selbstbestimmung durch flachere Hierarchien, höhere
2026 Freiheitsgrade und erhöhte Flexibilität, andererseits bergen diese auch das Risikopotential der
2027 Überforderung und Entgrenzung in sich.

2028 Eine der Folgen dieser Prozesse wird mit dem Begriff der „Organisatorischen Revolution“
2029 umschrieben: Dabei markiert die „Organisatorische Revolution“ den Übergang von streng
2030 hierarchisch und tayloristisch organisierter Massenproduktion hin zur kundenspezifischen und
2031 individualisierten Produktion. Daraus resultiert, so Hilmar Schneider vom IZA, ein
2032 wachsender Bedarf an Flexibilität. Denn in dieser Welt erweist sich die Rückverlagerung
2033 unternehmerischer Verantwortung und unternehmerischer Risiken auf Arbeitnehmerinnen und
2034 Arbeitnehmer als Wettbewerbsvorteil.¹⁶³

2035 Ursachen für diese Verschiebung werden in den Zusammenhang mit den bereits erwähnten
2036 Trends wie dem technischen Fortschritt, dem Einsatz moderner Kommunikationsmedien und
2037 der Globalisierung gestellt. Hierbei betont Schneider, dass es zu einer Verlagerung der
2038 Produktion standardisierter Massenware in Billiglohnländer kommt. Die damit verbundene
2039 vermehrte Herstellung kundenspezifischer Produkte in deutschen Unternehmen schafft
2040 Marktnischen, löst aber auch Veränderungen bei der Arbeitsorganisation aus.¹⁶⁴ Zu Tage
2041 treten diese in der Dezentralisierung von Entscheidungen innerhalb des Unternehmens sowie
2042 in der Flexibilisierung und der Vermarktlichung innerbetrieblicher Prozesse mit dem Ziel der
2043 Effizienzsteigerung.¹⁶⁵ In Folge von neuen Organisations- und Steuerungsformen kommt es
2044 laut Dieter Sauer vom ISF seit etwa zwei Jahrzehnten zu einer zunehmenden Verlagerung von
2045 unternehmerischer Verantwortung und unternehmerischer Risiken auf die Arbeitnehmerinnen
2046 und Arbeitnehmer. In einem Gutachten für die Enquete Kommission weist er darauf hin, dass
2047 sich die neuen Steuerungsformen auf der einen Seite durch eine „Vermarktlichung“
2048 auszeichnen – was bedeutet, dass Märkte und Finanzmärkte eine größere Rolle für die
2049 Unternehmens- und Leistungssteuerung spielen. Auf der anderen Seite kommt es zu einer
2050 stärkeren Konfrontation der Beschäftigten mit externen und internen Marktanforderungen,
2051 was als „Subjektivierung“ im unternehmerischen Sinne bezeichnet wird.

2052 Die „Vermarktlichung“ steht bei Sauer für ein neues Verhältnis von Markt, Betrieb und
2053 Organisation. Im Gegensatz zu fordistischen Unternehmen, denen es darum gegangen sei, die
2054 Produktionsabläufe gegenüber den Unwägbarkeiten des Marktes abzuschotten, würden neuere
2055 Unternehmensstrategien auf den Markt als Reorganisator von unternehmensinternen
2056 Strukturen setzen. So wird der Markt in seiner Kontingenz und Dynamik zum
2057 Strukturierungsmoment betrieblicher Organisation: Marktprozesse werden instrumentalisiert,
2058 inszeniert und auf diese Weise strategisch genutzt. Mit „Vermarktlichung“ ist hierbei eine
2059 doppelte Bewegung der Reorganisation gemeint. Damit wird einerseits die Öffnung des
2060 Unternehmens in den Markt, von der unmittelbaren Marktanbindung dezentralisierter
2061 Organisationseinheiten bis hin zur vollständigen Ausgliederung, benannt. Andererseits
2062 beschreibt „Vermarktlichung“ die Internalisierung und Herreinnahmen von Markt- und
2063 Konkurrenzmechanismen in das Unternehmen über bspw. erlös- und renditegesteuerte Profit-

Zuge der Globalisierung aus. Zu weiteren Grundlagen und den gesellschaftlichen und sozialstaatlichen Implikationen siehe: Schimank, Uwe (2012): Vom „fordistischem“ zum „postfordistischem“ Kapitalismus.

¹⁶³ Schneider, Hilmar (2012). Neue Anforderungen durch den Wandel der Arbeitswelt. Materialie PG5/13

¹⁶⁴ Vgl. Schneider, Hilmar (2012). Neue Anforderungen durch den Wandel der Arbeitswelt:4

¹⁶⁵ Vgl. Schneider, Hilmar (2012). Neue Anforderungen durch den Wandel der Arbeitswelt:6, vgl. auch die Untersuchungen in Dörre, Klaus/Sauer, Dieter/Wittke, Volker (Hrsg.): Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik. Frankfurt/M. und New York 2012.

2064 Center oder Simulation von Marktbeziehungen.¹⁶⁶ Ermöglicht wird diese variable und flexible
2065 Form der Reorganisation durch moderne Informationssysteme.

2066 Dieser neue Steuerungsmodus der „Vermarktlichung“ wird von Sauer auch als „Indirekte
2067 Steuerung“ bezeichnet und gilt als wesentliches Element der „Subjektivierung“. Dabei sei das
2068 Neue an dieser Steuerungsform, dass sich das Management darauf beschränkt den weiteren
2069 Rahmen, wie die technische Ausstattung, und spezifische Ziele, wie bspw. Umsatzziele,
2070 vorzugeben, während die konkrete Bearbeitung dezentralen Einheiten und letztlich den
2071 Beschäftigten selbst überlassen wird. „Macht was ihr wollt, aber seid profitabel“ lautet hierbei
2072 die Parole nach der es der Unternehmenssteuerung um die bewusste, planmäßige Nutzung von
2073 unbewussten und ungesteuerten Prozessen geht.¹⁶⁷ Statt zu tun, was ihnen gesagt wird, sollen
2074 die Beschäftigten also eigenverantwortlich auf Marktanforderungen und damit auf ständig
2075 restriktivere Konkurrenzbedingungen des Unternehmens und vorgegebene Erfolgsmaßstäbe
2076 des Managements reagieren.¹⁶⁸ Konkret werden damit an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
2077 Anforderungen herangetragen, heißt es, die den spezifischen Anforderungen an
2078 Unternehmerinnen und Unternehmer sehr nahe kommen.¹⁶⁹ In der betriebswirtschaftlichen
2079 Literatur wird diese Entwicklung als Entstehen eines „Mitunternehmers“ oder
2080 „Intrapreneurs“ bezeichnet; die soziologische Debatte fasst dies unter dem Begriff der
2081 „Subjektivierung“ der Arbeit zusammen. In dieser Lesart wird dabei zusätzlich auf die
2082 Verlagerung der Verantwortung durch verstärkte Team- und Projektarbeit abgehoben wird.¹⁷⁰

2083 Die Prinzipien der indirekten Steuerung, Selbstorganisation und der Aufforderung zum
2084 unternehmerischen Handeln bergen dabei laut Sauer sowohl Risiken als auch neugewonnene
2085 Freiräume für die Beschäftigten in sich. So steht „Subjektivierung“ auch in der Arbeitswelt
2086 für mehr Entwicklungschancen, mehr Partizipationsmöglichkeiten und mehr
2087 Selbstverwirklichung. Die Auswirkungen der Organisatorischen Revolution und die
2088 Verschränkung von Arbeit und Privatleben haben prinzipiell ambivalenten Charakter. Den
2089 durch die Auflösung verfestigter Strukturen neu gewonnenen Möglichkeiten und Chancen
2090 stehen auch Risiken der Überforderung und neue Unsicherheiten gegenüber.¹⁷¹ Allgemein
2091 kann befunden werden, dass die Anforderungen an die Beschäftigten größer geworden sind.
2092 In seinem Gutachten für die Enquete-Kommission stellt Jörg Althammer dies sowohl für
2093 fachliche Qualifikationen, als auch für höhere zeitliche Verfügbarkeit und Flexibilität fest.
2094 Inwieweit dies von den Erwerbstätigen subjektiv als Bereicherung oder Belastung empfunden
2095 wird, hängt sehr stark von den persönlichen Präferenzen sowie von den sozialen,
2096 wirtschaftlichen und familiären Rahmenbedingungen der Beschäftigten ab.

2097 Im Kontext von „Überforderungen“ durch den organisatorischen Wandel thematisiert
2098 Schneider darüber hinaus einen „Verantwortungsstress“, der für Arbeitnehmerinnen und
2099 Arbeitnehmer insbesondere dann zum Problem werden kann, wenn diese nicht gelernt haben,
2100 sich selbst und anderen Grenzen zu setzen.¹⁷² So sieht er in der Frage der Entgrenzung und
2101 Grenzsetzung durch die Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Führungskräfte eine zentrale
2102 Aufgabe für die Zukunft, um Phänomenen wie einer permanenten Überforderung oder einem
2103 Burn-Out vorzubeugen. Der Wandel der Arbeitsbelastung steht seiner Meinung nach im

¹⁶⁶ Vgl. Sauer (2012). Organisatorische Revolution: 10

¹⁶⁷ Vgl. Sauer (2012). Organisatorische Revolution: 14

¹⁶⁸ Sauer, Dieter (2012). Organisatorische Revolution: 3

¹⁶⁹ Vgl. Sauer (2012). Organisatorische Revolution: 6

¹⁷⁰ ebd.: 6, mit breiterer Perspektive: Bröckling, Ulrich (2007): Das unternehmerische Selbst: Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt a. Main

¹⁷¹ Vgl. Sauer, Dieter (2012). „Organisatorische Revolution“: 3

¹⁷² Vgl. Schneider, Hilmar (2012). Neue Anforderungen durch den Wandel der Arbeitswelt:3

2104 engen Verhältnis zu sich wandelnden Anforderungen an die Arbeitnehmerinnen und
2105 Arbeitnehmer: Während bei einer tayloristischen Arbeitsorganisation die Arbeitsbelastung vor
2106 allem in der Industrie eher physischer Natur und durch monotone Tätigkeit geprägt gewesen
2107 sei, sei die Arbeitsbelastung bei holistischer Arbeitsorganisation eher psychischer Natur.
2108 Entstehen würde diese durch das „Mitunternehmertum“, welches Leistungs- und
2109 Verantwortungsdruck und fehlende Erholungsphasen bewirke. Insbesondere Letzteres werde
2110 durch das Verschwimmen der Grenze zwischen Arbeits- und Privatleben verursacht. Zum
2111 erhöhten Risiko für psychische Erkrankungen, wie bspw. dem Burn-Out, kommt es laut
2112 Schneider insbesondere dann, wenn die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer nur über eine
2113 geringe Nein-Sage-Kompetenz verfügen.¹⁷³

2114 Nach soziologischer Sichtweise sind hier die Prozesse der „Leistungssteuerung“, der
2115 „Vermarktlichung“ und der „inneren Steuerung“ zentral. Durch „Leistungssteuerung“ werden
2116 die Marktziele in direkte Anforderungen an den einzelnen Beschäftigten oder die einzelne
2117 Beschäftigte umformuliert. Diese, durch externe Erfordernisse, wie den Markt, begründeten
2118 Ziele erweisen sich laut Sauer wiederum häufig für den Beschäftigten oder die Beschäftigte
2119 unerreichbar, da sie nicht an der eigentlichen gegebenen Leistungsfähigkeit der
2120 Organisationen orientiert sind. Dabei kommt es zu einer systematischen Überlastung der
2121 Organisation, die diese an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitergibt. Probleme der
2122 Unternehmensorganisation werden damit zu individuellen Problemen der Mitarbeiterinnen
2123 und Mitarbeiter, ohne diesen die Gestaltungsspielräume und Ressourcen zur nötigen
2124 Problembewältigung zuzugestehen.¹⁷⁴ So kommt Sauer zu dem Schluss, dass gestiegener
2125 Zeit- und Leistungsdruck zu einer rapiden Zunahme psychischer Erkrankungen beiträgt.
2126 Angststörungen und Depressionen würden zunehmend zu Volkskrankheiten, auch wenn die
2127 Ursachen oftmals multifunktionaler Wirkmechanismen unterlägen - also nicht nur im Bereich
2128 der Erwerbsarbeit zu verorten sind.¹⁷⁵ Hier sei auch an Überforderungen gedacht, die durch
2129 Doppelbelastungen und überlastete Zeitbudgets aufgrund von bezahlter und unbezahlter
2130 Arbeit hervorgerufen werden. Laut Zeitbudgetstudien des statistischen Bundesamtes sind
2131 gerade Frauen, die im Alltag zusätzlich die Care- und Reproduktionsarbeiten tragen, die
2132 Leidtragenden von Doppelbelastungen.¹⁷⁶ Dies gilt vor allem für berufstätige alleinerziehende
2133 Frauen mit Kindern.

2134 Mit den Veränderungen der Unternehmenssteuerung und der neuen Rolle des Subjekts in der
2135 Arbeit kommt es laut Sauer zu einem arbeitspolitischen Paradigmenwechsel, der früher als
2136 gesichert geltende Muster der Arbeitspolitik in Frage stellt. So laufen seiner Meinung nach
2137 traditionelle Formen der Interessenvertretung gegen Verschlechterungen der
2138 Arbeitsbedingungen vor dem Hintergrund der „Organisatorischen Revolution“ ins Leere.
2139 Abhängig Beschäftigte gerieten in eine Lage, in der sie, um ihre Arbeitsanforderungen zu
2140 erfüllen, bereits von sich aus auf zustehende Rechte verzichten würden. Aus Furcht um den
2141 Arbeitsplatz und aus Sorge das Arbeitspensum nicht bewältigen zu können unterliefen sie
2142 erkämpfte Regulationssysteme wie Betriebsvereinbarungen, Tarifverträge und Gesetze. Mit
2143 Blick auf den Arbeits- und Gesundheitsschutz in Unternehmen kommt es zu Risiken der

¹⁷³ Vgl. Schneider, Hilmar (2012). Neue Anforderungen durch den Wandel der Arbeitswelt: 10

¹⁷⁴ Vgl. Schneider, Hilmar (2012). Neue Anforderungen durch den Wandel der Arbeitswelt: 3

¹⁷⁵ Hiervon strikt zu trennen ist der Befund, dass die AU-Fälle angestiegen sind. Gesichert ist die Erkenntnis, dass der Behandlungsbedarf und die Diagnose gestiegen ist. Allerdings haben vermehrte Fehltag und Behandlungen ihre Ursachen auch in einem gewandelten Diagnoseverhalten, einer erhöhten Aufmerksamkeit für psychische Störungen und einer Enttabuisierung psychischer Erkrankungen. (vgl. BPTK-Studie zur Arbeitsunfähigkeit, 2011).

¹⁷⁶ Vgl. BFSFJ und Statistische Bundesamt (Hrsg.) (2003). Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02

2144 „interessierten Selbstgefährdungen“ – demnach gefährden Menschen von sich aus ihre
2145 Gesundheit, auch dann, wenn sie wissen, dass dem so ist.¹⁷⁷

2146 Die „Organisatorische Revolution“ hat in den letzten Jahren die betriebliche Realität einer
2147 Vielzahl von Unternehmen und damit die Arbeitsbedingungen von deren Mitarbeiterinnen
2148 und Mitarbeitern verändert. Sie erzeugte Chancen zur Flexibilisierung und Marktanpassung
2149 für die Unternehmen und beförderte die Entstehung neuer Freiräume und
2150 Gestaltungsmöglichkeiten für die Beschäftigten. Sie wirkte an diesem Punkt also ganz im
2151 Sinne der Bewegung zur Humanisierung der Arbeit. Aber wie bei vielen Phänomenen in
2152 modernen Gesellschaften zu beobachten ist, unterliegt auch diese Entwicklung Risiken –
2153 insbesondere im Bereich der gesundheitlichen Gefährdung. Diesen Risiken und
2154 Herausforderungen gilt es sowohl mit erhöhter unternehmerischer Sensibilität, adäquaten
2155 betrieblichen Maßnahmen, als auch mit neuen arbeitspolitischen Überlegungen entgegen zu
2156 treten. So können beispielsweise neben einer umfassenden Persönlichkeitsbildung, die mit der
2157 Vermittlung fachlicher Kompetenz Schritt zu halten vermag, auch Programme betrieblicher
2158 Freiwilligenarbeit („Corporate Volunteering“) zu einem besseren Umgang beitragen. Hier
2159 werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrer ehrenamtlichen Engagement unterstützt –
2160 oder es wird Ihnen durch betriebliche Initiativen überhaupt erst ein Zugang dazu eröffnet. Als
2161 „Service learning“ halten entsprechende Programme auch in die Praxis von Schulen und
2162 Hochschulen Eingang. „Service Learning“ ist eine Unterrichtsmethode und zielt auf die
2163 Integration von Erfahrungen gesellschaftlichen Engagements in die Ausbildung ab, die
2164 jeweils zum Anknüpfungspunkt für korrespondierendes kognitives Lernen werden. Sie bilden
2165 Sozialkapital zwischen Bildungseinrichtungen und gesellschaftlichem Umfeld, z.B.
2166 Unternehmen bzw. sozialen Einrichtungen.¹⁷⁸

2167 **Einschätzungen der Gutachter zur „Organisatorischen Revolution“**

2168 Es lassen sich exemplarisch für die Folgen der „Organisatorischen Revolution“
2169 unterschiedliche Einschätzungen der Problemlage und damit unterschiedliche Lösungsansätze
2170 identifizieren. Die hierzu vergebenen Gutachten an Dieter Sauer und Hilmar Schneider
2171 fokussieren jeweils unterschiedliche Ebenen und verdeutlichen die Möglichkeiten der
2172 grundsätzlich erwünschten staatlichen Eingriffstiefe, um zu einer Überwindung der
2173 Nebenfolgen der Organisatorischen Revolution zu kommen. Sie thematisieren dabei das
2174 Spannungsfeld der (freiheitlichen) Autonomie einerseits und des (staatlichen) Schutzes des
2175 Einzelnen und der Einzelnen andererseits.

2176 Das Gutachten Hilmar Schneiders (IZA) geht davon aus, dass die Reichweite der Politik
2177 beschränkt ist, da sie nur schwer in innerbetriebliche Abläufe eingreifen kann. Am ehesten
2178 erscheint hier ein bildungspolitischer Auftrag sinnvoll. 179

2179 Aus diesem Grund werden insbesondere Handlungsempfehlungen zur Befähigung der
2180 Beschäftigten sowie Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern gegeben:

¹⁷⁷ Sauer, Dieter (2012). „Organisatorische Revolution“ – Neue Anforderungen durch den Wandel der Arbeitswelt. Materialie PG5/9: 4e

¹⁷⁸ Gabriele Bartsch: Sozialcurriculum - Wie Schulen das Lernziel Sozialkompetenz systematisch fördern können. In: Schulverwaltung Baden-Württemberg. 09/2011, S. 16–18; Anne Seifert, Habisch, André/ Schwarz, Christoph (2012): CSR als Investition in Human- und Sozialkapital. In: Schmidpeter, René/ Schneider, Andreas (Hg.): Corporate Social Responsibility : Verantwortungsvolle Unternehmensführung in Theorie und Praxis, Berlin u.a. : Springer, 98-117.; Sandra Zentner, Franziska Nagy: Praxisbuch Service-Learning - "Lernen durch Engagement" an Schulen. Beltz, Weinheim 2012

¹⁷⁹ Vgl. Schneider, Hilmar (2012). Neue Anforderungen durch den Wandel der Arbeitswelt:13

- 2181 - Chancen nutzen und fördern: Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung im Beruf
- 2182 - Förderung von Bildung im Allgemeinen
- 2183 - Verankerung von Verantwortungslernen im Bildungssystem
- 2184 - Beiträge der Unternehmen z.B. Etablieren einer konstruktiven Fehlerkultur
- 2185 - Früherkennungssysteme im Unternehmen
- 2186 - Monitoring/Arbeitsschutz bei psychischen Belastungen als Aufgabe für die Politik
- 2187 - Beratungsleistungen durch die Politik
- 2188 - Spaltung des Arbeitsmarktes in atypische und Normalarbeitsverhältnisse aufweichen -
- 2189 - Übergänge in dauerhafte Arbeitsverhältnisse erleichtern
- 2190 Im Gutachten Dieter Sauers vom ISF München werden neben der Forderung nach Befähigung
- 2191 von Unternehmen und Beschäftigten zum verbesserten Umgang mit der widersprüchlichen
- 2192 Anforderungen der Organisatorischen Revolution folgende Maßnahmen empfohlen, die auch
- 2193 die institutionelle Einbettung einbeziehen:
- 2194 - Behandlung des arbeitspolitischen Paradigmenwechsels und Überwindung der „Krise der
- 2195 Arbeitspolitik“
- 2196 - Entwicklung arbeitspolitischer Reformperspektiven
- 2197 -Leistung und Gesundheit- Aufbrechen „ökonomisch verriegelter Verhältnisse“ im Rahmen
- 2198 des aktuellen Wachstumsmodells
- 2199 - Neue Formen des Interessenausgleichs und der Interessenvertretung
- 2200 - Einbezug von Führungskräften als arbeitspolitische Akteure
- 2201 - Beteiligungsorientierte Leistungspolitik und Formen direkter Partizipation
- 2202 - Reaktionsformen staatlicher Arbeitspolitik z.B. im „Arbeits- und Gesundheitsschutz,
- 2203 - Ausbau der Mitbestimmung/Partizipation
- 2204 - Revitalisierung staatlicher Arbeitsförder- und Forschungsprogramme in den Traditionslinien
- 2205 der Ansätze zur Humanisierung des Arbeitslebens (HdA)

2206 **3.2.2 Beschäftigungsformen im Wandel**

2207 Ebenso wie die Organisation von Arbeit stetigen Wandlungsprozessen unterliegt, so verändert
 2208 sich auch die Formationen von Akteuren auf dem Arbeitsmarkt. Dies gilt auch für die
 2209 vorherrschenden Muster der Arbeitsmarktintegration und die Formen der Erwerbsbeteiligung.
 2210 Die Enquete-Kommission zu „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ spricht an
 2211 dieser Stelle auch von einem Trend der Pluralisierung von Erwerbsformen, die durch eine
 2212 Vielfalt an Erwerbsmöglichkeiten und einem Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung,
 2213 Projektarbeit und Selbstständigkeit gekennzeichnet sind.¹⁸⁰ In einem für die Enquete-

¹⁸⁰ vgl. Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft.“ Drucksache 14/8900 vom 03.06.2002, S.193

2214 Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität" beauftragten Gutachten verweist
2215 Althammer auf die Integration der erwerbsfähigen Bevölkerung in das Erwerbsleben als
2216 zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe. Denn eine eigenständige Erwerbstätigkeit liefert
2217 seiner Meinung nach die materielle Basis für eine eigenverantwortliche Lebensführung und
2218 gesellschaftliche Partizipation. Eine Ausgrenzung aus dem Beschäftigungssystem sei für den
2219 Betroffenen mit erheblichen materiellen und psychischen Kosten verbunden. Unfreiwillige
2220 Arbeitslosigkeit und quantitative wie qualitative Unterbeschäftigung mindert die
2221 Lebensqualität und die Möglichkeiten zur freien Entfaltung der Persönlichkeit, heißt es.
2222 Darüber hinaus verweist er darauf, dass eine Unterauslastung des Erwerbstätigenpotentials zu
2223 gesamtwirtschaftlichen Wohlstandsverlusten mit nachhaltigen Folgen für das soziale
2224 Sicherungssystem führe.¹⁸¹

2225 Die Bedingungen dieser eigenständigen Erwerbstätigkeit unterliegen einem andauernden
2226 Wandel, infolgedessen sich auch die Einbindung der Gesellschaftsmitglieder in den
2227 Erwerbsprozess beständig verändert. In der Sicht von Althammer ist der Typus des
2228 „Normalarbeitsverhältnisses“ und das hierzu korrespondierende Modell des männlichen
2229 Alleinverdieners nach wie vor grundlegend für eine Vielzahl von sozial- und
2230 arbeitsmarktpolitischen Regulierungen in unserem Land. Hierbei sollte allerdings
2231 berücksichtigt werden, dass das Normalarbeitsverhältnis sozialgeschichtlich betrachtet als
2232 Ausnahmeerscheinung eines relativ engen historischen Zeitraumes gelten kann. Aus Gender-
2233 perspektive bleibt anzumerken, dass das Normalarbeitsverhältnis immer schon Ungleichheit
2234 und prekäre Lebenslagen für Frauen mit bedingte.¹⁸² Seit geraumer Zeit werden allerdings
2235 Öffnungsprozesse in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung registriert, zudem wird das
2236 Vollzeitbeschäftigungsmodell durch atypische Beschäftigungsverhältnisse ergänzt. Der
2237 Anstieg der sozialversicherungspflichtigen, wie der geringfügigen Teilzeitbeschäftigung und
2238 die Zunahme anderer atypischer Beschäftigungsverhältnisse sind keine kurzfristigen, der
2239 Arbeitsmarktsituation geschuldeten Phänomene. Laut Althammer haben sie sich als
2240 dauerhafte Formen der Erwerbspartizipation etabliert. Dabei sei die Integration dieser Formen
2241 der Beschäftigung in die allgemeine soziale Absicherung weitgehend ungelöst.

2242 Der Erwerbstätigkeit der Frauen fällt in diesem Kontext eine zentrale Rolle zu: Laut
2243 Althammer trägt sie maßgeblich zum Abbau sozialer Ungleichheit bei und kann als
2244 wesentlicher Bestandteil einer sozial gerechten Gesellschaft begriffen werden. Die materielle
2245 Unabhängigkeit eröffnet den Frauen neue Möglichkeiten einer eigenverantwortlichen
2246 Lebensführung und stellt einen wichtigen Beitrag zur Emanzipation dar. An dieser Stelle
2247 verweist er darauf, dass sich die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Allgemeinen
2248 Gleichbehandlungsgesetzes verpflichtet hat, jegliche Form der unmittelbaren wie der
2249 mittelbaren Benachteiligung zu verhindern und zu beseitigen. Dabei seien die Implikationen
2250 dieses Grundsatzes für die Wirtschafts- und Sozialordnung allerdings noch nicht vollständig
2251 geklärt.¹⁸³

2252 Dass es sich um einen noch nicht abgeschlossenen Prozess der Gleichstellung von Frauen im
2253 Arbeitsleben und der Gesellschaft handelt, spiegelt sich auch darin wieder, dass Frauen im
2254 Schnitt über deutlich weniger Einkommen verfügen als Männer. Sowohl die vertikale als auch

¹⁸¹ Althammer, Jörg (2012). Umsetzung neuer Arbeitszeitmodelle vor dem Hintergrund ihrer Finanzierbarkeit. Materialie PG5/8: 5

¹⁸² Manske, Alexandra und Katharina Pühl Hrsg. (2010): Prekarisierung zwischen Anomie und Normalisierung:9; Winker, Gabriele (2010): Prekarisierung und Geschlecht, in: Manske, Alexandra und Katharina Pühl Hrsg. (2010): Prekarisierung zwischen Anomie und Normalisierung:167.

¹⁸³ vergl. ebd.: 5f

2255 die horizontale Segregation am Arbeitsmarkt zwischen den Geschlechtern ist deutlich
2256 ausgeprägt.¹⁸⁴ In diesem Zusammenhang gibt das Statistische Bundesamt (2010) den Gender
2257 Pay Gap für 2008 mit 23,2% an.¹⁸⁵ Allerdings macht nicht nur der Gender Pay Gap
2258 Ungleichheiten in der Einkommensverteilung deutlich. So weist Jutta Allmendinger in einem
2259 Vortrag vor der Enquete-Kommission auf geschlechtsspezifische Einkommensabhängigkeiten
2260 hin, die sie anhand der – ihrer Meinung nach – tatsächlich erzielten Einkommen, die Jeder
2261 und Jede am Ende auf seinem oder ihrem Konto verzeichnen kann, betrachtet. Dabei dienen
2262 ihr die Daten der Renteneinkommen als Proxy (Hilfsvariabel) für die Lebensleistung. Sie
2263 betont mit Blick auf die abgeleiteten Renten die hohe Einkommensabhängigkeit vieler
2264 Frauen: In den letzten 20 Jahren sei die Höhe der abgeleiteten Renten für Frauen im Westen
2265 konstant geblieben, während sie im Osten sogar zugenommen hätte. Damit blieben laut
2266 Allmendinger Abhängigkeiten bestehen. Desweiteren soll darauf verwiesen werden, dass in
2267 Normalarbeitsverhältnissen überwiegend Männer beschäftigt sind, während Frauen zumeist in
2268 unsichereren und atypischen Beschäftigungsverhältnissen tätig sind.¹⁸⁶ Bemerkenswert ist für
2269 Allmendinger an dieser Stelle auch die Entwicklung, nach der sich der Anteil von Frauen am
2270 Erwerbsleben zwar erheblich gesteigert hat, das von Frauen geleistete Gesamtarbeitsvolumen
2271 aber konstant geblieben ist. Das bedeute, dass früher weniger Frauen, dafür aber in Vollzeit
2272 gearbeitet hätten, während heute mehr Frauen, dafür aber in Teilzeit tätig seien. Hierbei
2273 müsse klar sein, dass die geringe Vollzeitbeschäftigung von Frauen nicht auf den fehlenden
2274 Wunsch der Frauen zu arbeiten zurückgeführt werden kann. Denn: Die Erwerbsorientierung
2275 sowohl von arbeitslos gemeldeten, als auch von nicht arbeitslos gemeldeten Frauen ist laut
2276 Allmendinger sehr hoch.¹⁸⁷

2277 Allgemein bleibt festzuhalten, dass sich eine Diversifizierung von
2278 Beschäftigungsverhältnissen etabliert hat. Atypische Beschäftigungsformen stellen laut
2279 Schneider eine Sammelkategorie für heterogene Beschäftigungsformen dar:

2280 „Üblicherweise werden Teilzeitarbeit, geringfügige oder befristete Beschäftigung, sowie
2281 Zeitarbeit und Selbständigkeit (ohne Beschäftigte) darunter verstanden. Im Gegensatz dazu

¹⁸⁴ vgl. Adelheid Biesecker in: Kommissionmaterialie M-17(26)32 und vgl. Arbeitsunterlage PG5/4: Input Vortrag Prof. Jutta Allmendinger.

¹⁸⁵ Die Befunde hierzu sind uneindeutig: In diesem Zusammenhang verweist Adelheid Biesecker in einer Ergänzungsmaterialie der Enquete-Kommission auf den ersten Gleichstellungsbericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Hier heißt es: „Ökonomische Analysen haben gezeigt, dass sich mehr als die Hälfte dieses Lohnunterschiedes nicht durch unterschiedliche soziale und berufliche Merkmale von Frauen und Männern erklären lässt (z.B. Zigler et al. 2010). Es muss daher von Lohndiskriminierung gesprochen werden.“ Demgegenüber betont Michael Hüther, dass unter Berücksichtigung entlohnungsrelevanter Teile der Gender Pay Gap geringer als der vom Statistischen Bundesamt ermittelte Durchschnittswert von 23 % ausfällt.: Bezieht man Merkmale wie Bildung, Berufserfahrung und Erwerbsumfang ein, liege der Verdienstabstand bei 13%. Frauen mit sehr kurzen Erwerbsunterbrechungen wiesen einen statistisch nicht signifikanten Verdienstabstand von 4 % auf. vgl. Biesecker und Hüther Fußnote

¹⁸⁶ In nahezu allen Formen atypischer Beschäftigungen – außer der Zeitarbeit – sind Frauen mehr oder weniger deutlich überrepräsentiert, so dass die Probleme atypischer Beschäftigung eine ausgeprägte geschlechtsspezifische Dimension aufweisen. Vgl. FES-WISO (Hrsg.) (2011). Atypische Beschäftigung und soziale Risiken, S.2

¹⁸⁷ Vgl. Arbeitsunterlage PG5/4: Input Vortrag Jutta Allmendinger./ Die Entgeltgleichheit von Frauen und Männern stand am 18.Februar 2013 auch im Ausschuss für Arbeit und Soziales (gemeinsam mit der 88. Sitzung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) auf der Tagesordnung. http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a11/anhoerungen/2013/123_Sitzung/TO_123_18_02_2013.pdf (27.02.2013)

2282 steht das „normale“ Beschäftigungsverhältnis, welches üblicherweise durch eine
2283 Vollzeitätigkeit ohne Befristung gekennzeichnet ist.¹⁸⁸

2284 In seiner Analyse legt Schneider Wert darauf, nicht alle atypischen Beschäftigungsformen
2285 von vornherein als problematisch oder prekär zu bezeichnen. Seiner Ansicht nach muss
2286 berücksichtigt werden, ob diese Beschäftigungsverhältnisse freiwillig oder unfreiwillig
2287 aufgenommen und welche weiteren Perspektiven – im Hinblick auf ein normales
2288 Arbeitsverhältnis – sich dadurch bieten würden. Problematisch und belastend für die
2289 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wäre atypische Beschäftigung dann, wenn kein
2290 subsistenzsicherndes Einkommen erzielt werden kann oder Beschäftigungsstabilität nur in
2291 einem geringen Maße vorliegt. Zudem gilt dies, wenn die Beschäftigungsfähigkeit nicht mehr
2292 gefördert wird bzw. die Integration in soziale Sicherungssysteme und dauerhafte
2293 Beschäftigung nicht gewährleistet ist.¹⁸⁹

2294 Die Anhörungen und Gutachten der Kommission zeichnen ein differenziertes Bild der
2295 Beschäftigungsformen auf dem aktuellen Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland.
2296 Auch wenn die Schlussfolgerungen und Bewertungen unterschiedlich ausfallen, bleibt als
2297 Fazit festzuhalten, dass sich momentan ein Wandel der Beschäftigungsformen vollzieht.

2298 Der Wandel der Beschäftigungsformen wird normativ unterschiedlich bewertet. Hier erfolgen
2299 zwei Darstellungen, die den Wandel der Beschäftigungsverhältnisse in den Kontext
2300 beschäftigungspolitischer Zieldefinitionen einordnen.

2301 **Aufwertung flexibler Beschäftigungsformen**

2302 Die Zahl der abhängig Beschäftigten in einem „Normalarbeitsverhältnis“ ist zwischen 2005
2303 und 2011 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes um rund 1,5 Millionen gewachsen
2304 (22,1 Mio. – 23,6 Mio.), während die Zahl der geringfügig Beschäftigten nur um rund
2305 250.000 zugelegt hat (2,42 Mio. – 2,67 Mio.).¹⁹⁰ Die Klage über den angeblichen Rückgang
2306 des sog. Normalarbeitsverhältnisses verstellt den Blick auf die in den letzten Jahren erzielten,
2307 herausragenden Erfolge am Arbeitsmarkt. Vor allem auch durch den Zuwachs flexibler
2308 Beschäftigungsformen haben im Konjunkturaufschwung nach der schweren Finanz- und
2309 Wirtschaftskrise viele Menschen den schnellen (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt
2310 geschafft. Die Deregulierung flexibler Erwerbsformen – Beschäftigungsformen und
2311 Arbeitszeitregelungen – war eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass heute mehr
2312 Menschen in Deutschland einer Erwerbstätigkeit nachgehen als jemals zuvor.

2313 Der Anstieg flexibler Arbeitszeitregelungen und Beschäftigungsformen¹⁹¹ ist aber auch ein
2314 Ausdruck gestiegener Flexibilitätsanforderung in den Unternehmen. Das Ergebnis einer
2315 stärkeren Re-Regulierung wären nicht mehr „Normalarbeitsverhältnisse“, sondern weniger
2316 Beschäftigungschancen für alle. Flexible Erwerbsformen – allen voran die Zeitarbeit –

¹⁸⁸ Schneider, Hilmar (2012). Neue Anforderungen durch den Wandel der Arbeitswelt: 7

¹⁸⁹ Vgl. Schneider, Hilmar (2012). Neue Anforderungen durch den Wandel der Arbeitswelt: 8

¹⁹⁰ vgl. Destatis; Atypische Beschäftigung, 2011. Diese Zahl bezieht sich auf Beschäftigte im Alter zwischen 15 und 64 Jahren, die nicht in Ausbildung sind. Die Gesamtzahl der Beschäftigten mit geringfügigem Lohn ist weit höher. Sie ist nach Angaben der Minijobzentrale zwischen 2005 und 2011 von 6,3 Mio. auf 6,9 Mio. gestiegen. Siehe http://www.minijob-zentrale.de/DE/Service/03_service_rechte_navigation/DownloadCenter/6_Berichte_und_Statistiken/1_Quartalsberichte_d_MJZ/2012/2012_quartal_3.pdf?_blob=publicationFile&v=2

¹⁹¹ vgl. Definition Schneider (FN 55): Flexible Beschäftigungsformen wie Teilzeitarbeit, Zeitarbeitsverhältnisse, geringfügige oder befristete Beschäftigung.

2317 bedeuten vor allem auch für Personen, die es am Arbeitsmarkt schwer haben, oft einen ersten
2318 wichtigen Schritt auf dem Weg in den Arbeitsmarkt: Zeitarbeit stellt eine
2319 Beschäftigungsperspektive für Arbeitslose, von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmerinnen
2320 und Arbeitnehmer, Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger oder Berufsrückkehrerinnen
2321 und Berufsrückkehrer dar. 64 Prozent der neu abgeschlossenen Zeitarbeitsverhältnisse im
2322 ersten Halbjahr 2012 wurden mit Personen geschlossen, die direkt zuvor keine Beschäftigung
2323 ausübten bzw. noch nie beschäftigt waren.¹⁹² Durch erfolgreiche Arbeitsmarktintegration
2324 Geringqualifizierter reduzieren flexible Erwerbsformen das Risiko verfestigender
2325 Langzeitarbeitslosigkeit. Fachliches Wissen und fachübergreifende Fähigkeiten der
2326 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bleiben erhalten. Flexible Erwerbsformen sind für
2327 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unterschiedlichen Lebenssituationen von großer
2328 Bedeutung – gesellschaftlich und materiell. Dies gilt insbesondere für Teilzeitarbeit. Diese
2329 wird überdurchschnittlich oft von Frauen ausgeübt, für die ein Teilzeitjob wegen des Mangels
2330 an bedarfsgerechten Kinderbetreuungsmöglichkeiten oft die einzige Möglichkeit ist, Beruf
2331 und Familie zu vereinbaren.

2332 Die Bezeichnung flexibler Beschäftigungsformen als „atypisch“ oder „prekär“ wird ihrem
2333 Charakter zum Teil nicht gerecht. Das Statistische Bundesamt definiert
2334 Beschäftigungsverhältnisse als prekär, wenn sie nicht geeignet sind, auf Dauer den
2335 Lebensunterhalt einer Person sicherzustellen und / oder deren soziale Sicherung zu
2336 gewährleisten (Statistisches Bundesamt 2008:5). Überdies werden unter dem Begriff
2337 Normalarbeitsverhältnisse solche Erwerbsformen subsumiert, die eine
2338 sozialversicherungspflichtige unbefristete Vollzeitätigkeit beschreiben (vgl. u.a.
2339 Keller/Seifert 2009: 40f.) Gerade viele vollzeitnahe Zeitarbeitsverhältnisse und vor allem
2340 Arbeitsverhältnisse in der Zeitarbeitsbranche erfüllen meistens die mit dem
2341 „Normalarbeitsverhältnis“ assoziierten Kriterien (unbefristet, sozialversicherungspflichtig,
2342 Vollzeit). Unbegründet ist die oftmals vollzogene Diffamierung flexibler
2343 Beschäftigungsformen als „prekär“, mit der der Eindruck erweckt werden soll, flexible
2344 Beschäftigungsformen würden grundsätzlich kein ausreichendes Einkommen ermöglichen.
2345 Dies ist aus verschiedenen Gründen ungerechtfertigt: Bei Minijobs, die auf einen Monatslohn
2346 von 400 € (seit 1.1.2013 450 Euro)¹⁹³ begrenzt sind, oder auch bei einer Teilzeitbeschäftigung
2347 mit (oft frei gewählter) geringer Stundenzahl liegt es in der Natur der Sache, dass hiermit kein
2348 bedarfsdeckendes Einkommen erreicht werden kann, wenn dies die einzige
2349 Einkommensquelle ist. So waren im Jahr 2011 mehr als ein Drittel aller 400 Euro-Jobs
2350 Nebentätigkeiten, mit denen ein zusätzliches Erwerbseinkommen erwirtschaftet wurde.¹⁹⁴
2351 Und selbst Personen, die ausschließlich geringfügig beschäftigt sind, haben häufig weitere
2352 Einkommensquellen: Auch bei einer Zeitarbeitsanstellung pauschal auf ein niedriges
2353 Einkommen zu schließen, ist schon mit Blick auf die fast hundertprozentige Tarifbindung in
2354 der Zeitarbeit ungerechtfertigt. Im Übrigen gelten in der Zeitarbeitsbranche die gleichen
2355 arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften wie für „Normalarbeitsverhältnisse“.

2356

¹⁹² Bundesagentur für Arbeit, Der Arbeitsmarkt in Deutschland – Arbeitsmarktberichterstattung Januar 2013, S. 16.

¹⁹³ Mit in Kraft treten des Gesetzes zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung in Kraft am 1.1.2013, wurde die Entgeltgrenze für Minijobs um 50 Euro auf 450 Euro im Monat angehoben.

¹⁹⁴ vgl. Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik, März 2012

2357 **Erfolge und Risiken der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes**

2358 Deutschland zählt zu den Ländern in der OECD, die in der Wirtschafts- und Finanzkrise ab
2359 2008 die Beschäftigung relativ stabil halten konnten. Hinter diesem Befund verbergen sich
2360 jedoch zwei sehr unterschiedliche Tendenzen. Während Instrumente wie längerfristige
2361 Kurzarbeit, kurzfristige Beschäftigungssicherungstarifverträge und Langzeitarbeitszeitkonten
2362 es Unternehmen erlauben, in wirtschaftlichen Abschwüngen den Personalstand zu halten und
2363 teilweise zudem besser zu qualifizieren, fand jedoch gleichzeitig eine zunehmende
2364 Ausdifferenzierung der Beschäftigungsformen auf dem Arbeitsmarkt statt. Dabei haben sich
2365 die Gewichte von dem früher vorherrschenden regulären Vollzeitarbeitsverhältnis auf
2366 verschiedene Formen ‚atypischer‘ Beschäftigung verschoben. Gleichzeitig öffnet sich die
2367 Schere zwischen „normalen“ und „atypischen“ Beschäftigungsverhältnissen zunehmend.
2368 Während grundsätzlich nichts gegen eine Ausdifferenzierung von Beschäftigungsformen
2369 spricht, ist die Häufung sozialer und ökonomischer Risiken für atypisch Beschäftigte ein
2370 zunehmendes Problem, dem entgegengewirkt werden muss.

2371 Ohne klassische Instrumente der Arbeitsmarktpolitik im Verbund mit wirtschaftspolitischen
2372 Maßnahmen wäre es in Folge der Krise 2009 auch in Deutschland zu erheblichen Problemen
2373 auf dem Arbeitsmarkt gekommen.¹⁹⁵ Dazu zählen Arbeitszeitkonten, Tarifverträge über
2374 flexible Arbeitszeiten, die Ausweitung der Kurzarbeit, aber auch nationale und internationale
2375 Konjunkturprogramme. Die zeitlich erweiterte Kurzarbeit federte die Auswirkungen der Krise
2376 auf den Arbeitsmarkt ab. Indem Unternehmen die volle Arbeitszeit vorübergehend zu Teilzeit
2377 verringern konnten und für das reduzierte Arbeitszeitvolumen den Beschäftigten ein
2378 „Teilarbeitslosengeld“ ausgezahlt wurde, konnten sie ihr Personal halten und mussten es nicht
2379 entlassen (labor hoarding). Für einen Zeitraum von bis zu 24 Monaten kann Kurzarbeitergeld
2380 beantragt bzw. gewährt werden (§170 SGB III). Dies hat auch für die Unternehmen große
2381 Vorteile: Bei wiederansteigender Nachfrage müssten sie ansonsten größere Investitionen
2382 tätigen, um den wieder wachsenden Bedarf an Arbeitskräften decken zu können. Hiermit
2383 verbundene Einstellungs- und Einarbeitungskosten, die auch den wirtschaftlichen
2384 Aufschwung verzögern können, bleiben den Unternehmen so erspart. Laut Statistischem
2385 Bundesamt wurde seit 2009 die konjunkturelle Kurzarbeitsoption verstärkt genutzt und betraf
2386 in diesem Jahr etwa 1,2 Millionen Beschäftigte.¹⁹⁶

2387 Eine weitere Option für die Beschäftigten, die von Kurzarbeit in den jeweiligen Betrieben
2388 betroffen sind, ist Weiterbildungs- und Qualifizierungsinitiativen während dieser Zeit zu
2389 nutzen. Diese werden bei Bedarf aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung mitfinanziert.¹⁹⁷
2390 Das Kernpersonal der Unternehmen hat die Möglichkeit, die reduzierte Arbeitszeit zu nutzen,
2391 um nachhaltig die persönlichen Qualifikationen innerhalb des Unternehmens zu stärken.¹⁹⁸

2392 Der positive Effekt der Kurzarbeit als Arbeitsmarktinstrument vollzieht sich jedoch vor dem
2393 Hintergrund einer zunehmenden Flexibilisierung von Beschäftigungsformen. Während im
2394 Jahr 2001 noch 70,9 % der Beschäftigungsverhältnisse Normalarbeitsverhältnisse und 17,9
2395 % atypische Beschäftigungsverhältnisse waren, waren es im Jahr 2011 nur noch 66,2 %
2396 Normalarbeitsverhältnisse und 22,1% atypische Beschäftigungsverhältnisse. Bis 2005 war die

¹⁹⁵ Vgl. Joachim Möller (2010) The German labor market response in the world recession –de-mystifying a miracle. In: ZAF 42:325–336.

¹⁹⁶ https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Arbeitsmarkt/Arbeitsmarkt032010.pdf?__blob=publicationFile

¹⁹⁷ <http://doku.iab.de/kurzber/2009/kb1409.pdf>

¹⁹⁸ http://www.ais-studien.de/uploads/tx_nfxetarboznetzeitung/AIS-1-12-5Holtrup-Kloeppefinal.pdf

2397 Zahl der Personen in Normalarbeitsverhältnissen sogar stetig gesunken. Seit 2006 ist wieder
2398 ein Anstieg zu verzeichnen, der 2011 besonders deutlich ausfiel. Dennoch lag im Jahr 2011
2399 die Zahl der Normalbeschäftigten mit 23,67 Millionen noch niedriger als 2001 mit 23,74
2400 Millionen und deutlich unter der Zahl von 1991 mit 26,83 Millionen Normalbeschäftigten.¹⁹⁹
2401 Es besteht somit die Gefahr, dass normale Beschäftigungsverhältnisse zunehmend von
2402 atypischen verdrängt werden.

2403 Atypische Beschäftigung geht in der Regel mit mangelndem Zugang zu Weiterbildung und
2404 geringen Aufstiegschancen einher und entspricht mehrheitlich nicht den Wünschen der
2405 Beschäftigten. Eine Studie des Statistischen Bundesamtes zeigt, dass nur etwa die Hälfte der
2406 geringfügig Beschäftigten die Situation selbst so gewählt hat, wobei familiäre
2407 Betreuungspflichten eine große Rolle spielen. Von den etwa fünf Millionen geringfügig
2408 beschäftigten Personen waren 27% auf der Suche nach einer umfangreicheren Tätigkeit und
2409 weitere 25% hatten den Wunsch nach Mehrarbeit geäußert, waren jedoch aufgrund der
2410 persönlichen Lebensumstände wie zum Beispiel der familiären Situation oder
2411 Kinderbetreuung nicht in der Lage, diesem Wunsch nachgehen zu können.²⁰⁰ Auch
2412 Beschäftigte in Minijobs, die diese als Gelegenheit zur Aufbesserung einer Haupttätigkeit
2413 nutzen, werden zusätzlich belastet: Eine Tätigkeit, die zu der Haupttätigkeit hinzukommt,
2414 wiegt als zusätzliche Belastung schwerer als eine Aufstockung der Arbeitsstunden in der
2415 Haupttätigkeit. Der Trend zur Mehrfachbeschäftigung ist demnach keine Lösung, um geringe
2416 Durchschnittslöhne aufzustocken.

2417 Studien zur geringfügigen Beschäftigung als Möglichkeit zur Wiedereingliederung in den
2418 ersten Arbeitsmarkt von Personen, die arbeitslos gemeldet sind, bestätigen diese These.²⁰¹
2419 Laut Statistisches Bundesamt belegen die Daten vom 2010, dass 73% derjenigen, die
2420 arbeitslos gemeldet waren und einer geringfügigen Beschäftigung nachgingen, eine
2421 umfangreichere Tätigkeit suchten, aber keine passende gefunden hatten.²⁰²

2422 Eine weitere problematische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist die zunehmende
2423 Befristung von Arbeitsverträgen. Nach Angaben der OECD liegt der Anteil der befristeten
2424 Beschäftigung in Deutschland im oberen Drittel der EU-Länder. Die Hürde zwischen
2425 befristeter und unbefristeter Beschäftigung ist vor allem für Berufseinsteigerinnen und
2426 Berufseinsteiger besonders problematisch. So hat die Studie des Bundesministeriums für
2427 Arbeit und Soziales von 2008 ergeben, dass der Großteil der Berufseinsteigerinnen und
2428 Berufseinsteiger über atypische Beschäftigungsverhältnisse in den Arbeitsmarkt findet und
2429 nur ein geringfügiger Teil nach Abschluss einer Berufsausbildung übernommen wird.²⁰³ In
2430 der Studie gaben 48% der Befragten an, nach Abschluss ihrer Berufsausbildung mehrfach

¹⁹⁹ Das Statistische Bundesamt zählt befristete, geringfügige und Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse mit weniger als 21 Wochenstunden sowie Zeitarbeit zu den atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Abhängig Beschäftigte mit einer unbefristeten und voll sozialversicherungspflichtigen Vollzeittätigkeit, die direkt für den Arbeitgeber arbeiten, werden hingegen als Personen in Normalarbeitsverhältnissen gezählt.

https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/07/PD12_263_132.html

²⁰⁰ https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/02/PD13_048_132.html

²⁰¹ Belege folgen

²⁰² https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2013/02/PD13_048_132.html

²⁰³ http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/f375-ergebnisbericht-junge-berufseinsteiger-lang.pdf?__blob=publicationFile

2431 befristete Arbeitsverträge erhalten zu haben.²⁰⁴ Die Unsicherheit am Arbeitsplatz wirkt sich
2432 auch auf die Unsicherheit in der Lebens- und Familienplanung negativ aus.

2433 Es gibt einen starken Zusammenhang zwischen atypischer Beschäftigung und dem Risiko der
2434 „Prekarisierung“. Laut einer Studie des IAB²⁰⁵ bezeichnet Prekarisierung den mangelnden
2435 oder eingeschränkten sozialen Schutz aufgrund von einem unzureichenden Maß an
2436 Arbeitsplatz- und Einkommenssicherheit und damit verbundenen Unsicherheiten in Bezug auf
2437 die Unterstützungsmechanismen der existierenden sozialen Systeme. Das Risiko der
2438 Prekarisierung ist in atypischen Beschäftigungsverhältnissen deutlich größer als in
2439 Normalarbeitsverhältnissen.²⁰⁶ Abgesehen von den höheren sozialen Risiken ist zum Beispiel
2440 auch der Zugang zu beruflichen Weiterbildungs- und Qualifikationsmaßnahmen oft an die
2441 Dauer der Beschäftigung gebunden und bleibt damit eher eine Option für Beschäftigte in
2442 unbefristeten Vollzeitstellen.

2443 Vor allem die Befristung und die Beschäftigung in Zeitarbeitsverhältnissen und nun
2444 zunehmend in Werkvertragsverhältnissen, aber auch „Neue Selbstständige“ und „Ein-
2445 Personen-Unternehmer“ sind dem Risiko der Prekarisierung ausgesetzt. Je nach
2446 Haushaltssituation können atypische Beschäftigungsverhältnisse eine Prekarisierung
2447 beschleunigen. Angesichts der Tatsache, dass vor allem Frauen atypisch beschäftigt sind und
2448 mittlerweile etwa die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen in atypischen
2449 Beschäftigungsverhältnissen arbeitet, sind diese noch einmal stärker von Prekarisierung
2450 betroffen.²⁰⁷ Prekarisierung bezieht sich laut Bourdieu (1998) aber auch darauf, dass die
2451 Möglichkeiten, sich in der Arbeitstätigkeit zu entfalten und sein Leben langfristig zu planen
2452 erheblich eingeschränkt sind. Langfristige Risiken der Prekarisierung umfassen zudem das
2453 Risiko der Altersarmut. Beschäftigte in geringfügigen oder unzureichenden
2454 Beschäftigungsverhältnissen, werden im Rentenalter dementsprechend auch nur geringe
2455 Rentenansprüche haben.²⁰⁸ Insofern führt eine zunehmende Prekarisierung der
2456 Arbeitsverhältnisse heute zu wachsender Altersarmut morgen.²⁰⁹

2457 **3.3 „Zukunftsfähige“ Arbeit**

2458 Im Kontext von demographischem Wandel, Globalisierung und Veränderungen in
2459 Arbeitsorganisation und Erwerbsformen stellt die Gestaltung zukunftsfähiger Arbeit eine der
2460 zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen dar. Hierzu kristallisierten sich in der
2461 Projektgruppe drei unterschiedliche Herangehensweisen heraus. Bevor die drei Konzepte an
2462 dieser Stelle ausgeführt werden, sei hier auf ein Kernelemente verwiesen, mit dem sich alle
2463 drei Ansätze befassen: Es handelt sich um die Frage nach der Arbeitszeit, ihrer Definition und
2464 Bemessung. Dabei ist die Debatte von Arbeitszeit als Mittel der Beschäftigungspolitik nicht
2465 ganz neu. Althammer führt hierzu aus, dass Umverteilung von Arbeit und Verkürzungen der
2466 wöchentlichen Arbeits- und Lebensarbeitszeit insbesondere in den 1980er Jahren diskutiert
2467 wurden. Allerdings habe sich diese Diskussion bedingt durch den Mangel an qualifizierten
2468 Fachkräften und der zu erwartenden abnehmenden Zahl von Erwerbspersonen mittlerweile

²⁰⁴ S. 42. http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/f375-ergebnisbericht-junge-berufseinsteiger-lang.pdf?__blob=publicationFile

²⁰⁵ http://doku.iab.de/zaf/2008/2008_4_zaf_Brehmer_Seifert.pdf

²⁰⁶ Diese Stelle noch als Zitat. Wunsch FDP

²⁰⁷ http://www.boeckler.de/wsimit_2011_08_editorial.pdf

²⁰⁸ http://www.arbeitnehmerkammer.de/cms/upload/Downloads/Broschueren_Studien/Rente_und_Altersarmut.pdf

f

²⁰⁹ Ergänzung zum Thema „Zeitarbeit als Einstieg“ durch die FDP bis 11.03.

2469 grundlegend verschoben:²¹⁰ Die Debatte um die Arbeitszeit erstreckt sich aktuell von
2470 Modellen der Arbeitszeitausdehnung bis hin zu Ansätzen der Arbeitszeitverkürzung. Welche
2471 dieser Alternativen sinnvoll und realistisch erscheinen, wird in den weiteren Argumentationen
2472 besprochen.

2473 Der Fokus der ersten Argumentation liegt dabei bei der Erhöhung des Anteils der
2474 Erwerbstätigen bzw. der Erwerbsarbeitszeit unter den Prämissen der Herausforderungen des
2475 demographischen Wandels. In einem zweiten Ansatz wird die Alternative eines Ausbaus der
2476 Erwerbsarbeit auf Basis „Guter Arbeit“ und punktueller Arbeitszeitverkürzung diskutiert.
2477 Abschließend wird für ein generell neues Verständnis von Arbeit plädiert, bei dem vielfältige
2478 Formen von Arbeit, auch Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit, Berücksichtigung finden.
2479 Diese Aufteilung in drei höchst unterschiedliche Ansätze soll weniger einen abschließenden
2480 Überblick bieten, als beispielhaft die Breite der Debatte darstellen. Sie repräsentieren zudem
2481 die unterschiedlichen Ansichten der Mitglieder der Enquete-Kommission zum Thema
2482 „Zukunftsfähige Arbeit“.

2483 **3.3.1 Ausdehnung der Erwerbsarbeit**

2484 Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels wie auch der Globalisierung und des
2485 technischen Fortschritts und den damit einhergehenden Herausforderungen für den
2486 Arbeitsmarkt, wie Fachkräftemangel und qualifikatorische Anforderungen, halten einige
2487 Stimmen eine Ausdehnung der Erwerbsarbeit für dringend erforderlich.

2488 Zu diesem Schluss kam auch Michael Hüther, vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln, bei
2489 einer Anhörung der Enquete-Kommission.

2490 Durch die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre finde eine Zunahme der
2491 Anzahl älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt statt. Das
2492 Durchschnittsalter der Beschäftigten sei schon in den Jahren 1994 bis 2010 von 39,1 auf 41,9
2493 Jahre gestiegen²¹¹. Dieser Herausforderung müsse sich die Personalpolitik stellen. Um das
2494 Produktivitätsniveau älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer halten zu können, seien
2495 verschiedene Maßnahme in den Bereichen Weiterbildung und Gesundheit erforderlich.
2496 Zudem wiesen Ältere eine geringere durchschnittliche Arbeitszufriedenheit auf oder seien
2497 örtlich und berufsfachlich weniger flexibel als Jüngere. Diese Herausforderungen könnte man
2498 nach Hüther auf der einen Seite durch eine lebenszyklusorientierte Personalpolitik meistern.
2499 Auf der anderen Seite sei zusätzlich die Bereitschaft der Beschäftigten, einen Eigenbeitrag zur
2500 Finanzierung von Maßnahmen, die die langfristige Beschäftigungsfähigkeit und
2501 Einkommensperspektiven verbessern, erforderlich.²¹²

2502 Einen weiteren wichtigen Punkt in diesem Zusammenhang stellt aus der Sicht von Hüther der
2503 zu erwartende Fachkräftemangel dar, der als Folge der Alterung mit dem Renteneintritt der
2504 geburtenstarken Jahrgänge an Bedeutung gewinne. Die Zahl der aus dem Arbeitsmarkt
2505 ausscheidenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überträfe mit bis zu 1,4 Millionen
2506 (Jahrgang 1964) bei weitem die Zahl der nachrückenden Arbeitnehmerinnen und
2507 Arbeitnehmer, die nur noch 600.000 bis 700.000 Personen umfasse (Jahrgänge 2005 und

²¹⁰ ebd.: 22

²¹¹ Hüther, Michael (2012). Zukunft der Arbeit. Anhörung der Enquete-Kommission “Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität”, Kommissionsmaterialie M/25: 3

²¹² ebd.

2508 jünger; Destatis 2012).²¹³ Dieser signifikante Verlust an Fachkräften stelle die deutsche
2509 Wirtschaft vor große Herausforderungen.

2510 Zur Sicherung der Fachkräfte in Deutschland schlägt Hüther eine Strategie vor, die auf drei
2511 Säulen basiert. Einmal müsse die Anzahl der Anbieter auf dem Arbeitsmarkt erhöht werden,
2512 zum Beispiel durch eine geregelte Zuwanderung, eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung oder
2513 eine Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen²¹⁴. Gleichzeitig sei es notwendig die Arbeitszeit
2514 der Erwerbstätigen zu erhöhen, zum Beispiel durch eine verlängerte Lebensarbeitszeit oder
2515 eine Erhöhung des Vollzeitanteils. Zusätzlich solle die Produktivität je geleistete
2516 Arbeitsstunde durch Humankapitalbildung erhöht werden.²¹⁵

2517 Beschäftigungsfähigkeit, Bildung und Produktivität spielten jedoch nicht nur im
2518 Zusammenhang mit den demographischen Herausforderungen eine Rolle, sondern stellten
2519 sich verstärkt auch im Zusammenhang mit der Globalisierung.

2520 Durch die Erhöhung des weltweiten Arbeitsangebotes, die intensivere internationale
2521 Arbeitsteilung und den technischen Fortschritt verändere sich die qualifikatorische Struktur
2522 des Arbeitsmarktes. Arbeit mit geringen qualifikatorischen Anforderungen verlagere sich auf
2523 andere Länder, so dass sich im Durchschnitt die qualifikatorischen Anforderungen an die
2524 Beschäftigten in Deutschland stiegen. Zusätzlich komme es zu einem beschleunigten
2525 Strukturwandel, in dessen Verlauf bestehende Qualifikationen entwertet und neue
2526 Qualifikationen gefordert würden. Daraus ergäben sich ebenfalls neue Anforderungen an das
2527 Bildungssystem, das die bedarfsgerechte Akquisition von Humankapital ermöglichen müsse.

2528 Neue Anforderungen an das Bildungssystem ergeben sich auch aus der bereits thematisierten
2529 „Organisatorischen Revolution“. Sie markiert den Übergang von streng hierarchisch und
2530 tayloristisch organisierter Massenproduktion hin zur kundenspezifischen und
2531 individualisierten Produktion, die höheres Fachwissen voraussetzt und im Resultat höhere
2532 Qualitätsstandards liefert. Sie beinhaltet zudem die zunehmende Verlagerung von
2533 unternehmerischer Verantwortung und unternehmerischen Risiken auf den
2534 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.²¹⁶

2535 Den entsprechenden Ansatzpunkt diesen Herausforderungen entgegenzutreten sieht Hilmar
2536 Schneider vom Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) im Bildungssystem. Nicht nur könne
2537 man durch die Anpassung der Ausbildung den qualifikatorischen Anforderungen an die
2538 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerecht werden. Mit der Verankerung von
2539 Verantwortungslernen im Bildungssystem könnten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
2540 zudem optimal auf die Herausforderungen, die sich ihnen auf dem Arbeitsmarkt stellten,
2541 vorbereitet werden.²¹⁷

2542 Zusätzlich sei es laut Hüther erforderlich, Geringqualifizierten und Beschäftigten, deren
2543 Qualifikation durch den Strukturwandel entwertet wurde, eine Perspektive der
2544 Arbeitsmarktintegration zu eröffnen. Ein erfolgsversprechender Ansatz könnte hier die
2545 Kombination von Flexibilisierung, Verzicht auf Überregulierung in Kombination mit

²¹³ ebd.

²¹⁴ Klaus F. Zimmermann „Das Wachstum der Zukunft ist weiblich“, IZA Standpunkte Nr. 48 März 2012

²¹⁵ ebd.

²¹⁶ Schneider, Hilmar (2013). Neue Anforderungen durch den Wandel der Arbeitswelt. Materialie PG5/14:6

²¹⁷ ebd.:11

2546 anreizkonformen sozialen Sicherungssystemen sein. Dass diese Strategie erfolgreich sein
2547 könne, zeigten auch die Erfahrungen mit den Agenda-Reformen.²¹⁸

2548 Mit den Folgen des demographischen Wandels und den daraus resultierenden Veränderungen
2549 auf dem Arbeitsmarkt, stelle sich auch die Frage nach der Qualität von Arbeit anders. Sei das
2550 Arbeitsangebot größer als die Anzahl der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte, sei
2551 anzunehmen, dass die Arbeitslosigkeit rapide sinken würde. Als Konsequenz daraus würde
2552 die Diskussion um die Qualität der Beschäftigungsverhältnisse an Relevanz gewinnen.
2553 Insbesondere die zunehmend gelungene Arbeitsmarktintegration geringproduktiver
2554 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lasse Anzahl und Anteil von Arbeitnehmerinnen und
2555 Arbeitnehmern steigen, die Merkmale der Prekarisierung aufwiesen. Diesen
2556 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern müssten Perspektiven des beruflichen und sozialen
2557 Aufstiegs aufgezeigt werden. Sie müssten in ihrem Bemühen um den Aufstieg unterstützt
2558 werden, ohne dabei mit Regulierungen entgegenwirkende Anreize zu produzieren, die
2559 wiederum eine effektive Arbeitsmarktintegration erschweren würden.²¹⁹

2560 Zu den zentralen Aufgaben für die Zukunft gehört nach Ansicht von Hüther vor allem auch
2561 die Anpassung der Sozialversicherungssysteme an die Realitäten einer alternden Gesellschaft.

2562 Der demographische Wandel stelle die sozialen Sicherungssysteme vor zentrale
2563 Herausforderungen. Hier steige der Finanzierungsbedarf sowohl in der gesetzlichen Renten-,
2564 als auch in der Krankenversicherung. Durch den demographischen Wandel werde ein
2565 Ungleichgewicht zwischen Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern und
2566 Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern herrschen. Es würden mehr Menschen
2567 Leistungen gezahlt, als es Menschen gebe, die in die Systeme einzahlten. Bleiben die
2568 Leistungsansprüche auf gleichem Niveau, könnten sie nur durch höhere Beitragssätze
2569 finanziert werden. Um intergenerationale Gerechtigkeit herzustellen, sei es daher notwendig,
2570 die derzeit begünstigten Jahrgänge stärker an der Finanzierung der von ihnen verursachten
2571 Ausgaben zu beteiligen.²²⁰

2572 Der von Hüther und Schneider vertretene Ansatz zu Zukunft der Arbeit setzt insgesamt auf
2573 die Betonung des Individuums, auf Bildung, Qualifizierung und Eigenverantwortung und
2574 weniger auf regulatorische politische Eingriffe im Bereich der Arbeit und Beschäftigung. Die
2575 Herausforderungen für die Zukunft der Arbeit werden im Kern durch Marktprozesse bewältigt
2576 und im Kontext der Internationalisierung und Globalisierung analysiert. Schneider geht davon
2577 aus, dass die Reichweite der Politik beschränkt ist, da sie nur schwer in innerbetriebliche
2578 Abläufe eingreifen kann. Durch einen bildungspolitischen Auftrag können jedoch die
2579 Bedingungen geschaffen werden, die den Arbeitnehmer und die Arbeitnehmerin optimal auf
2580 den gewandelten Arbeitsmarkt vorbereiten.²²¹

2581 **3.3.2 Ausbau der Erwerbsarbeit auf Basis guter Arbeit und punktueller** 2582 **Arbeitszeitverkürzung**

2583 Eine zweite Strategie zukunftsfähiger Arbeit zielt auf Vollbeschäftigung in qualitativ
2584 hochwertiger Arbeit ab. Sie geht weder von einem Ende der Arbeitsgesellschaft aus oder
2585 erhebt dieses gar zum normativen Ziel, noch fordert sie die völlige Anpassung der

²¹⁸ Hüther, Michael (2012). Zukunft der Arbeit. Anhörung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität", Kommissionsmaterialie M/25: 3

²¹⁹ ebd.

²²⁰ ebd.:5

²²¹ Schneider, Hilmar (2013). Neue Anforderungen durch den Wandel der Arbeitswelt. Materialie PG5/14:13

2586 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an die Erfordernisse des Marktes durch eine weitere
2587 Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse und Deregulierung der Arbeitsmärkte.
2588 Vielmehr basiert eine solche Strategie auf der Erhöhung von Lebensqualität der
2589 Beschäftigung über die Umsetzung von „Guter Arbeit“.²²² Diese basiert auf der allgemeinen
2590 Gewährleistung erfüllender, sicherer und belastungsarmer Arbeitsbedingungen wie
2591 Einkommens- und Beschäftigungssicherheit, Einfluss und Handlungsspielraum am
2592 Arbeitsplatz, Führungsqualität der Vorgesetzten, Entwicklungsmöglichkeiten,
2593 Gesundheitsschutz, kreative Aspekte sowie sozialer Merkmale.²²³

2594 In einer so verstandenen „inklusive Arbeitsgesellschaft“²²⁴ wird materielle Absicherung
2595 primär über Erwerbsarbeit organisiert, und Erwerbsarbeit garantiert darüber hinaus auch
2596 gesellschaftliche Teilhabe und Möglichkeiten sozialen Aufstiegs. Erwerbsarbeit bleibt zentral,
2597 aber bestimmte Phasen von Nicht-Erwerbstätigkeit im Lebensverlauf wie Kindheit und Alter
2598 sowie Erziehungszeiten oder Bildungsphasen werden über soziale Sicherungsleistungen so
2599 abgesichert, dass ein gutes Leben möglich ist. Ferner werden auch gesellschaftliche Risiken
2600 wie Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Erwerbsunfähigkeit oder Erwerbslosigkeit über
2601 Sozialversicherungen solidarisch getragen.

2602 Eine zentrale Stellschraube für Gute Arbeit ist die geschlechtergerechte Gestaltung der
2603 Arbeitszeiten. Von einer solchen sind die Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland heute
2604 weit entfernt. So zeigen der Gleichstellungsbericht der Bundesregierung²²⁵ wie auch die
2605 Studie des Sachverständigen Althammer, dass in der Bundesrepublik eine stark
2606 geschlechtsspezifische Ungleichheit zwischen der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit und der
2607 gewünschten Arbeitszeit vorliegt. Eine geschlechtergerechte Ausgestaltung der
2608 Arbeitsgesellschaft böte Ansatzpunkte für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und
2609 Männern am Arbeitsmarkt, aber auch Teilantworten auf die Herausforderungen der
2610 Beschäftigungspolitik in Zeiten stagnierender oder sinkender Wachstumsraten und des
2611 demographischen Wandels.²²⁶

2612 Die Verbesserung der Lebensqualität von Männern und Frauen und damit die verbesserte
2613 Ermöglichung der Realisierung dieser Wünsche sind das oberste Ziel der Arbeitszeitpolitik.
2614 Studien ergeben, dass bei tendenziell sinkendem Arbeitsumfang bei differenzierterer
2615 Betrachtung, je nach Geschlecht, Alter, familiärer Situation, Diskrepanzen in der Work-Life-
2616 Balance vorzufinden sind, die direkt mit der geleisteten Arbeitszeit zusammenhängen.

2617 Die durchschnittliche Arbeitszeit in Deutschland ist mit 1419 Stunden pro Jahr niedriger als in
2618 anderen OECD Ländern, aber diese Arbeitszeit ist sehr ungleich verteilt zwischen Vollzeit-

²²²Pickshaus, Klaus (2011): Was ist gute Arbeit? Aus: IG Metall Projekt Gute Arbeit (Hrsg.) Handbuch »Gute Arbeit«. Hamburg. S. 16-31

²²³Fuchs, T. u.a. (2006): Was ist gute Arbeit? Anforderungen aus Sicht von Erwerbstätigen. Konzeption und Auswertung einer repräsentativen Untersuchung, hrsg. von der BAuA, Berlin/Dortmund/Dresden.

²²⁴Brümmer, Ute et al. (2011): Wege in eine inklusive Arbeitsgesellschaft. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung; Schroeder, Wolfgang (2012): Vorsorge und Inklusion: Wie finden Sozialpolitik und Gesellschaft zusammen? Berlin. S. 52-56.

²²⁵BMFSFJ (Hrsg.) (2011). Neue Wege - Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Erster

Gleichstellungsbericht. Bundestagsdrucksache 17/6240. Berlin. 175-180.

²²⁶Klammer, Ute (2013): Gleichstellungspolitik als Baustein von Demografiepolitik. In: Hüther/Nagele (Hrsg.): Demografiepolitik. Herausforderungen und Handlungsfelder. Wiesbaden. S. 299.-314. Siehe auch Kapitel Wachstum und Beschäftigung im Sondervotum von SPD, Die Linke und Grüne zum Projektgruppenbericht Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft (Kom-DrS. 17(26)84 neu).

2619 und Teilzeitstellen. Laut der Kurzexpertise von Althammer sind deutliche
2620 geschlechtsspezifische Unterschiede in der Entwicklung der Arbeitszeiten erkennbar. So
2621 ergibt die statistische Auswertung der tatsächlich geleisteten Arbeitszeiten, dass über 50% der
2622 Frauen weniger als 35 Stunden pro Woche arbeiten, während sich lediglich 8% der Männer in
2623 Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen befinden.²²⁷ Gleichzeitig arbeiten 25% der Männer 49
2624 Stunden und länger, während dies nur bei etwa 7% der Frauen der Fall ist. Laut einer Studie
2625 zu den Arbeitszeitpräferenzen ergibt sich jedoch, dass bei Männern der Wunsch nach
2626 regulärer Teilzeitbeschäftigung und Teilzeit viel häufiger vertreten ist als dies tatsächlich
2627 geleistet wird (siehe Abbildung 1). Hier ist deutlich zu erkennen, dass ab einer Gesamtzahl
2628 von 40 Stunden pro Woche die Anzahl der männlichen Beschäftigten, die mehr arbeiten
2629 müssen, als sie sich wünschen, zunimmt. Bei Frauen ist grundsätzlich der Wunsch nach
2630 Mehrarbeit erkennbar. Unter den Beschäftigten, die zwischen 20 und 40 Stunden pro Woche
2631 arbeiten, befindet sich eine hohe Anzahl von Frauen die mehr Wochenstunden arbeiten
2632 wollen. Laut Althammer ist der Wunsch nach Mehrarbeit vor allem bei jungen Frauen und
2633 Berufseinsteigerinnen vorhanden, während Frauen mit Kindern unter sechs Jahren keine
2634 Verlängerung wünschen.²²⁸

2635 Demnach spielen bei der Diskrepanz zwischen gewünschter und tatsächlich geleisteter
2636 Arbeitszeit nicht nur geschlechtsspezifische Unterschiede eine Rolle, sondern auch das Alter
2637 und die familiäre Situation. Studien zu den Arbeitszeitwünschen von Frauen ergeben, dass mit
2638 steigendem Alter der Kinder der Wunsch nach Eingliederung in den Arbeitsmarkt wieder
2639 steigt und die Mehrheit der Frauen nicht mit dem klassischen Ernährermodell zufrieden ist²²⁹.
2640 Die angestrebte Verbesserung der Lebensqualität kann jedoch nur durch eine Zufriedenheit im
2641 Erwerbsleben, als auch in Familie und Freizeit erzielt werden. Studien des
2642 Sozioökonomischen Panels haben ergeben, dass die Zufriedenheit mit der geleisteten
2643 Arbeitszeit zusammenhängt.²³⁰ Vor allem der nicht erfüllte Wunsch, die Arbeitszeit
2644 reduzieren zu können, hat Studien zufolge einen direkten negativen Einfluss auf die
2645 Zufriedenheit und Work-Life-Balance. Geregeltere Arbeitszeiten wirken sich positiv auf die
2646 Work-Life-Balance aus, während flexible Modelle oder aber alternative Konzepte wie
2647 Telearbeit tendenziell eine negative Wirkung haben²³¹.

²²⁷ Althammer, Jörg (2012): Umsetzung neuer Arbeitszeitmodelle vor dem Hintergrund ihrer Finanzierbarkeit. Materialie PG 5/7-9.

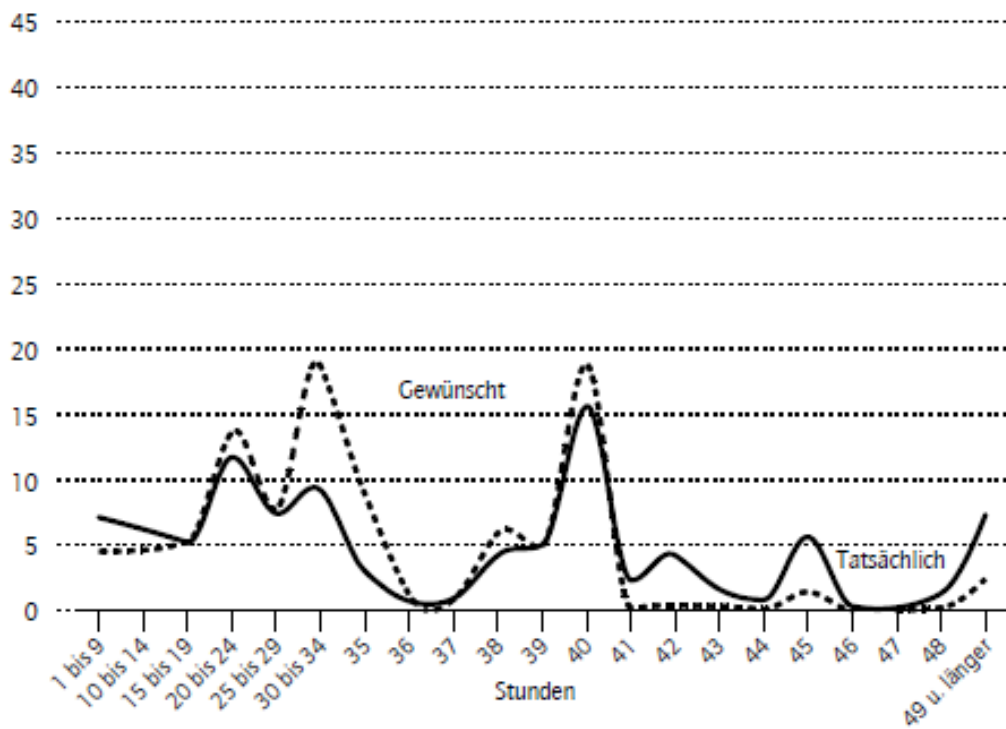
²²⁸ Althammer, Jörg (2012): Umsetzung neuer Arbeitszeitmodelle vor dem Hintergrund ihrer Finanzierbarkeit. Materialie PG 5/9.

²²⁹ Althammer, Jörg (2012): Umsetzung neuer Arbeitszeitmodelle vor dem Hintergrund ihrer Finanzierbarkeit. Materialie PG 5/16.

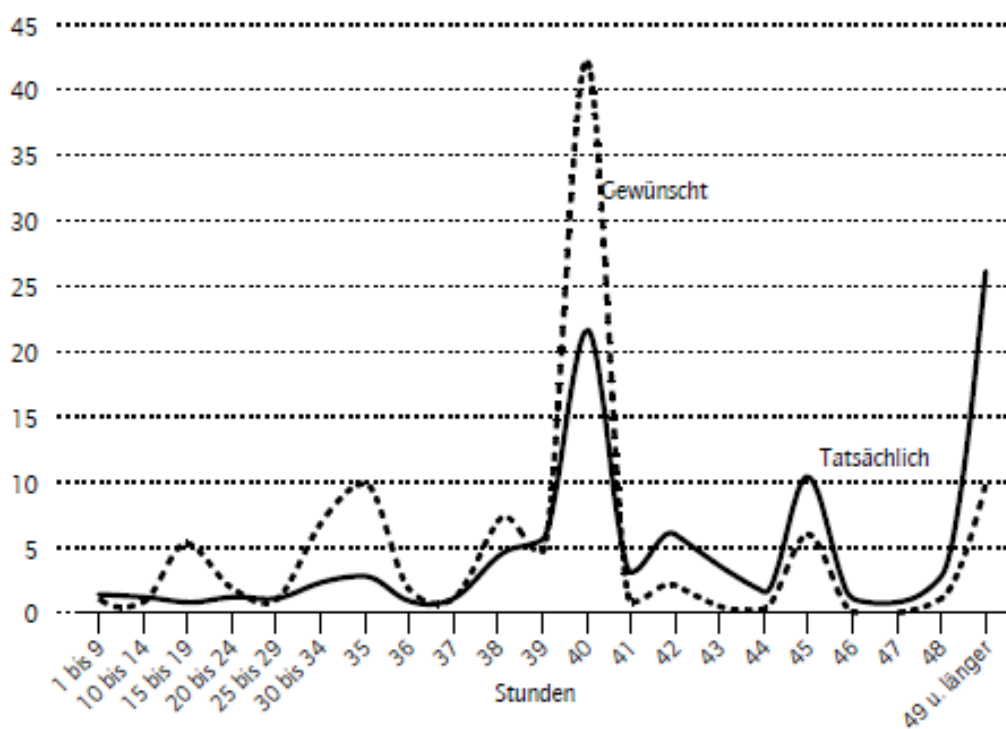
²³⁰ Althammer, Jörg (2012): Umsetzung neuer Arbeitszeitmodelle vor dem Hintergrund ihrer Finanzierbarkeit. Materialie PG 5/20.

²³¹ Ibid : 21.

Frauen



Männer



2648

2649
2650

Abbildung 3: Tatsächliche und gewünschte Wochenarbeitszeit abhängig Beschäftigter in Deutschland²³²

²³² Quelle der Graphik (Holst 2007) und bessere Darstellung für den Endbericht folgen

2651 Grundsätzlich ist laut der Expertise von Althammer konkreter Handlungsbedarf erkennbar,
2652 um Arbeitsformen zu ermöglichen, die den demographischen Wandel der arbeitenden
2653 Bevölkerung mit einbeziehen, die Vereinbarkeit von Freizeit und Arbeitsleben in besseren
2654 Einklang bringen, den Stress und Druck auf die Beschäftigten zu reduzieren und gleichzeitig
2655 Beschäftigungsmodelle zu schaffen, die die vorhandenen Arbeitskräfteressourcen besser
2656 nutzen.

2657 Daher setzt Beschäftigungspolitik im Sinne dieses Paradigmas nicht in erster Linie auf die
2658 Ausweitung des Arbeitsvolumens, sondern auf eine Arbeitszeitpolitik, die die
2659 Arbeitszeitwünsche der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt stellt. Eine
2660 hohe Lebensqualität des Einzelnen oder der Einzelnen besteht in der Umsetzung der eigenen
2661 Wünsche zur Vereinbarung von Erwerbsarbeit, Familie und ehrenamtlichen Engagements.
2662 Politische Maßnahmen sollten in den Dienst der Ermöglichung der Umsetzung dieser
2663 Wünsche gestellt werden.

2664 **3.3.3 „Das Ganze der Arbeit zukunftsfähig gestalten“**

2665 Der folgende Ansatz weicht in seinen Schlussfolgerungen zum Thema „Zukunft der Arbeit“
2666 von den vorhergehenden in starkem Maße ab, da er für eine neue Bestimmung des Begriffs
2667 von Arbeit eintritt. Dies wird insbesondere in der kritischen und der feministischen
2668 Arbeitsforschung diskutiert²³³. Adelheid Biesecker umschreibt dies wie folgt: „Damit die
2669 „Zukunft der Arbeit“ zu zukunftsfähigem Arbeiten führt, ist ein neues Arbeitsverständnis
2670 nötig, das die vielfältigen Arbeitsformen jenseits des Marktes (z.B. Sorge-Arbeit,
2671 bürgerschaftliches Engagement, Eigenarbeit) mit der Erwerbsarbeit integriert und dieses
2672 Ganze der Arbeit hierarchiefrei und naturverträglich gestaltet. Dieses neue Arbeitsverständnis
2673 ist die Basis für eine gesellschaftliche Umverteilung und Umwertung von Arbeit, die Alle
2674 einschließen und geschlechtsspezifische Zuweisungen und Abwertungen überwinden.“²³⁴
2675 Hintergrund ihres erweiterten Arbeitsverständnisses ist dabei die Vorstellung, dass in die
2676 klassischen Wohlfahrtsindikatoren nur die marktförmige, bezahlte und als produktiv geltende
2677 Arbeit einfließt. Der ganze Bereich der unbezahlten Arbeit bleibt unsichtbar. Hierin spiegelt
2678 sich eine historische Trennungsstruktur zwischen Produktion und Reproduktion, zwischen
2679 öffentlich und privat, sowie bezahlter und unbezahlter Arbeit wider. Dabei scheint der Markt
2680 die Care-Arbeit ähnlich wie die Natur als quasi unendlich dehnbare Ressource
2681 voranzusetzen, sodass von einer Externalisierung als Prinzip gesprochen werden kann²³⁵.
2682 Statt der Trennung müsse das Ganze der Ökonomie und somit auch das Ganze der Arbeit in
2683 den Blick genommen werden.²³⁶

²³³ vgl. unter anderem Biesecker, A./Hofmeister, S.: Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur Sozial-ökologischen Forschung. München 2006; 1; vgl. auch Aulenbacher, Brigitte (2012): Gegenläufige Blicke auf Kapitalismus und Arbeit – Feministische Kapitalismusanalysen im Verhältnis zu Kapitalismustheorie und Arbeitssoziologie. In: Dörre, Klaus/Sauer, Dieter/Wittke, Volker (Hg.): Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik. Frankfurt/M. und New York, 113-126. – weitere Quellen folgen

²³⁴ Biesecker, A: Wie wird aus der “Zukunft der Arbeit” zukunftsfähiges Arbeiten. Anhörung der der Enquete-Kommission “Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität”, Kommissionsmaterialie M/24,

²³⁵ vgl. Biesecker, Adelheid; Christa Wichterich und Uta v. Winterfeld (2012): Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Hintergrundpapier, S.14ff.; Jürgens, K.: Arbeits- und Lebenskraft, Wiesbaden 2008 (2. Auflage).

²³⁶ Biesecker, Adelheid (2012). Wie wird aus der “Zukunft der Arbeit” zukunftsfähiges Arbeiten. Anhörung der der Enquete-Kommission “Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität”, Kommissionsmaterialie M/24: 1; ²³⁶ In Teilen der Debatte wird die aktuelle multiple Krise auch als „Krise der Reproduktion“ (LuXemburg“ 4/2012) oder als „Erschöpfung des Sozialen“ (Gabriele Winkler, Stephan Lessenich) diskutiert.

2684 Mit Blick auf den Erwerbsarbeitsmarkt kommt es aus dieser Perspektive momentan zu einem
2685 Trend der Feminisierung der Beschäftigung – und zwar im doppelten Sinn: Demnach strömen
2686 immer mehr Frauen auf den Arbeitsmarkt, während gleichermaßen feminisierte atypische
2687 Beschäftigungsformen – auch für Männer – zunehmen würden²³⁷. Dabei sei der Arbeitsmarkt
2688 immer noch geschlechtersegmentiert und das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen
2689 liege bei 23 %. Lange Zeit sei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als individualisierte
2690 Verantwortung der Frauen thematisiert und nicht als gesellschaftliches Problem
2691 wahrgenommen worden.²³⁸

2692 Ausgangspunkt der Betrachtung der Ökonomie sind daher die vielfältigen Tätigkeiten, welche
2693 die Gesellschaft und ihre natürlichen Lebensgrundlagen reproduzieren – dazu gehört auch die
2694 Erwerbsarbeit, aber eben nicht nur diese. Zudem sollten in einer nachhaltigen Arbeitspolitik
2695 unterschiedliche Arbeitsformen miteinander vereinbar gemacht werden, denn es geht um eine
2696 Neu-Bewertung der Arbeit „aus der Perspektive von Lebensprozessen“.²³⁹

2697 Um ein nachhaltiges Wirtschaften zu gewährleisten, muss sozial und ökologisch verträglich
2698 und geschlechtergerecht gewirtschaftet werden. „Nachhaltiges Arbeiten ist Existenzsicherung,
2699 mehr noch: ist gute Arbeit, die ein gutes Leben im Einklang mit der Natur ermöglicht.“²⁴⁰

2700 Dabei bestünden bereits Entwicklungen, die ein solches nachhaltiges Wirtschaften bereits
2701 verwirklichen – sowohl in Unternehmen, bei Gruppen aus dem Bereich der Zivilgesellschaft
2702 sowie bei vielen einzelnen. Es handelt sich dabei um „Unternehmen, die sich an ökologischen
2703 und sozialen Kriterien ausrichten und denen gute und gut bezahlte Arbeit wichtig ist (vgl. z.
2704 B. die zahlreichen Unternehmen, die in ihren Gemeinwohlbilanzen auch die soziale und
2705 ökologische Qualität der Arbeit ausweisen); dazu gehören die neuen Formen des
2706 gemeinsamen Wirtschaftens, die unter dem Begriff „solidarische Ökonomie“
2707 zusammengefasst werden; dazu gehören die alte und neue Genossenschaftsbewegung, die
2708 neue Commons-Bewegung, in der das gemeinschaftliche Produzieren von Gemeingütern im
2709 Mittelpunkt steht (z.B. Linux, Wikipedia, interkulturelle Gärten), sowie die neue Bewegung
2710 des Selbermachens, wo die Freude an der eigenen und gemeinsamen Kreativität zentral ist.
2711 Und dazu gehören die vielen Tätigkeiten des Sorgens, der Subsistenz, der Eigenarbeit und des
2712 Engagements, die immer noch 2/3 der gesellschaftlich notwendigen Arbeiten ausmachen.“²⁴¹

2713 Im Entwurf von Biesecker sind zur Sicherung der Nachhaltigkeit des Modells weitere
2714 Maßnahmen notwendig. Diese seien laut Biesecker die Finanztransaktionssteuer und die
2715 stärkere Besteuerung von Ressourcenverbrauch als wichtige zusätzliche Modellbestandteile.
2716 Dieser Ansatz zeichnet sich, wie viele feministisch-ökonomische Ansätze, durch eine starke
2717 Ausweitung des Arbeitsbegriffes jenseits der bisherigen Konzentration auf Erwerbsarbeit aus.
2718 Dabei wird der Versuch unternommen, soziale und ökologische Nachhaltigkeit und
2719 emanzipatorische Ansätze miteinander zu verbinden. Das geht mit erheblichen
2720 Herausforderungen für die Umgestaltung der Systeme der sozialen Sicherung einher sowie
2721 mit weitreichenden gesetzlichen Eingriffen in das Wirtschaftsgeschehen. Der Politik kommen
2722 daher erhebliche Gestaltungsaufgaben zu.

²³⁷ Vgl. Daten aus PG1-Bericht.

²³⁸ vgl. Biesecker, Adelheid; Wichterich, Christa; v. Winterfeld, Uta (2012). Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Hintergrundpapier, S.16ff vgl. auch Jürgens, K.: Kerstin (2012). Arbeit und Reproduktion. In: Dörre, Klaus/Sauer, Dieter/Wittke, Volker (Hrsg.): Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik. Frankfurt/M. und New York 2012, 273-288.

²³⁹ Ebd.: 5; vgl. auch Aulenbacher, B; Wetterer, A. (Hrsg.) (2012). Arbeit, Perspektiven und Diagnosen der Geschlechterforschung, Münster.

²⁴⁰ Biesecker et al. 2012ebd:2

²⁴¹ ebd.:2

2723 Der hier skizzierte Ansatz geht über einen Wandel von Erwerbsarbeit weit hinaus und bezieht
2724 Elemente wie ein Grundeinkommen, die Zukunft und Finanzierung der sozialen
2725 Sicherungssysteme (beispielsweise weiterentwickelt zu einem umfassenden System sozialer
2726 Infrastruktur) und eine geänderte Besteuerungspraxis mit ein. Um die Umdefinition, aber auch
2727 die praktische Umgestaltung und Reorganisation von Arbeit voranzutreiben, werden in der
2728 Diskussion ein Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen.²⁴²

2729 **3.4 Diskussion zur Ausgestaltung zukünftiger Arbeitsleben**

2730 Neben den im Punkt 4.3. erörterten Aspekten ergeben sich für den Bereich der
2731 „Zukunftsfähigen Arbeit“ noch weitere wesentliche Analyseebenen. Im weiteren Verlauf soll
2732 nun zuerst der zentralen Frage nach dem Stellenwert von Bildung und Ausbildung für die
2733 Zukunft der Arbeit nachgegangen werden. Anschließend werden die Handlungsmöglichkeiten
2734 und Handlungsfelder auf der Makro- und Mikroebene besprochen. Ergänzend hierzu sollen
2735 u.a. Fragen zu „Mitarbeiterbeteiligung“, der „Qualität von Arbeit“ oder dem
2736 „Gesundheitsschutz“ in die Debatte einbezogen werden. In Anbetracht der Breite der
2737 Thematik können an einigen Stellen nur Schlaglichter gesetzt und erste Positionierungen
2738 vorgenommen werden. Für einen tieferen Einstieg fehlen an diesem Punkt sowohl der Raum
2739 als auch die Zeit. Die Projektgruppe 5 hat sich daher dazu entschlossen zumindest wesentliche
2740 Punkte zu benennen und im Lichte eines Idealtypus anzudiskutieren, die Aufgabe, diese
2741 Aspekte in der angemessenen Breite und Gründlichkeit zu beleuchten, musste somit in
2742 Bereich der zukünftigen Arbeit verschoben werden.

2743 **3.4.1 Bildung und Ausbildung**

2744 Wachstum und auch nachhaltige Entwicklung setzen Bildung, wissenschaftliche Erkenntnisse
2745 sowie gesellschaftliche, politische und soziale Innovationen voraus – Wachstum und
2746 Nachhaltigkeit sind abhängig von Wissen.²⁴³ Dies klingt trivial, wird aber in Bezug auf
2747 Nachhaltigkeit dann relevant, wo Wissen als zentrale Ressource für wirtschaftliche
2748 Prosperität²⁴⁴ den Nachhaltigkeitsgedanken konterkariert. So können technische Innovationen
2749 erhebliches Entkopplungspotential von Wachstum und Ressourcenverbrauch beinhalten.
2750 Dieses entfaltet sich jedoch vorrangig in ökonomische Nachhaltigkeit und kann zu Rebound-
2751 Effekten führen.²⁴⁵ Schon Max Horkheimer und Theodor Adorno konstatierten: „Jeder
2752 Versuch, den Naturzwang zu brechen, indem Natur gebrochen wird, gerät nur umso tiefer in
2753 den Naturzwang hinein.“²⁴⁶ Bislang aber konnte noch keine Art des Wirtschaftens etabliert
2754 werden, die nicht an ihren eigenen Grundlagen zehrt.²⁴⁷ Es wird also darum gehen, dass die
2755 Menschheit „lernt so zu leben, wie es ihrem jeweiligen Wissens- und Könnensstand

²⁴² Folgende Ausführungen basieren auf: Biesescker, Adelheid: (2012). Wie wird aus der “Zukunft der Arbeit” zukunftsfähiges Arbeiten. Anhörung der der Enquete-Kommission “Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität”, Kommissionsmaterialie M/24

²⁴³ Vgl. Kolleck, Nina / de Haan, Gerhard / Fischbach, Robert: Qualitätssicherung in der Bildung für nachhaltige Entwicklung: Netzwerke, Kommunen und Qualitätsentwicklung im Kontext der UN Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung, S. 135.

²⁴⁴ Wissen gilt seit den 1990er Jahren international als zentrale Ressource für wirtschaftliche Prosperität und wird als Handlungsvermögen, als Fähigkeit, die diversen Formen des Handelns in Gang setzen zu können, bezeichnet. Vgl. hierzu Kolleck, Nina / de Haan, Gerhard / Fischbach, Robert: Qualitätssicherung in der Bildung für nachhaltige Entwicklung: Netzwerke, Kommunen und Qualitätsentwicklung im Kontext der UN Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung, S. 135f.

²⁴⁵ Vgl. Bericht der Projektgruppe 3 (Kapitel 7): XXX Hier nach Beschluss entsprechende Seitenzahl einfügen
XXX

²⁴⁶ Horkheimer, Max / Adorno, Theodor W.: Dialektik der Aufklärung, S. 19.

²⁴⁷ Vgl. Miegel, Meinhard: Kritik am Wachstumsparadigma. Zwei Positionen, S. 5.

2756 entspricht.²⁴⁸ Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel sieht hier Diskrepanzen zwischen
2757 Handeln und Erfordernissen: „Wir müssen lernen, mit begrenzten Ressourcen umzugehen.“²⁴⁹
2758 Wissensgesellschaften unterliegen daher einem Zwang zur Neujustierung und Neuregulation.
2759 Dafür sind sie „in ihrer Dynamik und der Notwendigkeit zum permanenten Problemlösen auf
2760 Partizipation angewiesen.“²⁵⁰

2761 Doch mit einer Bildung für Nachhaltigkeit sind Schwierigkeiten verbunden: Dabei geht es um
2762 die Frage, welches Wissen in welchem Kontext vermittelt werden soll und kann, damit es in
2763 nachhaltiges Handeln umgesetzt wird. Technischer Fortschritt ist nicht nur kein Allheilmittel,
2764 sondern wird mitunter auch als Ursache für entstandene Probleme betrachtet.²⁵¹ Scheinbar
2765 verwischen hier Grenzen zwischen Bildung und Ausbildung. Eine Unterscheidung scheint
2766 daher sinnvoll, genau wie eine Betrachtung der Wirkungen von Bildung und Ausbildung.

2767 **Bildung**

2768 Bildung für nachhaltige Entwicklung wird von Politik und Wissenschaft als eine inhaltliche
2769 und institutionelle Querschnittsaufgabe betrachtet, um Nachhaltigkeitskompetenzen zu
2770 kultivieren und schließlich auch in nachhaltiges Handeln zu lancieren: „Sie zielt auf die
2771 Kompetenzen von Individuen ab, die ihnen ermöglichen, sich aktiv an der Analyse und
2772 Bewertung von nicht nachhaltigen Entwicklungsprozessen zu beteiligen. Zugleich erschließt
2773 Bildung für nachhaltige Entwicklung bei den einzelnen Menschen Fähigkeiten, ihr eigenes
2774 Handeln an den verschiedenen Dimensionen (ökologisch, ökonomisch, sozial) nachhaltiger
2775 Entwicklung so auszurichten, dass heutige und künftige Generationen gute
2776 Lebensbedingungen haben. [...] Kurz: Bildung für nachhaltige Entwicklung zielt darauf ab,
2777 Menschen dazu zu befähigen, Probleme nicht nachhaltiger Entwicklung zu erkennen und so
2778 zu handeln, dass heute und künftig lebende Generationen die Chance auf die Verwirklichung
2779 eines in sozialer, ökologischer und ökonomischer Hinsicht ‚guten‘ Lebens haben.“²⁵²

2780 Hierauf zielt auch der im Juni 2000 vom Deutschen Bundestag einmal pro Legislaturperiode
2781 eingeforderte Bericht der Bundesregierung zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ab.²⁵³
2782 Der Bericht soll regelmäßig Fortschritte von Konzept und Praxis der Bildung für nachhaltige
2783 Entwicklung darlegen. Während der Antrag vor allem auf Umweltbildung und die
2784 entwicklungspolitische Bildung fokussiert, erfahren Bildung und Nachhaltigkeit im Juni 2004
2785 mit der einstimmigen Würdigung des Aktionsplans zur UN-Weltdekade „Bildung für
2786 nachhaltige Entwicklung“ eine ganzheitlichere Betrachtung.²⁵⁴ Mit dem im Jahr 2002 in
2787 Johannesburg beschlossenen Aktionsplan soll die herausragende Bedeutung von Bildung für
2788 die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung herausgestellt werden. So ist aus Sicht des
2789 Bundestages die „Vermittlung von Grundfertigkeiten und Faktenwissen über die
2790 Zusammenhänge von Mensch, Natur und Technik [...] unverzichtbare Voraussetzung, um
2791 Menschen mit Handlungskompetenz auszustatten und damit zu gesellschaftlicher Teilhabe bei
2792 der Gestaltung einer dauerhaft tragfähigen Entwicklung zu befähigen. Dabei kommt es darauf

²⁴⁸ Ebd.

²⁴⁹ Angela Merkel am 29. Juni 2010 in Berlin, <http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Rede/2010/06/2010-06-29-rede-20-jahre-bkamt.html> (letzter Zugriff am 8. Januar 2013).

²⁵⁰ Kolleck, Nina / de Haan, Gerhard / Fischbach, Robert: Qualitätssicherung in der Bildung für nachhaltige Entwicklung: Netzwerke, Kommunen und Qualitätsentwicklung im Kontext der UN Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung, S. 136.

²⁵¹ Vgl. Miegel, Meinhard: Kritik am Wachstumsparadigma. Zwei Positionen, S. 7.

²⁵² Adomßent, Maik / Bormann, Inka / Burandt, Simon / Fischbach, Robert / Michelsen, Gerd: Indikatoren für Bildung für nachhaltige Entwicklung, S.75.

²⁵³ Vgl. Bundestagsdrucksache 14/3319, S. 5.

²⁵⁴ Vgl. Bundestagsdrucksache 15/3472, S. 1.

2793 an, im Sinne eines umfassenden Nachhaltigkeitsbegriffs die Interdependenz von Ökologie,
2794 wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit zu verdeutlichen.²⁵⁵ Bildung
2795 sollte insbesondere darauf abzielen, ein Bewusstsein für globale Auswirkungen des eigenen
2796 Handelns und beim Umgang mit Ressourcen zu schaffen.²⁵⁶ Dabei geht es einerseits darum
2797 Bildungschancen zu schaffen, die geschlechterspezifische oder pekuniäre Benachteiligungen
2798 aufheben, sowie um ein ganzheitliches Bildungsverständnis, das die drei Säulen der
2799 Nachhaltigkeit, nämlich Ökologie, Ökonomie und Soziales impliziert.

2800 Auch Martha C. Nussbaum sieht in Bildung eine Schlüsselfunktion für alle menschlichen
2801 Fähigkeiten. Dabei gehöre Bildung zu den Ressourcen, die besonders ungleich verteilt sind. In
2802 erster Linie wirkt sich diese Ungleichheit sichtbar auf die soziale Nachhaltigkeit in einer
2803 Gesellschaft aus – doch ohne soziale Nachhaltigkeit wird es auf Dauer schwierig werden, das
2804 Ziel einer ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit zu erreichen. Hierfür scheint es
2805 notwendig, mittels Bildung Gesellschaften zu emanzipieren: „Nichts ist für die Demokratie,
2806 den Genuss des Lebens, Gleichheit und Mobilität eines Landes und wirksames politisches
2807 Handeln über dessen Grenzen hinweg von größerer Bedeutung. Dabei sollte Bildung nicht
2808 allein als Bereitstellung nützlicher technischer Fertigkeiten verstanden werden, sondern auch
2809 und vor allem als allgemeine Ermächtigung der Person durch Wissen, kritisches Denken und
2810 Einbildungskraft.“²⁵⁷ Bildungsziele dürften nicht auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet sein,
2811 sondern allgemeinbildende Erziehung sei in erster Linie mit der Heranbildung gut
2812 informierter, selbstständig denkender und empathiefähiger demokratischer Bürgerinnen und
2813 Bürger verknüpft.²⁵⁸ Martha Nussbaum sieht daher die besondere Verantwortung von
2814 Schulen, um Menschen für eine gut funktionierende Demokratie heranzubilden unter anderem
2815 darin, Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler so zu entwickeln, dass sie Menschen nicht
2816 nur als bloße Objekte sehen, Rücksichtnahme für Andere zu entwickeln, verantwortliches
2817 Handeln zu fördern und sich mit Leidenschaft für kritisches Denken einzusetzen, um die
2818 Fähigkeit und den Mut fördern, die nötig sind, um eine abweichende Meinung zu äußern.²⁵⁹

2819 Neben den weitreichenden Potentialen für Nachhaltigkeit durch Bildung sieht Miegel ebenso
2820 ein größeres Potential in punkto nachhaltiger Lebensstil bei gebildeten Menschen: „Gebildete
2821 sind doppelt reich. Nicht nur fällt es ihnen dank ihrer Bildung oft leichter als Ungebildeten,
2822 materielle Güter zu erwerben. Zusätzlich haben sie immaterielle Wohlstandsquellen, die
2823 ihrem Leben Sinn und Inhalt geben. [...] Kurz: Sie haben viele Möglichkeiten, ohne größeren
2824 Einsatz materieller Ressourcen und ohne Beanspruchung der Umwelt und der Mitmenschen
2825 ein anregendes und erfülltes Leben zu führen.“²⁶⁰

2826 **Ausbildung**

2827 Während Bildung im weiteren Sinne gesamtheitlich menschliche Fähigkeiten, Werte und
2828 Bewusstsein formt, werden durch Ausbildung insbesondere Fertigkeiten vermittelt, die primär
2829 darauf abzielen, in der Arbeitswelt materielle Werte und Wachstum zu generieren, und gehen
2830 damit oft mit Verbrauch von begrenzten Ressourcen einher. Ulrich Beck überspitzt dies mit
2831 der Frage, welche Gestalt eine ökologische Arbeiterbewegung annehmen könnte. Die
2832 Gefährdungsproduktion und -definition finde weitgehend auf der Produktebene statt, die sich
2833 jedoch dem Einfluss der Betriebsräte und Arbeitnehmergruppen fast ganz entziehe und

²⁵⁵ Ebd, S. 3.

²⁵⁶ Vgl. ebd.

²⁵⁷ Nussbaum, Martha C.: Die Grenzen der Gerechtigkeit, S. 439f.

²⁵⁸ Vgl. Nussbaum, Martha C.: Nicht für den Profit – Warum Demokratie Bildung braucht, S. 28ff.

²⁵⁹ Vgl. ebd, S. 62.

²⁶⁰ Miegel, Meinhard: Exit – Wohlstand ohne Wachstum, S. 237f.

2834 vollständig in den Hoheitsbereich des Managements falle.²⁶¹ Allerdings könnten sich Arbeit
2835 und Arbeitskräfte nicht länger als Quelle des Reichtums, sondern müssten sich auch als Motor
2836 der Bedrohung und Zerstörung begreifen.²⁶²

2837 Miegel sieht eine Möglichkeit die Verschlechterung der physischen Grundlagen menschlicher
2838 Existenz über effizientere und intelligentere Wirtschafts- und Arbeitsweisen wenigstens
2839 teilweise zu kompensieren, indem Menschen in allen Wissensgebieten bestmöglich
2840 qualifiziert werden.²⁶³ Ob dies ausreichend sei, um erhebliche Wohlstandseinbußen zu
2841 vermeiden, sei ungewiss.

2842 Ein aktivierendes Ausbildungsverständnis, das einen besonderen Fokus auf die Ausbildung
2843 und Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern und
2844 Ausbilderinnen und Ausbildern als wichtige Multiplikatoren des Nachhaltigkeitsgedankens
2845 legt, wird als elementar für Nachhaltigkeit angesehen. Die in der laufenden UN-Dekade 2005
2846 – 2014 ausgerufene „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ (BNE) bietet genügend
2847 Erfahrungswerte und institutionelle Beispiele und Vorschläge, wie eine wirkungsvolle
2848 Verankerung von BNE geschehen kann, z.B.: die Implementierung eigener Studiengänge für
2849 Nachhaltigkeit, Aufnahme des Themas Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz in die
2850 Prüfungsordnungen der Ausbildungsberufe, oder last but not least die Förderung von
2851 Bildungspartnerschaften zwischen Schulen, Hochschulen und Unternehmen.

2852 **Abgrenzung von Bildung und Ausbildung in Bezug auf Nachhaltigkeit**

2853 Bildung und Ausbildung wirken also unterschiedlich auf Nachhaltigkeit. Mit Bildung
2854 verbindet sich die Möglichkeit, die Entwicklung individuellen Handelns und normativer
2855 Werte an den Dimensionen nachhaltiger Entwicklung auszurichten, um ein Bewusstsein für
2856 globale Auswirkungen des eigenen Handelns und beim Umgang mit Ressourcen zu schaffen.
2857 *Bildung* meint im Gegensatz zur *Ausbildung* nicht allein die Bereitstellung für den Beruf
2858 nützlicher Fertigkeiten, sondern Menschen mit ganzheitlichen Fähigkeiten, mit eigenen
2859 Wertevorstellungen für ein kritisches Denken zu befähigen und Vorstellungsvermögen zu
2860 kultivieren. Entscheidend hierfür sind auch die Bildungschancen, die sich den Menschen in
2861 einer Gesellschaft eröffnen. *Ausbildung* hingegen bezieht sich in erster Linie auf die
2862 Entwicklung von Fertigkeiten, die auf das Optimieren effizienterer Wirtschafts- und
2863 Arbeitsweisen ausgerichtet sind. Ausbildung vermittelt daher in der Regel Fertigkeiten zum
2864 effizienten Ressourcenverbrauch, ist also in erster Linie auf *ökonomische* Nachhaltigkeit
2865 gemünzt. Hieraus können zwei Befunde abgeleitet werden:

2866 Der *erste Befund* ist analytischer Natur: Die unterschiedlichen Wirkungen von Bildung und
2867 Ausbildung im Sinne einer nachhaltigen Arbeitswelt zusammenzuführen, kulminiert im
2868 Versuch einer Verknüpfung von *Ausbildung* mit einer auf Nachhaltigkeit ausgelegten
2869 *Bildung*. Eine wachstumsorientierte Arbeitswelt soll – so die romantische Vorstellung –
2870 durch Bildung domestiziert werden.

2871 Der *zweite Befund* ist normativer Natur: Es dürfte nicht ausreichen, lediglich mit den
2872 tradierten Bildungszielen die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern.²⁶⁴
2873 Bildung, die vor allem auf ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis abzielt, ist dem 21.
2874 Jahrhundert nicht mehr gemäß.²⁶⁵ Stattdessen sollte neben der bestmöglichen Entfaltung

²⁶¹ Vgl. Beck, Ulrich: Weltrisikogesellschaft, S. 80.

²⁶² Vgl. ebd., S. 80.

²⁶³ Vgl. Miegel, Meinhard: Exit – Wohlstand ohne Wachstum, S. 232.

²⁶⁴ Vgl. ebd., S. 233.

²⁶⁵ Vgl. ebd., S. 239.

2875 innovativ-intellektueller Potentiale, gleichberechtigt die Entfaltung emotional-sozialer
2876 Potentiale der Gesellschaft treten.²⁶⁶ Das Bildungswesen prämiere „intellektuelle
2877 Kompetenzen und ignoriert weitgehend alle übrigen. Wer intellektuell glänzen kann, hat es im
2878 bestehenden System leicht. Die anderen sind häufig Verlierer. Aber weder Individuen noch
2879 Gesellschaften lassen sich auf Intellektuell-Rationales reduzieren. Vielmehr sind sie zugleich
2880 irrational, hochgradig emotional und nicht zuletzt sozial. Und auf diesem Gebiet bedürfen sie
2881 ebenso der Ansprache, Begleitung und Entfaltung wie in den Bereichen von Wissenschaft,
2882 Technik und allem Intellektuellen.“²⁶⁷

2883 Die Schlussfolgerung daraus: Das Bildungswesen wird weiterhin Wissen und Können
2884 vermitteln müssen, jedoch stärker als bisher neben den rein fachlichen auch die sozial-
2885 normativen Potentiale der Gesellschaft aktivieren müssen.²⁶⁸ Bildungsinhalte und -methoden
2886 werden also so zu optimieren sein, dass sie Individuen mit Sozial- und
2887 Nachhaltigkeitskompetenzen hervorbringen, die nachhaltig denken, handeln und arbeiten
2888 können.

2889 Beispielsweise kann angesichts einer Aufspaltung universitärer Wissensvermittlung in
2890 mittlerweile knapp 16.000 Bachelor-Studiengänge von einer Ganzheitlichkeit des Wissens
2891 oder auch nur einer Möglichkeit zur Synthese unterschiedlicher Wissensbereiche kaum noch
2892 die Rede sein. Das ist für die Frage der Nachhaltigkeit nachteilig, weil die immer stärker
2893 spezialisierten Teilbereiche der Wissensvermittlung nicht mehr in ein auch normativ
2894 verstandenes Ganzes eingebettet sind. Auch für die Frage demokratischer Teilhabe ist dieser
2895 Befund eher ernüchternd. Die „Abrichtung in der Fabrik allgemeiner Utilitäten“ (Friedrich
2896 Nietzsche) produziert weder mündige Staatsbürgerinnen und Staatsbürger noch kritische
2897 Konsumentinnen und Konsumenten.

2898 Die Enquete-Kommission empfiehlt, dass die für die Inhalte der Bildungspolitik zuständigen
2899 Länder gebeten werden, ob die angebotenen Studiengänge durch ein philosophisches Studium
2900 Generale ergänzt werden können, um Reste ganzheitlicher Bildung im 21. Jahrhundert
2901 bewahren zu helfen.

2902 **3.4.2 Mögliche Typisierungen künftiger Arbeitsleben**

2903 In diesem Kapitel sollen die drei Modelle der „zukunftsfähigen“ Arbeit im Kapitel 3.3 mit
2904 Gestaltungsmöglichkeiten der Kapitel 3.4.3 und Kapitel 3.4.4 verknüpft werden und als
2905 idealisierte Typisierungen dargestellt werden.

2906 Zugrunde liegt hierbei das Konzept des *Idealtypus*, mit dem eine gedankliche Steigerung
2907 bestimmter Elemente der Wirklichkeit verbunden ist, in dem widerspruchslöse
2908 Zusammenhänge durch Steigerung bis hin zur Utopie konstruiert werden.²⁶⁹ Ziel dabei ist, aus
2909 der ungegliederten Mannigfaltigkeit der Wirklichkeit trennscharfe (eben idealtypische)
2910 Begriffe zu bilden, um den Charakter einer Erscheinung dahingehend bestimmen zu können,
2911 inwieweit sie sich einem Idealtypus annähert.²⁷⁰ Kurzum geht es darum, wesentliche
2912 Begriffsinhalte zu spezifizieren, um Idealtypen trennscharf elaborieren zu können. Die

²⁶⁶ Vgl. ebd., S. 233.

²⁶⁷ Ebd., S. 232f.

²⁶⁸ Vgl. ebd., S. 234f.

²⁶⁹ Vgl. Käsler, Dirk (1979). Einführung in das Studium Max Webers: 181f.

²⁷⁰ Vgl. Käsler, Dirk (1979): Max Weber – Eine Einführung in Leben, Werk und Wirkung: 231. Weiterführend vgl. Weber, Max: Methodologische Schriften, S. 69.

2913 Merkmale der Idealtypen müssen dabei logisch konsistent und im Inneren frei von
2914 Widersprüchen sein.²⁷¹

2915 Es geht in der folgenden schematischen Darstellung also um eine idealisierte Interpretation
2916 möglicher Typisierungen künftiger Arbeitsleben. Diese könnte (nach Kapitel 3.3) drei Typen
2917 umfassen:

- 2918 • Typ I: Ausdehnung der Erwerbsarbeit,
- 2919 • Typ II: Ausbau der Erwerbsarbeit auf Basis guter Arbeit und punktueller
2920 Arbeitszeitverkürzung,
- 2921 • Typ III: „Das Ganze der Arbeit zukunftsfähig gestalten“.

2922 Im Mittelpunkt dieser *möglichen* Typisierungen steht der *Impetus* des jeweiligen Typs:

- 2923 • Typ I: Die Bewältigung des demographischen Wandels, Globalisierung und des
2924 Fachkräftemangels,
- 2925 • Typ II: Vollbeschäftigung in qualitativ hochwertiger Arbeit,
- 2926 • Typ III: Gesellschaftliche Umverteilung, geschlechtsspezifische Zuweisungen und
2927 Abwertungen überwinden.

2928 Jeder Typus wird idealisiert, indem Alleinstellungsmerkmale herausgestellt werden, die mit
2929 ihm verbunden sind (hierbei werden in der schematischen Darstellung ungeschliffen
2930 Arbeitszeiten, Politikadressaten und andere Handlungsoptionen farblich voneinander
2931 abgehoben).

2932 Eingebettet sind die idealisierten Typisierungen künftiger Arbeitsleben in eine
2933 typenübergreifende Rahmung:

2934 Eine übergreifende Rahmung erfolgt durch das Thema Bildung und Ausbildung auf der
2935 Makroebene sowie Gesundheitsschutz auf der Mikroebene. Sie sind jeweils in einem
2936 schwarzen Rechteck oben und unten dargestellt und symbolisieren die Rahmung, in der die
2937 dargestellten Typisierungen künftiger Arbeitsleben gleichermaßen „eingebettet“ sind.

2938 Weitere Handlungsoptionen auf der Makro- und Mikroebene, die nicht typisch für nur eine
2939 Typisierung sind, sondern mit mehreren Typen verlinkt werden können, sind innerhalb des
2940 Schemas in grauen Kästchen dargestellt. Jede diese Handlungsoption ist nicht zwingend
2941 einem einzigen Typus zuzuordnen, sondern kann je nach Ausgestaltung in mehreren Typen
2942 Anwendung finden. Es können mitunter auch Tendenzen ausgemacht werden: Diese
2943 Tendenzen werden über die Anordnung der Kästchen symbolisiert (je näher ein Kästchen an
2944 einem dargestellten Typ liegt, umso *denkbarer* lässt sich eine Handlungsoption mit einer
2945 dargestellten Typisierung verlinken). Im Umkehrschluss sind von einer Typisierung entfernt
2946 dargestellte Kästchen schwerer logisch miteinander zu verlinken.

2947 Aufgrund der Pluralität der Vorstellungen zukünftiger Arbeitsleben, beinhaltet der nun
2948 folgende Überblick eine ganze Reihe denkbarer Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitswelt –
2949 er ist aber nicht als ganzheitlicher Forderungskatalog zu verstehen.

2950

²⁷¹ Vgl. Käsler, Dirk (1979): Einführung in das Studium Max Webers, S. 182.

Mögliche Typisierungen künftiger Arbeitsleben (3 Typen), eingebettet in typenübergreifende Optionen auf Makro- und Mikroebene

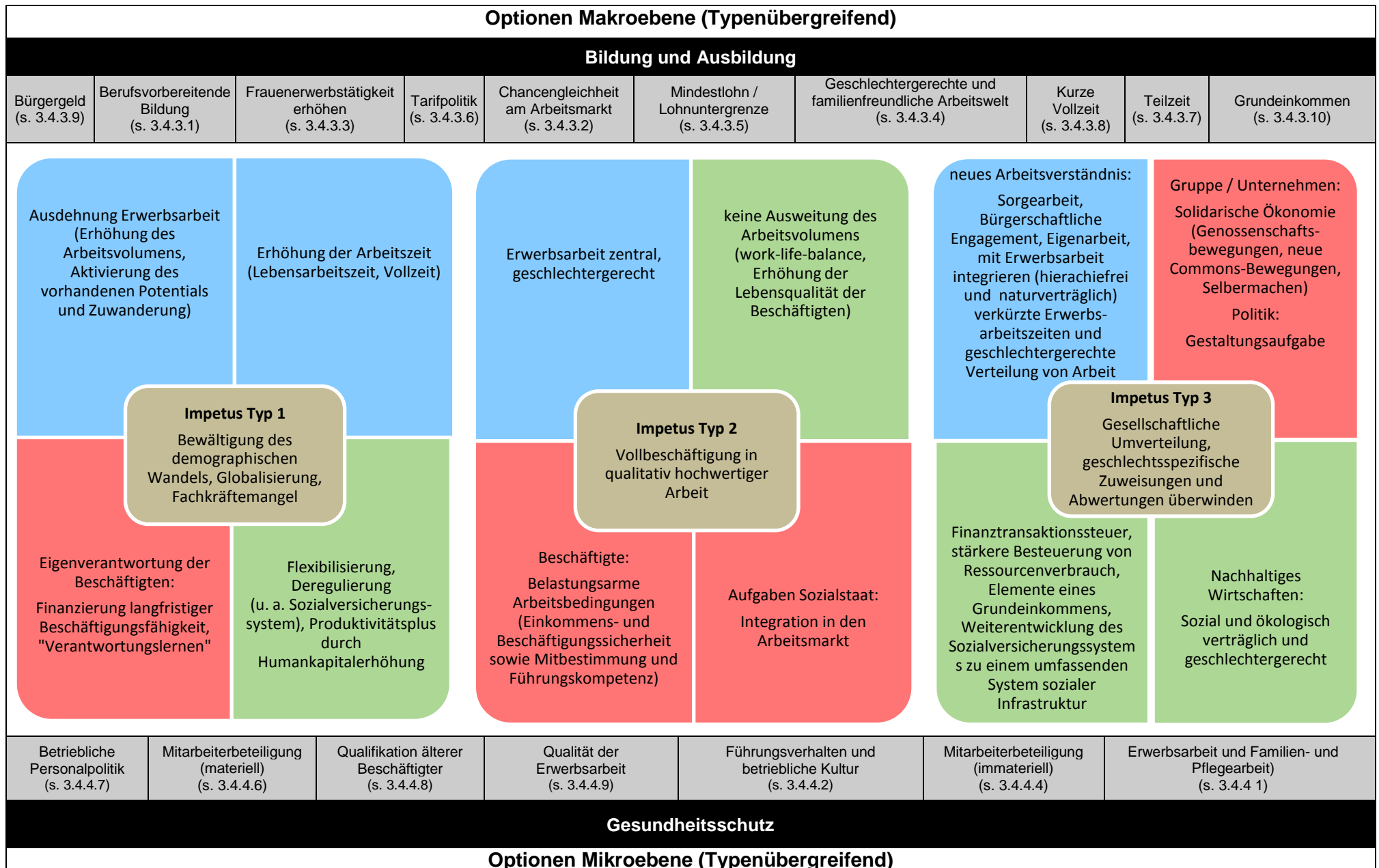


Abbildung 4: Typisierungen künftiger Arbeitsleben

3.4.3 Gestaltungsmöglichkeiten auf der Makroebene

Wie Kapitel 3.3 zeigt, hängen die Gestaltung von Arbeitsformen auf Makroebene und die dazugehörigen Handlungsempfehlungen deutlich von den gegebenen Sichtweisen und auch den erwünschten Zielen ab.²⁷²

Die unterschiedliche Bewertung der Problemlage und Vorstellung von „zukunftsfähiger Arbeit“ stellt einvernehmliche Empfehlungen zur Gestaltung von Arbeitsformen auf allen Ebenen vor große Herausforderungen.

Die Bewertung der einzelnen Maßnahmen ist demnach, zu großen Teilen, hauptsächlich von der oben angesprochenen grundsätzlich unterschiedlich wahrgenommenen Problembeschreibung und Vorstellung von „zukünftiger Arbeit“ abhängig.

Mit Hilfe der Einführung eines gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohns und eines bedingungslosen Grundeinkommens machte das von der Projektgruppe vergebene Gutachten Prof. Althammers²⁷³ beispielhaft deutlich, dass oftmals aufgrund der geringen empirischen Datenlage und mangelnder Übertragbarkeit insbesondere bei der Bewertung der Instrumente auf Simulationsstudien zurückgegriffen wird.

Da die Einschätzung über die Gesamtproblemlage und -lösungen deutlich auseinander gehen (wie in Kap. 3.3 gezeigt) stellt sich bezogen auf Prof. Althammers Einschätzung jedoch die Frage, „ob die beobachteten Veränderungen auf einen tiefer gehenden Transformationsprozess verweisen oder noch im Rahmen von Kontinuitäten interpretiert werden können“ (Sauer: 5) und die angesprochene Umstrukturierung bestehender Sozialversicherungsinstrumente ausreichen.

Auf Basis der angesprochenen Datenlage kann somit für die Gestaltung von Arbeitsformen keine eindeutigen Empfehlungen abgegeben werden. Aus diesem Grund werden hier im Folgenden nur vereinzelte Gestaltungsansätze beispielhaft von der einen oder anderen Seite dargestellt.²⁷⁴ Da allerdings nur wenig aussagekräftiges „robustes“ Wissen über die Wirkungsweisen der bekannten Gestaltungsansätze für Deutschland vorliegt, besteht ein einheitliches klares Plädoyer für ein umfassendes Forschungsprogramm, welches versucht, die Möglichkeiten empirisch und experimentell zu erheben.

3.4.3.1 Berufsvorbereitende Ausbildung

Ausbildung ist die zentrale Investition in unsere Zukunft. Von der Rendite dieser Investition profitieren alle – die Menschen, die Wirtschaft und das Land als Ganzes. Wir brauchen daher eine Gesamtstrategie, die die Qualität von Bildung in allen Bereichen verbessert.

Nur eine umfassende Bildung von Persönlichkeit und Ausbildung der Berufsfähigkeit ermöglicht wirkliche Teilhabe an der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung. Nur mit gut qualifizierten Menschen können neue Ideen entwickelt und hochwertige Produkte und Dienstleistungen angeboten werden, die die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit des Standortes Deutschland sichern. Bildungspolitik ist auch die wirksamste und nachhaltigste Sozialpolitik, denn nur wer ausreichend auf die Anforderungen

²⁷² Einleitende Bemerkung zur alphabetischen Ordnung. Kunert

²⁷³ Vgl. Drucksache ## Seite: ##

²⁷⁴ Alphabetisch geordnet.

in der modernen Wirtschaft und Gesellschaft vorbereitet ist, kann selbstständig sein Leben gestalten, ohne dauerhafte Transferleistungen auskommen und berufliche Chancen realisieren.

Bisher bleiben Potenziale durch Mängel im Bildungssystem ungenutzt: So verließen 2009 6,5 Prozent der Schulabgänger – das sind immerhin knapp 60.000 junge Menschen pro Jahr – die Schule ohne Abschluss.²⁷⁵ 2011 waren noch 2,7 Millionen Menschen ohne allgemeinen Schulabschluss.²⁷⁶ Unser Land braucht eine nachhaltige Prioritätensetzung bei der Ausbildung. Wir brauchen eine Gesamtstrategie, die die Qualität von Bildung in allen Bereichen verbessert.

Die Bildungspolitik muss an vier zentralen Leitlinien ausgerichtet werden:

- 1) Mehr Selbstständigkeit und mehr Wettbewerb sind in allen Bildungsbereichen der Schlüssel zu mehr Qualität. Schulen und Hochschulen brauchen mehr Selbstständigkeit in Finanz-, Verwaltungs- und Personalfragen. Der Bildungsbereich muss konsequent entbürokratisiert und dezentralisiert werden.
- 2) Die Abschottung der verschiedenen Bildungswege gegeneinander muss überwunden, die Durchlässigkeit des Bildungssystems und die internationale Vergleichbarkeit der Qualifikationen müssen verbessert werden. Vor allem bedarf es einer Öffnung der Hochschulen für Absolventinnen und Absolventen beruflicher Ausbildung über faire Auswahlverfahren.
- 3) Berufsvorbereitende Ausbildung muss sich an individueller Begabung und Leistungsfähigkeit ausrichten. Neben einer Steigerung des Anteils von Hochschulabsolventen und optimalen Entwicklungsmöglichkeiten für Auszubildende muss ebenso die Integration lernschwächerer junger Menschen in der Ausbildung Ziel sein.
- 4) Der Fachkräftebedarf in naturwissenschaftlich-technischen Berufen wird bereits zur Wachstums- und Innovationsbremse. Zur quantitativen und qualitativen Sicherung des MINT-Nachwuchses (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) müssen Unterricht und Lehre in Schule und Hochschule hier Prioritäten setzen.

Lebenslanges Lernen

Weiterbildung wird immer wichtiger, um mit der abnehmenden „Halbwertszeit des Wissens“ Schritt halten zu können. Kompetenzen müssen nicht nur an neue Anforderungen der modernen Technologien, der stärkeren Dienstleistungsorientierung und der zunehmenden Internationalisierung angepasst werden; auch die demographische Entwicklung und längere Lebensarbeitszeiten machen eine ständige Anpassung bis ins fortgeschrittene Alter hinein erforderlich.

Maßstab für berufliche Weiterbildung ist die Bedarfsorientierung und Verwertbarkeit am Arbeitsplatz. Berufliche Weiterbildung wird zunehmend in den Arbeitsprozess integriert. Dies setzt, je nach Anforderungen des Arbeitsplatzes und Profil des Mitarbeiters oder der Mitarbeiterin, ein sehr individuell geprägtes Weiterbildungsverständnis voraus. Bedarfe und

²⁷⁵ Fußnote wird nachgereicht

²⁷⁶ Destatis, Bildungsstand, 2011

die Reaktionen darauf können sehr unterschiedlich aussehen. Pauschale Regelungen etwa in Form von gesetzlichen Weiterbildungsansprüchen oder Freistellungsregelungen werden dem nicht gerecht.

Im Jahr 2010 investierten die Unternehmen 28,6 Mrd. Euro in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter²⁷⁷, um durch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Auch der Mitarbeiter oder die Mitarbeiterin ist gefordert, seine oder ihre Kompetenzen in eigener Initiative weiterzuentwickeln. Denn nur wer weiter lernt, sichert sich berufliche Chancen und erhält seine Beschäftigungsfähigkeit.

Insgesamt gilt es, die Verantwortlichkeit für berufliche Weiterbildung je nach Nutzen und Interessen zu teilen. In der Regel profitieren Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Unternehmen von Weiterbildung. Sie sollten sich daher alle am Aufwand beteiligen und Verantwortung übernehmen. Vor allem die Einbringung von Zeit stellt eine gute Möglichkeit zur Beteiligung des Einzelnen oder der Einzelnen am Weiterbildungsaufwand dar. Aktuell finden noch rund zwei Drittel der betrieblichen Weiterbildung in der Arbeitszeit statt. Dies ist eine erfreuliche Entwicklung – 2007 hatte dieser Anteil noch vier Fünftel betragen. Allerdings wünscht sich weiterhin eine Mehrheit der Betriebe, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr Freizeit für die eigene Weiterbildung einbringen.²⁷⁸ Viele Unternehmen wären bei einer stärkeren Eigenbeteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu noch höheren Investitionen in Weiterbildung bereit.

Damit Betriebe und jeder oder jede Einzelne seiner oder ihrer Verantwortung gerecht werden können, ist ein bedarfsgerechtes und differenziertes Weiterbildungsangebot entscheidend. Die Weiterbildungsanbieter stehen vor der Aufgabe, sich zu Dienstleistern mit individuellen Angeboten, in Form von Weiterbildungsberatung und -begleitung und Unterstützung prozessorientierten Lernens am Arbeitsplatz, weiterzuentwickeln. Hochschulen sind gefordert, ihr Angebot an wissenschaftlicher Weiterbildung auszubauen und konsequent an den Anforderungen der Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszurichten, insbesondere auch in Form berufsbegleitender Angebote.

Die Verantwortung der Politik für Weiterbildung liegt vor allem in lernförderlichen Rahmenbedingungen. Neben einer Politik für Wachstum und Beschäftigung gehört eine messbare Qualitätsverbesserung im Bildungssystem dazu. Frühkindliche Bildung und Schule müssen Lernfähigkeit und -motivation stärken und damit die Basis für das lebenslange Lernen legen.

Zudem muss die Durchlässigkeit im Bildungssystem verbessert werden, damit im Verlauf des lebenslangen Lernens auf Abschlüsse neue Anschlüsse folgen. Dies gilt insbesondere zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung. Hierzu gehört insbesondere ein offener und transparenter Hochschulzugang für beruflich qualifizierte. Zu mehr Durchlässigkeit müssen auch der Europäische Qualifikationsrahmen (EQR) und der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) beitragen. Sie sind bildungsbereichsübergreifend angelegt und machen die erworbenen Kompetenzen auf qualitativer Ebene vergleichbar – unabhängig davon, wo sie erworben wurden.

3.4.3.2 Chancengleichheit am Arbeitsmarkt

²⁷⁷ FN wird nachgereicht.

²⁷⁸ FN wird nachgereicht

Vor dem Hintergrund des zentralen Stellenwerts von Arbeit in unserer Gesellschaft und der Diskussion um Fachkräftemangel, sowie in Anbetracht der engen Verknüpfung von Arbeit, materiellem Einkommen und Anerkennung, fällt der Chancengleichheit am Arbeitsmarkt eine zentrale Schlüsselfunktion zu.²⁷⁹ Wie im Bildungsteil mit Martha Nussbaum bereits erwähnt wurde, genießt Bildung für alle menschlichen Fähigkeiten eine besondere Bedeutsamkeit. Somit fällt auch der ungleichen Verteilung von Bildung besondere Relevanz zu – unabhängig der Chancengerechtigkeit kommt es bei ungleicher Bildung zu weniger sozialer Nachhaltigkeit, heißt es, und somit auch zu Schwierigkeiten bei der Realisierung von ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit. Mit Blick auf den Eintritt in den Arbeitsmarkt, den Übergang in unterhaltssichernde Beschäftigung und den beruflichen Aufstieg, ist Bildung zentral für die Verwirklichungschancen.²⁸⁰ Benachteiligungen bei Bildungschancen aufzuheben, ist also für die Herstellung von Chancengleichheit unabdingbar.

Jenseits von Bildung kommt es beim Zugang zum Arbeitsmarkt und hinsichtlich beruflicher Aufstiegschancen noch zu anderen Hürden. Konzentriert wird sich an dieser Stelle auf Hürden und Barrieren im Zusammenhang mit Erwerbsarbeit. Dabei wurde eine erste Barriere, die eng mit der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung verknüpft ist, bereits in verschiedenen Kontexten thematisiert: Im Zusammenhang mit dem „Capability Approach“ von Martha Nussbaum wurde die Zeit, die viele Frauen für Care-Tätigkeiten aufbringen, als Hinderungsgrund für die Teilnahme an anderen Lebensbereichen erwähnt. Im Abschnitt von Guter Arbeit wurde auf das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verwiesen. Der Abschnitt zum „Ganzen der Arbeit“, zielt darauf ab, die historisch gewachsenen Trennungsstrukturen von öffentlicher und privater Arbeit aufzulösen und mit einem umfassenden Blick andere Bewertungen zuzulassen. Aus diesen Ausführungen bleibt festzuhalten: Die geschlechtsspezifische Teilung der Arbeit wirkt sich wesentlich auf die Beteiligung und Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt aus.²⁸¹ Beeinflusst wird das Arbeitsangebot von Frauen an dieser Stelle auch durch Steuer- und Transfersysteme. Auf der einen Seite fördern u.a. der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen eine gleichwertige Teilhabe im Erwerbsleben. Auf der anderen Seite setzten das Ehegattensplitting, die abgeleiteten Sozialversicherungen sowie die Minijobs starke Anreize für verheiratete Frauen, nicht oder nur geringfügig tätig zu sein – so heißt es im Gleichstellungsbericht „Neue Wege – Gleiche Chancen“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von 2011.²⁸²

Des Weiteren wirken sich neben der geschlechtlichen Arbeitsteilung direkte und indirekte Diskriminierungen sowie Bedrohungen durch Stereotype auf die Möglichkeiten des Eintritts in die Erwerbsarbeit und auf die Möglichkeit zum beruflichen Aufstieg aus. Beispielsweise hinterlassen eher diskontinuierliche Erwerbsbiographien von Frauen insofern ihre Spuren, als Arbeitgeber tendenziell weniger in Frauen, als in Männer investierten – durch diese stereotypen Erwartungen sind in Folge oft auch Frauen ohne Kinder betroffen.²⁸³ Auch spielten bei Einstellungsgesprächen „Similar-to-me-Effekte“ eine Rolle, wonach der Arbeitgeber sich selbst ähnelnden Personen den Vorzug gibt.²⁸⁴ Von Problemen dieser Art sind oft auch Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund betroffen. Statistiken zeigen, dass sich die Einkommenssituation und das Armutrisiko von Menschen mit Migrationshintergrund deutlich prekärer darstellt, als von Menschen ohne

²⁷⁹ Wichtigkeit der Teilhabe am Erwerbsleben, auch: (9.Bericht der Beauftragten der BR für Migration..., S.118)

²⁸⁰ Vgl. BMFSFJ Hrsg. (2011): Gleiche Wege – Gleiche Chancen, S.211

²⁸¹ Vgl. Kurz-Scherf 2006. Arbeit und Geschlecht im Wandel. S.2 /Bezug auf Regina Becker-Schmidt und Gudrun Axeli-Knapp: „Eines ist zu wenig, beides ist zu viel“

²⁸² Vgl. BMFSFJ Hrsg. (2011): Gleiche Wege – Gleiche Chancen, S.212

²⁸³ Vgl. BMFSFJ Hrsg. (2011): Gleiche Wege – Gleiche Chancen, S.213

²⁸⁴ Vgl. Kurz-Scherf 2006. Arbeit und Geschlecht im Wandel. S.7

Migrationshintergrund.²⁸⁵ Des Weiteren sind sie deutlich mehr von Überqualifizierungen²⁸⁶ am Arbeitsmarkt betroffen und werden unterdurchschnittlich bei Weiterbildungen gefördert.²⁸⁷ Seit 2006 ist in Deutschland, wenn auch noch in einer abgeschwächten Form, das Allgemeine Gleichstellungsgesetz in Kraft getreten. Demnach ist es Ziel des Gesetzes: „Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.“²⁸⁸

Um Gefährdungen durch Stereotype oder Diskriminierungen entgegenzutreten, werden in einigen Ländern, wie z.B. den USA, Formen von „affirmative action“ im öffentlichen Sektor oder anonymisierte Bewerbungsverfahren praktiziert.²⁸⁹ Unter anderem wird als weiteres Instrument von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration im „9.Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland“ interkulturelle Qualifizierung des Beratungspersonals ins Spiel gebracht.²⁹⁰ Da der betriebliche Bereich durch verdeckte Diskriminierung als besonders gefährdet gilt²⁹¹ und um vorhandene Potentiale besser nutzen zu können, werden Strategien der interkulturellen Öffnung und des Managing Diversity diskutiert. Im 9.Lagebericht wird beispielsweise die Unternehmensinitiative der „Charta der Vielfalt“ angeführt, die einer Unternehmenskultur von gegenseitigem Respekt und Wertschätzung verpflichtet ist und bei der Umsetzung von Diversity Maßnahmen unterstützt.²⁹² Auch der öffentliche Dienst steht im Fokus des Lageberichtes, der sich durch eine erhebliche Unterrepräsentanz von Migrantinnen und Migranten auszeichnet.²⁹³ Die Diversity Programme oder Programme der Interkultur setzen am Abbau von Barrieren und einer Herstellung von Chancengleichheit an, wobei althergebrachte und wenig reflektierte Strukturen in Unternehmen und Organisationen anvisiert werden, die dazu beitragen Ungleichheiten zu reproduzieren.²⁹⁴ Im Kontext von Geschlechtergerechtigkeit spielt insbesondere das Instrument des Gender Mainstreaming eine Rolle. Als Gleichstellungsstrategie wurde es 1997 im Amsterdamer Vertrag als verbindliche Aufgabe für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union festgeschrieben.²⁹⁵

3.4.3.3 Frauenerwerbstätigkeit ausbauen

Die Ermöglichung einer höheren Erwerbstätigkeit von Frauen ist aus der geschlechtergerechten Arbeitswelt dringend geboten. Frauen gehen immer noch deutlich

²⁸⁵ vgl. BBMFI Hrsg. (2012): 9.Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, S.119,120

²⁸⁶ Vgl. BBMFI Hrsg. (2012): 9.Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, S.125

²⁸⁷ Vgl. BBMFI Hrsg. (2012): 9.Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, S.132,133)

²⁸⁸ Vgl. AGG, <http://www.gesetze-im-internet.de/agg/BJNR189710006.html>, 5.März 2013

²⁸⁹ Vgl. BBMFI Hrsg. (2012): 9.Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, S.209

²⁹⁰ BBMFI Hrsg. (2012): 9.Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, S.136 – dabei nicht stereotypisierend

²⁹¹ Vgl. BBMFI Hrsg. (2012): 9.Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, S.209

²⁹² Vgl. BBMFI Hrsg. (2012): 9.Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, S.136

²⁹³ Im Bericht heißt es hierzu, dass sich die Vielfalt der Gesellschaft im öffentlichen Dienst widerspiegeln sollte. Darüber wird sich sowohl eine Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Verwaltung versprochen, als dies auch zu einer angemessenen Repräsentanz aller gesellschaftlichen Gruppen führen würde. Vgl. BBMFI Hrsg. (2012): 9.Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, S.141

²⁹⁴ Vgl. Managing Diversity (**Verweis folgt noch**) und Terkessidis (2010): Interkultur; Terkessidis stellt hierbei heraus, dass Diversity Programme weniger bestimmte Gruppen adressieren sollten, was zu Stereotypisierungen führen kann, sondern die Verwirklichungschance jedes Einzelnen im Blick haben sollten. Es geht darum die strukturellen Behinderungen in Institutionen zu erkennen und zu verändern. vgl. Terkessidis: Interkultur, S.139- 141

²⁹⁵ Auch das Gender Mainstreaming zielt auf eine strukturelle Veränderung von Organisationen ab. Dabei spielt auch die Veränderung der Organisationskultur eine Rolle (vgl. Neustüß, Claudia und Michael Meuser (2004). Gender Mainstreaming, bpb, S.9/11)

seltener einer Erwerbstätigkeit nach als Männer und haben zudem ein signifikant geringeres Arbeitsvolumen.²⁹⁶

Bis zu 2,4 Millionen Frauen könnten nach Berechnungen der OECD bei veränderten Rahmenbedingungen wie einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis zum Jahr 2025 zusätzlich für den Arbeitsmarkt gewonnen werden, vor allem in der wichtigen Gruppe der Frauen mit relativ hohen Bildungsabschlüssen. Dieser Prozess könnte insbesondere durch flexible, der Familiensituation angepasste Arbeitszeiten befördert werden. Nach einer Studie des IZA könnten bis zu 1,5 Millionen Vollzeitstellen allein durch aktuell nicht erwerbstätige Mütter besetzt werden, wenn sie in ihrem jeweiligen Beruf die Möglichkeit hätten, die Arbeitszeit flexibler und damit familienfreundlicher zu gestalten[1].

Auch aus der Perspektive des demographischen Wandels und des damit einhergehenden absehbaren Absinkens der Zahl von Erwerbspersonen ist eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen von besonderer Bedeutung.²⁹⁷

Die verschiedenen familienpolitischen Leistungen in Deutschland von jährlich rund 200 Milliarden Euro sollten stärker auf die frühkindliche Betreuung konzentriert werden, um den Frauen bessere Berufsperspektiven zu bieten.

Obwohl wir in Deutschland mit der Frauenerwerbsquote von 71,4 % im Jahr 2009 über dem EU-Durchschnitt liegen, übertreffen uns die Niederlande und die skandinavischen Länder, so liegt die Frauenerwerbsquote in Dänemark beispielsweise bei 77,3 %[1]. Das zeigt, welches Potenzial in Deutschland noch erschlossen werden kann.²⁹⁸

3.4.3.4 Geschlechtergerechte und familienfreundliche Arbeitswelt

Gerade im Hinblick auf einen solchen umfassenden Bildungsbegriff ist auch auf die Bedeutung von Familien- und Pflegearbeit für eine umfassende Persönlichkeitsbildung hinzuweisen. Hier verbinden sich Fragen nach zukunftsfähiger Arbeit mit der Notwendigkeit, auch die demographischen Implikationen nachhaltigen Lebensstils zu berücksichtigen.

Die Tatsache, dass junge, gut ausgebildete Menschen sich heute seltener für Kinder entscheiden, provoziert kritische Fragen bezüglich der umfassenden Nachhaltigkeit der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland.

Zentral ist dabei eine hinreichende öffentliche Betreuungsinfrastruktur. Der Mangel an Ganztagsbetreuung ist eines der wesentlichen Hindernisse für eine geschlechtergerechte Erwerbsbeteiligung. Zugleich wird damit die Chance für eine umfassendere Bildungsförderung im frühkindlichen Alter vergeben. Der Rechtsanspruch auf Betreuung und frühkindliche Förderung, den jedes Kind zwischen einem und drei Jahren ab August 2013 haben wird, trägt diesen Umständen Rechnung. Um diesen Anspruch zu verwirklichen muss der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Unter-Dreijährige ebenso schleunig vorangetrieben werden wie die Erweiterung des Angebots an Ganztagschulen und Horten.²⁹⁹ Daneben müssen auch die familienpolitischen Leistungen dahingehend überprüft werden, ob

²⁹⁶ Gleichstellungsbericht BMFSFJ.

²⁹⁷ Klaus F. Zimmermann „Das Wachstum der Zukunft ist weiblich“, IZA Standpunkte Nr. 48 März 2012; siehe auch PG 1-Bericht Koa und Oppo

²⁹⁸ Klaus F. Zimmermann: 2

²⁹⁹ BMFSFJ (Hrsg.) (2011). Neue Wege - Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Erster Gleichstellungsbericht. Bundestagsdrucksache 17/6240. Berlin. S. 158.

sie in ihren Anreizwirkungen und Förderschwerpunkten den umfassenden Zielen einer zukunftsfähigen Arbeitswelt und den Wünschen von Frauen und Männern entsprechen.

Weiterhin ist das Thema ‚Vereinbarkeit von Studium und Familie‘ zu nennen, auf das die Gemeinnützige Hertie-Stiftung im Zusammenhang der Zertifizierung familienfreundlicher Hochschulen hingewiesen hat.³⁰⁰ Angesichts sehr langer Ausbildungszeiten in Deutschland ist die stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Schülerinnen und Schülern sowie von Studierenden mit Kindern im deutschen Bildungssystem zu stärken.

Im Bereich der betrieblichen Arbeit sollte der Bedeutung der Familienarbeit auf mehrfache Weise Rechnung getragen werden:

Familienarbeit ist ein Element personaler Verantwortung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und dient dem langfristigen Erhalt der Arbeitskraft. Die Vereinbarkeit von Familien- bzw. Pflege- und Berufsarbeit kann durch eine ganze Reihe betrieblicher Maßnahmen verbessert werden: Hierzu zählen flexible Regelungen bezüglich Arbeitszeit und –ort, thematisch abgestimmte Programme betrieblicher Aus- und Weiterbildung (gerade auch für Führungskräfte mit Personalverantwortung), Kontakthalteprogramme während der Elternzeit, besser auf die Bedürfnisse von Eltern abgestimmte Betreuungseinrichtungen etc.³⁰¹ Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten einen bedeutenden Beitrag für die Wettbewerbsfähigkeit eines Arbeitgebers. Firmen, die sich durch besonders leistungsfähige Maßnahmen in den wichtigsten Handlungsfeldern Arbeitszeit, Arbeitsort, familienbewusste Personalarbeit, Weiterbildungs- und Kinderbetreuungsmaßnahmen auszeichnen, deutliche Verbesserungen in der Qualität ihres Bewerberpools sowie ihrer Mitarbeiterproduktivität.³⁰²

Dies würde eventuell den gegenwärtig im Zusammenhang mit dem Elterngeld zu beobachtenden Trend verstärken, auch Männer zur stärkeren Übernahme von Erziehungsverantwortung und zum Einbau von Erziehungszeiten in die eigene Berufsbiographie zu ermutigen. Denn angesichts einer verstärkten und weiter steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen, aber gleichbleibenden Betreuungsbedürfnissen von Kindern ist eine Verhaltensänderung von Männern bezüglich ihres Erwerbsverhaltens unverzichtbar. Eine Kultur verstärkter männlicher Erziehungsverantwortung könnte etwa durch neue Medieninhalte, Transformation der Personalarbeit und Unternehmenskultur in Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst aber auch Veränderungen im Bereich der Kinderbetreuung und der Elementarbildung gefördert werden.

3.4.3.5 Gesetzlicher Mindestlohn bzw. Lohnuntergrenze

Die aktuelle politische Debatte um die Themen gesetzlicher Mindestlohn bzw. Lohnuntergrenze wurde auch in der Projektgruppe 5 der Enquete-Kommission intensiv geführt, ohne allerdings neue Befunde und Erkenntnisse zu ergeben.

³⁰⁰ Hertie-Stiftung/ FFP Universität Münster (2008): Betriebswirtschaftliche Effekte einer familienbewussten Personalpolitik Ergebnisse einer repräsentativen Unternehmensbefragung. http://www.beruf-und-familie.de/system/cms/data/dl_data/f3c69d1e6284dab14ce71deda87f32b3/praesentation_BWL_Effekte.pdf

³⁰¹ Vgl. z.B. <http://www.beruf-und-familie.de/>

³⁰² Hertie-Stiftung/ FFP Universität Münster (2008): Betriebswirtschaftliche Effekte einer familienbewussten Personalpolitik Ergebnisse einer repräsentativen Unternehmensbefragung. http://www.beruf-und-familie.de/system/cms/data/dl_data/f3c69d1e6284dab14ce71deda87f32b3/praesentation_BWL_Effekte.pdf

3.4.3.6 Tarifpolitik

Im Bereich der Tarifpolitik ist auch bei einigen Gewerkschaften der Einbezug des demographischen Wandels der arbeitenden Bevölkerung als Herausforderung thematisiert worden. So hat die IG BCE in Abstimmung mit Geschäftsführungen und Betriebsräte einen Demografiefond tarifvertraglich geregelt. Der Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin zahlt einen tariflich festgelegten Jahresbetrag in diesen Fond und doch über die Verwendung wird zusammen mit den jeweiligen Betriebsräten entschieden. Die möglichen Optionen zur Auswahl für die jeweiligen Beschäftigten sind, die finanzielle Verbesserung der Altersteilzeit, der Ausbau von Langzeitkonten, die Aufbesserung der Teilrente, der Ausbau der Altersvorsorge sowie der Abschluss von Berufsunfähigkeitsversicherungen³⁰³. Darüber hinaus ist, eine graduelle Reduktion der Vollzeit mit Hilfe dieses Fonds möglich, so kann bei vollem Entgeltausgleich die wöchentliche Arbeitszeit um 20% reduziert werden, um damit der Übergang in die Altersteilzeit eingeleitet werden. Dieses Tarifmodell ermöglicht eine Mitbestimmung im Bezug auf die Sicherung des Einkommens im Alter je nach Präferenzen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine frühzeitige Sicherungsgrundlage für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die politische Unterstützung zur Ausweitung solcher Modelle auf andere Branchen sowie die Unterstützung der Allgemeingültigkeit solcher Tarifmodelle würde eine einheitliche Sicherung unabhängig der Betriebsgröße und Gewerkschaftsmitgliedschaft ermöglichen³⁰⁴.

3.4.3.7 Aufwertung von Teilzeitarbeit

Teilzeitarbeit mit weniger als 20 Wochenstunden wird augenblicklich zusammen mit Zeitarbeit sowie den Minijobs zu der Gruppe der atypischen Beschäftigungsverhältnisse gezählt. Dabei haben diverse Studien³⁰⁵ und Expertisen gezeigt, dass nicht alle Beschäftigten notwendigerweise eine Vollbeschäftigung anstreben, sondern vielmehr eine Teilzeitbeschäftigung bevorzugen. Eine Studie des IAB³⁰⁶ zeigt, dass die Anzahl der Beschäftigten, die neben einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung einem Minijob als Zweitjob nachgehen 2011 auf 2,5 Millionen gestiegen ist. Der Minijob wird demnach verstärkt genutzt um das nicht ausreichende Einkommen aus dem Haupterwerb aufzubessern. Gleichzeitig ist laut dieser Studie vor allem in Kleinbetrieben ein gradueller Austausch von sozialversicherungsbeschäftigten Arbeitsplätzen durch Minijobs festzustellen. In diesem Zusammenhang sind konkrete politische Maßnahmen notwendig, um die negativen Auswirkungen dieser Form von atypischer Beschäftigung einzugrenzen und stabile Beschäftigung zu fördern.³⁰⁷ Die grundsätzliche gesellschaftliche Aufwertung von Teilzeitarbeitsmodellen, die unbefristet sind und damit auch eine bedarfsorientierte Eingliederung in die Arbeitswelt im Einklang mit veränderten familiären Situationen oder altersbedingter Verschiebung der Präferenzen, ist eine politisch notwendige Maßnahme im Kontext des demographischen Wandels.

Auf politischer Ebene müsste in diesem Zusammenhang die Ausweitung und Flexibilisierung der Kinderbetreuung auf die Tagesordnung gesetzt werden gerade auch in Bezug auf die immer weiter divergierenden Arbeitszeiten. Betreuungsangebote in Kindertagesstätten sind

³⁰³ Tarifvertrag „Lebensarbeitszeit und Demographie“ (2008) Industriegewerkschaft, Bergbau, Chemie, Industrie <http://www.nordostchemie.de/service/recht/demografie/tarifvertrag-lebensarbeitszeit-und-demografie/>

³⁰⁴ Kritische Anmerkungen des SV van Bracht, mit Zahlen belegen.

³⁰⁵ Eichhorst/Marx/Thode 2010 /

³⁰⁶ IAB Kurzbericht 24/2012 Geringfügige Beschäftigung in deutschen Betrieben

³⁰⁷ Ibid 2: 37.

zumeist lediglich zu Kernarbeitszeiten gegeben und stark am öffentlichen Dienst orientiert, während in der Privatwirtschaft die tägliche Arbeitszeit stark variiert.

3.4.3.8 Kurze Vollzeit

Laut der Kurzexpertise von Sauer geht die Entstandardisierung der Arbeitszeit mit einer Polarisierung in Bezug auf Qualifizierungsniveau und Geschlecht einher. Demnach sei bei hochqualifizierten Männern ein Anstieg der Mehrarbeit vorzufinden, während bei geringqualifizierte Frauen immer kürzere Arbeitszeit festzustellen seien³⁰⁸. Dies entspricht jedoch nicht den gewünschten Arbeitszeiten beider Geschlechter³⁰⁹. In der Gruppe der geringqualifizierten Frauen hat die Einführung der Minijobs die Möglichkeit der Mehrarbeit und vor allem des Mehrverdienstes abebben lassen.

Angesichts des demographischen Wandels und der Ergebnisse der Studie von Althammer ist vor allem eine politische Unterstützung von Maßnahmen notwendig, die es Frauen erlauben, Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse einzugehen, während gleichzeitig verkürzte Arbeitszeitmodelle auch für hochqualifizierte Männern zugänglich gemacht werden. Damit wäre eine bessere Auslastung der vorhandenen Arbeitskräfte möglich. Hindernisse finanzieller, steuerlicher und struktureller Natur, die im Augenblick eine Verstärkung und Verbreitung von Teilzeitarbeit einschränken, müssen politisch beseitigt werden. Das Normalarbeitsverhältnis, was üblicherweise einer Vollzeittätigkeit ohne Befristung entspricht muss mit politischer Unterstützung insofern aufgebrochen werden, dass es zwar Stabilität für die Beschäftigten bietet, aber flexibler wird auch im Bezug auf den Arbeitszeitumfang der Tätigkeit. Mit anderen Worten muss nicht wie bisher durch Zeitarbeit oder Minijobmodellen an der Befristung der Beschäftigungsverhältnissen gearbeitet werden, sondern vielmehr am Arbeitszeitumfang.

Weiterführende diskutierte Handlungsoptionen

Das bestehende System der materiellen sowie der sozialen Sicherung beruht auf Erwerbsarbeit. Die Enquete-Kommission hält in ihrer großen Mehrheit an diesem System fest. Daneben gab es in der Enquete einzelne Stimmen, die vollkommen veränderte Formen der institutionellen Einbettung der Erwerbsarbeit anstreben. Dabei handelt es sich um Optionen, die nicht nur alle Organisationsformen von Arbeit einbeziehen, sondern darüber hinaus soziale Sicherung und öffentliche Daseinsvorsorge betreffen, wie es bspw. in den Debatten um das Grundeinkommen oder Bürgergeld diskutiert wird.

3.4.3.9 Bürgergeld

Das Bürgergeld sichert als regional differenzierte Pauschale das soziokulturelle Existenzminimum von Bedürftigen. Besondere Lebenssituationen werden berücksichtigt. Konkret fasst das Bürgergeld möglichst viele steuerfinanzierte Sozialleistungen in einem Universaltransfer zusammen. Dazu gehört das derzeitige ALG II einschließlich der Leistungen für Wohnung und Heizung, das Sozialgeld, die Grundsicherung, im Alter und bei Erwerbsminderung, die Sozialhilfe (ohne Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen), der Kinderzuschlag und das Wohngeld. Diese Transferzahlungen werden mit der Einkommenssteuer zu einem Steuer-Transfersystem aus einem Guss verbunden.

³⁰⁸ Sauer, Dieter (2012) „Organisatorische Revolution – Neue Anforderungen durch den Wandel der Arbeitswelt“ Kurzexpertise für die Enquete Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, PG5/9 :29.

³⁰⁹ Althammer, Jörg (2012): Umsetzung neuer Arbeitszeitmodelle vor dem Hintergrund ihrer Finanzierbarkeit. Materialie PG 5/8

Anders als das bedingungslose Grundeinkommen ist das Bürgergeld eine Sozialleistung, die Bedürftigkeit voraussetzt. Das bedeutet, dass nur diejenigen Menschen einen Anspruch auf Bürgergeld haben, die weder über ein ausreichendes Einkommen, noch über ein ausreichendes Vermögen verfügen. Bei Erwerbsfähigkeit ist die Bereitschaft zur Aufnahme einer zumutbaren Beschäftigung Voraussetzung für den Anspruch auf Bürgergeld.

Das Bürgergeld wird aus einer Hand ausgezahlt, indem das Finanzamt den Anspruch abhängig vom Einkommen im Sinne einer negativen Einkommenssteuer verrechnet. Eigenes Einkommen wird so anteilig auf das Bürgergeld angerechnet. Damit die Bürgerinnen und Bürger einen hinreichenden Anreiz zur Arbeitsaufnahme haben, wird die Einkommensanrechnung im Bürgergeld so ausgestaltet, dass die Vergrößerung des selbst erwirtschafteten Einkommens stets mit einem größeren verfügbaren Gesamteinkommen belohnt wird. So schafft das Bürgergeld eine Grundsicherung, die Menschen aktiviert und zu Anstrengung ermutigt, statt sie zu stigmatisieren. Denn mit dem Bürgergeld gäbe es für jeden Transferbezieher und jede Transferbezieherin immer einen Anreiz, seine oder ihre Arbeitszeit auszuweiten, weil sich jede vergütete Arbeitsstunde mehr lohnt. Die Perspektive, sich durch eigene Anstrengung aus der Bedürftigkeit herauszuarbeiten, würde so deutlicher. Zudem würde damit der überwiegende Teil aller finanziellen Beziehungen zwischen Bürger und Bürgerin und Staat zukünftig nach einfacheren und transparenteren Regeln stattfinden.

Dem Bürgergeld liegt die Idee der negativen Einkommenssteuer zugrunde. Bereits in den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts von der britischen Ökonomin Juliet Rhys Williamson formuliert, wurde sie von Milton Friedman in den sechziger Jahren erneut in die Diskussion gebracht. Als Alternative zum klassischen Sozialhilfemodell, dessen garantiertes Existenzminimum aufgrund des Verlustes der Transfers bei eigenem Erwerbseinkommen zu einem Anspruchslohn führt, unterhalb dessen kein Arbeitsanreiz mehr besteht, setzte Friedman einen aktivierenden Transfer entgegen. Ein die Grundsicherung gewährleistender Grundbetrag wird mit der Einkommenssteuerlast so verrechnet, dass mit wachsendem Einkommen die staatlichen Transfers bis zum Erreichen einer Transfergrenze sinken. Das darauf aufbauende Modell des liberalen Bürgergelds orientiert sich in seiner Höhe nun am verfassungsrechtlich geforderten, soziokulturellen Existenzminimum.

3.4.3.10 Grundeinkommen

Im Zusammenhang mit der Ausgestaltung von Arbeit darf die Idee eines Grundeinkommens nicht fehlen. Denn dadurch würden die Bedingungen für lohnabhängige Arbeit grundlegend verändert – und auch das Verhältnis von Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Gemeinschaftsarbeit etc. Dieser Aspekt wird – neben der Menschenwürde – auch häufig als gewünschte Folge seiner Einführung genannt. Im Kontext des Enquete – Themas ist zudem bedeutsam, dass ein Grundeinkommen den Wachstumsdruck unserer Wirtschaft und Gesellschaft mindern könnte.

Das von der Projektgruppe in Auftrag gegebene Gutachten Prof. Althammers kommt - basierend auf Simulationsstudien mit den (teilweise umstrittenen Parametern) allerdings zu dem Schluss, „dass ein bedingungsloses Grundeinkommen prinzipiell finanzierbar ist, aber nicht mit den im politischen Raum diskutierten Parametern“ (Althammer: 58).

Nichtsdestotrotz wird das bedingungslose Grundeinkommen seit einigen Jahren insbesondere in Deutschland intensiv erörtert. Das Grundeinkommen, zwar bei keiner der im Bundestag vertretenen Parteien eine Mehrheit, hat jedoch Anhänger in allen Parteien bzw. Fraktionen und wird in allen Parteien diskutiert.

Bei allen Unterschieden gibt es bei allen Vorschlägen einige grundsätzliche Gemeinsamkeiten. So gehen alle Modelle davon aus, dass jeder Mensch ein Recht auf ein Mindesteinkommen hat. Dazu soll das Steuer- und Sozialsystem grundlegend vereinfacht werden, indem ein Grundeinkommen in die Einkommensteuer oder in die Sozialversicherungen integriert oder an alle ausgezahlt wird. Die sozialen Sicherungssysteme sollen nicht abgeschafft und komplett durch ein Grundeinkommen für alle ersetzt werden, sondern das Grundeinkommen soll dieses ergänzen. Bei fast allen Vorschlägen gibt es auch weiterhin eine beitragsabhängige Rente, eine gesetzliche Krankenversicherung und andere Sozialleistungen, die über die Deckung des Minimums hinausgehen. Ziel aller relevanten Grundeinkommensmodelle ist es, Tätigkeit zu fördern und zu ermöglichen. Schließlich soll das Grundeinkommen auf die veränderten Arbeitsbedingungen reagieren. Selbständige Tätigkeit, Teilzeitbeschäftigungen, aber auch die zunehmende Mobilität zwischen verschiedenen Formen von Tätigkeit ließen sich durch ein Grundeinkommen besser absichern als durch das bestehende System der sozialen Sicherung. Schließlich geht es bei allen Grundeinkommensvorschlägen um den Zugewinn an individuellen Freiheitsspielräumen und Gestaltungsmöglichkeiten.

Die empirische Evidenz über die Wirkungen eines Grundeinkommens ist gering, denn bisher gibt es in keinem Land der Welt ein Grundeinkommen. Der US-Bundesstaat Alaska liegt mit seinem seit 1976 eingeführten Programm, dem Alaska Permanent Fund, noch am nächsten an der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens. Alaska führt dabei 25% der Einnahmen aus den staatlichen Ölgeschäften an einen Fond ab, von dem seit 1982 die Hälfte des Gewinns an die Bürgerinnen und Bürger Alaskas ausgezahlt wird (vgl. Hsieh (2003) S. 398 und O'Brien/Olson (1990)). Da die Auszahlung abhängig von den Einnahmen sowie der Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner ist, variiert dieser Transfer stark. Meistens liegt die Auszahlung zwischen 1000-2000 USD pro Jahr. Dieser Transfer ist somit nicht Existenz sichernd, sondern gewährt den Einwohnerinnen und Einwohnern einen Anteil an den Ressourcen des Landes.

In Deutschland am bekanntesten ist der Vorschlag „Solidarisches Bürgergeld“ von Dieter Althaus, das ein Grundeinkommen von 800 € für Erwachsene und 500 € für Kinder vorsieht. Dazu gibt es eine Studie im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung (Opielka/Strengmann-Kuhn 2007) sowie Berechnungen des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) in seinem Jahresgutachten 2007. Beide kommen zu dem Ergebnis, dass ein Grundeinkommen, wie es von Dieter Althaus vorgeschlagen wird, grundsätzlich finanzierbar ist, allerdings nicht zu dem von Althaus vorgeschlagenen Steuersatz von 25%.³¹⁰ Beide Studien untersuchen verschiedene Varianten, bei denen das Bürgergeld finanziert wäre. Opielka/Strengmann-Kuhn kommen bei Untersuchung auf der Basis von repräsentativen Mikrodaten zu dem Ergebnis, dass eine Finanzierung mit Steuersätzen möglich ist, die in der Nähe der jetzigen Steuersätze liegen. Bei den Berechnungen des SVR wurden zusätzlich sowohl Auswirkungen auf die Beschäftigung als auch auf Einkommensverteilung und Einkommensarmut untersucht. Bezüglich des Arbeitsangebots gibt es mehrere gegenläufige Wirkungen. So gibt es einen positiven Arbeitsanreiz für Menschen mit geringen Einkommen, während es sein kann, dass bei mittleren und hohen Einkommen eine kürzere Arbeitszeit gewünscht wird. In der Summe gibt es in den vom SVR untersuchten finanzierbaren Varianten nur geringe, je nach Variante leicht positive oder leicht negative, Beschäftigungseffekte. Gleichzeitig sinkt die Anzahl der Menschen mit einem Einkommen unter der EU-Armutrisikogrenze erheblich, insbesondere in der Variante mit einem geringen Grenzsteuersatz im unteren Einkommensbereich und

³¹⁰ Ceteris paribus.

einem hohen Steuersatz für hohe Einkommen. „Mit einer Armutsquote von nur noch 2,85% ist die relative Armut weitgehend beseitigt“ (SVR 2007: 241) Auch die Gesamtverteilung verbessert sich bei dieser Finanzierungsvariante drastisch, so sinkt der Gini-Koeffizient auf 0,214.

In den letzten Jahren gibt es zudem eine Reihe von Modellprojekten in Entwicklungsländern. Das bekannteste ist wohl der Basic Income Grant im Dorf Otjivero in Namibia. Dieses Sozialprojekt, das sich über Spenden finanziert, zahlte in den Jahren 2008 und 2009 monatlich 100 N\$ (ca. 9 €) an die Einwohnerinnen und Einwohner einer bestimmten Region (930 Empfänger). Das Existenzminimum in Namibia beträgt monatlich 152 N\$; der Basic Income Grant ist somit nicht existenzsichernd. Trotzdem führte es zu einer erheblichen Reduzierung der Armut, einem Anstieg der Beschäftigung, insbesondere von selbständiger Tätigkeit, einer Verbesserung der Kindergesundheit und einem Rückgang der Kriminalität. Der Abschlussbericht (Basic Income Grant Coalition (2009)) empfiehlt landesweite Einführung dieses Modells für Namibia. Aber auch dieses Modell wird von der Politik nicht weiter verfolgt.

Überlegungen für ein bedingungsloses Grundeinkommen gibt es zudem in Brasilien (Basic Income Guarantee), das als bisher einziges Land auch die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen hat. Dieses Gesetz (Nr. 10.835), das im Januar 2004 verabschiedet wurde, sieht eine Implementierung eines bedingungslosen Grundeinkommens in ganz Brasilien vor. Die Regierung Brasiliens ist jedoch von diesem Vorschlag abgerückt und hat stattdessen mit dem Bolsa Familia ein Programm eingeführt, das einen Transfer an einkommensschwache Familien vorsieht.

3.4.4 Gestaltungsmöglichkeiten auf der Mikroebene³¹¹

3.4.4.1 Erwerbsarbeit und Familien- bzw. Pflegearbeit

Noch immer betrachtet die vorherrschende Konzeption von Erwerbsarbeit familiäre Verpflichtungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überwiegend als ‚Privatsache‘ oder nimmt sie gar in Konkurrenz zum betrieblichen Engagement wahr. Demgegenüber werden umsichtige Arbeitgeber Familienarbeit als Element personaler Verantwortung ihrer Mitarbeitenden verstehen und die Zusammenhänge zum langfristigen Erhalt der Arbeitskraft erkennen. Gerade angesichts der oben dargestellten wachsenden Knappheit von qualifiziertem Personal und der Bedeutung hoch qualifizierter junger Frauen mit hoher Sensibilität für diese Fragen, wächst die Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Wettbewerbsfähigkeit eines Arbeitgebers. Firmen, die sich durch besonders leistungsfähige Maßnahmen in den wichtigsten Handlungsfeldern Arbeitszeit, Arbeitsort, familienbewusste Personalarbeit, Weiterbildungs- und Kinderbetreuungsmaßnahmen auszeichnen, zeigen in einer jüngsten Studie der Universität Münster/ Westf. deutliche Verbesserungen in der Qualität ihres Bewerberpools sowie ihrer Mitarbeiterproduktivität³¹². Entsprechende Forschungsergebnisse sollten vertieft und in Bezug auf verschiedene Branchen und Unternehmensgrößen konkretisiert werden. Initiativen zur Verbesserung der Vereinbarkeit auf nationaler, Landes- oder Kommunalebene sollten verstärkt und auf eine kontinuierlichere Grundlage gestellt werden. IHKs, Ministerien und Medien sollten eine stärkere Orientierung der Arbeitsordnung an besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie anstreben und propagieren.

³¹¹ Alphabetisch geordnet.

³¹² Vgl. http://www.beruf-und-familie.de/system/cms/data/dl_data/f3c69d1e6284dab14ce71deda87f32b3/presentation_BWL_Effekte.pdf

3.4.4.2 Nachhaltiges Führungsverhalten und betriebliche Kultur

Die Förderung von Nachhaltigem Führungsverhalten wurde bereits von den Vereinten Nationen im Rahmen der UN Global Compact Initiative der Vereinten Nationen ausgeführt. Während die Grundbausteine im Bezug auf Arbeitsnormen gesetzlich geregelt sind, kann die grundsätzliche Verantwortung eines Betriebes im Bezug auf Transparenz in strategischen Entscheidung und Einbindung der Beschäftigten in ebendiese Entscheidungsprozesse verbessert werden. Hierbei weisen sowohl Sauer als auch Althammer daraufhin, dass ein Unterschied gemacht werden muss zwischen der Einbindung der Beschäftigten in Entscheidungs- und Zielsetzungsprozesse und die simple Abwälzung von Verantwortung von bereits gesetzten Zielen auf die Beschäftigten. Letzteres erhöht die Problematik von Verantwortungsstress³¹³ und Überforderung der Beschäftigten. Nachhaltige Strategien der Führungsebene wären hier in Teamarbeit mit den jeweiligen Beschäftigten vereinbarte Zielsetzungsprozesse zu institutionalisieren, die für beide Seiten tragbar sind. Politische Maßnahmen um Nachhaltiges Führungsverhalten zu fördern, könnten Initiativen beinhalten, wie zum Beispiel die Initiative Neue Qualität der Arbeit des BMAS.

Nach Sauer (2012) sei die Beteiligung der Beschäftigten in die Zielgestaltung ein notwendiger Prozess, um deren tatsächliche Realisierbarkeit auf betrieblicher Ebene frühzeitig prüfen zu können und damit einer Überlastung entgegenzuwirken. Demnach sei neben der gemeinsamen Zielsetzung auch die Stärkung von Grenzsetzungsmechanismen notwendig, um nicht nur die Verantwortungsgrenzen um Bezug auf die Beschäftigung zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Arbeitgeber zu stärken, sondern auch das auf individueller Ebene die Grenze zwischen Beruf und Freizeit besser ziehen zu können³¹⁴. In der tatsächlichen Gestaltung der Arbeitsaufgaben ist eine indirekte Stärkung der Beschäftigten durch die Unterstützung von Mitbestimmung bei Betriebsräten und Gewerkschaften möglich. Diese können dann betriebsspezifische Probleme mit Hilfe von Tarifverträgen in Betriebsräten klären und gemeinsame Handlungskonzepte erarbeiten. Hierzu ist jedoch politische Unterstützung der Akteure und deren Tarifverträge notwendig.

3.4.4.3 Gesundheitsschutz

In Bezug auf zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeiten, und die damit einhergehende Zunahme von Wochenend- und Nachtarbeiten sind konkrete Maßnahmen notwendig, um je nach Bedarf der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine bessere Abgrenzung zwischen Arbeitszeit und Freizeit zu ermöglichen. Der politische Handlungsbedarf in Bezug auf die Verbesserung der Vereinbarkeit von Arbeitsleben und Privatleben ist vor allem hinsichtlich des Schutzes vom Privat und Familienleben notwendig. Hierbei ist es notwendig, Maßnahmen zur Vereinbarung von Arbeitsleben und Familienleben zu schaffen, die genauer auf die unterschiedlichen Lebenszyklen Bezug nehmen und weniger die Eingliederung von Familienleben in das Berufsleben zum Ziel haben. Der Schutz der Beschäftigten und Maßnahmen zum Stressabbau wirken sich zudem positiv auf das Leistungsvermögen der Beschäftigten am Arbeitsplatz aus³¹⁵.

Gleichzeitig ist eine Sensibilisierung der unterschiedlichen Perspektiven und Bedürfnisse von Beschäftigten je nach Alter und Lebenssituation notwendig. Berufseinsteigerinnen und

³¹³ Schneider, Hilmar, IZA Bonn „Neue Anforderungen in der Arbeitswelt“ Wie technischer Fortschritt und der Trend zur Individualisierung unsere Arbeitswelt verändert“. Anhörung der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“.

³¹⁴ Ibid 8.

³¹⁵ Ibid 1.

Berufseinsteiger haben andere Belastungsgrenzen und auch andere Präferenzen in einem Betrieb als Beschäftigte, die eine Familie gründen wollen, oder sich auf den Ruhestand vorbereiten. Für diese Unterschiede müssen Betriebe sensibilisiert werden, um einen besseren Schutz vor stressbedingten Krankheiten am Arbeitsplatz bieten zu können.

Gesundheit der abhängig Beschäftigten und Unfälle am Arbeitsplatz am Beispiel der Chemieindustrie

Arbeit begleitet den Menschen über die gesamte Phase seiner Entwicklung und Historie. Mit Arbeit waren und sind dabei immer gesundheitliche Risiken und Gefahren verbunden. Wie damit umgegangen wurde und welchen Wert auf Maßnahmen der Sicherheit und Prävention gelegt wurde, war in den Zeitläuften höchst unterschiedlich. Im Mittelalter waren es z.B. die Familien, aber auch die Zünfte und Gilden, die sich um die Gesundheit ihrer Mitglieder sorgten, Klöster und Kirchengemeinden kümmerten sich um Verletzte und Kranke. Bei bäuerlichen und handwerklichen Tätigkeiten waren Verletzungen bei der Arbeit zwar an der Tagesordnung, hatten aber selten gravierende Folgen. Mit der einsetzenden Industrialisierung und der damit verbundenen Mechanisierung nahm jedoch die Zahl schwerer Arbeitsunfälle schnell zu. Hauptursachen waren explodierende Dampfkesselanlagen und Verletzungen der Arbeiterinnen und Arbeiter durch Kontakt mit ungesicherten schnell rotierenden Maschinenteilen. Diese Steigerungstendenz war bis ins Jahr 1906 zu beobachten. Durch die zunehmend sichere Beherrschung der technischen Prozesse, systematische Maßnahmen der gesetzlichen Unfallversicherungen und der Unfallverhütung durch die Betriebe ging die Zahl der Unfälle seitdem und bis zum heutigen Tag stetig zurück:

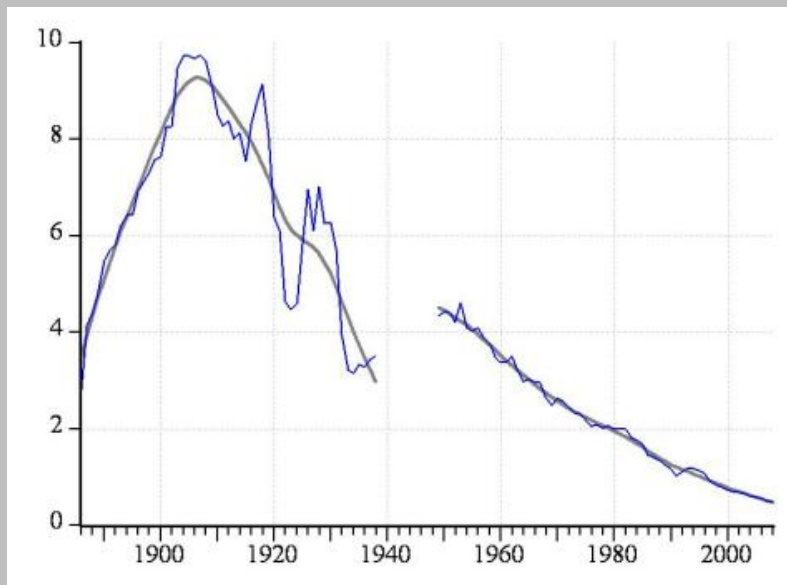


Abbildung 5: Arbeitsunfälle je 1.000 Vollarbeiter von 1876 bis 2008³¹⁶

Durch die Präventionsmaßnahmen zur Unfallverhütung wurden beachtliche Erfolge erzielt. Technische Anlagen werden heute mit einem hohen Standard bei der Sicherheitstechnik errichtet und betrieben. Die Einhaltung der Maßgaben wird durch staatlichen Stellen und

³¹⁶ Graue Linie extrahierte Trendfunktion. Quelle Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung 2010 Vgl. Prof. Dr. Bernd Süßmuth und Dr. Thomas Kohstall, Wirtschaftliche Entwicklung und Unfallversicherung: Vom Zusammenhang von Konjunktur und Prävention, – Vorläufige Version, vorbereitet für das 9. Dresdner Forum Prävention 2010 –,

unabhängige Institute wie dem TÜV im Rahmen von Genehmigungsverfahren und der Überwachung von technischen Anlagen geprüft. In den größeren Industriebetrieben gibt es eigene wissenschaftliche Abteilungen für den Bereich der Anlagensicherheit, die einen sicheren Betrieb gewährleisten und dadurch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Bevölkerung und auch die Umwelt schützen. Die Anlagensicherheit wird durch eine Kombination von technischen Vorkehrungen mit Funktionsüberwachungen durch Mess- und Regeltechnik und organisatorischen Maßnahmen erreicht. Um die schädlichen Auswirkungen von trotzdem auftretenden Betriebsstörungen zu vermindern oder zu vermeiden, wird vorsorglich eine systematische Gefahrenabwehr geplant und in einem Gefahrenabwehrplan dokumentiert.

Nicht nur auf technischer und organisatorischer Ebene wurde und wird an kontinuierlichen Verbesserung gearbeitet, es wurden schon frühzeitig Institutionen zur Ab- und Versicherung von Risiken ins Leben gerufen: Für die Regulierung der Unfallschäden und die Kosten der Berufserkrankungen war und ist die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung zuständig, die 1881 als Unfallversicherung der Arbeitgeber gegründet wurde. Die ersten Berufsgenossenschaften bildeten sich ab 1885. Mit den Gesetzesinitiativen zur Sozialversicherung, zur gewerbliche Unfallversicherung, zur Schaffung und Anpassung von Gewerberecht wurden in Deutschland über die Jahrzehnte die Arbeitssicherheitsprobleme und deren soziale Folgen gelöst. Die Ursachen von Unfällen und Berufskrankheiten wurden von der gesetzlichen Unfallversicherung untersucht. Ziel war und ist immer die Schadensverhütung, die den Arbeitgebern aus ökonomischen, wie sozialen Gründen wichtig ist: Die Versicherungsprämien stiegen mit der Schwere und Häufigkeit von Unfällen, Berufserkrankungen und Unfälle führen, neben dem verursachten menschlichen Leid, auch zum Ausfall von Produktivität.

In der Analyse gilt es zu differenzieren: Bei den durch Arbeitsstoffe verursachten Erkrankungen ist die Erkennung von Kausalität und damit die Verhütung von Schadensfällen schwieriger als bei Unfällen, weil chronische Wirkungen und deren Ursachen erst später erkennbar sind. So beträgt die Zeit von der Exposition bis zum Ausbruch der Krankheit bei Asbest durchschnittlich 38 Jahre. Auch die Erkrankungen durch körperliche Belastungen und Zwangshaltungen treten häufig erst später auf. Die Arbeitsmedizin, die sich mit solchen Fragen befasst, wurde mit den Jahrzehnten eine eigene Fachrichtung. In den größeren Unternehmen wurden Werksärzte beschäftigt.

Besonders in der Chemischen Industrie wurden die biologischen Eigenschaften der gehandhabten Stoffe immer besser untersucht. Neben den akuten wurden auch chronische Wirkungen in die Tests einbezogen. Bei erkannten schädlichen Wirkungen von eingesetzten Stoffen, wurden diese durch weniger gefährliche substituiert oder – besonders im Falle von Zwischenprodukten – wurde die Exposition mit den Stoffen durch ausschließliche Verwendung in geschlossenen Systemen mit striktem Einschluss über den gesamten Lebensweg verhindert oder minimiert. Mit verbesserten toxikologischen Kenntnissen wurden auch immer mehr Grenzwerte für die Exposition am Arbeitsplatz festgelegt. In Deutschland erarbeitet die MAK-Werte-Kommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft³¹⁷ solche Werte nach wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Ein weiteres wichtiges Präventionsmittel ist die Arbeitshygiene zur Vermeidung von Expositionen mit Gefahrstoffen. So wird von den Berufsgenossenschaften in den Unfallverhütungsvorschriften das Tragen von geeigneter Arbeitskleidung vorgeschrieben. In

³¹⁷ MAK-Werte-Kommission,
http://www.dfg.de/dfg_profil/gremien/senat/gesundheitschaedliche_arbeitsstoffe/index.html

der Chemischen Industrie sind das Wechseln der Kleidung bei Kontamination oder Arbeitsende und je nach Erfordernis auch das Duschen betriebliche Praxis. Für Wartungsarbeiten gibt es betriebliche Vorschriften zur Ausführung.

Durch die jüngste Entwicklung im europäischen Stoffrecht, dem Inkrafttreten der EU-Verordnung REACH³¹⁸ am 1.6.2007 sind die Hersteller und Importeure der chemischen Stoffe verpflichtet die Eigenschaften der von ihnen hergestellten oder importierten Stoffe nach gesetzlich festgelegten strengen wissenschaftlichen Kriterien zu ermitteln und zu beurteilen. Dabei muss die Exposition über den gesamten Lebensweg der Stoffe und ihr bekannter Verwendungszweck berücksichtigt werden. Nur Stoffe, für die eine für Mensch und Umwelt ungefährliche Verwendung nachgewiesen wurde, dürfen dann noch hergestellt oder importiert werden. Der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor gefährlichen Stoffen am Arbeitsplatz ist in Deutschland zudem durch die Gefahrstoffverordnung³¹⁹ geregelt.

Körperliche Belastungen durch schwere Tätigkeiten, Arbeiten in ungünstigen Körperhaltungen, an schwer zugänglichen Stellen oder Tätigkeiten, die das sehr lange oder ständige Tragen von behindernden oder belästigenden persönlichen Schutzmitteln erfordern, sind in der chemischen Industrie verboten und werden durch technische Maßnahmen vermieden. Wenn in Einzelfällen keine technischen Lösungen verfügbar sind (z.B. bei Betriebsstörungen) muss nach kurzem Arbeitseinsatz gewechselt werden. Die Expositionsvermeidung durch technische Lösungen hat dabei immer Vorrang vor der Anwendung von persönlichen Schutzmitteln. Das Ausführen von Arbeiten in kompletter Schutzkleidung und mit Tragen von Atemgeräten ist nur in Ausnahmefällen und für sehr kurze Zeiten erlaubt.

Durch die ergonomische Einrichtung des Arbeitsplatzes (Sitzmöbel, Beleuchtung, Tischhöhen usw.) werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in deutschen Unternehmen vor Belastungen, die zu Gesundheitsschäden führen können, geschützt. Zur Vermeidung von schweren körperlichen Arbeiten gibt es eine Vielzahl von mechanischen Hilfsmitteln, einfachstes Beispiel ist eine Sackkarre. Besonders ermüdende stupide und monotone Arbeiten werden überwiegend von Automaten verrichtet. Bei Kontroll-Tätigkeiten an solchen Automaten werden die dafür eingeteilten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Vermeidung von Ermüdung häufig abgelöst. Großunternehmen bieten den als besonders stressgefährdet geltenden leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kostenlose Gesundheits- und Fitnesschecks bei freier Arztwahl an. Als präventive Maßnahmen wird sportliche Aktivität für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefördert.

3.4.4.4 Mitarbeiterbeteiligungen

Vor allem im Bereich der immateriellen Mitarbeiterbeteiligung, Informations-, Koordinations- und Entscheidungsprozessen innerhalb von Unternehmen, kann die gesetzliche Mitbestimmung seitens der Politik weiterhin gestärkt und gefördert werden. Darüber hinaus könne auch betrieblich freiwillige Beteiligungen gefördert werden, durch die Einführung von runden Tischen, Arbeitsgruppen, oder durch die Durchführung von regelmäßigen Befragungen unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, um die Zufriedenheit

³¹⁸ REACH - VERORDNUNG (EG) Nr. 1907/2006 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 18. Dezember 2006

³¹⁹ Verordnung zum Schutz vor Gefahrstoffen (Gefahrstoffverordnung - GefStoffV), http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/gefstoffv_2010/gesamt.pdf (20.1.2012)

sowie auch Fragen zur Arbeitsbelastung oder aber zum Stressaufkommen anonym ansprechen zu können.

3.4.4.5 Konsolidierung der Mitbestimmung

Die soziale Marktwirtschaft hat traditionell der Mitbestimmung einen besonderen Stellenwert eingeräumt. Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer regeln wichtige Bereiche des Arbeitslebens auf sozialpartnerschaftliche Weise und ziehen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aktiv in betriebliche und unternehmerische Entscheidungsprozesse ein. Die positiven Erfahrungen mit der deutschen Mitbestimmung haben sich nicht zuletzt während der Wirtschafts- und Finanzkrise gezeigt, als Betriebsräte und Betriebsleitungen erfolgreich kooperative Lösungen für den Umgang mit Umsatzeinbrüchen und konjunkturellen Fluktuationen gefunden haben. Arbeitszeitkonten, die Umsetzung der Kurzarbeit sowie flexible Arbeitszeitmodelle wurden von Betriebsräten und Unternehmensleitungen gemeinschaftlich entwickelt. Das Vorhandensein eines Betriebsrats verbessert dabei nicht nur das Betriebsklima sondern geht auch einher mit höheren Löhnen³²⁰, besserer Nutzung von Weiterbildungsmöglichkeiten³²¹ und geringerer Fluktuation der Beschäftigten.³²²

Gleichwohl ist seit Jahren die Verbreitung von Betriebsräten rückläufig. Insbesondere in Dienstleistungssektoren und sozialen Dienstleistungen, in jungen und kleinen Betrieben werden zunehmend seltener Betriebsräte gegründet. Insbesondere in Betrieben mit weniger als 100 Beschäftigten sind Betriebsräte seltener anzutreffen.³²³ Führungskräfte scheuen oftmals den Umgang mit Betriebsräten insbesondere in kleinen Unternehmen. Nach Angaben einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung sank die Zahl der Betriebsratsmandate zwischen 2002 und 2010 von 104.000 auf 87.000.³²⁴

Insbesondere zur Bewältigung der mannigfachen Herausforderungen durch Globalisierung, demographischen Wandel und arbeitsorganisatorischer Transformation sollte auf die Weiterführung sozialpartnerschaftlicher Ansätze geachtet werden. Kleine Unternehmen sollten Hilfestellung zur Kooperation mit Betriebsräten erhalten und Betriebsräte sollten in kooperativer Krisenbewältigung geschult werden.

3.4.4.6 Mitarbeiterkapitalbeteiligungen

Das Konzept der Mitarbeiterkapitalbeteiligung wird generell unter zwei Gesichtspunkten diskutiert: Als unternehmerisches und als (gesellschafts-)politisches Projekt. In der politischen Landschaft besteht weitgehende Einigkeit, dass eine gleichmäßigere Beteiligung breiter Kreise der Bevölkerung am (Produktiv-)Kapital der Wirtschaft prinzipiell wünschenswert ist. Wesentliche Ziele der materiellen Mitarbeiterbeteiligung sind, die Identifikation mit dem Unternehmen, die Motivation, und Kreativität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärken, Arbeitsplatzsicherheit, Arbeitszufriedenheit und "gerechte" Entlohnung. Die Frage ist, ob mit den sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeitsaspekten

³²⁰ John T. Addison, Paulino Teixeira, and Thomas Zwick. Works Councils and the Anatomy of Wages. Discussion Paper No. 06-086 <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp06086.pdf>

³²¹ Bellmann, Lutz; Ellguth, Peter (2006): Verbreitung von Betriebsräten und ihr Einfluss auf die betriebliche Weiterbildung. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 226, H. 5, S. 487-504.

³²² Alexander Dilger: Sind Betriebsräte effizient? Industrielle Beziehungen 2003, 10:4.

³²³ Peter Ellguth, Susanne Kohaut: *Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung. Aktuelle Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2009*. In: *WSI-Mitteilungen*. Jg. 63, 2010, H. 4, S. 204–209.

³²⁴ Ralph Greifenstein, Leo Kibler, Hendrik Lange: *Trendreport Betriebsratswahlen 2010*. Hans-Böckler Stiftung.

(Altersvorsorge, langfristige Kapitalumverteilung und Mitarbeiterbindung) auch ökologische Nachhaltigkeit einhergehen kann.

In einer grundlegenden Studie hat Herzberg³²⁵ aufgezeigt, dass monetäre Ziele für alle Menschen durch extrinsische Anreize zwar erstrebenswert sind, die aber bestenfalls zur „Nicht-Unzufriedenheit“ führen. Wohl aber führen unbefriedigte monetäre Ziele dazu, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unzufrieden und unmotiviert sind. Eine materielle Beteiligung schließt aber auch eine Beteiligung an Informations- und Entscheidungsprozessen, Ausweitung der Eigenverantwortung und Offenheit für Innovationsprozesse mit ein. Dadurch entsteht eine intrinsisch basierte Motivation, die insbesondere zur Identifikation mit dem Arbeit gebenden Unternehmen führt: Sprechen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von „unserem Unternehmen“ oder „wir haben gemeinsam Erfolg“. Idealerweise entsteht dabei der psychische Zustand eines „Psychological Ownership“, wobei „materielle oder immaterielle Objekte (zum Beispiel Sachen, das Arbeit gebende Unternehmen, aber auch Ideen oder Tätigkeiten) als ‚Eigenes‘ erlebt werden“³²⁶. Dabei zeigt sich insbesondere, „dass Menschen, die psychologisch etwas in Besitz nehmen, sich dann im Objekt wieder(finden)“ und sich damit identifizieren.³²⁷

Darüber hinaus kann das Instrument der Mitarbeiterbeteiligung (Gewinn- und Erfolgsbeteiligung) für weitere Ziele eingesetzt werden: Für eine Stärkung des Eigenkapitals vor allem in den klein- und mittelständischen Unternehmen, die gerade in Deutschland erheblich unterfinanziert sind (in Krisenzeiten stärkt Mitarbeiterkapital das Unternehmen, in Wachstumsphasen stärkt es die Liquidität für die Vorkosten der Produktion). Mitarbeiterbeteiligung ermöglicht den Unternehmen eine größere Flexibilität in der Liquidität (= atmendes Unternehmen, da Löhne/Gehälter nicht an den Höchstgewinnen von Unternehmen ausgerichtet werden müssen.) Auch kann Mitarbeiterkapital Unternehmensnachfolge in Familienunternehmen vereinfachen, die keine eigenen Nachfolger oder keine eigene Nachfolgerin haben (Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können einen eigenen Kapitalstock bilden).

Erfahrungsgemäß investieren Unternehmen mit materieller Mitarbeiterkapitalbeteiligung stetig sowohl in ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in Forschung und Entwicklung und in die betriebliche Ausstattung – eine wichtige Basis für den Einsatz energieeffizienter Maschinen und Ausstattung sowie für umweltgerechtes Verhalten wie Material- und Energieverbrauch sowie die Reduktion von Schadstoffen. Mit materieller Mitarbeiterkapitalbeteiligung ist also ein hohes Potential für die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch verbunden. So zeigt sich auch in der Praxis deutlich, dass „Beteiligungsunternehmen in allen Bereichen betrieblicher Innovation um Längen voraus sind“³²⁸ und Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch in Betrieben und Unternehmen mit materieller Mitarbeiterbeteiligung tatsächlich realisiert wird.

Wir halten daran fest, dass Mitarbeiterkapitalbeteiligungen dem Prinzip der „doppelten Freiwilligkeit“ unterliegen. Sie beruhen auf einem freiwilligen Angebot der Unternehmensleitung, das von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angenommen oder abgelehnt werden kann. Eine Ausweitung weiterer Förderprogramme ist in der aktuellen Debatte umstritten.

³²⁵ Vgl. Schneider, Hans: Der Werkzeugkasten der Mitarbeiterbeteiligung, S. 62.

³²⁶ Schneider, Hans: Der Werkzeugkasten der Mitarbeiterbeteiligung, S. 62.

³²⁷ Vgl. Sturm, Hieronymus: Die Psychologie Mitarbeiterbeteiligung, S. 67.

³²⁸ Fritz, Stefan: Mitarbeiterbeteiligung: Wunsch und Wirklichkeit, S. 32.

3.4.4.7 Betriebliche Personalpolitik

Das Wissen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ist der wichtigste Rohstoff und die wichtigste Ressource für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Die Sicherung von Leistungsbereitschaft und -leistungsfähigkeit steht daher im Mittelpunkt der betrieblichen Personalpolitik. Hier sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen gefragt.

Die Arbeitgeber schaffen durch Instrumente der betrieblichen Personalpolitik einen Rahmen, der sich an betrieblichen Gegebenheiten orientieren muss und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Lage versetzt, ihre Beschäftigungsfähigkeit über eine möglichst lange Erwerbsbiografie hinweg zu erhalten und gemeinsam mit den Führungskräften die Unternehmensziele zu erreichen.

Nachhaltige Erfolge können jedoch nur erzielt werden, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Bedeutung von lebenslangem Lernen und der eigenen Gesunderhaltung erkennen und dementsprechend handeln. Maßnahmen eines betrieblichen Gesundheitsmanagements laufen ins Leere, wenn der Gedanke an die eigene Gesundheit im privaten Bereich nur eine untergeordnete Rolle spielt.

Der Erfolg der betrieblichen Personalpolitik zeigt sich nicht zuletzt auch in den Arbeitsbedingungen. Diese sind in Deutschland gut und werden stetig verbessert, wie die hohe Motivation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern belegt. Studien ermitteln für Deutschland im internationalen Vergleich Spitzenwerte bei der Zufriedenheit mit den Arbeitsinhalten und der Sinnhaftigkeit der Tätigkeit.

Die betriebliche Personalpolitik steht vor großen Herausforderungen: Die Bewältigung des demografischen Wandels und des daraus resultierenden Mangels an Fach- und Führungskräften stehen dabei an erster Stelle. Die Personalpolitik muss diese Entwicklungen aufgreifen und die notwendigen Veränderungen aktiv mitgestalten. Demographiefeste Personalpolitik, Talent Management, der bewusste Umgang mit Vielfalt oder auch die zunehmende Orientierung an Lebensphasen bzw. Lebensereignissen sind wirkungsvolle Antworten auf eine insgesamt alternde Gesellschaft. So sind altersgemischte Teams, Erfahrungswissenstransfer, Lebensarbeitszeitkonten oder Maßnahmen der Gesunderhaltung längst fester Bestandteil betrieblicher Personalpolitik nicht nur großer Unternehmen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen überzeugen vielfach mit innovativen personalpolitischen Konzepten.

3.4.4.8 Qualifikation älterer Beschäftigter

Förderung von Qualifikationsmaßnahmen von älteren Beschäftigten: Studien belegen, dass vor allem ältere Beschäftigte seltener an Weiterbildungs- und Qualifikationsmaßnahmen teilnehmen. Hier scheint eine partizipative Einbindung der Beschäftigten in die notwendigen Weiterbildungsmaßnahmen notwendig, um die tatsächlichen Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genau erfragen zu können und bedarfsorientiert Weiterbildungen anzubieten, die es älteren Beschäftigten ermöglichen innerhalb ihrer Arbeitszeit kontinuierlich ihre Qualifizierungen zu verbessern und nicht nur im Falle von Arbeitslosigkeit oder aber von Einschränkung im Erwerbsleben anzunehmen.

3.4.4.9 Erhöhung der Qualität der Erwerbsarbeit

Der DGB hat den Qualitätsindex ‚Gute – Arbeit‘ angeführt und befragt in diesem Rahmen Beschäftigte von Betrieben nach den Belastungen und Anforderungen am Arbeitsplatz. Ziel ist es, die Arbeitsbedingungen vor Ort zu analysieren und gleichzeitig für die Unternehmen

Anreize zu schaffen um die Bedingungen zu verbessern. Ähnlich, jedoch ohne dieses konkrete Auswertungsinstrument verhält es sich auch mit den Initiative der ILO zu menschenwürdiger Arbeit. Solche Maßnahmen können politisch unterstützt werden um für Firmen externe gesellschaftliche Anreize zu schaffen die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte mehr nach deren Bedürfnissen zu gestalten.

3.4.4.10 Weitere Themen

Förderung von Stabilität für die Beschäftigten, langfristige Planmöglichkeiten, Arbeitsplatzsicherheit, materielle Sicherheit (Sicherung der Existenz durch Beschäftigung). Die zunehmende Befristung von Arbeitsplätzen erhöht das Risiko von Überarbeitung und Stress und reduziert das Arbeitsvermögen der Beschäftigten stärker. Stabilität in Bezug auf Einkommen und Beschäftigung muss hierbei nicht im Kontrast stehen zu Flexibilisierung. Feste Arbeitsplätze mit geregelten Arbeitszeiten, die den gewünschten Maßen entsprechen sind kombinierbar mit flexibler Miteinbringung in Arbeitsprozesse und Weiterbildungsmaßnahmen, um die Beschäftigten besser in die Unternehmen einzubinden. Unternehmen können hierbei von der langjährigen Expertise profitieren.

3.5 Fazit

Die Projektgruppe 5 hatte die Aufgabe die Auswirkungen nachhaltigen Wirtschaftens auf die Arbeitswelt zu analysieren und gegebenenfalls einen Beitrag für einen zukunftsfähigen Arbeitsbegriff leisten; zu untersuchen, wie die Arbeitsumfelder und die Arbeitsorganisation zu gestalten sind, um Lebensqualität zu verbessern und zu untersuchen, wie dabei vielfältiger gewordene Erwerbsbiographien besser berücksichtigt werden können.

Grundsätzlich wirken sich ressourceneffiziente Arbeitsprozesse günstig auf die ökologische Nachhaltigkeit aus. Dieser Zusammenhang ist allerdings in die grundsätzliche Logik von Arbeitsproduktivität, Wachstum und Ressourcenverbrauch einzubetten.

Über die grundsätzlichen Zusammenhänge von sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit und Arbeit liegen erheblich mehr Informationen vor, allerdings ist die Ausgestaltung dessen nicht weniger strittig, da die unterschiedlichen Dimensionen von Arbeit und die daraus folgenden Notwendigkeiten und Nutzen auf verschiedenen Ebenen (individueller, betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Nutzen) nicht überschneidungsfrei betrachtet werden können.

Aus diesem Grund geben die drei exemplarisch dargestellten Idealtypen einen Eindruck davon, wie die Vorstellung von einer zukünftigen sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltigen Arbeit aussehen könnte.

Die Visionen zukünftiger Arbeit können dabei helfen, die Debatte um einen neuen Arbeitsbegriff weiter zu führen, da sie die grundsätzlichen Ziele und Grundannahmen klar und deutlich herausstellen.

Die ganze Breite der Debatte an möglichen Handlungsoptionen darzustellen, ist demnach nur in einer idealtypischen Zuordnung und unter Berücksichtigung der jeweiligen grundsätzlichen Vision möglich.

Aus diesem Grund lassen sich im Bereich Arbeit auch kaum einheitliche Handlungsempfehlungen geben, da sich, ausgehend von den Idealtypen durchaus überschneidende, aber auch widersprüchliche Empfehlungen ergeben können, die je nach Zielvorstellung angepasst werden müssen.

4 Die Wechselwirkungen von Konsum und Nachhaltigkeit

4.1 Begriffsbestimmungen und Perspektiven

4.1.1 Einführung – Konsumentinnen, Konsumenten und Konsum

Die Debatte um eine nachhaltigere Form des Wirtschaftens ist gleichzeitig eine Diskussion um den Konsum und die Rolle von Konsumentinnen und Konsumenten. Die Positionen und Perspektiven sind höchst unterschiedlich und teilweise heftig umstritten.

- Einige Beiträge zur Debatte sehen die Konsumierenden durch ihre Auswahl- und Kaufentscheidungen in der Funktion des „Treibers“ der Unternehmen hin zu einer nachhaltigen Produktion und Produktpalette. Damit entstünden nicht nur nachhaltigere, sondern auch bessere Produkte; auf diese Weise würden, neben einem positiven Beitrag zur Nachhaltigkeit, noch zusätzliche Wettbewerbsvorteile für die Unternehmen erzeugt. Diese Sichtweise rückt die Wahlfreiheit und die Entscheidung zugunsten nachhaltiger Produkte bei der Konsumententscheidung in den Vordergrund und setzt auf deren positive Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung und die Nachhaltigkeit. Es bleibt den Konsumentinnen und Konsumenten die Entscheidung überlassen, ob sie nachhaltig konsumieren wollen oder nicht. Mit entsprechender Aufklärung und Bildung kann dazu beigetragen werden, dass sich die Konsumentinnen und Konsumenten umfassend informieren und sich bewusst für nachhaltiges Konsumieren entscheiden können.
- Nach Ansicht anderer Autorinnen und Autoren sind die Konsumentinnen und Konsumenten „überlastet, zeitknapp und wenig kompetent“ und somit als „strategische Konsumenten“ wenig geeignet.³²⁹ Diese Sichtweise stellt die Konsumentenmacht in Frage und rückt den Rahmen der Rationalität und Intentionalität der Konsumententscheidung sowie allgemeine Rahmenbedingungen in den Fokus.³³⁰ In diesem Blickwinkel müssen bei der Analyse neben den Konsumentinnen und Konsumenten vermehrt die Produzentinnen und Produzenten in den Blick genommen werden.

Wichtige argumentative Ergänzungen im Kontext des nachhaltigen Konsums sind zudem die Frage nach der Rolle des Staates als Konsument und ein erweiterter Blickwinkel, der Konsumentinnen und Konsumenten aus der engen Sichtweise als reine Marktteilnehmerinnen und Marktteilnehmer herausnimmt und diese verstärkt in ihrer Rolle als Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen will.³³¹ Hier sollte man sich allerdings die Frage stellen, ob dies gewollt

³²⁹ Vgl. Bogun, Roland (2012). Konsum, Umweltverbrauch und soziale Ungleichheit.3; Heidbrink, Ludger; Schmidt, Imke (2011). Das Prinzip der Konsumentenverantwortung ; Heidbrink, Ludger; Schmidt, Imke; Ahaus, Björn(2011). Der Konsument zwischen Markt und Moral. 12ff.

³³⁰ Zur Einbettung von Konsumententscheidungen in strukturelle Rahmenbedingungen: Christianell, Anja (2009): Nachhaltiger Konsum und gesellschaftliche Lebensrealitäten. Ansätze zur Förderung nachhaltiger Konsummuster unter besonderer Berücksichtigung soziokultureller Einflüsse, gesellschaftlicher Trends und Kommunikationsstrategien. Österreichisches Institut für nachhaltige Entwicklung, Wien

³³¹ Grunwald argumentiert wie folgt: "Ein weitere Problem resultiert daraus, dass privates Handeln, zum Beispiel im Konsumbereich unter Konsumentensouveränität, unter öffentliche Erwartungen gestellt wird. Mit einer Privatisierung der Nachhaltigkeit würde Menschen in ihrem Privatbereich eine politische Rolle zugewiesen. Konsument(inn)en als Träger gesellschaftlicher Nachhaltigkeitserwartungen sind aber etwas anderes als solche, die Bedarfs- und angebotsorientiert auf Basis privater Präferenzen und Möglichkeiten entscheiden, was sie nachfragen und was nicht. Die Privatisierung der Nachhaltigkeit stellt private Kauf-

ist. Den privaten Konsum zur öffentlichen Angelegenheit zu machen birgt auch Gefahren. Wie komplex die zu behandelnde Materie werden kann, zeigt eine Stellungnahme des wissenschaftlichen Beirats zur Verbraucher- und Ernährungspolitik beim BMELV. Dort werden unterschiedliche Verhaltensmuster und drei Typen von Konsumentinnen und Konsumenten beschrieben: vertrauende Verbraucherinnen und Verbraucher, verletzte Verbraucherinnen und Verbraucher und der Typus des verantwortungsvollen Verbrauchers. Während der vertrauende Typus sich für Konsumententscheidungen nicht viel Zeit nehmen will und kann, fühlen sich verantwortungsvolle Verbraucherinnen und Verbraucher verpflichtet, relevante Informationen einzuholen. Sie definieren die Grenze ihrer Konsumfreiheit im verantwortungsbewussten Konsumhandeln. Dem verletzlichen Typus fällt es schwer, mit den Herausforderungen des alltäglichen Konsums zu Recht zu kommen. Zu dieser Gruppe zählen gerade auch Migrantinnen und Migranten, die mit Sprache und Gepflogenheiten weniger vertraut sind, ärmere Personen, die weniger Wahlmöglichkeiten haben, und Ältere, die digitales Wissen als Informationsquelle in geringerem Umfang nutzen können. Diese Verhaltensmuster können grundsätzlich in jeder Person in unterschiedlichen Situationen auftreten. Je nach Situation zeigen die Konsumentinnen und Konsumenten Merkmale aller drei Verhaltensmuster auf, sie können also je nach Situation Treiber für einen nachhaltigen Konsum sein oder eben nicht.³³²

Das Spektrum der Möglichkeiten und Einflüsse scheint sehr breit zu sein, dennoch wird in der Debatte um Nachhaltigkeit den Konsumentinnen und Konsumenten eine wichtige Rolle zugeschrieben³³³, daher lohnt eine kurze Begriffsbestimmung. Heidbrink und Schmidt definieren den Begriff des Konsumenten wie folgt:

„Als Konsumenten lassen sich alle Individuen bezeichnen, die am Wirtschaftsprozess teilnehmen und im Rahmen dieses Prozesses nach der Befriedigung ihrer Bedürfnisse suchen“.³³⁴ Dies schließt nicht-marktförmig organisierte Formen des Konsums (z.B. im Rahmen häuslicher Arbeit, Ehrenamt, etc.) bzw. durch die Ebene des Staates (als Anbieter und als Konsument) mit ein.

Neben dem Konsumenten als Träger der Konsumhandlungen ist der Konsum selbst in seinen Ausprägungen und Funktionen Gegenstand der Untersuchung. Konsum wird dabei als anthropologisches Apriori so alt wie die Menschheit selbst beschrieben, der viele Jahrhunderte primär auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Ernährung, Kleidung oder Unterkunft ausgerichtet war. Dabei besteht Konsum aus mehreren Phasen – von der Bedürfnis- und Bedarfsreflexion über die Besorgung durch Kauf, Tausch oder gemeinsame Nutzung, den Gebrauch bis hin zur Entsorgung.³³⁵ Der moderne Konsum ist mit einem zunehmenden Teil seines Volumens den sogenannten Kulturbedürfnissen gewidmet. Diese

Nutzungsentscheidungen in einen öffentlichen Rahmen. Dies ist demokratietheoretisch eine nicht triviale Angelegenheit, da sie die traditionelle und in liberalen Systemen wichtige Trennung in eine öffentliche und private Sphäre aufweicht.“ Grunwald, Armin (2010). Wider die Privatisierung der Nachhaltigkeit“, GAIA 19/3, 180:

³³² Vgl. Micklitz, Hans-Wolfgang.; et al. (2012). Der vertrauende, der verletzte oder der verantwortungsvolle Verbraucher?

³³³ Dieser verstärkte Blick auf den Konsumenten könnte eventuell mit einem Machtverlust der Nationalstaaten verbunden sein, bzw. mit der Stärkung einer Governance, die weniger auf Ordnungspolitik setzt. Hierzu sollte eventuell noch weitere Recherchearbeit geleistet werden.

³³⁴ Heidbrink, Ludger; Schmidt, Imke (2011). Das Prinzip der Konsumentenverantwortung: 35

³³⁵ Anhörung Lucia Reisch in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, 25. Sitzung, 10.12.2012, Protokoll 17/25:3

dienen der Entfaltung der Persönlichkeit, der Integration in soziale Gruppen³³⁶, oder dem Wunsch nach Abwechslung. Diese Kulturbedürfnisse sind dynamisch, kulturell und historisch wandelbar und von Kultur zu Kultur verschieden.³³⁷ Die mit der Realisierung dieser Konsumbedürfnisse u.a. verbundenen ökologischen Folgen sind Gegenstand intensiver Kritik und Debatten.³³⁸

Komplettiert wird die Analyse durch die Untersuchung des Angebots an Produkten und Dienstleistungen. Das Angebot ist eine wichtige Determinante des konkreten Konsumverhaltens. Gleichzeitig wirkt der Konsum auf das Angebot zurück, eine Änderung der Nachfragepräferenzen kann auch das Angebot verändern. Allerdings ist das nicht überall der Fall: Die steigende Nachfrage nach ÖPNV geht zum einen nicht mit einem Produktionsrückgang für PKW einher, zweitens wird nicht jede Nachfrage mit einem entsprechenden Angebot befriedigt und drittens erfordern Nachfrageänderungen in manchen Bereichen leistungsfähige Infrastrukturen, etwa im Verkehrs- oder Energiebereich.

Ein in diesem Sinne responsives Verhalten von Anbietern und Politik ist dabei die Voraussetzung für eine schnellere Anpassung des vorhandenen Angebotes an Waren und Dienstleistungen an veränderte Präferenzen. Die Fähigkeit des Unternehmenssektors, sich permanent an neue Bedürfnisstrukturen anzupassen, ist Teil dessen Innovationskraft und erhält damit seine nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Eine besser an die Kundenwünsche angepasste Produktion in Deutschland ist zugleich Grundlage des Erhalts von wirtschaftlichem Wohlstand.

Die Untersuchung des nachhaltigen Konsums erfordert den Konsum selbst, die Konsumentinnen und Konsumenten, die Angebots- oder Produktionsseite sowie die Wechselwirkungen zwischen diesen in den Blick zu nehmen.

4.1.2 Nachhaltiger Konsum

Nachhaltige Entwicklung meint nach der bekannten Definition der „Brundtland-Kommission“ eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation (intragenerational) auf eine Art und Weise befriedigt, dass auch künftige Generationen (intergenerational) ihre Bedürfnisse befriedigen können, ohne das ökologische, soziale und ökonomische Gleichgewicht in Gefahr zu bringen.³³⁹

Dem Konzept der Nachhaltigkeit liegt mithin die Vorstellung zugrunde, dass mit Rücksicht auf alle Menschen, auch auf zukünftige Generationen, gehandelt werden soll.³⁴⁰ Ressourcenverbrauch, Versorgungsstrukturen und Bedürfnisbefriedigungen sollen sich an diesem normativ-gesellschaftlichen Leitbild ausrichten.³⁴¹ Neben den Produktions-, Distributions- und Zirkulationsprozessen beeinflusst das Konsumverhalten die Nachhaltigkeit unserer Gesellschaft. Diese Prozesse stehen in Wechselwirkung mit sozialstrukturellen Komponenten wie Lebensstilen, sozialen Milieus oder geschlechtsspezifische Teilung der

³³⁶ Hier ergeben sich Querverbindungen zum Themenkomplex der Lebensstile

³³⁷ König, Wolfgang (2008). Kleine Geschichte der Konsumgesellschaft:13ff

³³⁸ Vgl. Urry, John (2010): Consuming the Planet to Excess. In: Theory, Culture & Society. SAGE, 27 (2-3), S.191-212

³³⁹ Siehe auch: .Belz, Frank-Martin; Bilharz, Michael (2007). Nachhaltiger Konsum und Verbraucherpolitik im 21. Jahrhundert. 24f; Kapeller, Jakob.; Schütz, Bernhard.; Tamesberger, Dennis (2012). Konsum demokratisch gestalten: Spielräume zur Etablierung nachhaltigen Konsums.

³⁴⁰ Vgl. Heidebrink, Ludger; Schmidt, Imke; Ahaus, Björn (2011).Der Konsument zwischen Markt und Moral.:31.

³⁴¹ Vgl. Ott, Konrad ;Döring, Ralf (2008): Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit.

Arbeit. Von nachhaltigem Konsum kann dann gesprochen werden, wenn er neben ökonomischen auch sozialen und ökologischen Kriterien entspricht, konkreter also, wenn er ausreichend ist, um die aktive Teilhabe an der Gesellschaft und ein Leben in Würde zu ermöglichen, und gleichzeitig nicht die zulässigen ökologischen Grenzen überschreitet.³⁴² Laut Ludger Heidbrink und Imke Schmidt lassen sich zwei Handlungsmaßstäbe für einen nachhaltigen Konsum unterscheiden: die Norm der Sozialverträglichkeit und die Norm der Naturverträglichkeit des Konsums. Erstere bezieht sich darauf, „Auswirkungen auf Mitmenschen im Nah- oder Fernbereich sowie in der Zukunft zu vermeiden, sofern sie diese negativ treffen und ihre sozialen Lebensbedingungen beeinträchtigen.“³⁴³ Die Norm der Naturverträglichkeit bezieht sich auf einen verantwortungs- und respektvollen Umgang mit der Natur. Der Mensch muss sich in der Natur so verhalten, dass „die Lebensgrundlagen geschont und nicht irreversibel zerstört werden.“³⁴⁴

Ein wichtiges Stichwort in diesem Kontext ist zudem der Begriff der „Resilienz“, also die Fähigkeit, Störungen des Gleichgewichts aufzufangen und auszugleichen. Wo Schädigungen nicht mehr zu verhindern sind, gilt es zumindest die Folgen aufzufangen und die Fähigkeit im Umgang hiermit zu stärken.

Als Grundlage für die Erfüllung der beiden Normen für nachhaltigen Konsum definieren Heidbrink und Schmidt eine dritte Regel, die Norm der Selbstverträglichkeit. Diese dritte Norm umfasst „die eigene Gesundheit, die vernünftige Verwaltung der eigenen Finanzen oder auch das Streben nach Selbstverwirklichung und einem gelingenden Leben.“³⁴⁵ Denn dem Einsatz für das Gemeinwohl geht meist das eigene Wohlergehen voraus.³⁴⁶ Nachhaltiger Konsum sollte demnach also Bezug zu diesen Dimensionen und Feldern haben. Definitiv kann er in zwei Stufen beschrieben werden: Nachhaltiger Konsum im weiteren und im engeren Sinne.

Nachhaltiger Konsum im weiteren Sinn

„Die erste Stufe nachhaltigen Konsums (im weiteren Sinn) beinhaltet Konsumhandlungen, welche die mit Produktion und Konsum einhergehenden sozial-ökologischen Probleme im Vergleich mit konventionellem Konsum verringern, ohne den individuellen Nettonutzen „über Gebühr“ zu senken...“³⁴⁷

Diese erste Stufe kann alltagspraktisch mit dem Kauf von fair gehandelten Waren oder Bio-Produkten beschrieben werden. Lucia Reisch hat in der Enquete-Kommission allerdings darauf hingewiesen, dass gerade die Ernährung zeigt, wie breit aufgefächert die Erwartungen an einen nachhaltigen Konsum sind: Ernährung soll einen hohen Nährwert haben, sicher und gesund sein, umweltfreundlich und Ressourcen- und Energie sparend in Produktion, Transport und Konsum sein, die Produktionsbedingungen sollen fair sein, sie soll zudem erschwinglich sein, die Vielfalt und Lebensfähigkeit ländlicher Räume und lokaler Strukturen

³⁴² Belz, Frank-Martin; Bilharz, Michael (2007): Nachhaltiger Konsum, geteilte Verantwortung und Verbraucherpolitik: Grundlagen.:27.

³⁴³ Vgl. Heidbrink, Ludger; Schmidt Imke (2011). Das Prinzip der Konsumentenverantwortung: Grundlagen, Bedingungen und Umsetzungen verantwortlichen Konsums: 39. ; vgl. auch: .Neuner, Michael (2001). Verantwortliches Konsumentenverhalten: Individuum und Institution: 44-47.

³⁴⁴ Neuner; Michael (2001):46.

³⁴⁵ Heidbrink, Ludger, Schmidt, Imke; Ahaus, Björn (2011): 39.

³⁴⁶ Vgl. Neuner , Michael (2001):.44 f.

³⁴⁷ Belz, Frank-Martin; Bilharz, Michael (2007). 27 -28

und Kulturen soll gefördert werden und das Tierwohl soll beachtet werden.³⁴⁸ Damit verbunden sind Zielkonflikte, wie z.B. die dafür notwendige Flächenausweitung. Nachhaltiger Konsum im weiteren Sinne kann somit zu einer relativen Veränderung gegenüber dem Status-Quo – also z. B. dem Einsatz anderer Pestizide, oder der Verringerung des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft, der Senkung des Lärmpegels oder des Energieverbrauchs verbunden sein. Reisch hat darauf hingewiesen, dass solcher nachhaltigerer Konsum möglich sei, dies aber noch keinen nachhaltigen Konsum darstelle.³⁴⁹

Nachhaltiger Konsum im engeren Sinn

„Die zweite Stufe nachhaltigen Konsums (*im engeren Sinn*) charakterisiert Konsum, der (theoretisch) inter- und intragenerational verallgemeinerbar für alle Menschen ist, ohne das Ziel der Nachhaltigkeit zu gefährden“³⁵⁰

Die Anforderungen für den Begriff des nachhaltigen Konsums im engeren Sinne werden komplexer, denn hier gerät die „Verallgemeinerung“ im intra- und intergenerationalen Bereich in den Blickpunkt. Welches Maß an Konsum ist für alle Menschen auf dem Planeten und im Hinblick auf die folgenden Generationen vertretbar – und wie kann diese Menge festgelegt und gemessen werden? Belz und Bilharz schlagen vor, dies über einen sogenannten „Ressourcenansatz“ zu bestimmen, der sich z.B. mit Konzepten wie dem „ökologischen Fußabdruck“ abbilden lässt.³⁵¹ Nachhaltiger Konsum im engeren und weiteren Sinne sind nicht als Gegensatzpaar zu verstehen – nachhaltiger Konsum im engeren Sinne ist vielmehr eine Teilmenge des nachhaltigen Konsums im weiteren Sinne, eine Teilmenge allerdings, die im Wachstum begriffen ist: „In Deutschland und einigen anderen westlichen Ländern hat der nachhaltige Konsum in den letzten Jahren deutlich zugenommen. [...] Dennoch ist davon auszugehen, dass je nach Bereich nur etwa zehn bis 20 Prozent des Konsums unter Beachtung von Nachhaltigkeitsüberlegungen erfolgt.“³⁵²

4.1.3 Kritischer Konsum, moralischer Konsum, politischer Konsum

Neben dem Konzept nachhaltigen Konsums von Heidbrink und Schmidt lassen sich in der laufenden Debatte noch andere Konzepte finden. *Kritischer Konsum* setzt sich mit den gesellschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen auseinander. Auch die Bezeichnung „*moralischer Konsum*“ spiegelt auf seine Weise gesellschaftliche Konventionen.³⁵³ Konsumhandlungen sind dann moralisch, wenn sie sich an bestimmten ethischen Werten, an Normen und Idealen ausrichten. Diese Werte und Normen variieren von Gesellschaft zu Gesellschaft, sind stark kulturell geprägt und hängen zudem mit den Vorstellungen der Religion, des Milieus und der Familie des jeweiligen Konsumenten zusammen. Somit konsumiert eine Person dann moralisch, „wenn sie sich an diesen verinnerlichten Prinzipien und Werten orientiert und diese in ihre Entscheidungsprozesse einbezieht.“³⁵⁴

³⁴⁸ Anhörung Lucia Reisch in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, 25. Sitzung, 10.12.2012, Protokoll 17/25:3; Lucia Reisch (2012): Nachhaltiger Konsum, Kommissionsmaterialie M-17(26)36neu.: 4

³⁴⁹ Anhörung Lucia Reisch in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, 25. Sitzung, 10.12.2012, Protokoll 17/25: 2

³⁵⁰ Belz, Frank-Martin; Bilharz, Michael (2007). 27 -28

³⁵¹ Belz, Frank-Martin; Bilharz, Michael (2007). 28ff

³⁵² Grunwald, Armin (2012). Ende einer Illusion: 64

³⁵³ Vgl. dazu und zum Folgenden Heidbrink, Ludger, Schmidt, Imke; Ahaus, Björn (2011): 32 ff.

³⁵⁴ Heidbrink, Ludger, Schmidt, Imke; Ahaus, Björn (2011): 32

Die Bezeichnung „*politischer Konsum*“ bezieht sich auf das Phänomen, dass privater Konsum zunehmend öffentlich wird und mit politischen Handlungen in Verbindung tritt. Der „Consumer Citizen“ engagiert sich durch Eigeninitiative und zivilgesellschaftliche Partizipation über die nationale Politik hinaus. Neben der individuellen Verantwortung der Konsumentinnen und Konsumenten für die Folgen ihrer Handlungen umfasst der politische Konsum auch die kritische Auseinandersetzung mit der Handlungsweise von Regierungen und globalen Konzernen. Mit Möglichkeiten wie Abwanderung, Widerspruch und Unterstützung einer bestimmten Marke können Konsumentinnen und Konsumenten zum Beispiel ihre Einstellung gegenüber einem Unternehmen und dessen Produktpolitik zum Ausdruck bringen. Vereinzelt Verbraucher und Verbraucherinnen können allerdings ihren Einfluss erst als Käufer und Käuferin, also im Nachhinein an die Produktion geltend machen. Organisierte Verbraucher sind dagegen in der Lage, ihre Wünsche und Interessen unmittelbar an Wirtschaft und auch Politik heranzutragen.³⁵⁵ Wobei beides Wirkung zeigt: Es gibt Unternehmen, die aus der Kombination Nachhaltigkeit und Lifestyle erfolgreich sind, wie Bionade oder American Apparel. Andere Bekleidungshersteller mussten dagegen Einbußen aufgrund von Berichten über schlechte Arbeitsbedingungen in ihrer Produktion hinnehmen. Zu nennen wäre auch der Boykott von Shell oder von südafrikanischen Produkten während der Apartheid.

4.1.4 Perspektiven

Nachhaltiger Konsum kann aus der Perspektive des individuellen Konsums oder aus der Perspektive der gesellschaftlichen Strukturen, die als Rahmenbedingungen des Konsums dienen, betrachtet werden.³⁵⁶ Aus diesen beiden Perspektiven ergeben sich jeweils spezifische strategische Ansatzpunkte.

Die erste Perspektive geht davon aus, dass zu einem verantwortlichen Konsum vor allem gehört, die eigenen Kaufhandlungen zu reflektieren und auf mögliche Normverletzungen hin zu untersuchen und als Konsequenz eine bessere Konsumweise zu wählen.³⁵⁷ Eine der wichtigsten Grundbedingungen für verantwortliches Konsumentenverhalten ist daher die Möglichkeit der Wahl: denn nur dort, wo der Konsument eine Wahlmöglichkeit hat, kann er auch verantwortungsvoll einkaufen. Diese prinzipielle Freiheit der Wahl unterliegt allerdings ebenfalls Einschränkungen, die z.B. auf die sozialstrukturelle Rahmenbedingungen unserer Gesellschaft hinweisen: so ist für Menschen mit geringem Einkommen die Wahlmöglichkeit für häufig teurere nachhaltige Produkte oft nicht gegeben.

Die zweite Perspektive verweist darauf, dass die Voraussetzung für einen nachhaltigen Konsum das Vorhandensein nachhaltiger Produkte ist, weiterhin kann nachhaltiger Konsum auch das Nicht-Konsumieren bestimmter Produkte sein.

Ausgehend von dieser Einschätzung lassen sich zwei strategische Ansätze unterscheiden: Ein technologischer Ansatz zielt darauf ab, durch bessere (Produktions-)Technologien nachhaltige Produkte zu erzeugen und so einen nachhaltigen Konsum zu ermöglichen.³⁵⁸

Ein zweiter Ansatz betont die politische Rahmensetzung und die daraus resultierende Veränderung von Produkten und Produktionsprozessen. Dafür ist es notwendig, die konkrete

³⁵⁵ Vgl. zur politischen Dimension des Konsums: Princen, Thomas et al. (Hrsg.) (2002). *Confronting Consumption*. The MIT Press, Cambridge Massachusetts

³⁵⁶ Vgl. Kapeller, Jakob.; Schütz, Bernhard.; Tamesberger, Dennis (2012). *Konsum demokratisch gestalten*: 166

³⁵⁷ Vgl. Heidbrink, Ludger, Schmidt, Imke; Ahaus, Björn (2011): 39.

³⁵⁸ Wie die Ansätze von „Cradle to Cradle“, oder der „Blue Economy“.

Ausgestaltung dieses Rahmens zu betrachten. Welche Formen der Politik finden statt, welche Inhalte werden gesetzt? Wie ist die Rolle des Staates in der Interaktion mit Unternehmen, Konsumentinnen und Konsumenten zu sehen und zu bewerten?³⁵⁹ Darüber hinaus wird in der Konsumforschung drauf hingewiesen, dass eine „Konsumkultur“ Ergebnis längerer evolutionär-historischer Prozesse ist.³⁶⁰

Armin Grunwald wirft zudem in einer grundsätzlicheren Argumentation die Frage auf, ob „die Wirtschaft sich auf eine ‚nachhaltige Produktion‘ einlassen und dadurch zum weltweit zentralen Motor der Nachhaltigkeitsbewegung werden könnte?“ Diese Erwartung hätte sich, so die Einschätzung von Grunwald, spätestens seit der Weltwirtschaftskrise 2008 in Luft aufgelöst. Die Logik des Wirtschaftssystems stehe offensichtlich, und dies sei aus seiner Sicht eine der Lehren aus der Wirtschaftskrise, wohl doch in einen stärkeren Gegensatz zu einigen – nicht allen – Grundgedanken der Nachhaltigkeit, als dies zwischenzeitlich angenommen worden sei.³⁶¹

Die Mitglieder der Projektgruppe 5 eint die Auffassung, dass es den einen, goldenen Weg zum nachhaltigen Konsum nicht gibt. Nachhaltiger Konsum muss durch ein Maßnahmenbündel, das sich aus Information, der Vermittlung von Werten, Marktordnungen, Governance und Regulierung zusammensetzt, gefördert werden.³⁶² Alle diese Perspektiven und Ansätze bieten sinnvolle Anknüpfungspunkte und müssen in der Analyse wie in der praktischen Politik verfolgt werden. Im Folgenden sollen nun zunächst aus der Perspektive der Verbraucherinnen und Verbraucher, dann aus der Perspektive des Wirtschaftssystems die Rahmenbedingungen, die Chancen und die Grenzen nachhaltigen Konsums nachgezeichnet werden. Aus dieser Darstellung werden dann unterschiedliche Handlungsoptionen dargestellt.

4.2 Verantwortung der Konsumentinnen und Konsumenten für die einzelne Konsumhandlungen

In der oben skizzierten ersten Perspektive wird argumentiert, dass in einer demokratisch verfassten Marktwirtschaft sich die Einzelnen in ihren Konsumentscheidungen die vermittelten Abläufe der Produktion aneignen und diese Abläufe wiederum dadurch unterstützen, dass sie diese nachfragen und bezahlen. Grundlage eines verantwortungsbewussten Konsums ist die kritische Reflexion über das eigene Konsumverhalten. Bei der Herstellung von Gütern werden zugleich sozial-ökonomische Kriterien in unterschiedlichem Umfang beachtet. Die Produktion und der Gebrauch von Gütern haben neben dem Gebrauchsnutzen in unterschiedlichem Umfang auch soziale und ökologische Effekte. Negative Umweltauswirkungen können sich nicht nur in der Produktion ergeben, sondern auch in der Gebrauchsphase und bei der Entsorgung eines Produkts. In Bezug auf das Beispiel Auto heißt das, dass sich ein verantwortungsbewusst handelnder Verbraucher nicht nur die Frage stellt, ob er ein Auto anschafft und welche ökologischen Anforderungen es erfüllen soll. Er sollte sich auch darüber bewusst werden, wie oft und zu welchem Zweck das Auto gefahren wird, ob Ressourcen verbraucht werden, oder ob er sich – in zukünftigen Zeiten von Green Economy und Green Growth eventuell mit einem mit klimaneutralen Strom angetriebenen E-Mobil fortbewegt.

³⁵⁹ vgl. Bericht der PG3

³⁶⁰ Reisch, L.A.: Kultivierung der Nachhaltigkeit – Ein neuer Weg zu nachhaltigem Konsum? GAIA 11(2), S. 113.

³⁶¹ Armin Grunwald (2012), S. 22f.; Angesichts des globalen Ausmaßes der Konsumproblematik kommt zu einer ähnlichen Einschätzung: Dauvergne, Peter (2010): The Problem of Consumption. In: Global Environmental Politics, Volume 10, Nr. 2, S.1-10; vgl. dazu auch den Beitrag zu Fairem Handel in Kap. 5.4.1

³⁶² vgl. dazu Unkorrigiertes Wortprotokoll, Enquete-Kommission 10.12.2013, S. 4

Als einen weiteren Punkt nennen Heidbrink und Schmidt die Vermeidung von Abfall im Allgemeinen, speziell die Vermeidung von nicht recyclebarem Abfall. Bei neu angeschafften Produkten sollte eine verantwortungsvolle Konsumentin und ein verantwortungsvoller Konsument auf wiederverwertbare Materialien und Verpackungen achten³⁶³.

4.2.1 Konsumentenverantwortung als zivilgesellschaftliche Kategorie

Ein reflektiertes Konzept verantwortlichen Konsums stellt nicht nur die isolierte, individuelle Wahlhandlung in den Mittelpunkt. Vielmehr reflektiert es, dass diese immer schon durch Konsumnormen und ordnungspolitische Rahmenbedingungen der Anbieter strukturiert sind. Diese Rahmungen sind in verschiedener Hinsicht Folge kollektiven Handelns: etwa als Folge verbraucherpolitischer Regulierungen oder auch vorstrukturiert durch im weitesten Sinne privatwirtschaftliche Initiativen wie die Einführung von Siegeln, Zertifikaten, Labels etc. Nachhaltiger Konsum ist „anstrengender als der herkömmliche Konsum, weil mehr Kriterien für Kaufentscheidungen zu beachten sind.“³⁶⁴

Zusätzlich zu einem verantwortungsvollen Konsum im persönlichen Bereich können Verbraucherinnen und Verbraucher ihre Verantwortung mithin auch auf verschiedene Weise öffentlich wahrnehmen. Sie agieren dann in der Rolle des „bürgergesellschaftlichen Citoyens“³⁶⁵, der durch bewusste Einkaufsentscheidungen und aktives Engagement auf politische Verfahren und das öffentliche Verhalten von Unternehmen seine „ordnungspolitische Verantwortung“ wahrnimmt. Neben einem Engagement in einer zivilgesellschaftlichen Organisation, in dessen Rahmen die Verbraucher Aufklärungsarbeit leisten oder aktiv schädliche Handlungen verhindern können, gibt es verschiedene weitere Möglichkeiten, wie die Mitarbeit an Umweltschutzprojekten oder die Beteiligung an Protesten gegen problematische Unternehmens- und Konsumpraktiken.

Durch die Beteiligung an Bundestagspetitionen oder an Unterschriftenaktionen können sich Konsumentinnen und Konsumenten außerdem aktiv an politischen Entscheidungsprozessen – etwa im Bereich der Verbraucherpolitik - beteiligen. Zuletzt können sich Verbraucherinnen und Verbraucher durch das Gespräch mit Herstellern und Händlern für einen verantwortungsbewussten Konsum einsetzen. Viele Hersteller bieten mittlerweile die Möglichkeit, über Hotlines oder die Firmenhomepage Wünsche, Anregungen und Kritik zur Firma oder einem bestimmten Produkt mitzuteilen.³⁶⁶

Ohne die Sinnhaftigkeit bürgerschaftlichen Engagements in Bezug auf Konsum in Abrede zu stellen, sollte auch hinterfragt werden, ob letztlich gewährleistet werden kann, dass die Forderungen des Citoyen tatsächlich gehört werden – oder das Engagement nicht nur als Schattenboxen stattfindet? Daher gilt es die Asymmetrie der Handlungsmacht von Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen bzw. staatlichen Akteuren zu berücksichtigen. Letztlich wird nicht gewährleistet, dass bestimmte Nachhaltigkeitskriterien tatsächlich durchsetzbar sind und transparent bleiben. Auch ethisch verantwortungsvoll gesinnte Unternehmen sind durch Konkurrenzdruck Handlungsrestriktionen vorgegeben. Daher sollte man sich nicht vorschnell einer Partizipationsillusion hingeben werden. Ökonomische Handlungsmacht liegt in der Regel viel stärker in den Händen transnationaler Unternehmen

³⁶³ Vgl. Heidbrink (2011), S.39 f.

³⁶⁴ Armin Grunwald (2012), S. 45

³⁶⁵ Heidbrink, Ludger/Schmidt, Imke: Einleitung: Der Konsument zwischen Markt und Moral. In Heidbrink, Ludger/Schmidt, Imke/Ahaus, Björn (Hrsg.): Die Verantwortung des Konsumenten. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2011, S. 12f.

³⁶⁶ Vgl. z.B. <http://www.mystarbucksidea.force.com>, zitiert in: Heidbrink (2011) S.41.

und angegliederter „Think Tanks“, anstatt bei den einzelnen Konsumentinnen und Konsumenten.

Für Peter Ulrich betreffen die in der Konsumentenethik gestellten zentralen Fragen den Einzelnen nicht in seiner Rolle als Konsument, sondern als Bürger. Er verwendet hierbei den Begriff des „ethischen Wirtschaftsbürgers“.³⁶⁷ Als Teil eines politischen Systems kann dieser sehr früh politisch Einfluss nehmen. Die Nachhaltigkeit bestimmter Branchen und Produkte unterliegen in demokratischen Gesellschaften den ordnungspolitischen Rahmenbedingungen. Das Engagement für die Änderung von Rahmenordnungen für Produzenten fällt aber auch in den Mitverantwortungsbereich der Konsumentinnen und Konsumenten als Bürgerinnen und Bürger. Welche Wirtschaftsordnung gewollt wird, welche Gesetze erlassen oder geändert werden sollen, unterliegt der demokratischen Mitbestimmung.

Armin Grunwald hingegen problematisiert, dass Konsumentinnen und Konsumenten seit einigen Jahren mit den Erwartungen konfrontiert werden, „aktiv und von sich aus, ohne Rücksicht auf die politischen Rahmenbedingungen, ihr Konsumverhalten umzustellen.“³⁶⁸ Das ökologische konsumieren und handeln den gesamten Alltag durchdringt, sei oft gar nicht möglich. Auf viele umweltpolitische relevante Entscheidungen hätten Konsumentinnen und Konsumenten hierzulande gar keinen Einfluss.³⁶⁹

In ähnlicher Weise hat Papst Benedikt XVI. in seiner jüngsten Sozialenzyklika „Caritas in veritate“ („Die Liebe in der Wahrheit“) die konsumentenethische Verantwortung als „eine konkrete und tiefgründige Form wirtschaftlicher Demokratie“ bezeichnet. Doch die Enzyklika verwendet den Demokratiebegriff nur in abgeleiteter Form und fokussiert vielmehr auf den Begriff der Zivilgesellschaft. Solidarität bedeutet vor allem das Bewusstsein einer umfassenden Verantwortung jedes Einzelnen und kann daher nicht allein dem Staat übertragen werden³⁷⁰. In diesem Sinne stellt die Enzyklika zudem fest: „Die exklusive Kombination Markt-Staat zersetzt den Gemeinschaftssinn. Die Formen solidarischen Wirtschaftslebens hingegen, die ihren fruchtbarsten Boden im Bereich der Zivilgesellschaft finden - ohne sich auf diese zu beschränken - schaffen Solidarität.“³⁷¹ Die Zivilgesellschaft erscheint hier also als wichtiger Ort gelebter Mitverantwortung. Auch wenn der Einzelne für sich wenig politische oder ökonomische Einwirkungsmöglichkeiten sieht, so können doch seine Konsumententscheidungen im Zusammenhang mit verschiedenen Formen zivilgesellschaftlichen Handelns kulturelle Wirkungen auslösen.

Auch Armin Grunwald konstatiert, dass die Zivilgesellschaft „im Rahmen einer globalen Weltordnung und im Sinne nachhaltiger Entwicklung unverzichtbar geworden“ sei. Dies reiche jedoch nicht aus, „um den entscheidenden Schlüssel für nachhaltige Entwicklung in diesem Bereich zu finden. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben außerhalb der UN-Ebene kein Mandat in den politischen Entscheidungsprozessen. Vielmehr hängt der Zugang zu politischen Entscheidungen meist vom Wohlwollen des Systems ab.“³⁷²

Andererseits ist auch festzustellen, dass insbesondere internationale Markenfirmen mitunter durchaus sensibel auf kritische Berichterstattung und Initiativen von Nichtregierungsorgani-

³⁶⁷ Ulrich, Peter (2008): Integrative Wirtschaftsethik: Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie. 4. Auflage. Bern [u.a.]: Haupt, 2008, S.67.

³⁶⁸ Grunwald, Armin (2012), S. 31

³⁶⁹ Grunwald, Armin (2012), S. 33

³⁷⁰ Benedikt PP. XVI (2009): Enzyklika Caritas in Veritate: über die ganzheitliche Entwicklung des Menschen in der Liebe und in der Wahrheit. Vatican 2009, 109, S. 38.

³⁷¹ Benedikt PP. XVI. (2009), S.39.

³⁷² Grunwald, Armin (2012), S. 25

sationen und gesellschaftlichen Gruppen reagieren. Sie wissen, dass sich negative öffentliche Wahrnehmung ihrer Marke sehr schnell auch auf andere Handlungsfelder wie Attraktivität ihrer Produkte oder ihrer Position als guter Arbeitgeber auswirken kann. Trotz einer offensichtlichen finanziellen und organisatorischen Asymmetrie zwischen Konsumentinnen und Konsumenten, Konsumentenorganisationen und NROs auf der einen Seite und internationalen Konzernen auf der anderen Seite, führt also der Wettbewerbsmechanismus dazu, zivilgesellschaftlichen Aktivitäten mehr Gewicht zu verleihen. Dies gilt gerade auch im Kontext entsprechender negativer Medienberichterstattung (Presse, Rundfunk, Fernsehen, Internet). Diese kann dazu führen, dass auch wichtige Anspruchsgruppen des Unternehmens (Firmenkunden, Banken und Geldgeber, Mitarbeiter und Gewerkschaften etc.) auf Abstand gehen und die Wettbewerbssituation eines Unternehmens geschwächt wird.

4.2.2 Unbewusste Konsumententscheidungen

Die bisherigen Überlegungen zum Verbraucher im Kontext des nachhaltigen Konsums betonten in starkem Maße die bewussten Entscheidungen der Konsumentinnen und Konsumenten. In einem Vortrag im Plenum der Enquete-Kommission referierte die Ökonomin Lucia Reisch die Erkenntnisse der Verhaltensökonomie zu diesen Fragen. In ihren Ausführungen wurde deutlich, dass Konsumententscheidungen nur zu einem geringen Anteil aufgrund bewusster, kognitiver Entscheidungen getroffen würden.³⁷³ Einen großen Anteil an den Entscheidungen hätten Erfahrung, Gewohnheit und Stimuli. Reisch verwies darauf, dass der kognitive Anteil an den Entscheidungen situationsabhängig sei: Kognitiv-strategisch würden z. B. Entscheidungen über Geldanlagen getroffen, die Mehrzahl der Konsumententscheidungen würden aber schnell und emotional getroffen.³⁷⁴

Bedenkt man die oben angeführten Befunde, sei es nicht verwunderlich, dass die tatsächliche Konsumpraxis den nachhaltigen Einstellungen vieler Verbraucherinnen und Verbraucher widerspräche. Reisch begründet dies mit zwei Phänomenen: Erstens seien Konsumentinnen und Konsumenten nur bereit, eine bestimmte Menge an Energie aufzubringen, um sich Hintergrundwissen anzueignen, mit dem Konsum auseinanderzusetzen und dann auch evtl. mehr zu bezahlen, es existiere mithin so etwas wie ‚vernünftige Ignoranz‘. Und zweitens verweist sie auf Ergebnisse der ‚Prospekt Theorie‘ der beiden Ökonome Nobelpreisträger D. Kahneman und A Tversky, nach denen Personen mögliche Verluste deutlicher wahrnehmen würden als mögliche Gewinne einer Veränderung.³⁷⁵

In der Prognos-Studie ‚Verbrauchermonitoring. Perspektiven der Verbraucher zum Klimaschutz: Mobilität & Ernährung‘ wird darauf hingewiesen, dass die Intention der Verbraucher zwar zentraler Prädiktor für tatsächliches Verhalten sei. Gleichzeitig gebe es bedeutende Unterschiede zwischen dem, was Konsumentinnen und Konsumenten als Absicht äußern und dem, was sie tatsächlich tun würden.³⁷⁶

Die beobachtete Diskrepanz zwischen Klimabewusstsein und Klimaverhalten (siehe auch Kapitel 3) erklären die Autorinnen und Autoren der Prognos-Studie zum Beispiel mit Zielkonflikten, Hemmnissen und fehlenden Ressourcen. Sie weisen auch darauf hin, dass

³⁷³ Lucia Reisch sprach in der Enquete-Kommission davon, dass ‚80 Prozent aller dieser Entscheidungen am ‚Point of sale‘ noch nicht einmal kognitiv involviert sind. Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Kurzprotokoll 25. Sitzung, Protokoll Nr. 17/25, S.12

³⁷⁴ Ebd.

³⁷⁵ Ebd. S. 13, Ebd. S. 13, siehe auch: Kahneman, Daniel; Tversky, Amos (1979). Prospect theory: An analysis of decision under risk, bzw. Tversky, Amos; Kahneman, Daniel (1992). Advances in prospect theory: cumulative representation of uncertainty.

³⁷⁶ Prognos (2010), S. 74

auch aus einem klimafreundlichen Verhalten nicht zwangsläufig auf ein Klimabewusstsein geschlossen werden könne. So könne ein sparsamer Lebensstil, der faktisch zu klimafreundlichen Verhalten führe, in völlig anderen Motiven begründet sein.³⁷⁷

Die Prognos-Studie identifiziert mehrere Einflussfaktoren auf das Klimabewusstsein und das Klimaverhalten. Diese Faktoren seien die allgemeine Wirksamkeit klimafreundlichen Handelns sowie die persönlichen Überzeugungen zu Chancen und Risiken klimafreundlichen Handelns, weiterhin würden soziale Normen zum Klimaschutz und Hemmnisse und Ressourcen eine Rollen spielen.³⁷⁸

Hemmnisse und Ressourcen hätten bei der Mobilität keinen entscheidenden Einfluss auf das Klimabewusstsein. Einfluss hätten psychologische Einflussfaktoren wie die soziale Norm, der ökonomische Nutzen klimafreundlichen Verhaltens, die Erfahrungen mit klimafreundlichem Verhalten sowie Erwartungen an sich und andere.³⁷⁹ Völlig anders sei es beim Klimaverhalten: Lediglich die emotionale Bindung an das Autofahren habe als psychologischer Einflussfaktor eine Bedeutung. Starken Einfluss auf die Nutzung eines Autos habe dagegen die Attraktivität alternativer Verkehrsmittel. Zusammenhänge ergäben sich mit Hemmnissen wie schlechtem Wetter oder unpassender Kleidung auf die Nutzung eines Fahrrades. Auch die Stadtgröße und die eventuell mangelnde Attraktivität des ÖPNVs stünden bei der Nutzung oder Nichtbenutzung dieses Angebots in einem Zusammenhang. Dieser zeige sich zum Beispiel auch bei niedrigem Einkommen und der Autonutzung.³⁸⁰

Lucia Reisch verwies in ihrem Vortrag darauf, dass nachhaltige Alternativen verfügbar und bezahlbar sein müssen. Diese Verfügbarkeit von nachhaltigen Alternativen kann ganz bewusst gesteuert werden kann:³⁸¹ David R. Just und Brian Wansink stellen am Beispiel von amerikanischen Schulkantinen dar, welchen Einfluss die Gestaltung dieser Kantinen darauf hat, was die Schülerinnen und Schüler essen.³⁸² Allein ein geschlossener Gefrierschrank für Eis kann die Zahl derer, die Eis kaufen, von 30 % auf 14 % gegenüber einem offenen Gefrierschrank reduzieren. Ebenso hat die Anordnung der Speisen einen Einfluss: Wird zum Beispiel im Wartebereich der Kasse statt Süßigkeiten Obst platziert, steigt der Konsum von Obst und der von Süßigkeiten fällt. Just und Wansink verweisen dabei auf zwei psychologische Prinzipien, die hier ganz unterschiedlich wirksam werden. Als wenig erfolgsversprechend sehen sie Verbote an, da diese Abwehrreaktionen auslösen. Stattdessen setzt das sogenannte *Nudging*, also z.B. das geschickte Platzieren von Obst, darauf, dass die Konsumentinnen und Konsumenten das Gefühl haben, frei und bewusst entschieden zu haben, und so die Entscheidung als ihre eigene betrachten.³⁸³

Zwei weitere Optionen, zeigt Lucia Reisch auf: Entscheidungsfehler können abgemildert werden, wenn man die Kompetenz der Verbraucherinnen und Verbraucher stärkt. Und: Über

³⁷⁷ Prognos (2010), S. 74

³⁷⁸ Prognos (2010), S. 76

³⁷⁹ Prognos (2010), S. 78

³⁸⁰ Prognos (2010). S. 78f.

³⁸¹ Lucia Reisch in der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, 25. Sitzung, 10.12.2012, Protokoll 17/25, S. 30

³⁸² Just, David R.; Wansink, Brian (2009): Smarter Lunchrooms: Using Behavioral Economics to Improve Meal Selection, in Choices, http://www.choicesmagazine.org/magazine/pdf/article_87.pdf [Stand: 24.1.2013]; vgl. dazu auch die Ausführungen von Lucia Reisch in der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, 25. Sitzung, 10.12.2012, Protokoll 17/25, S. 12f.

³⁸³ R. Just, David R.M.; Wansink, Brian (2009), S. 2

die Schaffung von Institutionen oder Normen kann man z. B. die Altersvorsorge sichern, die Menschen von alleine wahrscheinlich nicht ausreichend sichern würden.³⁸⁴

4.2.3 Arbeitsbedingungen und Lebensstile

Neben der Konsumsituation, Rationalität und Werthaltungen beeinflussen auch die Arbeitsbedingungen und die Lebensstile die Nachhaltigkeit des Konsums. So weist Viola Muster in „Negative influences of working life on sustainable consumption“ darauf hin, dass auch durch die Arbeitsbedingungen Hemmnisse für nachhaltigen Konsum entstehen können:

Lange Arbeitszeiten führen dazu, dass zeitaufwendigere aber nachhaltigere Praxen wegfallen müssen, hoher Arbeitsdruck führt zu Vermeidung von Aufwand in der Freizeit und es kann zum psychischen Ausgleich starker Belastung in der Arbeitssituation zu Kompensationskäufen kommen. Auch Irmgard Schultz und Immanuel Stieß kommen zu diesem Ergebnis: Kurze Arbeitszeiten und entlastete Zeitbudgets seien zwar kein Garant für nachhaltiges Verhalten, extensive Arbeitszeiten und überlastete Zeitbudgets aber ein zentraler Hinderungsfaktor.³⁸⁵ Gleichzeitig kann der Arbeitsplatz aber auch ein Lernort für nachhaltiges Verhalten sein.³⁸⁶ Dies setzt allerdings ein entsprechendes Verhalten der Unternehmen oder eigentümergeführten Betriebe voraus. Als besonders vielfältig und vorbildlich sind hier Aktionen insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmen im Rahmen der MiMoNa (Mitarbeitermotivation für Nachhaltigkeit) Initiative des Bundesarbeitsgemeinschaft für umweltgerechtes Management B.A.U.M.³⁸⁷

Viola Muster weist auch darauf hin, dass höheres Einkommen tendenziell auch zu höherem Konsum führt.³⁸⁸ Gleichzeitig ist zu beobachten, dass nachhaltigere Produkte oftmals teurere Produkte sind, ein höheres Einkommen damit die Entscheidung für ein nachhaltigeres Produkt in der Regel erst ermöglicht. Hier liegt ein Zielkonflikt zwischen steigendem Einkommen und Nachhaltigkeit, den es zu lösen gilt.

4.2.4 Soziale Schwellen für nachhaltigen Konsum

Lucia Reisch hat darauf hingewiesen, dass schon die Frage des Zeitbudgets eine soziale Dimension hat. Je weniger Zeit für Konsumententscheidungen bleibt, desto einfacher und schneller muss die nachhaltige Konsumalternative erreichbar sein. Einkommensstarke Gruppen können sich trotz langer Arbeitszeiten ihr Zeitbudget über die Nachfrage nach Dienstleistungen kaufen. Die wenigste Zeit haben berufstätige, alleinerziehende Mütter.

Mit einem höheren Einkommen ist oft ein höherer Konsum verbunden. Dies führt dazu, dass der ökologische Fußabdruck von Menschen, die ein gutes Einkommen und einen nachhaltigkeitsorientierten Lebensstil haben, im Durchschnitt schlechter ist, als der der

³⁸⁴ Lucia Reisch in der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, 25. Sitzung, 10.12.2012, Protokoll 17/25, S. 17

³⁸⁵ Schultz, Irmgard, Stieß Immanuel (2009): EUPOPP Work Package 1. Gender aspects of sustainable consumption strategies and instruments.

³⁸⁶ Muster, Viola (2012). Negative influence of working life on sustainable consumption.

³⁸⁷ Vgl. Dazu die Datenbank mit über 500 Praxisbeispielen unter www.mimona.de. Weitere relevante Überlegungen finden sich im Nachhaltigkeitspapier des Bundes Katholischer Unternehmer 'Markt-Staat-Bürgergesellschaft. Für eine Ordnungspolitik der Nachhaltigkeit, abzurufen unter <http://www.bku.de/Publikationen/diskussionsb.html>

³⁸⁸ Muster, Viola (2012)

unteren sozialen Milieus.³⁸⁹ Reusswig und Lass weisen aber auch darauf hin, dass Varianz innerhalb der Milieus erheblich ist.³⁹⁰

Der bessere ökologische Fußabdruck unterer sozialer Milieus ist nicht Ausdruck freiwilliger Nachhaltigkeit sondern unfreiwilligen Konsumverzichts. Es steht schlicht weniger Geld für Konsum zur Verfügung. Gleichzeitig gehen mit sinkendem Einkommen Konsumfreiheiten und damit Optionen für nachhaltigen Konsum verloren. Nachhaltigere Produkte sind oft teurer als ihre schlechteren Alternativen. Und selbst wenn sich z. B. der höhere Anschaffungspreis von energieeffizienten Elektrogeräten über die Zeit amortisiert, muss der höhere Anschaffungspreis erst aufgebracht werden.³⁹¹

Lucia Reisch hat darauf hingewiesen, dass die verletzlichen Verbraucherinnen und Verbraucher oft diejenigen sind, die wegen geringer Bildung und geringem Einkommen wenig am Konsum- und Arbeitsleben teilhaben können.³⁹²

4.2.5 Gender und nachhaltiger Konsum

Beim Blick auf das Verhältnis zwischen Geschlechterverhältnissen und nachhaltigem Konsum wird deutlich, dass Kaufentscheidungen nicht im luftleeren Raum getroffen werden, einer entsprechenden Kontextualisierung bedürfen und die in der Debatte vernachlässigte Geschlechterdimension eine Rolle spielt.³⁹³ Im Folgenden soll der Blick weniger auf „typisch männliche“ und „typisch weibliche“ Konsumweisen als auf strukturelle Zusammenhänge wie die geschlechtsspezifische Teilung der Arbeit und die Zuständigkeiten für Care- und Reproduktionstätigkeiten gerichtet werden. So werden auch empirische Befunde, nach denen Frauen für 80 % der Konsumententscheidungen des Alltags und des Haushalts verantwortlich sind, während im Gegenzug 80 % der Finanzmittel von den einkommensstärkeren Männern ausgegeben werden, im Kontext von Care und Arbeitsteilung betrachtet.³⁹⁴ Frau oder Mann-Sein an sich führt noch nicht unweigerlich zu bestimmten Verhaltensweisen. Darin spiegelt sich nicht nur die Meinung vieler Genderforscherinnen und -forscher wieder, sondern auch konkrete Untersuchungen zu Konsumverhalten innerhalb der „Gruppe“ der Frauen stützen diese Aussage: Frauen mit einem als tendenziell maskulin eingestuften Lebensstil (gemeint ist hier ohne Kinder und mit Arbeit) würden sich ähnlich wie Männer eher preisorientiert verhalten, während Frauen mit einem als feminin geltendem Lebensstil (also mit Kindern und weitreichenden Care-Aufgaben) marken- und ökologieorientierter auswählen würden.³⁹⁵ Gleichwohl ist es wichtig, die Geschlechterdimension zu berücksichtigen. Denn auch wenn hier einiges im Wandel begriffen sein mag, so sind in weiten Teilen der Gesellschaft noch überwiegend Frauen für die Reproduktionsarbeiten und Männer für die Rolle des

³⁸⁹ Reusswig, Fritz; Lass Wiebke (2012): Nachhaltige Lebensstile, Materialie PG 5/5: 18

³⁹⁰ Reusswig, Fritz; Lass Wiebke (2012): Nachhaltige Lebensstile, Materialie PG 5/5: 24 f.

³⁹¹ Vgl. Brunner, Karl-Michael (2011): Energiekonsum und Armut. In: Morke-Mikl, Gertraude (Hg.): Sozioökonomie: Die Rückkehr der Wirtschaft in die Gesellschaft. Metropolis-Verlag, Marburg 2011

³⁹² Lucia Reisch in der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, 25. Sitzung, 10.12.2012, Protokoll 17/25, S. 19

³⁹³ vgl. Vinz, Dagmar (2009): Gender and Sustainable Consumption: 160

³⁹⁴ vgl. Genanet (2012): Green Economy, Gender, Konsum.

³⁹⁵ vgl. Heinzle, Stefanie; Josef Känzig und Julia Nentwich (2010): Moving beyond gender differences in research on sustainable consumption. / Analog wird auch hinsichtlich des emissionsintensiveren Konsums der Männer argumentiert, der ebenfalls auf die geschlechtsspezifischer Rollenverteilung und damit einhergehender Verantwortlichkeiten zurückzuführen ist (vgl. Schultz, Irmgard und Immanuel Stieß (2009): 29).

Während Frauen also die Einkäufe des alltäglichen Lebens tätigen, treffen Männer eher die Entscheidungen über Geldanlagen, Energieversorgung, Versicherungen sowie größere Elektrogeräte oder Autos. Damit sind Männer mehr für Konsumententscheidungen in Bereichen mit höherer Energieintensität und größeren Ausgabensummen zuständig (vgl. Genanet (2012)).

Hauptnährers zuständig.³⁹⁶ Sowohl mit Blick auf Auswirkungen als auch hinsichtlich der Auswahl von politischen Maßnahmen kann dies eine Rolle spielen. Für eine angestrebte Gleichberechtigung und Gleichstellung der Geschlechter sollte dies berücksichtigt werden.

Als ein zentrales Instrument, das die Folgen vermeintlich geschlechtsneutraler Maßnahmen in den Blick nimmt, gilt das Gender Impact Assessment.³⁹⁷ Als Instrument der Sichtbarmachung wird es oftmals im Zusammenhang der Übertragung von Nachhaltigkeitsverantwortungen an die privaten Haushalte hervorgehoben. Gesprochen wird hierbei auch von einer Feminisierung der Umweltverantwortung. Denn bei der Übergabe von Zuständigkeiten an die privaten Haushalte, fällt die Verantwortung zumeist in Frauenhände. Dies kann dann problematisch werden, wenn das geforderte nachhaltige Verhalten mit zeitlichem Mehraufwand im Haushalt verbunden ist. Beispielhaft wird hier auf die Abfallorganisation verwiesen: Denn der häusliche Aufwand und die Organisation des Recyclings wird zumeist von Frauen übernommen, deren Arbeitsbelastung damit steigt.³⁹⁸ Angemahnt wird hier, dass die unbezahlte, überwiegend von Frauen geleistete Arbeit, in den privaten Haushalten nicht als unerschöpfliche Ressource wahrgenommen werden dürfe.³⁹⁹

Jenseits der Implementierung von Folgeabschätzungen sollte grundsätzlich die geschlechtsspezifische Teilung der Arbeit, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Reproduktionskrise⁴⁰⁰ beim nachhaltigen Konsum berücksichtigt werden. Durch die zunehmende Berufstätigkeit von Frauen, bei gleichbleibender Zuständigkeit für Care-Tätigkeiten, kommt es zu Doppelbelastungen und Zeitrestriktionen. Unter der Berücksichtigung von Zeitbudget-Analysen im Hinblick auf nachhaltigem Konsum kommen Irmgard Schultz und Immanuel Stieß auch zu dem Ergebnis, dass eine Kürzung extensiver Arbeitszeiten und eine Entlastung überstrapazierter Zeitbudgets erst die Voraussetzung für nachhaltige Konsumententscheidungen bieten. Zwar könnte daraus umgekehrt keine Garantie für nachhaltiges Verhalten abgeleitet werden, ihr extensiver und überstrapazierter Gegenpart sei aber zumindest als zentraler Hinderungsfaktor zu bewerten.⁴⁰¹ Als eingängiges Beispiel können hier Kaufentscheidungen bei Lebensmitteln angeführt werden. Denn der Kauf von Lebensmitteln und Ernährung im Allgemeinen gilt als wichtiger und wesentlicher Part der Care-Ökonomie, der insbesondere in Haushalten mit Kindern überwiegend Frauen zufällt.⁴⁰² Bei zunehmender Erwerbstätigkeit von Frauen steigt das Bedürfnis nach einer möglichst schnellen Zubereitung von Mahlzeiten. Damit steigt auch die Nachfrage nach wenig zeitintensiven Fertiggerichten – die überwiegend als nicht nachhaltig gelten. Dieser Aspekt

³⁹⁶ vgl. Schultz, Irmgard und Immanuel Stieß (2009):29,30; Allmendinger Vortrag Enquete-Kommission: Kommissionsmaterialie M-17(26)8; Protokoll Nr. 17/10

³⁹⁷ Dabei gilt das Gender Impact Assessment als ein Instrument des Gender Mainstreamings, das 1999 im Rahmen der Europäischen Union als politische Strategie beschlossen wurde (vgl. Schultz, Irmgard und Immanuel Stieß (2009): 47ff.; Hayn, Doris und Irmgard Schultz (2002): Gender Impact Assessment im Bereich Strahlenschutz und Umwelt, Iff.).

³⁹⁸ vgl. Vinz, Dagmar (2009).168

³⁹⁹ vgl. Schultz, Irmgard und Immanuel Stieß (2009).58; Vinz, Dagmar (2009): S. 163ff.; vgl. Weller, Ines (2004): Nachhaltigkeit und Gender

⁴⁰⁰ Der Begriff der Krise der Reproduktionsarbeit geht laut Ines Weller auf eine Studie von Beik und Spitzner zurück. Allgemein sei darunter zu verstehen, dass durch die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen in den letzten 30 Jahren und die anhaltend geringe Beteiligung von Männern an der Versorgungsarbeit die überstrapazierten Zeitbudgets von Frauen insbesondere in der Familienphase an ihre Grenzen gerieten. Dies erfolge, während zugleich Frauen mit neuen Anforderungen im Bereich der Alltagsorganisation, wie Kinder- und Altenbetreuung, konfrontiert würden (vgl. Weller, Ines (2004): Nachhaltigkeit und Gender; Beik, Ute und Meike Spitzner (1995): Reproduktionsarbeitsmobilität).

⁴⁰¹ vgl. Schultz, Irmgard und Immanuel Stieß (2009). 30

⁴⁰² vgl. Vinz, Dagmar (2012): Wer kocht? – Zeitverwendung und Geschlechterarrangements im Ernährungsbereich; vgl. Schultz, Irmgard und Immanuel Stieß (2009). 35

sollte in der Diskussion um nachhaltige Ernährung nicht vernachlässigt werden.⁴⁰³ Laut Dagmar Vinz ist es darum wichtig, die Verantwortung von Veränderungen nicht allein den privaten Haushalten zu überlassen. Vielmehr müssen die zunehmende Berufstätigkeit von Frauen und die Entrhythmisierung alltäglicher Mahlzeiten bei der Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie Eingang finden. Dabei spricht sie sich nicht allein für eine Neuverteilung und Neuorganisation von Care-Arbeiten aus.⁴⁰⁴ An dieser Stelle schlägt sie zudem einen Wandel in der Versorgungsorganisation vor, der einen Ausbau von Kantinen und Mensen für Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Betrieben beinhaltet.⁴⁰⁵

4.3 Konsumentenverantwortung in der Marktwirtschaft

4.3.1 Die Konsumentin / der Konsument – Blinder Fleck der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung

Aus der Sicht des Mainstreams der Wirtschaftswissenschaften lassen sich Begriff und Verständnis von Konsum im historischen Verlauf höchst unterschiedlich beschreiben. Einen ersten Eindruck hiervon vermittelt die Perspektive von Adam Smith, der den Kaufakt ursprünglich als eine kommunikative Handlung zwischen Anbieter und Nachfrager konzipiert hat:

„Jeder, der einem anderen irgendeinen Tausch anbietet, schlägt vor: Gib mir, was ich wünsche, und du bekommst, was du benötigst. Das ist stets der Sinn eines solchen Angebotes, und auf diese Weise erhalten wir nahezu alle guten Dienste, auf die wir angewiesen sind. ... Wir wenden uns nicht an ihre Menschen-, sondern an ihre Eigenliebe, und wir erwähnen nicht die eigenen Bedürfnisse, sondern sprechen von ihrem Vorteil. Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen.“⁴⁰⁶

Auf den Anbietermärkten des Frühkapitalismus tritt dagegen der Verbraucher als bestimmende Größe in den Hintergrund. Die hohe Knappheit an Gütern und Dienstleistungen, eine geringe Innovationsquote und die Fokussierung auf Güter des täglichen Gebrauchs rechtfertigen die wichtigsten Modellannahmen, die die Orientierung der Theorieentwicklung auf die Angebotsseite legitimieren. Deutlich wird das etwa im sog. Say-Theorem, das von den Ökonomen Jean-Baptiste Say (1803) und James Mill formuliert wurde: „Jedes Angebot schafft sich seine Nachfrage“

Bei Annahme stabiler Präferenzen der Konsumentinnen und Konsumenten und einer geringen Gütervariabilität kann Konsum (c) als abhängige Variable des Einkommensniveaus modelliert werden: $c = f(y)$.

Zwar betonen Überblicke über die Geschichte der Konsumgesellschaft, dass Konsum- und Luxusgüter bereits seit der Renaissance und darüber hinaus bekannt sind,⁴⁰⁷ allerdings ist es auch offensichtlich, dass erst das 20. Jahrhundert zum Zeitalter der Massenproduktion und des Massenkonsums wurde. Als Motoren dieser Entwicklung werden in der Regel Unternehmen und Ingenieure betrachtet. Bekannt ist etwa H. Fords Diktum, man könne seine Autos in allen

⁴⁰³ vgl. Vinz, Dagmar (2012)

⁴⁰⁴ vgl. Gottschlich, Daniela (2011): Nachhaltiges Wirtschaften: Zum Verhältnis von Care und Green Economy, S.165; Vinz, Dagmar (2009)

⁴⁰⁵ vgl. Vinz, Dagmar (2012); Vinz, Dagmar (2005): Nachhaltiger Konsum und Ernährung.

⁴⁰⁶ Zitiert nach: Recktenwald, Horst Claus (1976) Adam Smith. Sein Leben und Werk

⁴⁰⁷ McKendrick et al 1982

Farben erwerben, solange diese nur schwarz seien. Doch haben neuere Studien gezeigt, dass das zwanzigste Jahrhundert auch die Entstehung neuer Verbraucherbewegungen als politische Kraft und aktiver Konsumenten als Co-Produzenten neuer Produkte mit sich gebracht hat.⁴⁰⁸ Langfristig entspann sich diese Geschichte zwischen zwei Alternativen: kollektiver versus individueller Verbrauch und Massenkonsum versus Nische / Kleinverbrauch. Außer Verbraucherinnen und Verbrauchern spielten auch Verbraucherbewegungen und Unternehmen sowie der Staat (und seine Politik) eine wichtige Rolle in diesem Prozess. Vier Phasen lassen sich dabei nach Victoria de Grazia unterscheiden:⁴⁰⁹

- 1) Die Erfindung des Verbrauchers (1850-1913): Neue Gebrauchspraktiken und Verbraucherbewegungen entwickeln sich als Reaktion auf die Einführung einer Vielzahl neuer Produkte. Der Staat blieb in dieser Phase eher passiv.
- 2) Umstrittener Konsum (1914-1950): Diese Phase lässt sich als Wettbewerb neuer Verbraucher-Praktiken und polemischer Debatten darum charakterisieren. Nutzerinnen und Nutzer, Unternehmen und der Staat experimentierten mit ganz verschiedenen Verbrauchsformen. Es entwickeln sich kollektive und individuelle, große und kleine Lösungen. Dies geschah vor dem Hintergrund der großen ideologischen Konflikte zwischen Kommunismus, Faschismus und demokratischen politischen Systemen.
- 3) Technokratischer Konsum (1950-1989): Erst in dieser Phase werden die Nutzer zu passiven Konsumenten verwandelt, deren Bedürfnisse erforscht und durch Marketing bearbeitet werden (in Westeuropa, mit einem großen Einfluss der USA) oder aber die ihre Ansprüche unter der allumfassenden Kontrolle des Staates zu beschränken haben.
- 4) Partizipativer Konsum (1989 bis heute): Dieser Zeitraum ist durch neue Experimente mit verschiedenen Formen der besseren Integration von Verbrauchern in den Innovationsprozess neuer Produkte geprägt. Vereinzelt gab es diese zwar schon vorher, aber erst jetzt erreichen sie den Mainstream der Konsumpraxis.

Nachhaltige Konsummuster entstanden demnach schon im späten 19. Jahrhundert als Produkte in Nischen, die in der Zwischenkriegszeit in Krisen und im heftigen Streit der Ideologien zerrieben wurden. Die Nachkriegsperiode brachte dann die Entstehung von Massenmärkten mit entsprechenden Konsummustern. Erst seit Ende des 20. Jahrhunderts entstehen in Europa neue Milieus nachhaltiger Verbraucher, entsprechende Verbraucherbewegungen und größere Marktnischen für nachhaltige Produkte.

Als Fazit der historischen Analyse lässt sich formulieren: Die rudimentäre Konsumtheorie des wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream ist zeitbedingter Ausdruck der dominanten Wachstumsorientierung der Ökonomik des Industriezeitalters. Das gilt sowohl für die neoklassische wie auch die keynesianische Variante.

Demgegenüber treten im Konzept Sozialer Marktwirtschaft deutlich Aspekte der Konsumfreiheit als normativer Verankerung des modernen Gemeinwesens in den Vordergrund. Ludwig Erhardt spricht in seinem programmatischen Buch ‚Wohlstand für alle‘ vom ‚demokratischen Grundrecht der Konsumfreiheit‘, das es gegen die Planwirtschaft zu verteidigen gilt:

⁴⁰⁸ Trentmann 2006; Bruhèze & Oldenziel 2009

⁴⁰⁹ De Grazia 2005

„Hierbei ist zuvorderst an die Freiheit jedes Staatsbürgers gedacht, das zu konsumieren, sein Leben so zu gestalten, wie dies im Rahmen der finanziellen Verfügbarkeiten den persönlichen Wünschen und Vorstellungen des Einzelnen entspricht“.⁴¹⁰

Der marktwirtschaftliche Wettbewerb ergibt sich aus Konsumfreiheit und unternehmerischer Freiheit zu selbstbestimmter Produktion und Vertrieb; beide gelten Erhardt als ‚unantastbare Grundrechte‘ und Grundlage der Demokratie.

4.3.2 Das Konzept der Konsumentensouveränität

Das Konzept der Konsumentensouveränität ergänzt das Wettbewerbsmodell um die Frage nach dem Zugang zu Informationen., Informationsasymmetrien und fehlende Markttransparenz entstehen durch ein immer größer werdende Produktvielfalt, komplizierter werdenden Gütern sowie einseitige bzw. irreführende Hersteller-Informationen. Um diese Informationsasymmetrien auszugleichen wird auf unabhängige Informationen wie z. B. Produkttests gesetzt.⁴¹¹

Auf die Grenzen der Konsumentensouveränität hat Gerhard Scherhorn hingewiesen: Konsumentinnen und Konsumenten seien abhängig vom Angebot, die Konkretisierung ihres Bedarfs nach bestimmten Gütern werde von den Anbietern beeinflusst. „So trafen die Produzenten die Produktionsentscheidungen und versuchten aus Gewinnmaximierungs- und Selbsterhaltungsinteressen über Marketingstrategien die Aufmerksamkeit der Konsumentinnen und Konsumenten auf ihre Produkte zu lenken.“⁴¹² Verbraucherinnen und Verbraucher werden also in der tendenziell unterlegenen Position gesehen. Nach dem Exit/Voice-Modell von Albert Hirschmann können Verbraucherinnen und Verbraucher eher reagieren als agieren, ihnen stehen die Optionen "Exit" (Marktaustritt, Abwanderung, Käuferstreik) und "Voice" (Einspruch, Klage, Kritik) zur Verfügung. Sowohl Zeino-Mahmalat als auch Weber führen an, dass die "Voice"-Option nur wirken könne, ein "Exit" (also die Abwanderung zur Konkurrenz oder Kaufverzicht) auch möglich sei.⁴¹³ Durch eine wachsende Bedeutung von Rezensionen durch die Verbraucherinnen und Verbraucher selbst, entsteht als zusätzliche Option, andere Verbraucherinnen und Verbraucher zum „Exit“ zu bewegen.

Gerhard Scherhorn selbst weist auch darauf hin, dass das Konzept der Konsumentensouveränität nicht als Begründung dienen könne, „die Verantwortung für nachhaltigen Konsum den Konsumenten zuzuweisen.“⁴¹⁴ Das Konzept der Konsumentensouveränität weise aber der Politik und der Anbieterseite die Verantwortung für die Funktionsfähigkeit der Konsumgütermärkte zu: „Die Märkte sollen so verfasst sein und die Anbieter sollen sich so verhalten, dass die Konsumentinnen und Konsumenten zu solchen Kaufentscheidungen befähigt werden, durch die sie die Produktion gemäß ihren wahren Bedürfnissen steuern. [...] Unter dem Nachhaltigkeitsziel müssen sie folglich befähigt

⁴¹⁰ -Erhardt, Ludwig (1957). Wohlstand für Alle, Econ, Düsseldorf : 14

Ende erste Überarbeitung FN

⁴¹¹ Vgl. Nils Zeino-Mahmalat (2000): Leitbilder und Konzeptionen der Verbraucherpolitik, <http://www.politik-netzwerk.de/verbraucherpolitik/verbraucherpolitik.html> [Stand: 20.2.2013]

⁴¹² Birgit Weber (2010): Konsum in der sozialen Marktwirtschaft, in: Informationen zur politischen Bildung (Heft 308) „Haushalt – Markt – Konsum“, <http://www.bpb.de/izpb/7621/konsum-in-der-sozialen-marktwirtschaft?p=all> [Stand: 20.2.2013]

⁴¹³ Vgl. Nils Zeino-Mahmalat (2000) und Birgit Weber (2010)

⁴¹⁴ Gerhard Scherhorn (2005): Markt und Wettbewerb unter dem Nachhaltigkeitsziel, in: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht, 2/2005, 135-154, <http://www.nehmenundgeben.de/index.php?page=329&setLang=1&printview=1> [Stand: 20.2.2013]

werden, die Produktion in die Richtung nachhaltigen Konsums zu steuern.⁴¹⁵ Das bedeutet für Scherhorn: „Konsumentensouveränität setzt gangbare Alternativen voraus.“⁴¹⁶

4.3.3 Wissen und Bewusstsein

Eine bewusste Konsumententscheidung bedingt die ausreichende Information über und ein ausreichendes Verständnis für die nachgefragten Produkte und Dienstleistungen. Dies gilt für die moralische Relevanz von Konsumententscheidungen ganz besonders. Die Einsicht in die ethische Relevanz einer Handlung erfordert deshalb im Bereich des Konsumierens häufig eine medial vermittelte Information. Ein Konsument kann nur dann verantwortungsbewusst handeln, wenn er über die entsprechenden Informationen wie die genaue Herkunft, Produktionsbedingungen, und Transportbedingungen verfügt. Erst das Wissen um unmenschliche oder umweltschädliche Produktionsbedingungen und die bewusste Unterstützung des daraus hervorgegangenen Produkts begründet die Mitverantwortung des Einzelnen. Die konsumentenethische (Mit)verantwortung ist also ebenso medial vermittelt wie die Rolle der Konsumentinnen und Konsumenten und des Produkts; auf die Bedeutung geeigneter medial vermittelter Kommunikationsformen der Nachhaltigkeitskommunikation wird weiter unten näher einzugehen sein.

Diese Informationen sind den Konsumentinnen und Konsumenten oft nicht zugänglich. So stellt Prognos 2010 im Verbrauchermonitoring zum klimafreundlichen Verhalten bei Mobilität und Ernährung fest: „Hemmnisse für klimafreundliches Verhalten sind aus Sicht der Verbraucher vor allem mangelnde Transparenz und Angebotsdefizite. [...] Generell wird mangelndes Vertrauen in vorliegende Informationen insgesamt konstatiert.“⁴¹⁷

Akerlof hat mit seinem Konzept der asymmetrischen Informationsverteilung deutlich gemacht, dass fehlende, glaubwürdige Information letztlich dazu führt, dass Konsumentinnen und Konsumenten für sie nicht nachprüfbar Informationen in der Regel nicht vertrauen. Dieses Konzept stellt ein analytisches Gerüst für die Ableitung des Stellenwertes von Konsumenteninformation dar:

Für dieses Informationsbedürfnis stehen eine Vielzahl von Quellen und Angeboten zur Verfügung: Verbraucherzentralen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Warentests und verschiedene Label auf dem Produkt versorgen die Konsumentinnen und Konsumenten mit entsprechendem Wissen. Damit können bestehende Informationsdefizite ausgeglichen werden. So ist zum Beispiel mit dem deutschen Biosiegel der Markt für Produkte des ökologischen Landbaus deutlich erweitert worden. Es ist gelungen, ein unabhängig kontrolliertes Label zu etablieren, das von der Konsumentenebene, Produzenten und dem Handel akzeptiert wird. Allerdings muss in diesem Kontext auf zwei Probleme hingewiesen werden: einerseits die Tatsache, dass es von den Unternehmen abhängt, welche Informationen über Herstellungsprozesse und Bedingungen veröffentlicht werden. Neben diesem Mangel an verlässlichen und unabhängigen sozial und ökologisch relevanten Informationen besteht zweitens das Problem eines Übermaßes an qualitativ ungefilterten Informationen. Aufgrund einer Vielzahl von Labels und Produktinformationen ist es für den Konsumenten oft schwer zu entscheiden, welche Quellen und Labels vertrauenswürdig sind⁴¹⁸.

⁴¹⁵ Ebd.

⁴¹⁶ Ebd.

⁴¹⁷ Prognos (2010), S. 3

⁴¹⁸ Vgl. Heidbrink (2011), S.42 f.

Neben dem Wissen spielt aber auch das Bewusstsein der Konsumentinnen und Konsumenten eine wesentliche Rolle. In Kapitel 5.2.3.1 wurde ja bereits darauf hingewiesen, dass die wenigsten Konsumententscheidungen kognitiv getroffen werden. Bewusste Konsumententscheidungen sind selten, unbewusste Käufe prägen den Konsum.⁴¹⁹ Dabei geht es aber nicht nur um die Frage, welche Produkte und Dienstleistungen ausgewählt werden, wie. Prognos unterstreicht: „Der Zusammenhang zwischen Klimaschutz und Mobilität ist weithin bekannt, anders als jener zwischen Klimaschutz und Ernährung. Hier spiegelt sich die Intensität der öffentlichen Behandlung der Themen wieder. Das Klimaverhalten unterscheidet sich in den beiden Konsumbereichen.“⁴²⁰

Es geht also auch darum, ob Informationen überhaupt als relevant für die Konsumententscheidung angesehen werden.

Relevant ist weiterhin die Frage, ob die Verbraucherinnen und Verbraucher sich für die Lösung eines Problems zuständig und handlungsfähig fühlen: „Je höher das Klimabewusstsein und –wissen der Verbraucherinnen und Verbraucher in einem Konsumbereich ist, desto stärker fällt die Verantwortungszuschreibung an die relevanten Akteure wie die Hersteller aus. Die Hauptverantwortung für einen wirkungsvolleren Klimaschutz sehen die Verbraucherinnen und Verbraucher bei den Herstellern von Automobilen und elektrischen Konsumgütern. Hier ist auch das Wissen über die Auswirkungen auf den Klimawandel am größten. Auch die eigene Verantwortung in den Bereichen Mobilität und Ernährung wird hoch, aber dennoch unterschiedlich wahrgenommen. Ebenso wird die Selbstwirksamkeit, also mit dem eigenen Verhalten tatsächlich das Klima schonen zu können, sehr hoch bewertet. Allerdings sind Verantwortung und Selbstwirksamkeitserwartung im Mobilitätsbereich deutlich stärker ausgeprägt als im Ernährungsbereich.“⁴²¹

Friedhelm Hengsbach hat Rahmen seiner Anhörung in der Enquete-Kommission zudem darauf hingewiesen, dass Konsum immer in einem vorgeprägten Umfeld stattfindet: Konsumententscheidungen werden innerhalb eines gegebenen Produktangebotes getroffen; objektive Produktinformationen konkurrieren mit Werbung, deren Zweck die Absatzsteigerung ist; Produkte werden immer mehr zu Erlebnisgütern, deren Konsum Kulturbedürfnisse wie die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe befriedigt.⁴²² Hengsbach beschreibt, dass sich daraus ein vorlaufender und ein nachrennender Konsum ergibt: Gerade Menschen mit höherem Einkommen würden versuchen, sich durch den Konsum abzugrenzen, Menschen mit niedrigeren Einkommen würden versuchen, diesem Konsum nachzueifern.⁴²³

4.4 Gesellschaftspolitische Konsequenzen: Rahmen setzen, Entscheidungsfindung unterstützen

4.4.1 Chancen und Grenzen des nachhaltigen Konsumierens

⁴¹⁹ Lucia Reisch spricht davon, dass 80 Prozent aller Entscheidungen am Point of Sale nicht einmal kognitiv involviert sind sondern über Erfahrung, Gewohnheit oder Stimuli getroffen werden. Unkorrigiertes Wortprotokoll, Enquete-Kommission 10.12.2013, S. 7

⁴²⁰ Prognos (2010), S. 3

⁴²¹ Prognos (2010), S. 3

⁴²² Friedhelm Hengsbach (2012): Konsumpräferenz, Konsumsog, Konsumkritik, Kommissionmaterialie 17(26)35, S. 2f.

⁴²³ Friedhelm Hengsbach in der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, 25. Sitzung, 10.12.2012, Protokoll 17/25, S. 40

In Kapitel 5.1.2. wurde die Unterscheidung zwischen nachhaltigem Konsum in engeren und im weiteren Sinn dargestellt. Der Blick auf die Verbraucherinnen und Verbraucher, auf den Konsum und seine Rahmenbedingungen hat deutlich gemacht, dass die einzelnen Verbraucher Spielräume haben, ihren individuellen Konsum nachhaltiger zu gestalten.⁴²⁴ Erforderlich ist dazu zunächst ein Bewusstsein für die Notwendigkeit nachhaltigen Handelns und das Wissen um die Auswirkungen des eigenen Handelns. Vorausgesetzt ist weiterhin das Vorhandensein nachhaltiger Konsumalternativen. Und nicht zuletzt ist die Verfügbarkeit der erforderlichen Ressourcen entscheidend. Die Projektgruppe 5 machte sich diese Zusammenhänge in folgendem Schaubild deutlich:



Abbildung 6: Konsum: Akteure, Faktoren und Angebot⁴²⁵

Konsumentinnen und Konsumenten haben die Möglichkeit, aus dem Angebot an Produkten und Dienstleistungen die nachhaltigeren Optionen zu wählen. Damit können Sie im Rahmen des zunächst vorhandenen Angebots nachhaltiger konsumieren. Das bedeutet nachhaltigen Konsum im weiteren Sinn. Die Hindernisse, die einem solchen nachhaltigeren Verhalten entgegenstehen, wurden in 5.2.3.1 bis 5.2.3.3. dargestellt. Aus diesen Hindernissen lassen sich Handlungsoptionen ableiten.

Mit ihrer Nachfrage beeinflussen die Verbraucherinnen und Verbraucher auch das Angebot. Eine stärkere Nachfrage nach nachhaltigen Produkten kann auch ein größeres Angebot erzeugen. Darüber hinaus können sie die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen anstoßen. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat in seinem Hauptgutachten „Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ die Rolle von Pionieren des Wandels herausgearbeitet. Sowohl gesellschaftliche Veränderungen als auch technologische Innovationen werden zunächst von Pionieren getragen. „Sie verbreiten Innovationen, indem sie eine Politik des „Weiter-so-wie-

⁴²⁴ Einen breiten theoriebasierten Überblick über Herausforderungen von Verhaltensänderungen im Konsumbereich gibt: Jackson, Tim (2005): *Motivating Sustainable Consumption. A review of evidence on consumer behaviour and behavioural change.* University of Surrey, UK

⁴²⁵ Quelle: Eigene Darstellung.

bisher“ hinterfragen, eine alternative Praxis schaffen und somit etablierte Weltbilder und Pfade in Frage stellen, Einstellungs- und Verhaltensmuster herausfordern sowie bei neuen Gleichgesinnten (followers, early adopters) eine dauerhafte Motivation zum selbst tragenden Wandel schaffen. [...] Pioniere des Wandels bewirken demnach nicht nur punktuell, also in ihrem eigenen Erfahrungsbereich Veränderungen, sondern stoßen vergleichsweise großflächige Transformationsprozesse dezentral und „von unten“ an. Sie finden Nachahmer und animieren andere zur Veränderung ihrer Verhaltenspraxis.“⁴²⁶

Erfinder und Unternehmen können genauso Pioniere des Wandels sein, wie Kommunen oder NGOs. Und auch die Konsumentinnen und Konsumenten – insbesondere der Typus des verantwortungsvollen Verbrauchers – können die Funktion von Pionieren übernehmen: Als sich zum Beispiel „ein kleiner Kreis engagierter Freisinger Bürgerinnen und Bürger zusammensetzte, um über alternative Modelle eines modernen Individualverkehrs zu beraten“⁴²⁷, war der heutige Erfolg des Carsharings noch nicht abzusehen. Ende der 80er und Anfang der 90er entstanden an verschiedenen Orten kleine Vereine mit dem Ziel, sich ein Auto zu teilen. Es entwickelte sich so eine Praxis, die Nachahmer fand und sich zu einem Baustein einer nachhaltigeren Mobilität entwickelt hat. Gerade in Städten ist das Carsharing Teil einer veränderten Mobilität der jungen Generation, die auf ein eigenes Auto verzichtet und Mobilitätsdienstleistungen situationsabhängig nachfragt.⁴²⁸ Die Konsumentin oder der Konsument kann also zum Innovator werden, der Modelle entwickelt, die sich verallgemeinern lassen und zu Geschäftsmodellen werden. Innovatives oder nachhaltiges Verhalten kann zum Vorbild für Nachahmer werden. Die verantwortungsvollen Verbraucherinnen und Verbrauchern sind es, die den Prozess der Nachhaltigkeit kritisch beobachten und sich auf sozialen Webseiten oder durch Boykotts oder Buykotts einmischen.⁴²⁹

Dem individuellen nachhaltigen Konsum sind aber auch Grenzen gesetzt. Die Umweltraum-Grenzen sind durch den individuellen Konsum alleine nicht einzuhalten, Reboundeffekten kann durch individuellem Konsum nicht begegnet werden. Um den nachhaltigen Konsum im engen Sinn, also einen inter- und intragenerationalen verallgemeinerbaren und die Nachhaltigkeit nicht gefährdenden Konsum zu erreichen, müssen die Produkte und Produktionsprozesse genauso wie die Infrastrukturen in den Blick genommen werden. Es geht um die politische Gestaltung von Rahmenbedingungen, hier sind also weniger die Konsumentinnen und Konsumenten als Wirtschaftssubjekte, denn die Bürgerinnen und Bürger gefragt.⁴³⁰

Ziel muss es sein:

⁴²⁶ WBGU (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011.pdf [Stand: 29.1.2013], S. 257

⁴²⁷ Stadteilauto Freising e.V.: „Ohne eigenes Auto mobil“. CarSharing in Freising – eine Erfolgsgeschichte!, http://www.sta-fs.de/fileadmin/user_upload/downloads/Verein-StadtTeilAuto.pdf [Stand: 29.1.2013]

⁴²⁸ Stefan Bratzel (2011), Ent-Emotionalisierung der Automobilität bei der jungen Generation? in: der Kfz-Sachverständige (6/2011), http://www.bundesanzeiger-verlag.de/fileadmin/Betrifft-Gefahrgut/Dokumente/Fachbeitraege_KFZ/Kfz-SV_6-11_Fachartikel.pdf [Stand: 29.1.2013]

⁴²⁹ Lucia Reisch in der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, 25. Sitzung, 10.12.2012, Protokoll 17/25, S. 19

Vgl. auch Vorsicht anmahnend, was die Wirksamkeit solcher Pionierhandlungen anbelangt: Shove, Elisabeth und Gordon Walker (2007): CAUTION! Transitions ahead: politics, practice, and sustainable transition management. In: Environment and Planning, 39, S. 763-770

⁴³⁰ Die Projektgruppe 3 der Enquete-Kommission hat die Herausforderungen und Handlungsoptionen diskutiert, unseren Wohlstand zu sichern und gleichzeitig sie Umweltgrenzen einzuhalten. Sie hat auch hinweise darauf gegeben, welche sozialen und ökologischen Leitplanken bei einer solchen Entkopplungspolitik zu beachten sind.

- die notwendigen Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen Konsum zu schaffen,
- die Verbraucher und Verbraucherinnen zu unterstützen, die sich daraus ergebenden nachhaltigen Konsummöglichkeiten zu nutzen, und sie zu befähigen, ihre Konsumweise zu hinterfragen und eine eigene, nachhaltigere Konsumpraxis zu entwickeln.⁴³¹

Aus Veränderung des Wissens und der Einstellungen können konkrete Verhaltensänderungen resultieren. Genauso können sich auch aus einem veränderten Konsumverhalten veränderte Einstellungen ergeben.⁴³² Letztendlich gilt es beide Wege für einen nachhaltigen Konsum zu nutzen.

Fair Trade

Mit Fair Trade wird die Hoffnung verbunden, durch direkte Beziehungen zwischen Kooperativen im Globalen Süden und Globalen Norden Nachhaltigkeit auch global zu verwirklichen. Damit wird auch eine Kritik an den weltweiten Handelsbeziehungen ausgedrückt. Diese Kritik soll in den Alltag, in persönliche Beziehungen und in individuelles Handeln übertragen werden.⁴³³⁴³⁴

Folgende Kernprinzipien werden im Fairen Handel verfolgt: für benachteiligte Produzenten soll Marktzugang geschaffen werden. Es sollen langfristige und gleichberechtigte Handelsbeziehungen aufgebaut werden. Nicht zuletzt geht es um ein Empowerment von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter, d.h. die Stärkung ihrer Möglichkeiten, selbstverantwortlich zu handeln.⁴³⁵ Handelsbedingungen sollen verbessert und soziale Rechte von benachteiligte Produzentinnen und Produzenten sowie Arbeiterinnen und Arbeiter gesichert werden. Konkrete Instrumente sind die Zahlung fairer Preise, möglichst direkte Handelsbeziehungen und langfristige Verträge. Außerdem gibt es strikte Vorschriften zu Arbeits- und Umweltstandards.⁴³⁶

Fair-Trade-Produkte sind im hiesigen Handel und Alltag zunehmend präsent. Sie sind nicht mehr nur als Nischenangebot in spezialisierten „Weltläden“⁴³⁷ erhältlich, sondern auch in Supermärkten und Discountern. Diese Ausweitung in den Mainstream wird auch als Kommerzialisierung und Marktorientierung bezeichnet. Innerhalb der Fair-Trade-Bewegung sind diese Prozesse allerdings umstritten. Einerseits können dadurch die Mengen der

⁴³¹ Vgl. hierzu am Beispiel der Ernährung: Vinz, Dagmar (2005): Nachhaltiger Konsum und Ernährung. Private KonsumentInnen zwischen Abhängigkeit und Empowerment. In PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 138, 35.Jg, Nr.1, S.15-33

⁴³² Lucia Reisch in der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, 25. Sitzung, 10.12.2012, Protokoll 17/25, S. 30

⁴³³ Die Idee des Kritischen Konsums beinhaltet dabei die Vorstellung, dass individualisierte Marktteilnehmerinnen und Marktteilnehmer sich durch Einzelentscheidungen zu einer größeren Macht zusammen tun. Eine Organisation untereinander ist dabei nicht vorgesehen.

⁴³⁴ Peripherie Redaktion (2012): Editorial. *Fair Trade* – Eine bessere Welt ist käuflich. In: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Nr. 128, 32. Jahrgang, S. 396ff.

⁴³⁵ Tech Maria (2012): Kommerzialisierung des Fairen Handels. Auswirkungen auf Produzenten am Beispiel des südafrikanischen Roibos-Tee-Sektors. In: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Nr. 128, 32. Jahrgang, S. 402; zit. nach WFTO – World Fair Trade Organization & FLO – Fairtrade International (2009): A charter of Fair Trade Principles.

⁴³⁶ Tech, Maria (2012): Kommerzialisierung des Fairen Handels. Auswirkungen auf Produzenten am Beispiel des südafrikanischen Roibos-Tee-Sektors. In: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Nr. 128, 32. Jahrgang, S. 402; zit. nach Verbraucher Initiative e.V. (2004): „Gemeinsame Grundlagen des Fairen Handels“. In: Verbraucher Konkret, Nr. 1, S.14f.

⁴³⁷ Auf Fair-Trade-Produkte spezialisierte Geschäfte

abzusetzenden Waren gesteigert werden. Andererseits wird befürchtet, dass durch den Einfluss marktorientierter Akteure die Kernprinzipien und Ziele des Fairen Handels untergraben werden.⁴³⁸

Zu berücksichtigen ist, dass die Gruppe der kleinbäuerlichen Produzentinnen und Produzenten im Globalen Süden nicht homogen ist. So sind die Bedingungen von kleinbäuerlicher Produktion auf der einen und Plantagenwirtschaft auf der anderen Seite jeweils grundlegend verschieden, auch die Erträge verteilen sich ungleich.⁴³⁹ Durch die zunehmende Beteiligung konventioneller Akteure am Fairen Handel wird auch hier verstärkt auf Plantagenwirtschaft gesetzt. Dies kann zu einer Konkurrenzsituation führen, die die Organisationen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern benachteiligt und sie in der Konkurrenz mit Plantagen mehr und mehr aus dem Markt drängt. „Dies widerspricht dem Ziel des Fairen Handels, benachteiligte Produzenten zu unterstützen.“⁴⁴⁰ Auch auf den Plantagen selbst kann der Faire Handel nicht sicherstellen, dass die angestellten Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter den vollen Nutzen im Sinne der sogenannten Fair-Trade-Empowerment-Ziele erfahren. Hier ist es notwendig, die Mitbestimmungsmöglichkeiten und Eigentümerschaft von Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeitern zu stärken. So kann ihnen tatsächliche Teilhabe und zusätzliche Perspektiven erschlossen werden.⁴⁴¹

Global einheitliche Standards können dadurch für die Produzentinnen und Produzenten problematisch sein.⁴⁴² Im Zuge der Kommerzialisierung wurden Standardisierungen ausgeweitet und Zertifizierungssysteme eingeführt. Diese Maßnahmen sind komplex, kostenintensiv und berücksichtigen häufig keine lokalen und sektoralen Gegebenheiten. Gerade für benachteiligte Produzentinnen und Produzenten stellt dies häufig eine Hürde für einen Markteintritt und das Bestehen im Fair-Trade-Markt dar. Die Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter auf Plantagen können allerdings von festen Standards und harten Kontrollen profitieren. Dadurch ist eine höhere Sicherheit gegeben, dass der Plantagen-Eigner die Fair-Trade-Prinzipien einhält.⁴⁴³

Die Kommerzialisierung des Fair-Trades wirkt sich auch auf die beteiligten Händlergruppen aus. Marktorientierte Händlerinnen und Händler sind die Treiber und die direkten Nutznießer des Kommerzialisierungsprozesses. Werteorientierte Händlerinnen und Händler zahlen den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern mehr als den Mindestpreis. Sie erleben Nachteile in der Konkurrenz mit marktorientierten Händlerinnen und Händlern. „Durch die marktorientierten Akteure erhält die konventionelle Marktlogik mehr und mehr Einzug in das System des Fairen Handels – sie durchdringt zunehmend die gesamte Handelskette. Der Preis wird zur Basis des Wettbewerbs und die Werte und Ziele des Fairen Handels werden zunehmend in den

⁴³⁸ Tech, Maria (2012): Kommerzialisierung des Fairen Handels. Auswirkungen auf Produzenten am Beispiel des südafrikanischen Roibos-Tee-Sektors. In: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Nr. 128, 32. Jahrgang, S. 402

⁴³⁹ Peripherie Redaktion (2012): Editorial. *Fair Trade* – Eine bessere Welt ist käuflich. In: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Nr. 128, 32. Jahrgang, S. 397

⁴⁴⁰ Tech, Maria (2012): Kommerzialisierung des Fairen Handels. Auswirkungen auf Produzenten am Beispiel des südafrikanischen Roibos-Tee-Sektors. In: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Nr. 128, 32. Jahrgang, S. 419

⁴⁴¹ Ebd., S. 419ff.

⁴⁴² Peripherie Redaktion (2012): Editorial. *Fair Trade* – Eine bessere Welt ist käuflich. In: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Nr. 128, 32. Jahrgang, S. 397

⁴⁴³ Tech, Maria (2012): Kommerzialisierung des Fairen Handels. Auswirkungen auf Produzenten am Beispiel des südafrikanischen Roibos-Tee-Sektors. In: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Nr. 128, 32. Jahrgang, S. 420

Hintergrund gedrängt. Damit verwaschen die Unterschiede zwischen dem Fair-Trade- und dem konventionellen System zunehmend.⁴⁴⁴

Mittlerweile versucht die Organisation Fair-Trade International einen faireren Wettbewerb zwischen Produzententypen zu erreichen und Standards zu vereinfachen. Unklar ist, ob diese Maßnahmen nachhaltige Wirkung zeigen und das Grundziel des Fairen Handels von sozialer Gerechtigkeit erhalten bleibt. Die Legitimität und Wirksamkeit des Fairen Handels könnte angesichts der Produktionsausweitung und damit einhergehenden Probleme untergraben werden.⁴⁴⁵

4.4.2 Gesellschaftliche Bedingungen von Konsumententscheidungen

Gesellschaftliche Trends und Rahmenbedingungen beeinflussen das Konsumverhalten. Die aktuell zu beobachtende „Reparaturoffensive“ oder die Debatte um „Murks“ und „geplante Obsoleszenz“ können hier als Beispiele genannt werden. Auch informierte und gebildete Verbraucherinnen und Verbraucher sind daher der strukturellen Überlegenheit großer Unternehmen häufig nicht gewachsen. Wettbewerb allein ist nicht immer ausreichend, damit das Angebot durch faire Preise und hohe Qualität am Interesse der Konsumentinnen und Konsumenten ausgerichtet wird. Dem Geldbeutel angemessene Preise bei gleichzeitig hoher Qualität der Konsumgüter, ist häufig nicht das, was die Konsumenten am Markt vorfinden. Hier lässt sich von einem Ungleichgewicht zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher sprechen.

Veränderungen werden aber zum Beispiel auch dadurch ausgelöst, dass öffentliche Verkehrssysteme ausgebaut und der Zugang in die Städte mit Autos eingeschränkt wird. Die Belgische Stadt Hasselt drohte in den 1990er Jahren im Autoverkehr zu ersticken, das Verkehrskonzept wurde zum Thema der Bürgermeisterwahlen. Hasselt hat sich anstelle neuer Straßen für den Ausbau eines kostenlosen ÖPNVs entschieden. Mit Erfolg: Die Einwohner nutzen nun die Busse, Straßen wurden zurückgebaut, Grünanlagen geschaffen. Die Lebensqualität stieg, die Wirtschaft in der Innenstadt boomt genau wie der Tourismus in Hasselt.

Auch das *Nudging* verändert das Konsumverhalten. Das neue Verkehrskonzept in Hasselt besitzt eine klare demokratische Legitimation. Beim *Nudging* fehlt allerdings diese klare, aus demokratischen Wahlen hervorgegangene Legitimation. *Nudging* kann aus einer „antidemokratischen und paternalistischen Grundhaltung“ heraus angewandt werden, die den Bekenntnissen zur Freiheit der Konsumentinnen und Konsumenten entgegen läuft, „sich auch gegen paternalistisch bevorzugte Handlungsweisen zu entscheiden“.⁴⁴⁶ Um zu verhindern, dass Konsum nicht auf eine gegenseitige Bevormundung durch unterbewusste Strategien hinausläuft, wären Suchprozesse über demokratische Auseinandersetzungen bspw. zur Produktauswahl zielführend. Berücksichtigt werden sollte bei der Beurteilung des *Nudging*, dass Konsum in einer gestalteten Umwelt stattfindet. Die Anordnung von Produkten im Supermarkt orientiert sich schon heute am unbewussten Verhalten der Konsumentinnen und

⁴⁴⁴ Ebd.

⁴⁴⁵ Tech, Maria (2012): Kommerzialisierung des Fairen Handels. Auswirkungen auf Produzenten am Beispiel des südafrikanischen Roibos-Tee-Sektors. In: Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt, Nr. 128, 32. Jahrgang, S. 421

⁴⁴⁶ Armin Grunwald (2012), S. 60

Konsumenten. Süßigkeiten stehen nicht zufällig in jedem Supermarkt im Wartebereich der Kassen. Hier werden gezielt Spontankäufe angeregt.⁴⁴⁷

Partizipative demokratische Prozesse müssen die Basis für solche Optionen sein. Sie bieten die Chance, auch die bereits vorhandene Lenkung des Konsums zu hinterfragen und so den Konsum demokratisch zu gestalten.⁴⁴⁸

Ein Beispiel dafür ist die Einführung einer süßwarenfreien Kasse in einer Supermarktfiliale in Berlin: Eine Mutter hat dort mithilfe einer Unterschriftensammlung über eine Kampagnen-Plattform die Initiative für eine süßwarenfreie Kasse gestartet, die dann auch umgesetzt wurde.⁴⁴⁹ Viele NGOs setzen sich mit Konsum auseinander: Verbraucherverbände wie der Verbraucherzentrale Bundesverband greifen dabei genauso Themen eines nachhaltigen Konsums auf, wie explizite Initiativen für einen nachhaltigen Konsum wie Utopia, die Initiative „Murks? Nein Danke!“, die sich gegen den geplanten, vorzeitigen Verschleiß von Produkten einsetzt.

Selbstorganisationen von Verbrauchern und Verbraucherinnen haben in Deutschland bereits eine lange Tradition. Konsum- und Wohnungsgenossenschaften sind bereits im 19. Jahrhundert entstanden. Auch heute gibt es z.B. noch Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaften. Dabei steht stets der konkrete Nutzen für die Genossenschaftsmitglieder im Vordergrund. Diese Selbstorganisationen haben einen wichtigen Stellenwert, wenn es darum geht, regionale Wirtschaftskreisläufe und Nachhaltigkeit zu stärken.

Auf diese Weise setzen einzelne Verbraucherinnen und Verbraucher, Verbände und Initiativen mit ihren Aktionen Signale. Demokratisierung des Konsums bedeutet, diese Debatten aufzugreifen und zu stärken. Weder ein vorgefertigtes neues Konsummodell noch eine Auflistung von Verhaltensratschlägen sollten Ziel einer nachhaltig konsumierenden Gesellschaft sein. Es geht darum, sich – z. B. an Negativ-Erfahrungen von Verbraucherinnen und Verbrauchern anknüpfend – in gesellschaftlichen Diskursen mit unserem Konsum auseinanderzusetzen und gute Beispiele und fallweise auch Normen und Regeln zu entwickeln.

Es ist also auch für den Konsum nötig, demokratische Entscheidungsprozesse zu entwickeln, die nachhaltige und demokratische Konsumstrukturen ermöglichen. Nur so ist es möglich, gleichzeitig plurale Lebensstile zu respektieren und Lebensstile zu etablieren, die mit den Grundsätzen sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit vereinbar sind. Die Konsumsphäre ist sozial ausdifferenziert. Konsum sollte mit sozialer Annäherung statt mit Segregation und Individualisierung verknüpft werden. Der Ausgrenzungen von Menschen vom Konsum sollte entgegen gewirkt werden.

Vom Verbraucherschutz zur Verbraucherpolitik

⁴⁴⁷ vgl. dazu auch: David R. Just und Brian Wansink (2009), S. 2 und Dieter Druck (2013): An der Kasse richtig Kasse machen, Lebensmittelpraxis, 25. Januar 2013, <http://www.lebensmittelpraxis.de/sortiment/warenkunden/7864-an-der-kasse-richtig-kasse-machen.html?cpon=1> [Stand: 19.2.2013]

⁴⁴⁸ Kapeller, J./Schütz, B./Tamesberger, D.: Konsum demokratisch gestalten: Spielräume zur Etablierung nachhaltigen Konsums. In: WISO – Wirtschafts- und Sozialpolitische Zeitschrift 35(3), 165-181.

⁴⁴⁹ Lukas Hermsmeier (2012): B.Z.-Mutter Caro stoppt Quengel-Kassen, BZ-online, 21.12.2012, <http://www.bz-berlin.de/bezirk/prenzlauerberg/b-z-mutter-caro-stoppt-quengel-kassen-article1605562.html> [Stand: 19.2.2013]

Eine soziale Marktwirtschaft muss sich dadurch auszeichnen, dass sie den Verbraucherinnen und Verbrauchern dient⁴⁵⁰. Historisch stand der Schutzgedanke im Vordergrund, um die Rechtssicherheit der Verbraucher, die Sicherheit der Produkte, die Preisgestaltung und den Umwelt- und Gesundheitsschutz durch Schutzvorschriften, Informationen, Bildung und Beratung zu verbessern. Deshalb verstand Ludwig Erhard das Kartellgesetz als Konsumentenschutzgesetz und setzte 1957 eine deutliche Verschärfung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb gegen starke Widerstände durch⁴⁵¹.

Bereits 1953 wurde die Arbeitsgemeinschaft für Verbraucherfragen (AgV) gegründet, in der mehrere Organisationen ihre Verbraucherinteressen bündelten. In den 1960- und 1970er-Jahren erlebte der Verbraucherschutz einen starken Auftrieb, um das Dilemma zwischen organisierter Anbietermacht und individualisierter Nachfrage zu verringern. 1962 definierte US-Präsident John F. Kennedy vier grundlegende Rechte der Verbraucher und Verbraucherinnen⁴⁵²: (1) Recht auf Sicherheit; (2) Recht auf Information; (3) Recht auf Wahlfreiheit; (4) Recht auf Gehör. In Deutschland kam es zu zahlreichen Gesetzen von Klagebefugnissen über die Preisangabenverordnung bis zum Widerrufsrecht. Nach einer Phase der Stagnation kam es im letzten Jahrzehnt – auch in der Folge zahlreicher „Lebensmittelskandale“ wie der BSE-Krise – zu einem neuen Auftrieb des Verbraucherschutzes.

Heute steht die Verbraucherpolitik vor neuen Aufgaben: Zum einen gewinnt der Schutzgedanke durch die globalen Märkte, auf denen es viel Sozial- und Umweltdumping gibt, weiter an Bedeutung, doch die Rechte der Verbraucher enden oft an der Staatsgrenze. Zum anderen sollen die Verbraucher und Verbraucherinnen einen stärkeren Einfluss auf einen qualitativen und funktionierenden Wettbewerb bekommen, um durch Vorsorge und Qualität Fehlentwicklungen zu verhindern.

Eine Aufwertung der Verbraucherpolitik über den Schutzgedanken hinaus – z. B. durch Teilhaberechte, Beweislastumkehr bei Schädigungen und Allianzen zwischen Unternehmen und Verbraucher – ist ein wichtiger Beitrag, Markt- und Wettbewerbsversagen (z. B. durch Internalisierung externer Kosten) zu verhindern, Innovationen in der Wirtschaft (z. B. Green Economy, Reparierbarkeit, Langlebigkeit) zu fördern und mehr Lebensqualität (gute regionale Produkte der Landwirtschaft) zu verwirklichen.

Zudem muss die Verbraucherpolitik sehr viel stärker europäisch ausgerichtet werden, zumal der Verbraucherschutz in der Europäischen Grundrechtscharta und in der EU-Verfassung verankert wurde, aber in den einzelnen Mitgliedsstaaten rechtlich und organisatorisch unterschiedliche Ansätze verfolgt werden. Träger der Verbraucherpolitik sind dabei nicht nur staatliche Institutionen, sondern auch private Organisationen und die Verbraucher selbst.

Leitziel der Verbraucherpolitik ist die Idee der Nachhaltigkeit. Je mehr es gelingt, ihre Prinzipien durchzusetzen und die Verbraucherinteressen zu organisieren, desto geringer wird der Bürokratie- und Regelungsaufwand, weil Nachfragemacht, Grundvertrauen und verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Nachhaltigkeit verwirklicht dann die Prinzipien von Verantwortung, Vorsorge, Wahlfreiheit und Partnerschaft.

Die moderne Verbraucherpolitik geht von einer Prozessverantwortung aus. Sie sieht die Konsumentin und den Konsumenten als aktiven Partner im Marktgeschehen, die nicht nur ein

⁴⁵⁰ Erhard, Ludwig (1957). Wohlstand für alle. Düsseldorf

⁴⁵¹ erstmals beschlossen 1894 als „Mindestschutz“, führt seit 1909 den heutigen Namen und wurde zuletzt im Jahr 2008 novelliert

⁴⁵² Kennedy, John F. (1962). Special Message on Protecting the Consumer Interest. Washington

Schutzrecht haben, sondern sich auch der Auswirkungen seiner Kaufentscheidungen bewusst sind und aktiv eine Mitverantwortung für eine nachhaltige Entwicklung übernehmen. Eine solche Verbraucherpolitik geht nicht nur von den oben angeführten Rechten aus, sondern ergänzt sie um das Prinzip der Verantwortung, der Teilhabe, der Vorsorge und der Partnerschaft.

4.4.3 Mehr Bildung für mehr Nachhaltigkeit? Effekte von Bildung auf die Einstellung zum Konsum.

Sowohl die Unterstützung von nachhaltiger Rahmensetzung in demokratischen Prozessen, als auch der individuelle nachhaltige Konsum, setzen ein Bewusstsein für die Nachhaltigkeit voraus. Prognos stellt im Verbrauchermonitoring fest: „Zielgerichtetes Verhalten ist die Konsequenz von individuellem Wissen, Können, Wollen und Tun. Diesem Ansatz liegt die Erkenntnis zugrunde, dass das Wissen um die eigenen Möglichkeiten die zentrale Voraussetzung zum Handeln ist.“⁴⁵³ Der WBGU geht noch darüber hinaus: Nicht nur das Wissen ist notwendig, sondern auch die Fähigkeit, das eigene Handlungsmuster zu hinterfragen⁴⁵⁴

Die Weltdekade „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen, die noch bis 2014 andauert, will genau dieses Ziel unterstützen. „Bildung für nachhaltige Entwicklung gibt eine neue Richtung für das Lernen und die Bildung aller Menschen vor.“⁴⁵⁵

„Ziel der Dekade ist es, das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in allen Bereichen der Bildung zu verankern. Damit sollen allen Menschen Bildungschancen eröffnet werden, die es ihnen ermöglichen, sich Wissen und Werte anzueignen sowie Verhaltensweisen und Lebensstile zu erlernen, die für eine lebenswerte Zukunft und die Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft erforderlich sind. ... [Bildung für Nachhaltige Entwicklung] eröffnet den Menschen Teilhabe am sozialen und politischen Leben, hilft ihnen, Lösungen für globale Probleme zu finden, vermittelt ihnen Werte, um ihren Lebensstil nachhaltig zu gestalten.“⁴⁵⁶

Gute Bildung sollte die Mündigkeit von Verbraucherinnen und Verbrauchern stärken. Dabei darf Bildung weder lebensfern noch bevormundend oder gar schuldzuweisend sein. Vielmehr sollte an die realen Lebensverhältnisse der Schülerinnen und Schüler angeknüpft werden. Ihr Bewusstsein und ihre Kompetenzen sollten gestärkt und lebenspraktische Inhalte vermittelt werden. Dafür ist es nicht nur notwendig, die wesentlichen Verbraucherrechte zu kennen. Es sollte darüber diskutiert werden, wie eine ressourcenschonende Lebensweise aussehen könnte

⁴⁵³ Prognos (2010), S. 121

⁴⁵⁴ „Zur Implementierung eines komplexen und modularen Maßnahmenpakets, das den Herausforderungen der (Re-)Stabilisierung unseres Erdsystems gerecht wird, bedarf es der Infragestellung bestehender Regelwerke, Routinen und Leitbilder, also der „Landkarten in unseren Köpfen“ (Wilke, 1998).“ zitiert nach: WBGU (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011.pdf [Stand: 29.1.2013].

⁴⁵⁵ UNESCO World Conference on Education for Sustainable Development (2009): Bonner Erklärung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung, http://www.esd-world-conference-2009.org/fileadmin/download/ESD2009_BonnDeclarationDE.pdf [Stand: 29.1.2013]

⁴⁵⁶ Bundesministerium für Forschung und Bildung (2012): UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung", <http://www.bmbf.de/de/3840.php> [Stand: 29.1.2013]; vgl. auch: Rat für Nachhaltige Entwicklung (2012): „Bildung für nachhaltige Entwicklung braucht mehr Verbindlichkeit“ – Interview mit dem Berliner Erziehungswissenschaftler Gerhard de Haan, <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/news-nachhaltigkeit/2012/2012-05-16/bildung-fuer-nachhaltige-entwicklung-braucht-mehr-verbindlichkeit-interview-mit-dem-berliner-erziehungswissenschaftler-gerhard-de-haan/?blstr=0> [Stand: 29.1.2013]

und wie gesunde Ernährung im Alltag verwirklicht werden kann. Gegenüber Werbestrategien von Unternehmen sollte gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern ein reflexives und kritisches Bewusstsein erarbeitet werden.⁴⁵⁷

Handlungsoptionen:

- Stärkung der Bildungsarbeit für nachhaltigen Konsum

Bundesregierung und Bundestag haben die Weltdekade unterstützt. Notwendig ist nun, Bildung für Nachhaltige Entwicklung in unseren Bildungsinstituten zu verankern. Es geht darum, fächerübergreifend Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Ebenen unseres Handelns und der möglichen Sichtweisen darauf herzustellen und unter den Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung zu betrachten.⁴⁵⁸ Dabei spielt nicht nur die Vermittlung neuen Wissens eine Rolle: „Nachhaltige Entwicklung ist kein fertiges Programm, sondern ein gesellschaftlicher Such-, Lern- und Gestaltungsprozess.“⁴⁵⁹ Vielmehr geht es auch um eine andere Vermittlung von Wissen und um die Integration verschiedener Perspektiven.⁴⁶⁰

Einrichtungen des Bundes, die einen Bildungsauftrag haben, können ihre Bildungsinhalte auf eine Bildung für nachhaltige Entwicklung hin ausrichten. Dies beinhaltet auch, ökologische und soziale Produkteigenschaften und daraus resultierende Handlungsoptionen der Verbraucherinnen und Verbraucher in die Bildungsarbeit einfließen zu lassen. Das betrifft etwa die Bundeszentrale für Politische Bildung. Im föderalen Bildungssystem sollten die Länder dies für ihre Landeszentralen für Politische Bildung ebenfalls anstreben. Die Länder sind auch dafür zuständig, die Bildung für Nachhaltige Entwicklung in die Lehrpläne zu integrieren.

4.4.4 Produkt- und Prozessinformation als Basis nachhaltiger Konsumententscheidungen

Bildung für Nachhaltige Entwicklung zielt darauf ab, komplexe Entscheidungen treffen zu können. Produkt- und Prozessinformationen zielen darauf ab, Entscheidungen auf einer richtigen Datenbasis zu treffen sowie Produkteigenschaften und Herstellungsprozesse transparent zu machen.

In einer Stellungnahme für den Wissenschaftlichen Beirat Verbraucher- und Ernährungspolitik beim BMELV wird ein Informationsmodell vorgestellt, das die zwischen Verbrauchern und Anbieterinnen bestehenden Informationsasymmetrien aufgreift: Schlecht informierte Verbraucherinnen und Verbraucher können nur beschränkt rational handeln, eigenständige Entscheidungen werden durch Informationen erst möglich.⁴⁶¹ Die Studie

⁴⁵⁷ Auf Unzulänglichkeiten von Bildungsprozessen weisen hin: Buenstorf, Guido und Cordes, Christian: Can sustainable Consumption be learned? A model of cultural evolution. In: Ecological Economics 67 (2008), S. 646-657

⁴⁵⁸ Ute Stoltenberg (2009), Bildung für eine nachhaltige Entwicklung im Elementarbereich, <http://www.leuchtpol.de/fortbildungen/mehr-zu-bne/bildungfuereinenachhaltigeentwicklungutestoltenberg.pdf> [Stand: 29.1.2013], S. 2

⁴⁵⁹ ebd., S. 2

⁴⁶⁰ Ute Stoltenberg stellt dazu als Methode das Nachhaltigkeitsviereck vor: Ein Themenfeld wird dabei in seinen ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Dimensionen betrachtet. Auf diese Weise kann man verschieden Perspektiven in die Betrachtung integrieren. ebd., S. 2f

⁴⁶¹ Christoph Strünck u. a. (2012): Ist der „mündige Verbraucher“ ein Mythos? Auf dem Weg zu einer realistischen Verbraucherpolitik. Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats Verbraucher- und

verweist gleichzeitig darauf, dass dieses Modell auch Grenzen hat: „Aus verhaltensökonomischer Sicht reicht es nicht aus, fehlende oder falsche Information einfach durch mehr oder bessere Informationen zu ersetzen, da die affektiven und kognitiven Fähigkeiten der Verbraucherinnen und Verbraucher oft nicht ausreichend sind, um „mündige“ Entscheidungen zu treffen.“⁴⁶² Innerhalb dieser Grenze kann Information bewusste Entscheidungen ermöglichen.

Voraussetzung ist, dass diese Informationen glaubwürdig sind. In ihrem Kurzgutachten „Nachhaltigkeitsorientierte Konsument/Innenkommunikation im deutschsprachigen Raum – Status Quo Analyse und Perspektive ihrer Weiterbildung“ kommen Kalbhenn und Schneider zu folgendem Schluss: „Viele Verbraucher/Innen stehen vor dem Problem, dass sie ohne Rahmenbedingungen, auf die sie sich verlassen können, die Glaubwürdigkeit der Informationen nicht beurteilen können.“⁴⁶³

Dies verwundert wenig, denn gerade auf Lebensmitteln werden immer mehr Siegel angebracht. Damit tragen die Hersteller der Tatsache Rechnung, dass – laut einer Studie der Fachhochschule Münster – zwei Drittel der Verbraucherinnen und Verbraucher Lebensmittel mit Gütesiegeln für vertrauenswürdiger als Alternativprodukte ohne Siegel halten.⁴⁶⁴ Viele der Siegel haben dabei letztlich keine Aussage. Auch Kalbhenn und Schneider kommen zu dem Schluss, „dass der Siegelmarkt überfüllt ist und damit für den Verbraucher unübersichtlich geworden ist.“⁴⁶⁵

Kalbhenn und Schneider weisen darauf hin, dass aber gerade die Glaubwürdigkeit der veröffentlichten Informationen entscheidend sei. Das eigene Netzwerk, NGOs und unabhängige Testberichte stünden in den Glaubwürdigkeitsrankings ganz oben.⁴⁶⁶ Gerade der Erfolg der Verbraucherportale im Internet zeigt, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher Informationsmöglichkeiten nutzen. Dieser Erfolg zeigt auch, dass den Aussagen anderer Nutzer von Produkten und Dienstleistungen mehr Vertrauen geschenkt wird, als den Informationen der Anbieter. Sowohl aus Sicht der Verbraucherinnen und Verbrauchern als auch aus der der Unternehmen ist daher eine transparente, verlässliche und glaubwürdige Information anzustreben.

Handlungsoptionen:

- Akkreditierung von Siegeln und Zertifikaten

Kennzeichnung und Labels können Leitplanken eines nachhaltigeren Konsums sein. Ihre Stärke liegt darin, dass sie Komplexität reduzieren und eine schnelle Orientierung ermöglichen. Sie können auch Aufmerksamkeit für Themen der Nachhaltigkeit schaffen. Notwendig ist dazu die Seriosität der Labels. Mindestanforderung müssen

Ernährungspolitik beim BMELV,
http://www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Verbraucherpolitik/2012_12_MuendigerVerbraucher.pdf?__blob=publicationFile [Stand 30.1.2013], S. 6

⁴⁶² ebd., S. 6

⁴⁶³ Markus Kalbhenn und Andreas Schneider (2012): Nachhaltigkeitsorientierte Konsument/Innenkommunikation im deutschsprachigen Raum – Status Quo Analyse und Perspektive ihrer Weiterbildung, Materialie PG5/6, S. 64

⁴⁶⁴ Stefan Wichmann (2012): Im Siegel-Dschungel, WDR-Fernsehen, Servicezeit,
http://www.wdr.de/tv/servicezeit/sendungsbeitraege/2012/kw31/0730/02_siegel_dschungel.jsp [Stand: 30.1.2013]

⁴⁶⁵ Markus Kalbhenn und Andreas Schneider (2012), S. 25

⁴⁶⁶ Ebd., S. 73

nachvollziehbare Kriterien und eine unabhängige Kontrolle der Produkte und Prozesse sein.

Ein mögliches Vorbild ist die Vergabe des Bio-Siegels für den Ökologischen Landbau: Kalbhenn und Schneider schlagen dazu eine staatliche Zulassungsstelle für Siegel und Logos vor. Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) ist zuständig für Zulassung der privaten Ökokontrollstellen und für die Genehmigung der Vermarktung von Produkten des ökologischen Landbaus aus Drittländern. Die Verwendung des Siegels muss der BLE angezeigt werden. Eine staatliche Zulassungsstelle für Siegel ist in ihren Möglichkeiten aber begrenzt. Bewährte Siegel aus der Wirtschaft (z. B. Stiftung Warentest oder Ökotest) genießen beim Verbraucher ein ebenso hohes Vertrauen. Wichtig für die Glaubwürdigkeit von Siegeln ist die transparente Kommunikation ihrer Bedeutung und Leitlinien.⁴⁶⁷

- Verbindlichkeit von Aussagen zur Nachhaltigkeit im Lauterkeitsrecht verankern

Die Verbindlichkeit von Nachhaltigkeitsversprechen von Unternehmen kann im Lauterkeitsrecht verankert werden. Dies schafft ein Instrument, ein „Greenwashing“ zu verhindern.⁴⁶⁸

- Verpflichtende Risikoberichterstattung nach GRI

Mit der Global Reporting Initiative (GRI) haben Unternehmen, Investoren und Investorinnen, Gewerkschaften, NGOs und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Standards für die Nachhaltigkeits-Berichterstattung etabliert. Diese Initiative hat genaue Vorgaben entwickelt, wie Unternehmen über die Nachhaltigkeit berichten sollen. Es gibt konkrete ökonomische, ökologische und soziale Indikatoren. Mit der ISO-Norm ISO 26000 wurde darüber hinaus ein Standard etabliert, der Unternehmen Kriterien für die Entwicklung einer eigenen CSR-Strategie ermöglicht. Solche Initiativen sind wichtig und zu unterstützen. Insbesondere die GRI bietet der Gesellschaft die Möglichkeit, Unternehmen anhand von standardisierten Kriterien für die Nachhaltigkeitsberichterstattung zu vergleichen. Sie sind auch für die Unternehmen eine wichtige Voraussetzung für die Nachhaltigkeitsberichterstattung gegenüber den Kunden: Sie schaffen die dafür notwendige Datengrundlage im Unternehmen. Die Verfügbarkeit dieser Daten ist auch wichtig für ein professionelles Nachhaltigkeitsmanagement.

Eine Berichterstattungspflicht großer börsennotierter Unternehmen zu ökologischen, sozialen und Governance Risiken besteht heute bereits in Frankreich (seit Anfang der 90er Jahre), Dänemark (2009) und Großbritannien (seit 2011). Sie wird zunehmend auch von den Finanzmärkten eingefordert, die Einführung wird auch auf EU Ebene diskutiert.

Der Bundestag kann daher - einer vergleichbaren Gesetzgebung in Frankreich, Österreich und Großbritannien folgend - eine verpflichtende Nachhaltigkeitsberichterstattung in Übereinstimmung mit dem Rahmenwerk der Global Reporting Initiative für alle im DAX 30 gelisteten Konzerne beschließen.

Unternehmen, die im DAX 100 gelistet sind, soll die Berichterstattung in Übereinstimmung mit dem Rahmenwerk der GRI empfohlen werden.

⁴⁶⁷ Bundesanstalt für Ernährung und Landwirtschaft: Ökolandbau in der BLE, http://www.ble.de/DE/02_Kontrolle/08_Oekolandbau/oekolandbau_node.html#doc2304618bodyText2 [Stand: 16.2.2013]

⁴⁶⁸ Vgl. Markus Kalbhenn und Andreas Schneider (2012). 25

Kleine und mittlere Unternehmen sollten bei solchen Maßnahmen nicht über die Gebühr belastet werden, zudem gilt es in diesem Rahmen die europäische Dimension zu berücksichtigen.

Zentrale Bedeutung haben auch Großereignisse (insbesondere Sportevents, Messen, Kulturveranstaltungen) für die Propagierung der Nachhaltigkeitsberichterstattung. Die laufenden Vorbereitungsarbeiten auf die russischen olympischen Winterspiele in Sotschi zeigen zudem (ex negativo) die Bedeutung solcher (fehlender) Transparenz. Es ist zu prüfen, inwiefern ausgewählte Großereignisse in Sport, Handel und Messe sowie Kultur zur Nachhaltigkeitsberichterstattung gemäß GRI verpflichtet werden können.

- Förderung ethischer Produkttests durch die Stiftung Warentest

Der Deutsche Bundestag leistet mit seiner Finanzierung der Stiftung Warentest einen wichtigen Beitrag zu unabhängigen Bewertung von Produkten. Qualität und Lebensdauer der Produkte sind dabei ständiges Kriterium, in ethischen Produkttests wurden bereits weitere Nachhaltigkeitsaspekte aufgegriffen. Wünschenswert ist, im Rahmen dieser Produkttest die Bewertung von Nachhaltigkeitsaspekten zu stärken.

- Regulierung nachhaltigkeitsbezogener Werbeaussagen

Einen weiteren Ansatz hat die EU-Kommission für gesundheitsbezogene Werbeaussagen vorgeschlagen: Für Lebensmittel, die aufgrund eines hohen Salz- oder Zuckergehaltes zurückhaltend konsumiert werden sollen, dürfen keine positiven, gesundheitsbezogenen Werbeaussagen gemacht werden. Einen ähnlichen Ansatz gibt es bei Autos in Schweden und Norwegen: Dort dürfen Autos nicht als „umweltfreundlich“ beworben werden, da Autos die Umwelt per se belasten.⁴⁶⁹ Es ist notwendig, einen Rahmen zu setzen, der sicherstellt, dass nachhaltigkeitsbezogener Werbeaussagen nicht irreführend sind und ihre Funktion als Leitplanken erfüllen können. Dieser Rahmen sollte auf der Basis wissenschaftlicher Bewertung in einem partizipativen, demokratischen Prozess gesetzt werden.

- Angaben über die Haltbarkeit von Produkten

Eine wichtige Information für nachhaltigeren Konsum ist das Wissen um die Haltbarkeit eines Produktes. Um hier die Informationsbasis zu verbessern, sollen – unter Einbezug der Branchenverbände - schrittweise Maßnahmen zur verpflichtenden Kenntlichmachung der voraussichtlichen Lebensdauer eines Produktes (overall life-cycle assessment) inklusive seiner Wiederverwendbarkeit (erneute Nutzung, partielle Weiternutzung, Recyclebarkeit) unternommen werden. Angesichts des hohen Anteils an nicht verzehrten Nahrungsmitteln in Deutschland soll auch die gegenwärtige Praxis der Festlegung von Mindesthaltbarkeitsdaten überprüft und gegebenenfalls flexibilisiert werden.

- Ausbildungsarbeit im Bereich der Berufsverbände und Kammern

Gerade auch kleine und mittelständische Unternehmen können durch die Erweiterung ihrer Angebotspalette neue Marktsegmente erschließen und die Innovationsdynamik

⁴⁶⁹ Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (2009): "Grüne" Autos unter blühenden Bäumen - Greenwashing in der Autowerbung, http://www.verbraucherfuersklima.de/cps/rde/xchg/projektlima/hs.xsl/von_gruenen_autos_unter_bluehenden_b_aeumen___greenwashing_in_der_autowerbung.htm [Stand: 30.1.2013] und The Consumer Ombudsman (2009): The Consumer Ombudsman's Guidelines on the Use of Environmental and Ethical Claims in Marketing, S. 11, http://www.forbrukerombudet.no/asset/3645/1/3645_1.pdf [Stand: 19.2.2013]

steigern. Das gilt auch und gerade für innovative Start-Up Unternehmen, die etwa von Nachhaltigkeitsinnovatorinnen und –innovatoren gegründet worden sind. Berufsverbände und Kammern sollten Ausbildungskonzepte bereitstellen, die sich Fragen der nachhaltigen Produkt- und Prozessgestaltung, der Nachhaltigkeitskommunikation und qualifizierten Kundenansprache, der Finanzierung entsprechender Investitionen etc. widmen.

An dieser Stelle folgt Sondervotum oder Änderungsantrag von Prof. Brand und anderen Mitgliedern zur kritischen Wertung von Werbung und Marketing im Zusammenhang des nachhaltigen Konsums.

4.4.5 Die Rolle der Industrie

In den Kapiteln 4.1.1 und 4.4.1 wurde bereits auf die Wechselwirkungen zwischen der Nachfrage und dem Angebot von Industriegütern eingegangen: Angeboten werden Waren, die mutmaßlich nachgefragt werden. Die durchschnittlichen Erwartungen von Konsumenten werden durch Meinungsumfragen ermittelt und durch Werbung angeregt. Sofern sie marktwirtschaftlich rentabel sind, werden die Erwartungen bei neuen Produkten, insbesondere bei Erneuerungen von existierenden Produkten von den Herstellern berücksichtigt. Im Idealfall setzen sich durch den Wettbewerb in einer freien Marktwirtschaft die Produkte durch, die den Anforderungen und monetären Kapazitäten der Kunden am meisten entsprechen. Entstehen keine Verzerrungen am Markt (z.B. durch Marktmacht), sollten Qualität und Kosten der angebotenen Produkte sich so justieren, dass eine möglichst breite Konsumentenschicht erreicht wird, eventuell auch mit Differenzierungen bei Qualität, Design und Preis.

Nachhaltigkeit der gewünschten und von der Industrie angebotenen Produkte ist nur ein Kaufkriterium unter vielen anderen.⁴⁷⁰ Dabei kann die Nachhaltigkeit der Produkte oft nur aufwändig objektiv beurteilt und verglichen werden.⁴⁷¹ Nachhaltigkeit wird am einfachsten objektiv messbar in den Verbrauchswerten von Produkten, wie beispielsweise den Stromverbrauch von Haushaltsgeräten und Unterhaltungselektronik sowie den Treibstoffverbrauch von Autos. Weitere Nachhaltigkeitsparameter von Konsumgütern wie Energieverbrauch und Ressourceneinsatz bei der Produktion, herstellungsbedingte Umweltverschmutzung, Aufwand für Transport und Auslieferung oder die Rezyklierbarkeit und Reparaturfähigkeit erschließen sich den Konsumenten überhaupt nicht oder nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand. Objektiv vergleichbar sind diese Parameter nur durch aufwändige Lebenszyklus-Analysen, deren Ergebnisse von Experten interpretiert werden müssen.

Sowohl die Projektgruppe 3 als auch die Projektgruppe 4 haben sich mit der Frage beschäftigt, wie Produkte nachhaltiger hergestellt werden können. Die Projektgruppe 3 hat in Kapitel 6.4.3 die Rolle der Unternehmen in einer Politik der Entkopplung beschrieben, die Projektgruppe 4 Handlungsoptionen für die Chemie-Branche entwickelt. Auf dieser Grundlage sollen hier die Maßnahmen dargestellt werden, die den Handlungsspielraum für Konsumentinnen und Konsumenten erweitern.

Handlungsoptionen:

⁴⁷⁰ Vortrag Lucia Reisch bei der Enquete-Kommission, 25. Sitzung

⁴⁷¹ Am Beispiel von Mobiltelefonen wurden in einer Studie verschiedene Produktionsstufen nach ihrer Nachhaltigkeit beurteilt und Handlungsvorschläge für die Industrie aufbereitet: Hütz-Adams, Friedel (2012): Von der Mine bis zum Konsumenten. Die Wertschöpfungskette von Mobiltelefonen. Südwind e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene, Siegburg

- Ausweitung von Lebenszyklusanalysen

Methoden zur objektiven Bestimmung der Nachhaltigkeit der Produkte nach wissenschaftlichen Methoden sind vorhanden:

- Ökobilanzen nach ISO 14040
- CO₂-Fußabdrücke von Produkten nach ISO/DIS 14067.2

Die Verfahren werden wegen des hohen Aufwands aber noch nicht lückenlos genutzt.

Die Anwendung dieser Analysen soll ausgeweitet werden. Mit zunehmender Datendichte für die eingesetzten Grundstoffe werden die Lebenszyklusanalysen zukünftig weniger aufwändig. Die Ergebnisse werden in den Herstell-Betrieben der Grundprodukte unter anderem zur – auch kostensenkenden – Prozessoptimierung genutzt und in den Weiterverarbeitungsbetrieben zur Erstellung der Lebenszyklusanalysen der Folgeprodukte verwendet. Mit den von den Lieferanten der Grundstoffe und Vorprodukte gelieferten Daten sollen die Endprodukthersteller die kompletten Lebenszyklusanalysen erstellen und dabei auch ermitteln, unter welchen Bedingungen eine komplette (werk)stoffliche Wiederverwendung nach dem Lebensende der Produkte (cradle to cradle) nach ökologischen und wirtschaftlichen Kriterien günstiger ist als eine Entsorgung mit anderer (z.B. energetischer) Nutzung (cradle to grave).

- Optimierte Produktentwicklung

Einfluss auf die Umweltwirkung eines Produktes können bereits während seiner Entwicklung genommen werden. Hier werden die Weichen für den gesamten Lebenszyklus – von der Herstellung über den Gebrauch bis zur Entsorgung – gestellt. So kann bereits beim Produktdesign beziehungsweise bei der Produktentwicklung ganz zu Beginn des Entwicklungsprozesse neben Kunden- und Eigenschaftsanforderungen entscheidend auf die Materialeffizienzkriterien und damit auf die Umweltwirkung und die Kosten eines Produktes Einfluss genommen werden („Design-to-Cost-Management“). Hier können weitere Effizienzpotenziale beispielsweise im Produktionsprozess, in der Logistikkette, im Gebrauch bis hin zum Recycling oder der Verwertung identifiziert und berücksichtigt werden („Life-Cycle-Management“). Immerhin werden 80 Prozent der Umweltbelastungen schon bei der Gestaltung des Produktes festgelegt.⁴⁷²

- Ausweitung der Produktverantwortung

Das Produkt der *Product Stewardship* oder der gemeinsamen Produktverantwortung von Lieferanten und Händlern sieht ein gemeinsames Handeln über die gesamte Produktions- und Lieferkette und über den gesamten Produktlebenszyklus hinweg vor.⁴⁷³

Unternehmen sollten künftig für mehr Produktgruppen als bislang die Produktverantwortung für den gesamten Lebenszyklus ihres Produktes übernehmen müssen. Insbesondere müssen Firmen ihre Produkte nach ihrer Lebensdauer zurücknehmen und einer Verwertung zuführen, wobei sie sich zur Erfüllung ihrer Pflichten Dritter bedienen können. Momentan ist die Produktverantwortung nur für Verpackungsabfälle, Kraftfahrzeuge, Elektrogeräte und Batterien vorgeschrieben.

⁴⁷² „Strategie Ressourceneffizienz“, Bundesministerium für Umwelt, 2008

⁴⁷³ Vgl. Brenntag, Product Stewardship,

<http://www.brenntag.com/de/pages/umwelt/Europa/ProductStewardship/index.html> [Stand: 5.3.2013]

Die gemeinsame Produktverantwortung und die Lebenszyklusanalysen bieten auch eine Grundlage für die Berichterstattung über die Nachhaltigkeit der Unternehmen.

- **Abfallvermeidung und Wiederverwertung**

Nach der gängigen Abfallhierarchie sollte Abfall im Sinne einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft zuerst vermieden werden.⁴⁷⁴ Einerseits durch weniger überflüssige bzw. leichtere Produkte oder Verpackungen, andererseits durch Wiederverwendung von aufgearbeiteten Produkten bzw. Produktteilen. Dennoch anfallende Abfälle sollten zunächst in sinnvollen Recyclingprozessen stofflich verwertet, also zu neuen, brauchbaren Produkten verarbeitet werden. Nur die solcherart nicht verwertbaren Reststoffe sind einer möglichst schadlosen Beseitigung zuzuführen.

In der Realität spielen jedoch weder Abfallvermeidung noch Wiederverwertung jene Rolle, die ihnen zukommen müsste. Ferner wird viel zu viel Abfall verbrannt statt stofflich verwertet. Deswegen sollte die Qualität von Produkten und ihres Wiederverwendungs- bzw. Verwertungsprozesses verbessert werden. Dafür sollten Vorschriften erlassen werden, nach denen Produkte so konstruiert sein müssen, dass wesentliche Baugruppen später zerstörungsfrei demontierbar sind. Ferner sind die gesetzlichen Quoten für stoffliche Verwertung, die im Rahmen der Produktverantwortung greifen, kontinuierlich anzuheben und durch Wiederverwendungsquoten zu ergänzen.

Weiterhin sind die Garantie- und Gewährleistungspflichten zu verlängern und Sollbruchstellen gesetzlich zu verbieten. Dies kann dazu beitragen, dass Produkte spürbar länger halten bzw. repariert statt weggeworfen werden.⁴⁷⁵

4.4.6 Staat als Akteur

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Verfügbarkeit von nachhaltigen Alternativen eine Voraussetzung für nachhaltigen Konsum ist. So ist die Attraktivität öffentlicher Verkehrsmittel entscheidend für eine klimafreundliche Mobilität. Der BUND sieht daher z. B. die Kommunen in der Pflicht: Wie man sich im täglichen Leben fortbewegt seien zwar in erster Linie persönliche Entscheidungen. „Doch die Gegebenheiten in den Kommunen tragen wesentlich dazu bei, ob es mir schwer oder leicht fällt, mich für Zufußgehen, Fahrrad, Bus & Bahn zu entscheiden. Zu guten Rahmenbedingungen gehören etwa ein gut ausgebauter und bezahlbarer öffentlicher Nahverkehr, Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder, Park&Ride-Möglichkeiten, Car-Sharing und Leihräder, ein gut ausgebautes und sicheres Radwegenetz und eine durchdachte Parkraumbewirtschaftung.“⁴⁷⁶

In der Kommune wird nicht nur über Mobilitäts-Infrastruktur entschieden, Kommunen können auch mit Bauernmärkten und Energiesparberatungen nachhaltiges Konsumieren unterstützen.⁴⁷⁷ In den Kommunen wird auch entschieden, wo welche soziale Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird. Damit haben die Kommunen z. B. auch Einfluss darauf, welche

⁴⁷⁴ Durch das Kreislaufwirtschaftsgesetz und EG-Richtlinien wie z.B. ROHS sind viele Aspekte bereits erschöpfend geregelt.

⁴⁷⁵) Diese Vorschläge formulieren, trotz guter Intentionen konkurrierende Ziele. Innovative ressourcensparende Neuerungen stehen im Wettbewerb mit einer lang andauernden Nutzung von energieverschwendenden Altgeräten. Eine Regelung durch die Marktkräfte ist hier effizienter.

⁴⁷⁶ BUND: Nachhaltig leben, wohnen, arbeiten und Freizeit gestalten: Was geht in der Kommune?

http://www.bund.net/themen_und_projekte/nachhaltigkeit/konsum/konsum_in_kommunen/ [Stand: 19.2.2013]

⁴⁷⁷ Ebd.

Mobilitätsbedürfnisse entstehen und welche Angebote Bildungsangebote zur Verfügung stehen.

Das Beispiel der Kommunen zeigt, dass der Staat über die Bereitstellung von Infrastruktur Rahmenbedingungen setzt. Diese setzt er auch über rechtliche und steuerliche Vorgaben. Schlacke et al. haben für das Umweltbundesamt den Einfluss politischer Steuerung und rechtlicher Regulierung auf nachhaltiges Konsumverhalten untersucht.⁴⁷⁸ Sie zeigen auf, dass der Staat in Umweltrecht, im Zivilrecht und in Steuerrecht mit seiner Regelsetzung auch die Nachhaltigkeit des Konsums beeinflusst. Allerdings sei „ein gesetzgeberisches Konzept zur Steuerung des Konsumenten als Akteur des nachhaltigen Konsums im geltenden Recht bisher nicht existent. Vielmehr gesellen sich mittelbar fördernde Vorschriften neben rechtliche Hemmnisse, sodass die Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit des Konsumverhaltens eher zufällig erscheinen.“⁴⁷⁹ Zu beachten ist, dass neben den gesetzlichen Regelungen auch Normierung, Branchenstandards und Selbstverpflichtungen den Konsum beeinflussen. Auch hier muss eine Kongruenz erreicht werden.

Auch als Konsument kann der Staat nachhaltigen Konsum fördern. Europäische und deutsche Beschaffungsrichtlinien erlauben es, dass die öffentliche Beschaffung an Kriterien der Nachhaltigkeit mit einbezieht.⁴⁸⁰ Kalbhenn und Schneider argumentieren, dass angesichts der hohen europäischen Staatsausgaben-Quoten der Staat so eine große Hebelwirkung erzielen könne. „Durch die Selbstverpflichtung der öffentlichen Hand, soziale und ökologische Verantwortung systematisch und durchgängig zu einem wichtigen Bestandteil ihrer Beschaffung zu machen, werden Unternehmen ermutigt, sogenannte ‚noneconomic-criteria‘ zu berücksichtigen, wenn sie an öffentlichen Aufträgen interessiert sind.“⁴⁸¹ Initiativen dazu wurden bereits gestartet: 2011 hat der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung mit dem Beschaffungamt des BMI eine Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung geschaffen. Auch das Umweltbundesamt informiert über und fördert die nachhaltige Beschaffung.

Handlungsoptionen:

- An Nachhaltigkeitsaspekten orientierte Raumplanung

Die Raumplanung sollte verstärkt Nachhaltigkeits-Aspekte miteinbeziehen. Dazu ist es notwendig, die Beteiligungsmöglichkeiten für BürgerInnen, Unternehmen und Verbände an der Raumplanung auszuweiten. Die Raumplanung soll berücksichtigen, dass Infrastruktur so bereitgestellt wird, dass sie die Nachhaltigkeit fördert.⁴⁸² Dabei ist auch zu

⁴⁷⁸ Sabine Schlacke, Michael Stadermann, Moritz Grunow (2012): Rechtliche Instrumente zur Förderung des nachhaltigen Konsums – am Beispiel von Produkten, im Auftrag des Umweltbundesamtes, <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/4297.pdf> [Stand: 9.1.2013]

⁴⁷⁹ Ebd., S. 94

⁴⁸⁰ Markus Kalbhenn und Andreas Schneider (2012), S. 31: „Die rechtliche Grundlage in Europa wurde von der EU-Kommission bereits 2004 durch die Direktiven 2004/18/EC und 2004/17/EC gelegt, die es Staaten erlauben, ökologische und soziale Aspekte in den Prozess der öffentlichen Auftragsvergabe zu integrieren. In der Mitteilung der EU-Kommission vom 16.7.2008 an das EU-Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss zur Umsetzung der Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung ‚Europa soll auf dem Gebiet der Sozialen Verantwortung der Unternehmen führend werden‘ wird deutlich formuliert: ‚im Rahmen des öffentlichen Auftragswesens soll die soziale Verantwortung von Unternehmen gefördert werden, indem soziale und umweltpolitische Kriterien berücksichtigt werden‘.“

⁴⁸¹ Markus Kalbhenn und Andreas Schneider (2012), S. 31

⁴⁸² Neben der Mobilitätsinfrastruktur betrifft dies z. B. die Erreichbarkeit und Verfügbarkeit von Bildungseinrichtungen oder Einrichtungen des Gesundheitswesens. Die Koordination zwischen den unterschiedlichen Planungsregionen ist zu fördern. Ein Aspekt dabei ist auch die Inanspruchnahme von Flächen. Der Parlamentarische Beirat für Nachhaltigkeit hat dazu am 25.02.2013 ein Positionspapier

berücksichtigen, dass die meisten zurückgelegten Wege nicht der Erwerbsarbeit zuzuordnen sind. Über ein Drittel aller Wege (34 %) sind durch Versorgungs- und Begleitungsbedarf verursacht und nur 19 % seien der Erwerbsarbeit zuzurechnen.⁴⁸³ Dabei sind die Wege der Fürsorge durch viele kurze Strecken von und nach Hause gekennzeichnet.⁴⁸⁴

- Gesetzgebung zur Förderung des nachhaltigen Konsums

Die Gesetzgebung sollte die Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit des Konsums berücksichtigen. Das UBA-Projekt zu den rechtlichen Instrumenten zur Förderung des nachhaltigen Konsums hat dazu Optionen aufgezeigt. Schlacke u. a. verweisen aber auch auf die Schwierigkeiten: „Nachhaltigkeit verlangt nach einem sinnvoll aufeinander abgestimmten, kohärenten Instrumentenverbund

Aufgabe von Politik ist es dazu einen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurs anzuregen – mit dem Ziel, nachhaltigen Konsum zu fördern.

- Soziale Schwelle des nachhaltigen Konsums überwinden

Die Debatte über eine den nachhaltigen Konsum fördernde Politikgestaltung muss die soziale Schwelle des nachhaltigen Konsums in den Blick nehmen und Strategien dafür entwickeln. So sind Menschen mit niedrigem Einkommen von steigenden Energiepreisen besonders betroffen, gleichzeitig sind energiesparende Neugeräte für diese oft nicht finanzierbar. Elemente einer Politik, die hier unterstützt, können kostenlose Beratungsangebote wie Energieberatungen und Anschaffungszuschüsse für energieeffiziente Geräte für Menschen mit niedrigem Einkommen oder aber Konzepte wie das Energie-Contracting sein.

An dieser Stelle folgt ein abweichendes Sondervotum der FDP Fraktion.

Die Stadt Dortmund ist eine Modellkommune, in der mit gezielter Beratung Energiearmut bekämpft werden soll. Das NRW-Verbraucherschutzministerium finanziert gemeinsam mit den örtlichen Energieversorgern eine umfassende Beratung durch die Verbraucherzentrale NRW. Neben einer Energieberatung bietet dies auch eine Beratung für Menschen mit Energieschulden. Die Caritas beteiligt sich an diesem Projekt mit ihrer kostenlosen „Aufsuchenden Energiesparberatung für einkommensschwache Haushalte“. In diesem Projekt werden Langzeitarbeitslose zu Stromsparhelfern geschult. Die Finanzierung dafür übernimmt das Jobcenter.⁴⁸⁵ Solche Modellprojekte sollten unterstützt werden.

- Gender Impact Assessment – geschlechtsspezifische Folgenabschätzung.

„Flächeninanspruchnahme“ verabschiedet, in dem festgestellt wird, dass die Flächeninanspruchnahme zu hoch ist, und Handlungsoptionen beschrieben werden.

(http://www.bundestag.de/bundestag/gremien/nachhaltigkeit/berichte/20130214_flaecheninanspruchnahme.pdf [Stand: 28.2.2013])

⁴⁸³ vgl. Kuhl (2010), S. 23

⁴⁸⁴ vgl. Heinzle (2010), S. 6; Vinz (2009), S. 166 f.

⁴⁸⁵ NRW bekämpft Energiearmut,

http://www.dortmund.de/de/leben_in_dortmund/nachrichtenportal/nachricht.jsp?nid=232147 [Stand: 28.2.2013]

Bei Maßnahmen und Veränderungen hin zu einem nachhaltigen Konsum empfehlen Schultz und Stieß, auf die potentiell unterschiedlichen Folgen für Frauen und Männer zu achten. Vermeintlich genderneutrale Maßnahmen könnten aufgrund der strukturellen gesellschaftlichen Unterschiede ungleich auf die Geschlechter wirken. Denn das Recycling des Mülls stehe einerseits für einen nachhaltigen Wirtschaftssektor, in der wertvolle Rohstoffe erfolgreich wieder in den Wirtschaftskreislauf eingeführt würden.⁴⁸⁶ Andererseits falle der häusliche Aufwand und die Organisation des Recyclings – zumindest noch – zumeist den Frauen zu, deren Arbeitsbelastung damit steige⁴⁸⁷.

Gender Impact Assessment gilt hierbei als Instrument einer Folgeschabschätzung im Rahmen der 1999 von der Europäischen Union beschlossenen politischen Strategie des Gender Mainstreamings.⁴⁸⁸

- Nachhaltige Beschaffung

Die öffentliche Beschaffung sollte alle Kriterien der Nachhaltigkeit konsequent berücksichtigen.

- Normung

Normen, nationale wie internationale, haben einen Einfluss auf die Gestaltung von Produkten. So können Produktnormen die Umweltrelevanz von Produkten beeinflussen. 1992 wurde eine Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und dem DIN über die Berücksichtigung von Umweltbelangen in der Normung geschlossen und die Koordinierungsstelle Umweltschutz (KU) im DIN gegründet.⁴⁸⁹ Normen zu technischen Aspekten des Umweltschutzes dienen genauso der Nachhaltigkeit wie die ISO 14001 zu Umweltmanagementsystemen oder die ISO 26000 zur gesellschaftlichen Verantwortung.⁴⁹⁰

Dieser Gesichtspunkt wird nicht von allen Normen ausreichend berücksichtigt. Es muss deshalb Aufgabe aller damit befassten Organe sein, bestehende Normen unter Ressourcengesichtspunkten zu prüfen und gegebenenfalls zu ändern sowie bei neuen Normen darauf zu achten, dass dies von Anfang an berücksichtigt wird. Es können darüber hinaus auch spezielle Normen für Belange des Ressourcenschutzes entwickelt werden. An deren Einhaltung kann dann wiederum die Vergabe öffentlicher Aufträge geknüpft werden.

- **Förderung energieeffizienterer Konsumgüter**

Beispiel Japan: Das Top-Runner-Programm wurde in Japan im Jahr 1999 gestartet und verpflichtet die Produzenten auf hohe Effizienzstandards, unter anderem bei Kraftfahrzeugen, Klimaanlage, Kühlschränken, Beleuchtung, DVD- und Video-Rekordern, Fernsehern, Kopier- und Heizgeräten sowie Verkaufsautomaten. „Diese Standards werden jeweils für eine Periode von 3 bis 10 Jahren im Vorhinein festgesetzt, wobei das jeweils energieeffizienteste Produkt seiner Klasse als Ausgangswert des

⁴⁸⁶ Bundesregierung (2012), S. 283

⁴⁸⁷ Vinz (2009), S. 168

⁴⁸⁸ vgl. Schultz und Stieß (2009), S. 47 ff.; Hayn und Schultz (2002), S. 1 ff.

⁴⁸⁹ Torsten Bahke, Normen und Nachhaltigkeit. Bedeutung der Normung für Wettbewerbsfähigkeit und Umweltschutz, in: Karlsruher Transfer Nr. 36, http://www.karlsruher-transfer.de/fileadmin/download/transfer/kt36/KT_36_DIN.pdf [Stand: 20.2.2013], S. 32

⁴⁹⁰ ebd. S. 33

Standards dient und zusätzlich das zukünftige Effizienzsteigerungspotenzial miteinbezogen wird.“⁴⁹¹ Am Ende der Periode wird das Verkaufssortiment der Firma evaluiert und bei Nichteinhaltung der Standards das Unternehmen sanktioniert. Außerdem müssen die Geräte gekennzeichnet werden. Untersuchungen ergeben, dass das Top-Runner-Programm zu einer Umorientierung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Richtung Nachhaltigkeit beigetragen haben (ebd.; weitere Studien).

- **Forschungsprojekte im Bereich nachhaltiger Konsum**

Fragen nachhaltigkeitsorientierter Konsummuster in verschiedenen sozialen Milieus spielen in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungslandschaft bislang eine untergeordnete Rolle. Deshalb sollen die Forschungsförderung des Bundes (BMBF) und der Länder entsprechende Projekte auf den Weg bringen, um die Anzahl der einschlägig qualifizierten Nachwuchswissenschaftlerinnen und –wissenschaftler zu steigern. Mittelfristig sind entsprechende Ausbildungsinhalte auch in den Curricula der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten zu verankern (vgl. auch CSR Strategie der Bundesregierung).

4.5 Fazit

Die Projektgruppe 5 hatte die Aufgabe zu untersuchen, welchen Einfluss das Konsumverhalten auf die Möglichkeiten nachhaltigen Wirtschaftens hat und Handlungsempfehlungen entwickeln, wie nachhaltige Konsumentennachfrage demokratie- und marktkompatibel gestärkt und dabei soziale Schwellen gesenkt werden können.⁴⁹²

Die einzelnen Verbraucherinnen und Verbraucher haben Spielräume, ihren individuellen Konsum nachhaltiger zu gestalten. Dieser Handlungsspielraum ist aber begrenzt, politische Rahmenbedingungen spielen genauso wie die Verfügbarkeit von nachhaltigen Alternativen eine Rolle. Gleichwohl wirkt nachhaltiger Konsum auf das Angebot zurück: Die Nachfrage beeinflusst das Angebot, Konsumentinnen und Konsumenten können als Innovatoren neue Produkte und Dienstleistungen anregen. Allerdings sind die Rahmenbedingungen von Konsumentenscheidungen zu beachten: Viele nicht-rationale Faktoren spielen eine Rolle.

Die Projektgruppe 5 hat auf dieser Basis folgende Handlungsoptionen dargestellt:

- Um die Chancen eines nachhaltigen Konsums zu nutzen sollen die notwendigen Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen Konsum geschaffen und die Verbraucher und Verbraucherinnen unterstützt werden, die sich daraus ergebenden nachhaltigen Konsummöglichkeiten zu nutzen. Sie sollen befähigt werden, ihre Konsumweise zu hinterfragen, die Praxis eines nachhaltigen Lebensstils soll erleichtert werden.
- Einzelne Verbraucherinnen und Verbraucher, Verbände und Initiativen setzen sich mit dem Konsum auseinander. Diese Debatten sollen aufgegriffen und gestärkt werden. Gute Beispiele und fallweise auch Normen und Regeln sollen entwickelt werden. Dabei sollen plurale Lebensstile respektiert werden, gleichzeitig Lebensstile etabliert werden, die mit den Grundsätzen sozialer und ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit vereinbar sind.

⁴⁹¹ Vgl. Kapeller et al. 2012: 172

⁴⁹² Einsetzungsbeschluss, Drucksache 17/3853, S. 4

- Bildung für Nachhaltige Entwicklung soll gestärkt und in den Bildungsinstitutionen verankert werden. Einrichtungen des Bundes, die einen Bildungsauftrag haben, können ihre Bildungsinhalte auf eine Bildung für nachhaltige Entwicklung hin ausrichten. Im föderalen Bildungssystem sollten die Länder die Bildung für Nachhaltige Entwicklung in die Lehrpläne integrieren.
- Produkt- und Prozessinformation sollen transparent, verlässlich und glaubwürdig sein. Dazu sollen die Glaubwürdigkeit von Siegeln und Zertifikaten verbessert und die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen verbessert werden. „Greenwashing“ soll verhindert werden, indem die Verbindlichkeit von Werbeaussagen mit Bezug zur Nachhaltigkeit im Lauterkeitsrecht verankert wird.
- Die Unternehmen können über Lebenszyklusanalysen, die Stärkung der gemeinsamen Produktverantwortung und eine optimierte Produktentwicklung die Grundlagen für die Nachhaltigkeitsberichterstattung legen, nachhaltigere Produkte entwickeln und die Reparatur- und Recyclingmöglichkeiten erweitern.
- Der Staat setzt über die Schaffung von Regeln und Normen und über die Bereitstellung von Infrastruktur Rahmenbedingungen für die Nachhaltigkeit des Konsums. Gleichzeitig ist er selbst Konsument. Auswirkungen durch die Raumplanung und die Gesetzgebung sollten berücksichtigt werden, der nachhaltige Konsum gefördert werden. Die öffentliche Beschaffung sollte alle Kriterien der Nachhaltigkeit konsequent berücksichtigen.

5 Forschungsfragen und zukünftiger Beratungsbedarf

In diesem abschließenden Kapitel werden die im Rahmen der Beratungen zu den Themen Arbeit, Konsum und Lebensstilen identifizierten Forschungsfragen sowie der weitere Beratungs- und Recherchebedarf aufgeführt. Die Darstellung orientiert sich am Einsetzungsbeschluss der Projektgruppe 5.

5.1 Nachhaltige Lebensstile

Der Bereich der Handlungsempfehlungen war beim Punkt des nachhaltigen Lebensstils relativ umfangreich. Als Forschungsbedarf für diesen Aspekt wurden von den Mitgliedern der Projektgruppe 5 folgende Punkte identifiziert:

- Es bedarf einer systematischen Fortschreibung der sozialwissenschaftlichen Erforschung der Ausdifferenzierung von Lebensstilen inklusive der Auswirkungen der Praxisformen der Milieus auf ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit (etwa im Bereich Konsum, Ressourcenverbrauch, Stellenwert der Herstellerseite und Rückwirkungen auf die Produktion).
- Förderung von Studien über soziale Milieus und dort gelebte Ansätze der Reduktion von Konsumgütern und –dienstleistungen. Damit einhergehende Möglichkeiten der Senkung von Ressourcenverbrauch und Emissionen bzw. zur Schließung der Stoff- und Energiekreisläufe.
- Ganz entscheidend sind weitere Untersuchungen zu der Frage: Wie kann die Bewusstseins-Verhaltenslücke geschlossen werden? Sind hierfür Rahmensetzungen erforderlich oder wird dies nur auf Ebene der Individuen und Haushalte angestrebt?
- Welchen Einfluss hat der Alterungsprozess der Gesellschaft (demografischer Wandel) auf die Milieuzusammensetzung und damit z. B. auch auf die zu verzeichnende Ökobilanz der Milieus? Neben dem Alterungsprozess müssen auch die Effekte von Migration im Hinblick auf Lebensstile, Konsum und Arbeit erforscht werden.
- Und schließlich sollte Forschung über die Entwicklungen von Lebensstilen und Milieus in anderen Ländern und Weltregionen gefördert werden; internationale Vergleiche und Best Practices für soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit.

5.2 Soziale Schwellen

Der Begriff der sozialen Schwelle steht für eine hochkomplexe Verflechtung verschiedenster Ebenen, die vom Wohlstandverständnis über Vorstellungen von sozialer Ungleichheit, Genderfragen bis hin zu ganz praktischen Fragen der Produktion von Waren und der Formen des Wirtschaftens reicht. Hinsichtlich des weiteren Forschungs- und Analysebedarfs wäre zu empfehlen, diese wichtige Thematik analytisch in ihre verschiedenen Ebenen aufzuspalten und einer erneuten systematischen Untersuchung zu unterziehen, die sich aber an spezifischeren Fragestellungen orientieren sollte.

Neben der Frage der Ressourcenausstattung mit materiellem und kulturellem Kapital scheinen dem Faktor „Zeit“ und der Zeitverwendung eine besondere Rolle als limitierende und ermöglichende Faktoren zuzukommen, die Verbindungen zwischen den Bereichen Arbeit, Lebensstile und Konsum herstellen könnten.

5.3 Konsum

Aus den Beratungen zu den Themen „Demokratie- und marktkompatible Wege zu nachhaltiger Konsumentennachfrage“ ergaben sich folgende Forschungsfragen:

- Der wissenschaftliche und gesellschaftliche Diskurs zu nachhaltigem Konsum sollte verfolgt und nachgezeichnet werden; Förderungsmöglichkeiten sollten identifiziert werden.
- Auch der Zusammenhang von Konsumnormen und Produktionsnormen im Hinblick auf ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit sollte genauer erforscht werden.
- Milieu- und lebensstilspezifische Muster des nachhaltigen Konsums sollten wirtschaftswissenschaftlich und soziologisch näher untersucht werden. Die Forschungsförderung des Bundes (BMBF) und der Länder könnte entsprechende Projekte auf den Weg bringen, um die Anzahl der einschlägig qualifizierten Nachwuchswissenschaftlerinnen und –wissenschaftler zu steigern.
- Mittelfristig sind entsprechende Ausbildungsinhalte auch in den Curricula der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten zu verankern (vgl. auch CSR Strategie der Bundesregierung).
- Fachdidaktische Forschung sollte untersuchen, inwiefern Nachhaltigkeit in die bestehenden Lehrpläne in Fächern wie Geographie, Wirtschaft und Recht, Religion/Ethik, Naturwissenschaften usw. integriert werden kann.
- Die Rolle von Kommunikation und Information bei Konsum im Allgemeinen und bei nachhaltigem Konsum im Speziellen sollte näher untersucht werden.
- Die Rolle von Labels, Zertifikaten, aber auch von Werbung im Kontext des nachhaltigen Konsums sollte in weiteren Untersuchungen näher bestimmt werden. Hier bedarf es einer kritischen Begleitforschung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen.
- Die internationale Dimension des Konsums – also der Produktion und Distribution, aber auch des Umgangs mit Abfällen – sollte von der Forschung stärker in den Blick genommen werden.
- Mehr Wissen über fairen Handel mit (ökologisch produzierten) Produkten sollte geschaffen werden: Welche Folgen hat die Ausweitung der Menge an fair produzierten Waren im Sinne einer Marktorientierung und Kommerzialisierung auf die betreffenden Kleinproduzentinnen und Kleinproduzenten sowie die Arbeiterinnen und Arbeiter?
- Die Förderung wissenschaftlicher Untersuchungen kann dazu beitragen, Ansatzpunkte attraktiver Konsumweisen (und damit einhergehender Produktion) zu benennen, die zur Reduktion von Ressourcenverbrauch und Emissionen bzw. zu einer Schließung der Stoff- und Energiekreisläufe führen.
- Die Rolle von Zeitbudgets in Verbindung mit nachhaltigem Konsum zu untersuchen.

5.4 Arbeitswelt

Der Einsetzungsbeschluss der Enquete-Kommission beauftragte die Projektgruppe 5 damit, die „Auswirkungen nachhaltigen Wirtschaftens auf die Arbeitswelt, Entwicklung zukunftsfähiger Begriffe von Arbeit vor dem Hintergrund sozialer und ökonomische Nachhaltigkeit“ zu untersuchen. Folgende Forschungsfragen wurden benannt:

- Analyse der Wirkungen unterschiedlicher institutioneller Ausprägungen des Arbeitsmarkts auf Dimensionen ökologischer Nachhaltigkeit.
- Der Zusammenhang von Nachhaltigkeit und Erwerbsarbeit sowie nicht-marktförmiger Arbeit sollte stärker als bisher erforscht werden.
- Untersuchungen zur Finanzierung sozialer Sicherung im Kontext eines umfassenden Umbaus sozialer Infrastruktur, das heißt einer Transformation zur Gewährleistung sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit, sollten vorgenommen werden.
- Verbesserte Übertragbarkeitsstudien und mehr Empirie und Modellrechnungen sowie experimentelle Designs zu Grundeinkommen, Bürgergeld, Mindestlohn etc. können die politischen Entscheidungsgrundlagen entscheidend verbessern.
- Forschungen zum Zusammenhang von Unternehmensverfassung, Arbeitsorganisation und ökologischer Nachhaltigkeit.

5.5 Arbeitsorganisation und Lebensqualität

Ein weiterer Schwerpunkt des Einsetzungsbeschlusses lag auf der Gestaltung von Arbeitsumfeldern und Arbeitsorganisation zur Verbesserung der Lebensqualität. Hier wurden folgende Forschungsthemen vorgeschlagen:

- Forschungen zum Zusammenhang von veränderter Arbeitsorganisation und psychosomatischen Krankheitsbildern bzw. Krankenstand in Unternehmen.
- Forschungen zum Zusammenhang von Arbeitsorganisation, Arbeitszeiten und Familienbelastung.
- Forschungsarbeiten zur sozialen Nachhaltigkeit von prekären Beschäftigungsverhältnissen.

5.6 Vielfältige Erwerbsbiographien

In den Beratungen der Projektgruppe wurde regelmäßig die Gender-Perspektive debattiert. Unter dem Aspekt der Beschäftigungsformen wurden die Wandlungstendenzen von Erwerbsbiographien angeschnitten, weiterführende Themenbereiche wie „gebrochene Biographien“, Migration, Ethnizität, kulturelle Diversität oder Integration konnten aufgrund der breiten Aufgabenstellung und des kurzen Beratungszeitraum jedoch nicht behandelt werden. Die im Wortsinne anzustrebende gesellschaftliche Barrierefreiheit in der Arbeitswelt wie in der Gesamtgesellschaft bedürfte aus Sicht der Mitglieder der Projektgruppe noch weiterer Analyse und Beratung. Forschungsfragen hierzu wären:

- Bestimmungsfaktoren der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse identifizieren und politische Handlungsmöglichkeiten eruieren.
- Bestimmungsfaktoren zwischen Insidern und Outsidern in betrieblichen Abläufen erforschen.

- Die Rolle des Ehegattensplittings, der Mitversicherung von Ehepartnern in der Krankenversicherung und der Verfügbarkeit von Minijobs für geschlechtsspezifische Arbeitszeiten.
- Forschungen zu politischen Maßnahmen zur Schließung des Gender Pay Gaps.
- Forschungen zur Finanzierungsmöglichkeiten von familienbedingter Arbeitszeitreduzierung.

Auch unabhängig von Betreuungsmöglichkeiten stellen Kindererziehungszeiten in vielen Fällen einen Karriereknick dar. Das gilt nach jüngsten Ergebnissen für Frauen stärker als für Männer. Angesichts dessen sollten die Humankapitaleffekte von Erziehungsarbeit für beide Geschlechter untersucht werden. Inwiefern erwerben Männer und Frauen in Erziehungszeiten Qualifikationen, die sie auch für Führungspositionen in der Wirtschaft qualifizieren (z. B. soziale und emotionale Kompetenz, intrinsische Motivationsfähigkeit etc.).

Eine abschließende Bemerkung und ein Ausblick zum Ende dieses Berichts: Wie in der Einleitung dargestellt wurde, stand der Projektgruppe 5 nicht nur wenig Zeit zur Erstellung ihres Berichts zur Verfügung, sondern ihr wurde darüber hinaus eine überaus komplexe Aufgabenstellung mit dem Einsetzungsbeschluss der Enquete-Kommission mitgegeben. Aus Sicht der Mitglieder der Projektgruppe und angesichts der restringierenden Umstände ist das Ergebnis durchaus präsentabel. Dennoch wurde aus den Debattenbeiträgen vieler Mitglieder der Projektgruppe der Wunsch deutlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, in der nächsten Legislaturperiode eine Enquete-Kommission einzurichten, um diesen für die gesellschaftliche Entwicklung enorm wichtigen Zusammenhang von Wohlstand und Nachhaltigkeit bzw. nachhaltigem Wirtschaften in den Bereichen Arbeit, Konsum, Lebensstile gründlicher zu untersuchen und die Ergebnisse der Politik und Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Abbildungsverzeichnis:

Abbildung 1: Die Sinus-Milieus® in Deutschland 2011	14
Abbildung 2: Altersstruktur der Sinus-Milieus in Deutschlands	21
Abbildung 3: Tatsächliche und gewünschte Wochenarbeitszeit abhängig Beschäftigter in Deutschland.....	73
Abbildung 4: Typisierungen künftiger Arbeitsleben	82
Abbildung 5: Arbeitsunfälle je 1.000 Vollarbeiter von 1876 bis 2008.....	96
Abbildung 6: Konsum: Akteure, Faktoren und Angebot	122

Quellenverzeichnis:

Adomßent, Maik / Bormann, Inka / Burandt, Simon / Fischbach, Robert / Michelsen, Gerd (2012): Indikatoren für Bildung für nachhaltige Entwicklung, in: Bildung für nachhaltige Entwicklung – Beiträge der Bildungsforschung, S. 71 – 90, BMBF, Bonn-Berlin.

Aulenbacher, Brigitte (2012): Gegenläufige Blicke auf Kapitalismus und Arbeit – Feministische Kapitalismusanalysen im Verhältnis zu Kapitalismustheorie und Arbeitssoziologie. In: Dörre, Klaus et al. (Hg.), 113-126. Beck, Ulrich (2007): Weltrisikogesellschaft, Bonn.

Bahke, Thorsten. Normen und Nachhaltigkeit. Bedeutung der Normung für Wettbewerbsfähigkeit und Umweltschutz. In: Karlsruher Transfer Nr. 36. http://www.karlsruher-transfer.de/fileadmin/download/transfer/kt36/KT_36_DIN.pdf [Stand: 20.2.2013]

Barlösius, Eva; Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hrsg.) (2001). Die Armut der Gesellschaft. Opladen.

Beck, Ulrich (1986). Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne Frankfurt am Main.

Beik, Ute; Spitzner, Meike (1995). Reproduktionsarbeitsmobilität. Theoretische und empirische Erfassung, Dynamik ihrer Entwicklung und Analyse ökologischer Dimensionen und Handlungsstrategien. Endbericht zum Teilprojekt 5 "Entwicklungen der Arbeits- und Freizeitmobilität". Wuppertal.

Belz, Frank-Martin; Bilharz, Michael (2007). Nachhaltiger Konsum, geteilte Verantwortung und Verbraucherpolitik: Grundlagen. In: Belz, Frank-Martin; Karg, Georg; Witt, Dieter (Hrsg.). Nachhaltiger Konsum und Verbraucherpolitik im 21. Jahrhundert (21-82). Marburg.

Belz, Frank-Martin; Karg, Georg; Witt, Dieter (Hrsg.) (2007). Nachhaltiger Konsum und Verbraucherpolitik im 21. Jahrhundert. Marburg

Benedikt PP. XVI (2009). Enzyklika Caritas in Veritate: Über die ganzheitliche Entwicklung des Menschen in der Liebe und in der Wahrheit. Vatikan.

Berger, Peter A.; Hradil, Stefan (Hrsg.) (1990). Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile, Soziale Welt (Sonderband 7). Göttingen.

Bilharz, Michael; Vera Fricke und Ulf Schrader (2011). Wider die Bagatellisierung der Konsumentenverantwortung. Reaktion auf A.Grunwald. 2010. Wider die Privatisierung der Nachhaltigkeit. Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann. *GAIA* Nr. 20 (1) 9–13.

Blasius, Jörg; Friedrichs, Jürgen (2001). „Der Geschmack der Notwendigkeit“. Lebensstile in benachteiligten Wohngebieten. In: Barlösius, Eva; Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hrsg.) (2001): Die Armut der Gesellschaft. Opladen. S. 337 – 363.

Bogun, Roland (2012). Konsum, Umweltverbrauch und soziale Ungleichheit – eine Frage „unseres Lebensstils“?. Bremen. artec-paper 179

Bourdieu, Pierre (1982). Die feinen Unterschiede. Frankfurt am Main.

Brand, Karl-Werner (2011). Umweltsoziologie und der praxistheoretische Zugang. In: Groß, Matthias. (Hrsg.), Handbuch Umweltsoziologie. Wiesbaden. VS Verlag, S. 173-198

Bratzel, Stefan (2011). Ent-Emotionalisierung der Automobilität bei der jungen Generation? In: der Kfz-Sachverständige (6/2011). http://www.bundesanzeiger-verlag.de/fileadmin/Betrifft-Gefahrgut/Dokumente/Fachbeitraege_KFZ/Kfz-SV_6-11_Fachartikel.pdf [Stand: 29.1.2013]

Braungart, Michael; McDonough William (2009). Cradle to Cradle. Hamburg.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Nachhaltig leben, wohnen, arbeiten und Freizeit gestalten. Was geht in der Kommune? http://www.bund.net/themen_und_projekte/nachhaltigkeit/konsum/konsum_in_kommunen/ [Stand: 19.2.2013]

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland; Brot für die Welt; Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrsg.) (2008). Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Frankfurt am Main.

Bunde Katholischer Unternehmer. Markt-Staat-Bürgergesellschaft, Für eine Ordnungspolitik der Nachhaltigkeit. <http://www.bku.de/Publikationen/diskussionsb.html> [Stand 07.03.2013]

Bundesanstalt für Ernährung und Landwirtschaft. Ökolandbau in der BLE. http://www.ble.de/DE/02_Kontrolle/08_Oekolandbau/oekolandbau_node.html#doc2304618bodyText2 [Stand: 16.2.2013]

Bundesministerium für Forschung und Bildung (2012). UN-Dekade. Bildung für nachhaltige Entwicklung. <http://www.bmbf.de/de/3840.php> [Stand: 29.1.2013]

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und Umweltbundesamt (UBA) (Hrsg.) (2010). Umweltbewusstsein in Deutschland 2010. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Vertiefungsbericht 1: Vertiefende Milieu-Profile im Spannungsfeld von Umwelt und Gerechtigkeit, Dessau.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit; Umweltbundesamt (Hrsg.) (2010): Umweltbewusstsein in Deutschland 2010. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin, Dessau-Roßlau.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2002): *MiD 2002 – Mobilität in Deutschland*. http://www.mobilitaet-in-deutschland.de/03_kontiv2002/index.htm, abgelesen am 30.03.2012.

Bundesregierung (2012): Nationale Nachhaltigkeitsstrategie. Fortschrittsbericht 2012. http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/nachhaltigkeit/Content/_Anlagen/2012-02-14-fortschrittsbericht-2012-kabinetttvorlage.pdf;jsessionid=F4D53C8A61A0A79C6A91D86D912578BE.s2t2?__blob=publicationFile&v=3, abgelesen am 01.04.2012.

Bundestagsfraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN (2010). Einsetzung einer Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“. Antrag. BT-Drs. 17/3853 vom 23.11.2010.

Claus J. Tully (2012): Nachhaltiger Konsum, in: APuZ 27-28/2012, S. 51-56

Deutscher Bundestag (1998). Abschlußbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt - Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“. BT-Drs. 13/11200 vom 26.6.1998.

Die Sinus-Milieus in der VuMA 2012 (2012). http://www.vuma.de/fileadmin/user_upload/meldungen/pdf/Sinus_Milieus_in_VuMA_2012.pdf [Stand 19.12.12].

Dörre, Klaus/Sauer, Dieter/Wittke, Volker (2012): Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik. Frankfurt/M. und New York

Druck, Dieter (2013). An der Kasse richtig Kasse machen, Lebensmittelpraxis, 25. Januar 2013, <http://www.lebensmittelpraxis.de/sortiment/warenkunden/7864-an-der-kasse-richtig-kasse-machen.html?cpon=1> [Stand: 19.2.2013]

EFQM Brussels (2003). Das EFQM-Modell für Excellence, Brüssel

Elkington, John (1997). Cannibals with forks: The triple bottom line of 21st century business. Oxford.

Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Kurzprotokoll 25. Sitzung, Protokoll Nr. 17/25

Erhard, Ludwig (1957). Wohlstand für Alle. Düsseldorf.

Europäische Kommission (2011). Mitteilung der Kommission, Eine neue EU-Strategie (2011-2014) für die soziale Verantwortung der Unternehmen (CSR), KOM(2011)681 endg.

Eurostat (2008): *Das Leben von Frauen und Männern in Europa: Ein statistisches Porträt*. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-80-07-135/DE/KS-80-07-135-DE.PDF.

FDP (Hrsg.) (2012). Verantwortung für die Freiheit. Karlsruher Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft. Karlsruhe, Berlin.

Fischer, Michael; Sommer, Bernd (2012). Verbrauchte Zukunft. Mentale und soziale Voraussetzungen verantwortungsvollen Konsums. Bonn. WISO-Diskurs, Friederich-Ebert-Stiftung

Foer, Jonathan Safran (2012) Tiere essen! Frankfurt a. M.

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2012). Vom „Blauen Himmel“ zur Blue Economy. Fünf Jahrzehnte ökologische Strukturpolitik. Bonn.

Fritz, Stefan: Mitarbeiterbeteiligung: Wunsch und Wirklichkeit, in: Fritz, Stefan (Hrsg.): Mitarbeiterbeteiligung im Mittelstand. Ein Atlas erfolgreicher Beteiligungsmodelle, Düsseldorf 2008, S. 17-38.

Fücks, Ralf (2011). Vom Weg in die ökologische Moderne nach dem Vorbild der Natur. In: Böll Thema. Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung (2).

Fücks, Ralf (2012). Die ökologische Transformation des Kapitalismus, in: Bericht zur Lage der Welt (2012). Nachhaltig zu einem Wohlstand für alle, Berlin, München

Fücks, Ralf (2012). Die ökologische Transformation des Kapitalismus. In: Bericht zur Lage der Welt 2012 - Nachhaltig zu einem Wohlstand für alle. Berlin, München.

Genanet (2011): *Green Economy: Gender_Gerecht!* Diskussionspapier Genanet. G3 Green Economy Gender Gerecht.
http://www.frauenrat.de/fileadmin/user_upload/infopool/informationen/dateien/2011-2/G3_Diskussionspapier_layout.pdf, abgelesen am 10.04.2012.

Genanet (2012): Green Economy, Gender, Konsum. <http://www.genanet.de/konsum.html> [Stand 10.04.2012.]

Geulen, Dieter (2001). Sozialisierung. In: Joas, Hans (Hrsg.) (2001). Lehrbuch der Soziologie: 127 (123-145). Frankfurt am Main, New York.

Goodman, David; Redclift, Michael (1991). *Refashioning Nature. Food, Ecology and Culture.* London, New York.

Gottschlich, Daniela (2008). Care economy. Nachhaltiges Wirtschaften aus feministischer Perspektive. In: Gottschlich, d. et.al. (Hrsg.) *Reale Utopien. Perspektiven für eine friedliche und gerechte Welt.* Köln.

Gottschlich, Daniela (2011). Nachhaltiges Wirtschaften: Zum Verhältnis von Care und Green Economy. Hintergrundpapier Genanet. G3 Green Economy Gender Gerecht.
http://www.genanet.de/fileadmin/downloads/Green_Economy/Care_Economy_finalx.pdf [Stand 06.04.2012.]

Grunwald, Armin (2010). Wider die Privatisierung der Nachhaltigkeit. Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann. *GAIA* 19/3: 178-183.

Grunwald, Armin (2011). Statt Privatisierung: Politisierung der Nachhaltigkeit. *GAIA* 20/1: 9-13

Grunwald, Armin (2012). Ende einer Illusion. Warum ökologisch korrekter Konsum die Welt nicht retten kann. München.

Habermas, Jürgen (1988). *Theorie des kommunikativen Handelns.* Frankfurt am Main.

Hagemann, Helmut; Simshäuser, Ulla; Rubik, Frieder; Scholl, Gerd (2004). *Instrumente und Strategien zur Förderung des nachhaltigen Konsums – Evaluation und Optimierung. Abschlussbericht.* In: Institut für ökologische Wirtschaftsforschung 174/04. Berlin.

Hartmann, Peter H. (2011). Methodische und methodologische Probleme der Lebensstilforschung. In: Rössel, Jörg; Otte Gunnar (Hrsg.)(2011). *Lebensstilforschung. Sonderheft 51 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (62-86). Wiesbaden.

Hauff, Michael von; Kleine, Alexandro (2009). *Nachhaltige Entwicklung. Grundlagen und Umsetzung.* München.

Hayn, Doris; Schultz, Irmgard (2002). *Gender Impact Assessment im Bereich Strahlenschutz und Umwelt. Abschlussbericht.* Frankfurt am Main.

Heidbrink, Ludger; Schmidt Imke (2011). *Das Prinzip der Konsumentenverantwortung: Grundlagen, Bedingungen und Umsetzungen verantwortlichen Konsums.* In Heidbrink,

Ludger; Schmidt, Imke; Ahaus, Björn (Hrsg.). Die Verantwortung des Konsumenten. Frankfurt am Main.

Heidbrink, Ludger; Schmidt, Imke (2011). Einleitung: Der Konsument zwischen Markt und Moral. In Heidbrink, Ludger; Schmidt, Imke; Ahaus, Björn (Hrsg.). Die Verantwortung des Konsumenten (9-25). Frankfurt am Main.

Heinrich-Böll-Stiftung (2012). Nutzen statt Besitzen. Auf dem Weg zu einer ressourcenschonenden Konsumkultur. Berlin.

Heinzle, Stefanie; Josef Känzig und Julia Nentwich (2010): Moving beyond gender differences in research on sustainable consumption: Evidence from a discrete choice experiment. Working Paper No. 6/ Within the project: Soziale, ökologische und ökonomische Dimensionen eines nachhaltigen Energiekonsums in Wohngebäuden. Funded under the BMBF Programme „Vom Wissen zum Handeln – Neue Wege zum nachhaltigen Konsum“.

Hengsbach, Friedhelm (2012). Konsumpräferenz, Konsumsog, Konsumkritik. Kommissionmaterialie 17(26)35.

Hermesmeier, Lukas (2012). B.Z.-Mutter Caro stoppt Quengel-Kassen, BZ-online, 21.12.2012. <http://www.bz-berlin.de/bezirk/prenzlauerberg/b-z-mutter-caro-stoppt-quengel-kassen-article1605562.html> [Stand: 19.2.2013]

Hiß, Stefanie (2012): Arbeit und Nachhaltigkeit. In: Dörre et al. (2012), 371-382.

Hobbes, Thomas (1651). Leviathan. London.

Hofmeister, Sandra (2011): Radeln auf dem Super-Highway. Fahrradstadt Kopenhagen, in: Baumeister Zeitschrift für Architektur, 108. Jahrgang, Juni 2011, Download unter: <http://www.baufachinformation.de/zeitschrift/2011069002230> (Stand 03.03.2012).

Holzinger, Hans, 2012: Gibt es richtiges Verhalten in falschen Strukturen? Nachhaltige Lebensstile attraktiv kommunizieren und leben (14.06.2012) [Vortrag in der Reihe „Mut zur Nachhaltigkeit“], Wien.

Hradil, Stefan (2001). Soziale Ungleichheit in Deutschland. Wiesbaden.

Huber, Joseph (2011). Allgemeine Umweltsoziologie. 2. Aufl., Wiesbaden.

IAB / RWI / ISG (2011): Forschungsauftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales – Endbericht – Evaluation bestehender gesetzlicher Mindestlohnregelungen – Branche: Bauhauptgewerbe.

IAQ / Universität Duisburg-Essen (2011): Evaluation bestehender gesetzlicher Mindestlohnregelungen – Branche: Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft, Abschlussbericht, Duisburg.

IAQ / Universität Duisburg-Essen (2011): Evaluation bestehender gesetzlicher Mindestlohnregelungen – Branche: Gebäudereinigung, Abschlussbericht, Duisburg.

IAW (2011): Evaluation bestehender gesetzlicher Mindestlohnregelungen – Branche: Pflege, Abschlussbericht an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Tübingen.

IAW (2011): Evaluation bestehender gesetzlicher Mindestlohnregelungen – Branche: Maler- und Lackiererhandwerk, Abschlussbericht an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Tübingen.

IAW (2011): Evaluation bestehender gesetzlicher Mindestlohnregelungen – Branche: Elektrohandwerk, Abschlussbericht an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Tübingen. Horkheimer, Max / Adorno, Theodor W. (2006): Dialektik der Aufklärung, Frankfurt/Main.

Inglehart, Roland (1997). The Silent Revolution. Princeton.

Jackson, Tim (2011). Wohlstand ohne Wachstum. München.

Jonas, Hans (1979). Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation. Frankfurt am Main.

Jürgens, Kerstin (2012): Arbeit und Reproduktion. In: Dörre, Klaus et al. (Hrsg), 273-288.

Just, David R.; Wansink, Brian (2009). Smarter Lunchrooms: Using Behavioral Economics to Improve Meal Selection, in Choices. http://www.choicesmagazine.org/magazine/pdf/article_87.pdf [Stand: 24.1.2013].

Kalbhenn, Markus; Schneider, Andreas (2012). Nachhaltigkeitsorientierte Konsument/Innenkommunikation im deutschsprachigen Raum – Status Quo Analyse und Perspektive ihrer Weiterbildung, Materialie PG5/6, S. 64

Kapeller, Jakob; Schütz, Bernhard; Tamesberger, Dennis: Konsum demokratisch gestalten: Spielräume zur Etablierung nachhaltigen Konsums. WISO – Wirtschafts- und Sozialpolitische Zeitschrift 35(3).

Käsler, Dirk (1979): Einführung in das Studium Max Webers, C.H. Beck, München.

Käsler, Dirk (1995): Max Weber – Eine Einführung in Leben, Werk und Wirkung, Campus, Frankfurt/Main; New York.

Klages, Helmut; Hippler, Hans-Jürgen; Herbert, Willi (1992). Werte und Wandel. Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition. Frankfurt a. Main, New York.

Kobusingye, Fiona (2009). Eure Sorgen sind nicht unsere Sorgen. In: „Die Welt“ vom 27.11.2009.

Kocka, Jürgen (2001): Zivilgesellschaft. Zum Konzept und seiner sozialgeschichtlichen Verwendung. In: Kocka, Jürgen, et al. (2001): Neues über zivilgesellschaft aus dem historisch-sozialwissenschaftlichen Blickwinkel. WZB, Berlin [<http://hdl.handle.net/10419/49759> Download: 15.01.2013]: 1

Kocka, Jürgen et al. (2001). Neues über Zivilgesellschaft aus dem historisch-sozialwissenschaftlichen Blickwinkel. Berlin. <http://hdl.handle.net/10419/49759> [Stand 15.01.2013]

Kolleck, Nina / de Haan, Gerhard / Fischbach, Robert: Qualitätssicherung in der Bildung für nachhaltige Entwicklung: Netzwerke, Kommunen und Qualitätsentwicklung im Kontext der UN Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (2012): Indikatoren für Bildung für nachhaltige Entwicklung, in: Bildung für nachhaltige Entwicklung – Beiträge der Bildungsforschung, S. 115 – 142, BMBF, Bonn-Berlin.

König, Wolfgang (2008). Kleine Geschichte der Konsumgesellschaft. Stuttgart. Franz Steiner Verlag.

Koopmans, Ruud; Dunkel, Anna; Schaeffer, Merlin and Veit, Susanne (2011). "Ethnische Diversität, soziales Vertrauen und Zivilengagement. Projektbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend". WZB Discussion Paper SP IV 2011-703.

Kreckel, Reinhard (Hrsg.). Soziale Ungleichheit, Soziale Welt (Sonderband 2). Göttingen.

Kuhl, Mara (2010): Wem werden Konjunkturprogramme gerecht?: Eine budgetorientierte Gender-Analyse der Konjunkturpakete I und II. Studie FES: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07230.pdf>.

Leggewie, Claus; Welzer, Harald (2009). Das Ende der Welt wie wir sie kannten. Frankfurt am Main.

Loske, Reinhard (2010). Abschied vom Wachstumszwang. Konturen einer Politik der Mäßigung. Berlin.

Meadows, Dennis (1972). Die Grenzen des Wachstums. Stuttgart.

Meier, Toni und Olaf Christen (2012): Gender as a factor in an environmental assessment of the consumption of animal and plant-based foods in Germany. International Journal of Life Cycle Assessment. S.1-15
<http://www.springerlink.com/content/1415530205u58376/fulltext.pdf>, abgelesen am 15.04.2012.

Melissa Bishop, Nelson Barber (2012): A market segmentation approach to esteem and efficacy in information search, in: Journal of Consumer Marketing, Band 29, Heft 1, 2012, S. 13-21, www.emeraldinsight.com/0736-3761.htm [Stand 9.7.2012]

Micklitz, Hans-W.; Oehler, Andreas; Piorkowsky, Michael-Burkhard; Reisch, Lucia A.; Strünck, Christoph (2012). Der vertrauende, der verletzte oder der verantwortungsvolle Verbraucher?. Plädoyer für eine differenzierte Strategie in der Verbraucherpolitik (Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats Verbraucher und Ernährungspolitik beim BMELV).
http://www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Verbraucherpolitik/2010_12_StrategieVerbraucherpolitik.html [Stand 22.1.2013]

Miegel, Meinhard (2010): Exit – Wohlstand ohne Wachstum, BpP, Bonn.

Miegel, Meinhard / Brand, Ulrich (2012): Kritik am Wachstumsparadigma. Zwei Positionen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Wohlstand ohne Wachstum?, S. 3 – 14, 62. Jahrgang 27-28/2012, BpB, Bonn.

Müller, Michael; Zimmer, Matthias (2013). Ideengeschichte des Fortschritts.

Muster, Viola (2012). Negative influence of working life on sustainable consumption. In International Journal of consumer Studies 36 (2012). S. 166-172

Neugebauer, Gero (2007). Politische Milieus in Deutschland. Bonn.

Neuner, Michael (2001). Verantwortliches Konsumentenverhalten: Individuum und Institution. Berlin.

Nussbaum, Martha (2012). Nicht für den Profit. Warum Demokratie Bildung braucht. Überlingen.

Nussbaum, Martha C. (2010): Die Grenzen der Gerechtigkeit, Berlin.

Ott, Konrad; Döring, Ralf (2008). Theorie und Praxis starker Nachhaltigkeit. 2. Auflage. Marburg.

Otte, Gunnar (2005). Hat die Lebensstilforschung eine Zukunft? Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 57, Heft 1. Wiesbaden. S. 1 - 31

Otte, Gunnar; Rössel, Jörg (2011). Lebensstile in der Soziologie. In: Rössel, Jörg; Otte Gunnar (Hrsg.)(2011). Lebensstilforschung. Sonderheft 51 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 7-34. Wiesbaden.

Paech, Nico, 2012: Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, München.

Parlamentarischer Beirat für Nachhaltigkeit (2013). Positionspapier „Flächeninanspruchnahme“. http://www.bundestag.de/bundestag/gremien/nachhaltigkeit/berichte/20130214_flaecheninanspruchnahme.pdf [Stand: 28.2.2013]

Pauli, Gunter (2010). The Blue Economy-10 Years, 100 Innovations, 100 Million Jobs. Taos, New Mexico.

Pokorny, Sabine (2012). Junge Wähler: Hoffnungslos verloren? Das Wahlverhalten der Generationen. Forum empirische Sozialforschung. Sankt Augustin, Berlin.

Pötter, Bernhard (2006): König Kunde ruiniert sein Land: Wie der Verbraucherschutz am Verbraucher scheitert. Und was dagegen zu tun ist. München.

Preisendörfer, Peter (1999): Umwelteinstellungen und Umweltverhalten in Deutschland. Empirische Befunde und Analysen auf der Grundlage der Bevölkerungsumfragen "Umweltbewußtsein in Deutschland 1991-1998".

Prognos (2010). Verbrauchermonitoring – Perspektiven der Verbraucher zum Klimaschutz: Mobilität & Ernährung, im Auftrag des vzbv, Berlin Gerhard Scherhorn (2005). Markt und Wettbewerb unter dem Nachhaltigkeitsziel, Erschienen in: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht, 2/2005, 135-154, http://www.nehmenundgeben.de/markt_und_wettbewerb [Stand 05.12.2012]

Rat für Nachhaltige Entwicklung (2012). Bildung für nachhaltige Entwicklung braucht mehr Verbindlichkeit. Interview mit dem Berliner Erziehungswissenschaftler Gerhard de Haan. <http://www.nachhaltigkeitsrat.de/news-nachhaltigkeit/2012/2012-05-16/bildung-fuer-nachhaltige-entwicklung-braucht-mehr-verbindlichkeit-interview-mit-dem-berliner-erziehungswissenschaftler-gerhard-de-haan/?blstr=0> [Stand: 29.1.2013]

Recktenwald, Horst Claus (1976) Adam Smith. Sein Leben und Werk, München

Regnard, Pierre (2008): Minimum Wages 2008. In: Eurostat – Statistics in focus (105).

Reisch, Lucia (2002). Kultivierung der Nachhaltigkeit – Ein neuer Weg zu nachhaltigem Konsum? GAIA 11(2), S. 113.

Renn, Ortwin (2002). Nachhaltiger Konsum: Was kann der einzelne tun? in: Scherhorn, Gerhard/ Weber, Christoph (Hg.): Nachhaltiger Konsum. Auf dem Weg zur gesellschaftlichen Verankerung, München, S. 33-39.

Reusswig, Fritz ; Lass, Wiebke (2012). Nachhaltige Lebensstile. Beitrag für die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichen Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ – Projektgruppe 5: Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile, in: Deutscher Bundestag. Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ (Juni 2012). Materiale PG 5 / 5. Berlin.

Reusswig, Fritz; Lass, Wiebke. Nachhaltige Lebensstile, Materialie PG 5/5, S. 18

Rink, Dieter (2002). Lebensweise, Lebensstile und Lebensführung. Soziologische Konzepte zur Untersuchung von nachhaltigem Leben. In: Rink, Dieter (Hrsg.) (2002). Lebensstile und Nachhaltigkeit. Konzepte, Befunde und Potentiale (27- 52). Opladen.

Rink, Dieter (Hrsg.) (2002). Lebensstile und Nachhaltigkeit. Konzepte, Befunde und Potentiale, Opladen.

Rogall, Holger (2000). Bausteine einer zukunftsfähigen Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Berlin.

Rössel, Jörg; Otte Gunnar (Hrsg.)(2011). Lebensstilforschung. Sonderheft 51 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden.

Safran Foer, Jonathan (2010). Tiere essen. Köln.

Santarius, Tilman (2012). Der Rebound Effekt: Über die unerwünschten Folgen der erwünschten Energieeffizienz. Wuppertal. Impulse 5: 14f

Schätzing, Frank (2009). Limit. Köln.

Scherhorn, Gerhard (2005). Markt und Wettbewerb unter dem Nachhaltigkeitsziel. In: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht, 2/2005, 135-154. <http://www.nehmenundgeben.de/index.php?page=329&setLang=1&printview=1> [Stand: 20.2.2013]

Schimank, Uwe (2012): Vom „fordistischem“ zum „postfordistischem“ Kapitalismus. Internetquelle: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/137994/vom-fordistischen-zum-postfordistischen-kapitalismus?p=all> Stand: 11.03.2013

Schlacke, Sabine; Stadermann, Michael; Grunow, Moritz (2012). Rechtliche Instrumente zur Förderung des nachhaltigen Konsums – am Beispiel von Produkten, im Auftrag des Umweltbundesamtes. <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/4297.pdf> [Stand: 9.1.2013]

Schneider, Hans: Der Werkzeugkasten der Mitarbeiterbeteiligung, in: Fritz, Stefan (Hrsg.): Mitarbeiterbeteiligung im Mittelstand. Ein Atlas erfolgreicher Beteiligungsmodelle, Düsseldorf 2008, S, 39-56.

Scholl, Gerd/ Hage, Maria, 2004: Lebensstile, Lebensführung und Nachhaltigkeit, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung [Schriftenreihe des IÖW 176/ 04], Berlin.

Schulten, Thorsten (2011): WSI-Mindestlohnbericht 2011 – Mindestlöhne unter Krisendruck. In: WSI – Mitteilungen (3), S. 131-137.

Schulten, Thorsten (2012): WSI-Mindestlohnbericht 2012 – Schwache Mindestlohnentwicklung unter staatlicher Austeritätspolitik. In: WSI-Mitteilungen, S. 124 - 130

Schultz, Irmgard; Immanuel Stieß (2009). EUPOPP Work Package 1. Gender aspects of sustainable consumption strategies and instruments. Institute for Social-Ecological Research (ISOE). Frankfurt am Main. http://www.isoe.de/ftp/publikationen/ISOE_GenderWP1.pdf [Stand 10.04.2012]

Schulze, Gerhard (1992). Die Erlebnisgesellschaft. Frankfurt am Main, New York.

Schütz, Alfred; Luckmann, Thomas (1979). Strukturen der Lebenswelt. Frankfurt am Main.

Sen, Amartya (2010): Die Idee der Gerechtigkeit, München.

Siebenhüner, Bernd (2011). Kann die Politik es richten? Konsument(inn)en als politische Akteure. GAIA 20/1: 14-16

Sinus Institut (2010). Die Sinus Milieus in Deutschland 2010, online verfügbar unter: <http://www.sinus-institut.de/loesungen/sinus-milieus.html> (zuletzt abgerufen am 11.09.2012).

Sinus Institut (2011). Informationen zu den Sinus-Milieus 2011. Heidelberg. http://www.sinus-institut.de/uploads/tx_mpdownloadcenter/Informationen_Sinus-Milieus_042011.pdf [Stand 15. 03. 2012]

Sinus Institut: Informationen zu den Sinus Milieus 2011. http://www.sinus-institut.de/uploads/tx_mpdownloadcenter/Informationen_Sinus-Milieus_042011.pdf [Stand 14.03.2012]

Sinus Milieus (2007). Lebensstil, Fernsehnutzung und Umgang mit neuer Kommunikationstechnologie. http://www.sinus-institut.de/uploads/tx_mpdownloadcenter/SOM_Milieu_Broschuere_2007.pdf [Stand 17.01.2013]

Stadteilauto Freising e.V.(2013). „Ohne eigenes Auto mobil“. CarSharing in Freising – eine Erfolgsgeschichte!. http://www.sta-fs.de/fileadmin/user_upload/downloads/Verein-StadtTeilAuto.pdf [Stand: 29.1.2013]

Statistisches Bundesamt (2012). Nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Indikatorenbericht 2012. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.) (2011). Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.

Stoltenberg, Ute (2009). Bildung für eine nachhaltige Entwicklung im Elementarbereich. <http://www.leuchtpol.de/fortbildungen/mehr-zu-bne/bildungfuereinenachhaltigeentwicklungestoltenberg.pdf> [Stand: 29.1.2013]

Strünck, Christoph et al. (2012). Ist der „mündige Verbraucher“ ein Mythos? Auf dem Weg zu einer realistischen Verbraucherpolitik. Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats Verbraucher- und Ernährungspolitik beim BMELV.

- http://www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Verbraucherpolitik/2012_12_MuendigerVerbraucher.pdf?__blob=publicationFile [Stand 30.1.2013]
- Sturm, Hieronymus: Die Psychologie Mitarbeiterbeteiligung, in: Fritz, Stefan (Hrsg.): Mitarbeiterbeteiligung im Mittelstand. Ein Atlas erfolgreicher Beteiligungsmodelle, Düsseldorf 2008, S, 57-74.
- TAZ (2009). Ökologisch-industrielle Revolution - Der Umweltretter Michael Braungart. Internetseite <http://www.taz.de/!31442/> [Stand 07.03.2013]
- The Consumer Ombudsman (2009). The Consumer Ombudsman's Guidelines on the Use of Environmental and Ethical Claims in Marketing. http://www.forbrukerombudet.no/asset/3645/1/3645_1.pdf [Stand: 19.2.2013]
- Ulrich, Peter (2008): Integrative Wirtschaftsethik: Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie. 4. Auflage. Bern [u.a.]: Haupt, 2008, S.67.
- Umweltbundesamt (2011). Umweltbewusstsein in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/4045.pdf> [Stand 17.04.2012]
- Umweltbundesamt (UBA) (Hrsg.) (1997). Nachhaltiges Deutschland- Wege zu einer dauerhaft-umweltgerechten Entwicklung. Berlin.
- Umweltbundesamt (UBA) (Hrsg.)(2011). Umweltbewusstsein in Deutschland 2010. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Vertiefungsbericht 1: Vertiefende Milieu-Profile im Spannungsfeld von Umwelt und Gerechtigkeit. Dessau-Roßlau. <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/4234.pdf> [Stand 10.12.2012]
- UNESCO World Conference on Education for Sustainable Development (2009). Bonner Erklärung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung. http://www.esd-world-conference-2009.org/fileadmin/download/ESD2009_BonnDeclarationDE.pdf [Stand: 29.1.2013]
- von Hauff, Michael; Kleine, Alexandro (2009). Nachhaltige Entwicklung – Grundlagen und Umsetzung, Oldenburg
- Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (2009). "Grüne" Autos unter blühenden Bäumen - Greenwashing in der Autowerbung. http://www.verbraucherfuersklima.de/cps/rde/xchg/projektklima/hs.xsl/von_gruenen_autos_unter_bluehenden_baeumen___greenwashing_in_der_autowerbung.htm [Stand: 30.1.2013]
- Vester, Michael; v. Oertzen, Peter et al. (2001). Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt am Main.
- Vinz, Dagmar (2005). Nachhaltiger Konsum und Ernährung: Private KonsumentInnen zwischen Abhängigkeit und Empowerment. In: PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 138: Ökonomie des Konsums 35. Jg, Nr. 1 (15-34).
- Vinz, Dagmar (2009). Gender and Sustainable Consumption. European Journal of Women's Studies, Vol. 16(2): 159-179, <http://ejw.sagepub.com/content/16/2/159.full.pdf+html> [Stand 10.04.2012.]
- Vinz, Dagmar (2012). Wer kocht? – Zeitverwendung und Geschlechterarrangements im Ernährungsbereich. In: GWI-Online-Dossier Care Ökonomie: Nachhaltig geschlechtergerecht

Wirtschaften und Leben. <http://www.gwi-boell.de/web/wirtschaften-vinz-care-oekonomie-ernaehrung-3355.html> [Stand 05.04.2012.]

Viola Muster (2012). Negative influences of working life on sustainable consumption, in: *International Journal of consumer Studies* 36 (2012), S. 166-172

Von Weizsäcker, Ernst-Ulrich (2010). *Faktor 5. Für nachhaltiges Wachstum*. München.

WBGU (2011). *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011.pdf [Stand: 29.1.2013], S. 257

Weber, Max (1968): *Methodologische Schriften*, S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main.

Weber, Birgit (2010). Konsum in der sozialen Marktwirtschaft. In: *Informationen zur politischen Bildung* (Heft 308) „Haushalt – Markt – Konsum“. <http://www.bpb.de/izpb/7621/konsum-in-der-sozialen-marktwirtschaft?p=all> [Stand: 20.2.2013]

Weller, Ines (2004). *Nachhaltigkeit und Gender. Neue Perspektiven für die Gestaltung und Nutzung von Produkten*. München.

Weller, Ines (2008). Konsum im Wandel Richtung Nachhaltigkeit? Forschungsstand und Perspektiven. In: Hellmuth Lange (Hrsg.). *Nachhaltigkeit als radikaler Wandel. Die Quadratur des Kreises?* Wiesbaden.

Weller, Ines; Doris Hayn und Irmgard Schultz (2002): *Geschlechterverhältnisse, nachhaltige Konsummuster und Umweltbelastungen. Vorstudie zur Konkretisierung von Forschungsfragen und Akteurskooperationen. BMBF-Sondierungsstudie*. http://www.ozial-oekologische-forschung.org/intern/upload/literatur/weller_geschlechter_konsummuster.pdf, abgelesen am 10.04.2012.

Wichmann, Stefan (2012). *Im Siegel-Dschungel*. WDR-Fernsehen, Servicezeit. http://www.wdr.de/tv/servicezeit/sendungsbeitraege/2012/kw31/0730/02_siegel_dschungel.jsp [Stand: 30.1.2013]

World Commission on Environment and Development (1987). *Our Common Future*. Oxford.

Zeino-Mahmalat, Nils (2000). *Leitbilder und Konzeptionen der Verbraucherpolitik*. <http://www.politik-netzwerk.de/verbraucherpolitik/verbraucherpolitik.html> [Stand: 20.2.2013]

ZEW (2011): *Evaluation bestehender gesetzlicher Mindestlohnregelungen – Branche: Dachdeckerhandwerk*, Aktenzeichen: Zb 1-04812-3/10d), Mannheim.

ZEW (2011): *Evaluation bestehender gesetzlicher Mindestlohnregelungen – Branche: Abfallwirtschaft*, Aktenzeichen: Zb 1-04812-3/10f), Mannheim.